G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Diskussion:
Das Problem der Kernenergie
Risiken, gesellschaftliche Bedingungen, Perspektiven

Michael Charlier
Der Integrationismus in der Krise
Zur aktuellen Situation in der SPD

Wolf Graf v. Baudissin
Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß
Partnerschaft trotz Antagonismus

Nikolai Poljanow
Wesentliche Merkmale der Ost-West-Beziehungen
zwei Jahre nach Helsinki

Hans-Henning Herzog
Arbeitszeitverkürzungen als Elemente einer integrierten Beschäftigungspolitik

Joachim Eisbach
Das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Bundesregierung

6'77

Juni 1977 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juni 1977

CHRONIK DES MONATS MAI 1977 647

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zu wenig – zu spät. Das zweite Aktionsprogramm der Regierung Barre ..... *Gerhard Leithäuser* 650

Im Ergebnis von Helsinki: Partnerschaft Bremen – Gdansk .... *Wolfgang Schmitz* 653

HAUPTAUFSÄTZE

Das Problem der Kernenergie. Risiken, gesellschaftliche Bedingungen und Perspektiven der Energieversorgung .....
Eine Diskussion zwischen Jörg Heimbrecht, Gerhard Kade, Knut Krusewitz, Bernd Moldenhauer, Kurt Steinhaus und Peter Weish 656

Der Integrationismus in der Krise. Zur aktuellen Situation in der SPD ..... *Michael Charlier* 681

Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß. Partnerschaft trotz Antagonismus ..... *Wolf Graf v. Baudissin* 697

Wesentliche Merkmale der Ost-West-Beziehungen zwei Jahre nach Helsinki ..... *Nikolai Poljanow* 701

Arbeitszeitverkürzungen als Elemente einer integrierten Beschäftigungspolitik ..... *Hans-Henning Herzog* 711

Das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Bundesregierung *Joachim Eisbach* 726

MEDIENKRITIK

„Das Brot des Bäckers" ..... *Günter Giesenfeld* 744

BÜCHER

Die Entdeckung der Nachkriegszeit. Neue Trends in der Geschichtsschreibung über das Westdeutschland der Jahre 1945 bis 1950. Ein Literaturbericht ..... *Detlev Peukert* 745

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 754

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten ..... *Jörg Goldberg* 755

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung der Gipfelkonferenz von London (Treffen der Staats- und Regierungschefs) vom 8. Mai 1977 (Wortlaut) 759

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 10. und 11. Mai 1977 in London (Wortlaut) 760

Dokumentation zur innerparteilichen Auseinandersetzung in der SPD um die Teilnahme an den Abrüstungsdemonstrationen am 21. Mai 1977 (Wortlaut) 762

Erklärung der Teilnehmer an den Abrüstungsdemonstrationen in Bremen, Essen, Frankfurt/M. und München vom 23. Mai 1977 (Wortlaut) 771

Erklärung der Brühler Jungsozialisten zur Lage der SPD vom 11. Mai 1977 (Wortlaut) 772

Gedenken in Dachau (Leserbrief an die „Süddeutsche Zeitung") 774

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zweiundzwanzigster Jahrgang · Heft 6/1977

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Mai 1977

1. 5. – B e r l i n (W e s t). Ein außerordentlicher Landesparteitag der SPD nominiert mit 217 von 235 Stimmen den bisherigen Senator Dietrich Stobbe als Nachfolger von Klaus Schütz für das Amt des Regierenden Bürgermeisters (vgl. „Blätter", 4/1977, S. 521). – Am 2. 5. wird Stobbe durch das Abgeordnetenhaus in geheimer Abstimmung mit 76 von 147 Stimmen bei 3 Enthaltungen gewählt; auf seinen Gegenkandidaten, den CDU-Landesvorsitzenden und Parlamentspräsidenten Peter Lorenz entfallen 68 Stimmen. – Am 3. 5. teilt Schütz nach einem Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Brandt mit, er werde auch seine Funktion als Landesvorsitzender der Partei niederlegen.

3. 5. – V i e t n a m / U S A. Delegationen beider Staaten nehmen in Paris Verhandlungen über die Normaliserung der bilateralen Beziehungen auf. Verhandlungsführer sind der stellvertretende Staatssekretär Richard Holbrooke und der stellvertretende Außenminister Phan Hien. Über Einzelheiten der Gespräche, die abwechselnd in der vietnamesischen und in der amerikanischen Botschaft stattfinden sollen, wird nichts mitgeteilt. – Am 4. 5. erklärt ein Sprecher der amerikanischen Delgation, die USA hätten ihre Einwände gegen eine Mitgliedschaft Vietnams in den Vereinten Nationen aufgegeben (vgl. „Blätter", 12/1976, S. 1318).

3.–6. 5. – N a h e r O s t e n. Der österreichische Bundeskanzler Kreisky besucht Syrien und Ägypten. Kreisky trifft in Damaskus (4.–5. 5.) mit Präsident Assad und dem PLO-Vorsitzenden Arafat zusammen und konferiert

in Kairo (6. 5.) mit Präsident Sadat. – Am 9. 5. führt der amerikanische Präsident Carter während seines Aufenthalts in Europa in Genf ein längeres Gespräch mit Assad. – Am 10. 5. empfängt Präsident Houphouet-Boigny (Elfenbeinküste) in Paris den israelischen Außenminister Allon. Der Präsident, der Allon über seine Kontakte mit Vertretern der PLO unterrichtet, erklärt bei dieser Gelegenheit, die Zeit für eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel sei noch nicht gekommen. – Am 11. 5. konferiert Allon am Rande der NATO-Konferenz in London mit dem amerikanischen Außenminister Vance. – Am 18. und 19. 5. bespricht UN-Generalsekretär Waldheim in Genf das Nahost-Problem mit den Außenministern Gromyko und Vance sowie mit Vertretern Ägyptens und der PLO.

5. 5. – I t a l i e n. Mit einer Zusammenkunft der Vertreter von Christdemokraten (DC) und Kommunisten (PCI) beginnt eine Reihe bilateraler „Spitzengespräche" zwischen den Parteien, die die DC-Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Andreotti durch ein „Nicht-Mißtrauen" unterstützen. Zu den Teilnehmern gehören Landesratspräsident Moro und Parteisekretär Zaccagnini von der DC sowie Parteipräsident Longo und Generalsekretär Berlinguer von der PCI. Ziel der Gespräche, die die Christdemokraten anschließend auch mit den Liberalen (PLI), den Sozialisten (PSI), den Republikanern (PRI) und den Sozialdemokraten (PSDI) führen, ist die Verständigung über „programmatische Punkte" für die künftige Regierungspolitik (vgl. „Blätter", 5/1977, S. 521).

8.–9. 5. – G r o ß b r i t a n n i e n. Die Staats- bzw. Regierungschefs aus sieben westlichen Staaten treffen sich in London. Gastgeber dieses dritten „Wirtschaftsgipfels" (vgl. „Blätter", 12/1975, S. 1299, und 7/1976, S. 723) ist der britische Premierminister Callaghan. Neben Callaghan gehören zu den Teilnehmern der amerikanische Präsident Carter, der japanische Ministerpräsident Fukuda, der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing, der italienische Ministerpräsident Andreotti, der kanadische Ministerpräsident Trudeau und Bundeskanzler Schmidt. Zeitweise wird auch EG-Präsident Jenkins hinzugezogen (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

10.–11. 5. – N A T O. Der Nordatlantikrat hält seine Frühjahrstagung in London ab. Vor den teilnehmenden Staats- und Regierungschefs erläutert Präsident Carter die amerikanische Position in den laufenden und bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen und fordert „reale Erhöhungen in den Verteidigungsausgaben des Bündnisses". Die Verteidigungsminister werden beauftragt, ein „langfristiges Programm" über die „Verteidigungsbedürfnisse der achtziger Jahre" auszuarbeiten (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). – Vom 17.–18. 5. tagen die Verteidigungsminister in Brüssel. In einem besonderen Dokument (Ministerial Guidance 1977) wird empfohlen, die realen Rüstungsausgaben des Bündnisses um jährlich drei Prozent zu erhöhen.

11. 5. – U S A / U d S S R. Die Verhandlungen über ein neues Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT II) werden in Genf nach längerer Pause wieder aufgenommen (Vertagung am 20. November 1976). Delegationsleiter sind der von Präsident Carter ernannte Direktor der amerikanischen Abrüstungsbehörde Paul Warnke sowie der stellvertretende sowjetische Außenminister Wladimir Semjonow. Semjonow erklärt, die Grundlage für die Verhandlungen müsse auch weiterhin die amerikanisch-sowjetische Vereinbarung von Wladiwostok vom November 1974 sein (vgl. „Blätter", 4/1977, S. 391). – Vom 18.–20. 5. verhandeln die Außenminister Vance und Gromyko in Genf. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird festgestellt: „Als Folge des Meinungsaustausches wurden die Differenzen zwischen den beiden Seiten in Bezug auf mehrere vorher ungelöste Fragen verringert. Man kam überein, daß die Erörterung aller ungelösten Fragen fortgesetzt wird mit dem Ziel eines baldigen Abschlusses eines neuen Abkommens, das an die Stelle des Interimabkommens über gewisse Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen treten wird."

– F i n n l a n d. Das von der Zentrumspartei gebildete Minderheitskabinett unter Ministerpräsident Martti Miettunen tritt nach einer Amtszeit von knapp acht Monaten zurück (vgl. „Blätter", 10/1976, S. 1086f.). – Am 15. 5. wird eine Mehrheitsregierung gebildet, die sich im Reichstag auf 140 der 200 Mandate stützen kann und in der fünf Parteien vertreten sind: Zentrumspartei (5 Kabinettsmitglieder), Sozialdemokraten (4), Volksdemokraten/Kommunisten (3), Liberale Volkspartei (1) und Schwedische Volkspartei (1). Ministerpräsident ist Kalevi Sorsa (Sozialdemokraten), Außenminister ist Paavo Väyrynen (Zentrum).

12. 5. – A b r ü s t u n g. In Wien beginnt die 12. Runde der Verhandlungen über einen Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa;

die 11. Runde hatte vom 3. 2. bis 15. 4. (vgl. „Blätter", 5/1977, S. 519f.) stattgefunden. – Am 18. 5. unterzeichnen in Anwesenheit von UN-Generalsekretär Waldheim in Genf die Vertreter von 33 Staaten eine „Konvention über das Verbot der Verwendung umweltverändernder Techniken zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken" (Convention on the Prohibition of Military or Any Other Hostile Use of Environmental Modification Techniques). Zu den Erstunterzeichnern gehören neben den USA (Außenminister Vance) und UdSSR (Außenminister Gromyko) alle Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und (mit Ausnahme Frankreichs und Griechenlands) der NATO. Das Inkrafttreten des Vertrages bedarf der Ratifizierung durch 20 Signatarstaaten. – Am 26. 5. unterzeichnet der amerikanische Präsident Carter ein Protokoll zum „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika" vom 14. Februar 1967 (Text in „Blätter", 9/1967, S. 964ff.). Das Protokoll, das noch vom Kongreß ratifiziert werden muß, verpflichtet die USA zur Anwendung der Bestimmungen des Vertrages in den von ihr verwalteten Territorien in Lateinamerika (Puerto Rico, Virgin-Inseln, Panama-Kanalzone und Marinebasis Guantanamo auf Kuba). Der Vertrag gilt gegenwärtig in 21 Staaten Lateinamerikas.

17. 5. – I s r a e l. Aus den Wahlen zur Knesset geht der Likud-Block mit 43 (bisher 39) von 120 Sitzen als stärkste Fraktion hervor; die regierende Arbeiterpartei unter dem amtierenden Ministerpräsidenten Shimon Peres (vgl. „Blätter", 5/1977, S. 520) erhält 32 (51) Sitze. Der Spitzenkandidat des Likud, Menahim Begin, der vor Journalisten die besetzten arabischen Territorien als „befreite Gebiete" bezeichnet und am 19. 5. die Errichtung neuer Siedlungen im Westjordanland ankündigt, meldet seinen Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten an und schlägt eine Koalition „aller zionistischen Parteien" vor. (Zu den Ergebnissen der Wahlen vom 31. Dezember 1973 vgl. „Blätter", 1/1974, S. 3.)

24. 5. – U d S S R. Nach einer Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU über die Vorbereitung einer neuen sowjetischen Verfassung wird eine Mitteilung veröffentlicht, in der es u. a. heißt: „Das Plenum hat den Genossen N. W. Podgorny von den Pflichten eines Politbüromitgliedes des ZK der KPdSU entbunden." Podgorny ist Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets. – Am 27. 5. verabschiedet das Präsidium des Obersten Sowjets den Verfassungsentwurf sowie den Text einer neuen Nationalhymne.

25. 5. – N i e d e r l a n d e. Die Arbeiterpartei (PvdA) des Ministerpräsidenten den Uyl kann bei den Parlamentswahlen ihren Stimmenanteil um 6,4 Prozent auf 33,8 Prozent erhöhen. Die neuformierte Föderation der Christdemokraten (CDA) erhält 31,9 Prozent der Stimmen. Stimmengewinne verzeichnen auch die oppositionellen Liberalen (VVD). Zusammensetzung der Zweiten Kammer (150 Abgeordnete): PvdA 53 (bisher 43), CDA 49 (48), VVD 28 (22), Demokraten '66 8 (6), Radikale Partei (PPR) 3 (7), Kommunisten (CPN) 2 (7), Staatskundige Reformierte Partei (SGP) 3 (3), Pazifistische Sozialistische Partei (PSP) 1 (2), Reformierter Politischer Bund 1 (2), Bauernpartei 1 (3) und Demokratische Sozialisten '70 1 (6) Mandate. Nach der Wahl erklärt den Uyl, er wolle die bisherige Koalition zwischen Arbeiterpartei und Christdemokraten fortsetzen.

25.–26. 5. – W a r s c h a u e r V e r t r a g. Der im November 1976 geschaffene Rat der Außenminister (vgl. „Blätter", 12/1976, S. 1319) tagt in Moskau. Ein Kommuniqué nennt als Tagesordnungspunkt Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

27. 5. – A n g o l a. Staatspräsident Neto gibt im Rundfunk bekannt, die Regierung habe einen „Aufstandsversuch von Linksextremisten" niedergeschlagen. In Presseberichten heißt es, Anführer seien zwei aus dem Zentralkomitee der MPLA ausgeschlossene Politiker gewesen.

28. 5. – D D R / P o l e n. Der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Honecker und der polnische Parteisekretär Gierek unterzeichnen einen neuen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand", der ein entsprechendes (ursprünglich auf 20 Jahre abgeschlossenes) Abkommen vom 15. März 1967 (Text in „Blätter", 4/1967, S. 423ff.) ablöst. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 25 Jahren und sieht gegenseitige Hilfe und Unterstützung auf allen Gebieten einschließlich des militärischen Beistandes im Falle eines Angriffs auf einen der beiden Staaten vor.

30.–31. 5. – U d S S R / B u l g a r i e n. Der bulgarische Staatspräsident und Parteisekretär Todor Schiwkoff hält sich auf Einladung der sowjetischen Führung in Moskau auf. In einem Kommuniqué heißt es, es sei u. a. über die West-Ost-Entspannung und das „äußerst wichtige Problem eines Stopps des Rüstungswettlaufs und eines Übergangs zur Abrüstung" gesprochen worden.

Zu wenig – zu spät

Das zweite Aktionsprogramm der Regierung Barre

In Frankreich wird im März 1978 ein neues Parlament gewählt. Die Linksunion (Sozialistische Partei, Kommunistische Partei, linke Fraktion der Radikalen Partei) hat große Chancen, diese Wahl für sich zu entscheiden. Im Oktober 1976 hat die Regierung Barre ein erstes Stabilitätsprogramm vorgelegt, das die Inflationsrate senken und das Außenhandelsdefizit verringern sollte. Beide Ziele wurden teilweise erreicht. Eine niedrige Auslastung der Kapazitäten bzw. Stagnation der Industrieproduktion und eine substantielle Erhöhung der Arbeitslosenziffer wurden in Kauf genommen. Als im März 1977 die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen die Millionengrenze übersprang, die Kommunalwahlen einen Durchbruch der Linksunion brachten und in der Regierungskoalition (Gaullisten, Unabhängige, Republikaner, Splittergruppen) ernsthafte Risse sichtbar wurden, gerieten die Regierung Barre und Staatspräsident Giscard d'Estaing in Zugzwang. Ein neues Aktionsprogramm der Regierung von zwölfmonatiger Dauer wurde vorgelegt.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist oberstes Ziel des zweiten Plans Barre. Diese Zielsetzung ist politisch ratsam, denn im Spätsommer 1977 werden mindestens 600 000 ausbildungsentlassene Jugendliche, mit hoher Wahrscheinlichkeit aber mehr, auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Nur rund 300 000 Erwerbspersonen werden aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Die Regierung hätte mindestens 300 000 jugendliche Arbeitslose mehr zu registrieren – eine sicher zu niedrig angesetzte Zahl, die angesichts des politischen Drucks der Linksunion aber nicht mehr zu rechtfertigen wäre. Im zweiten Plan Barre soll mit homöopathischen wirtschaftspolitischen Dosierungen zumindest soviel erreicht werden, daß die Fassade des Regimes die Wähler der liberal-konservativen Koalition nicht verjagt.

Die Beschäftigungssituation soll u. a. durch folgende Maßnahmen verbessert werden: Befreiung der Unternehmen, die Jugendliche einstellen, vom Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung; 20 000 Neueinstellungen im öffentlichen Sektor; Vorschläge zur vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand; Zahlung einer Prämie von 10 000,– FF für heimkehrwillige ausländische Arbeiter. Rentner sollen bei der Stange gehalten werden durch Anhebung der Mindestrenten, prozentuale Rentenerhöhungen, Steuervergünstigungen etc. Auch familienpolitische Maßnahmen sind vorgesehen: Erhöhung der Familienzulagen (allocations familiales), Verlängerung des Urlaubs für berufstätige Mütter, Erhöhung der Witwenpensionen etc. Weiterhin sollen öffentliche Investitionen in Höhe von rd. 1,9 Mrd. FF vorgenommen werden.

Finanziert werden soll das Programm durch eine Preiserhöhung von Superbenzin, beschleunigte Steuereintreibung, eine Staatsanleihe mit Indexbindung an die europäische Rechnungseinheit sowie kurz- und mittelfristige Schuldverschreibungen.

Letztendlich ein wahltaktisches Programm, dem jedoch von der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage in Frankreich und auf dem Weltmarkt enge Grenzen gesetzt werden. Unternehmerver-

bände haben positiv reagiert. Sie wollen mindestens 300 000 Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen. Die wirtschaftliche Lage von rd. 430 000 Rentnern, deren Renten jedoch unter Sozialhilfeniveau liegen, und von rd. 100 000 Witwen wird vom zweiten Plan Barre geringfügig verbessert.

Ein sozialpolitisch allzu fein gesponnener Plan, der sich wahltaktisch leicht in sein Gegenteil verkehren könnte. Auch wenn die Regierung davon ausgeht, daß der mögliche Wahlsieg der Linksunion 1978 mit einer knappen Mehrheit von nur 1 oder 2% errungen werden könnte, und deshalb auf die Stimmen der Rentner und Witwen setzt, dann ist doch der Empfängerkreis wahltaktisch wohl ein wenig knapp kalkuliert. Die voraussichtlich knapp unter 10% liegende Inflationsrate wird die Erhöhung der Familienzuschläge im 12-Monats-Zeitraum des Aktionsprogramms nahezu kompensieren. Die Gewerkschaften CGT (Confédération Générale du Travail) und die CFDT (Confédération Française et Démocratique du Travail) haben auf das Aktionsprogramm der Regierung Barre hart reagiert. Die unbestreitbare Tatsache, daß die offiziellen Arbeitslosenzahlen mit den vorgesehenen Maßnahmen günstigstenfalls auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden können, hat die Grundlage für eine breite Mobilisierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Sektor gelegt. Ein erster erfolgreicher Streik im öffentlichen Sektor war die Antwort auf den zweiten Plan Barre.

Ein zweiter 24stündiger Generalstreik hat am 24. Mai stattgefunden, dem sich die starke Lehrergewerkschaft FEN (Fédération de l'Education Nationale) und sogar die gemäßigte Gewerkschaft FO (Force Ouvrière) seit langen Jahren zum erstenmal wieder angeschlossen hat, weil die Regierung Barre nicht einmal mit dieser Gewerkschaft vereinbarte Tariflohnerhöhungen im öffentlichen Sektor zugestehen wollte. Selbst die Gewerkschaft der mittleren und höheren Angestellten CGC (Confédération Générale des Cadres) hat sich schließlich an dem Streik beteiligt. Die Streikbereitschaft der französischen Arbeiter, Angestellten und Beamten deutet auf ihre Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Die Streikbereitschaft wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch für das Wahlergebnis im Frühjahr 1978 auszahlen, denn die Linksunion hat in den letzten Kommunalwahlen gerade in den Städten hohe Zugewinne erzielt, in denen harte Arbeitskämpfe stattgefunden hatten. – Der Generalstreik war in der Großindustrie und im öffentlichen Sektor der größte Streikaufruf seit 1968. In den Klein- und Mittelbetrieben wurde der Streikaufruf weniger befolgt. In allen großen Städten fanden Massendemonstrationen statt.

Der politischen Herausforderung durch diesen Generalstreik steht die Regierung Barre hilflos gegenüber. Ministerpräsident Barres Kommentar zum Generalstreik: „Das stört meinen inneren Frieden nicht und wird meine Entschlossenheit nicht beeinflussen." Verhandlungen mit den Gewerkschaften lehnt er weiterhin ab. – Unmittelbar nach dem Streik kam von der Regierung die Bestätigung seiner Berechtigung. Trotz Stabilisierungsprogramm stieg der Preisindex für die Lebenshaltungskosten um 1,3% im April (März 0,8%, Februar 0,4%, Januar 0,3%). Unter diesen Voraussetzungen wird die Inflationsrate im Jahr 1977 bestenfalls geringfügig unter 10% liegen.

In Frankreich ist im Vergleich zur Bundesrepublik das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht labiler und die Herstellung des Zustands, in dem angemessenes Wachstum, Vollbeschäftigung, Außenhandelsgleichgewicht und Geldwertstabilität gleichzeitig verwirklicht werden können, vergleichsweise schwerer zu erreichen. Frankreichs Inflationsraten sind schon immer um einige Prozentpunkte höher gewesen als in der Bundesrepublik. Jede Expansion ist zunächst von einem ungleich stärkeren Schub von Impor-

ten von Maschinen und Rohstoffen begleitet, der zu einem sprunghaften Ansteigen des Außenhandelsdefizits führt und von einem Inflationsstoß begleitet wird. Stabilitätspolitik unter diesen strukturellen Bedingungen betreiben zu wollen, heißt, eine Reduzierung der Inflationsrate und des Außenhandelsdefizits mit einer erheblichen Arbeitslosenquote und einem Einbruch, günstigstenfalls aber mit einer Stagnation der Industrieproduktion erkaufen zu müssen. Die weltweite Stagflation (Stagnation bei gleichzeitiger Inflation) ist in Frankreich stärker ausgeprägt als in der Bundesrepublik.

Die Gaullisten unter Führung des jüngsten, mit knapper Mehrheit zum Bürgermeister von Paris gewählten ehemaligen Ministerpräsidenten Chirac haben sich schon vor den Kommunalwahlen zu einer nationalistischen Sammlungsbewegung RPR (Ressemblement pour la République) zusammengeschlossen. Sie betrachten sich als Vorkämpfer gegen den Kollektivismus in Frankreich und ignorieren dabei die besonderen wirtschaftspolitischen Probleme ihres Landes. Ihnen ist die Politik des Präsidenten gegenüber der Linksunion zu weich und die Wirtschaftspolitik der Regierung Barre zu technokratisch und zu unpolitisch. Sie fordern ein Expansionsprogramm zur Arbeitsplatzbeschaffung und Wahlgeschenke für ihre Wählerschichten, die aus freiberuflich Tätigen, Unternehmern von Klein- und Mittelbetrieben etc. bestehen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt und unter den gegebenen strukturellen Bedingungen in Frankreich würde das bedeuten, daß das wirtschaftspolitisch Erreichte aufgegeben würde: das Außenhandelsdifizit und die Inflationsrate würden steil ansteigen. Die internationale Konkurrenzfähigkeit des französischen Kapitals wäre tiefgreifend beeinträchtigt und eine für die Gaullisten gewiß unerwünschte Integration in das US-amerikanische Kapital-Imperium unumgänglich.

Ministerpräsident Barre hat anläßlich der Verabschiedung seines Aktionsprogramms die Vertrauensfrage gestellt. Die Gaullisten wollten eine Parlamentsauflösung mit anschließenden Neuwahlen, die ihnen den Meinungsumfragen zufolge schwere Verluste eingebracht hätten, nicht riskieren und haben dem Programm mit wenigen Enthaltungen zugestimmt – allerdings mit dem Zusatz, daß ihre Zustimmung zum Programm für sie nicht bedeute, daß sie der Regierung Barre damit ihr Vertrauen aussprechen. Das Ergebnis ist ein erheblicher Prestigeverlust für die Regierung Barre und verminderte die Durchsetzungsmöglichkeiten für ihr Aktionsprogramm. Die gesellschaftlichen Widersprüche, die in der französischen Wirtschafts- und Sozialkrise in Erscheinung treten, haben zu schwer überbrückbaren Rivalitäten im Regierungslager geführt, die die Wahlchancen der liberal-konservativen Koalition sinken lassen.

Ungleich stärker als in der Bundesrepublik ist in Frankreich die staatliche Wirtschaftspolitik in zunehmendem Maße politisiert worden. Dieser Politisierungsprozeß ist ein politischer Erfolg für die Linksunion. Die Regierung wird in ein gegenwärtig schier ausweglosses Dilemma gestürzt. Sie ist der Kapitalseite mit ihrer Stabilisierungspolitik verpflichtet. Legt sie ein Expansionsprogramm vor, dann gewinnt sie auf dem wahltaktischen Feld, indem sie Arbeitsplätze schafft, verfehlt aber ihre wirtschaftspolitischen Ziele, die sie einhalten will, um Frankreich nicht zu einer international drittklassigen Nation absinken zu lassen, die sich in das US-amerikanische Kapital-Imperium integrieren müßte. Verfolgt sie ihre wirtschaftspolitischen Ziele konsequent, dann muß sie eine Stagnation der Industrieproduktion und hohe Arbeitslosigkeit hinnehmen. Auf der politischen Ebene riskiert sie eine Wahlniederlage, hinterließe jedoch der siegreichen Linksunion eine stabilisierte gesamtwirtschaftliche Situation ohne Außenhandelsdefizit und mit niedriger Inflationsrate, auf der aufbauend die Linksunion im Frühjahr 1978 ihr Expansionsprogramm erfolgver-

sprechend durchführen und sich politisch konsolidieren könnte.

Mit ihrem Aktionsprogramm versucht die Regierung Barre, diese Alternative zu umgehen. Der zweite Plan Barre bietet politisch wohl zu wenig, um die Wahlen zu gewinnen, ist vom Umfang her zu gering und kommt wirtschaftspolitisch zu spät, um die Folgen der Stabilitätspolitik – hohe Arbeitslosigkeit und Stagnation der Industrieproduktion – überwinden zu können.

Gerhard Leithäuser

Im Ergebnis von Helsinki: Partnerschaft Bremen – Gdansk

„Es gibt heute Leute im Westen, die versuchen, die Resultate der Konferenz von Helsinki zu verringern. Mir scheint es, daß Helsinki es ermöglicht hat, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, den jahrelang bestehenden Engpaß in unseren Beziehungen überwunden haben, und das ist etwas sehr Wichtiges für unsere beiden Staaten und auch für Europa." Diese Feststellung des Leiters des polnischen Instituts für internationale Fragen in Warschau, Prof. Marian Dobrosielski, kennzeichnet einen richtigen Sachverhalt. Nicht nur, daß der Wortlaut der Abkommen in den Massenmedien weitestgehend unerwähnt geblieben ist, „Helsinki" dient entspannungsfeindlichen Kräften sogar als Druckmittel gegenüber den sozialistischen Staaten und als Propagandainstrument in der politischen Auseinandersetzung. Tatsächlich wird der Eindruck erweckt, als habe „Helsinki" nichts „gebracht", ja, man habe eine Position preisgegeben.

Dem muß eine weitere generelle Einschätzung durch Prof. Dobrosielski, der lange Jahre Botschafter in London war und die polnische Delegation zur Vorbereitung der Konferenz von Helsinki in Genf geleitet hat, gegenübergestellt werden. Er stellt die Behauptung auf, „daß nach Helsinki und den Abkommen von 1976 vielleicht zum erstenmal seit Kriegsende die Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik nicht nur kein Hindernis in der Entwicklung der Entspannungspolitik in Europa sind, sondern daß zum erstenmal gewisse Ansätze gemeinsamer Aktionen für die Bekräftigung der Politik der Entspannung und der Zusammenarbeit da sind". Dobrosielskis Plädoyer, die Ergebnisse von Helsinki nicht abschätzig zu behandeln, hat einen konkreten Bezugspunkt, der besonders in der innenpolitischen bundesrepublikanischen Diskussion kaum beachtet wird. Das sind die Beziehungen unterhalb staatlicher Ebene zwischen Bremen und Gdansk. Beide Städte haben seit April 1976 eine „Rahmenvereinbarung" über die Zusammenarbeit und sind als erste Gemeinden beider Staaten partnerschaftlich miteinander verbunden.

Den Rahmen, in dem sich die Zusammenarbeit vollziehen soll, steckt Paragraph 1 ab, in dem es heißt: „Beide Seiten werden die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der kommunalen Wirtschaft und des Umweltschutzes unterstützen und weiter entwikkeln, die direkten Kontakte und den Erfahrungsaustausch zwischen den entsprechenden Organisationen, Institutionen und Unternehmen, wie auch im Bereich der Wissenschaft, der Bildung, der Kunst, der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens, des Sports und des Fremdenverkehrs erweitern." Prof. Dobrosielski meint, daß diese Beziehungen „auf allen Gebieten nützlich für beide Seiten sein können und daß man wirklich sehr gut zusammenarbeiten kann. Wir können in den Beziehungen zwischen Bremen und Gdansk einen Prototyp sehen, auch für

die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen".

Diese Einschätzung der Beziehung als „prototypisch" gilt in mehrfacher Hinsicht. Einmal ist sie die erste Partnerschaft zwischen Städten beider Länder und eine der wenigen zwischen Gemeinden der BRD und der sozialistischen Länder insgesamt. Zum zweiten wird hier, anders als in den der Westintegration nützlichen Partnerschaften mit französischen, niederländischen oder englischen Städten nicht ein Tourismus für Bürgermeister und Stadträte angestrebt, vielmehr soll die Bevölkerung einen Nutzen davon haben. Das kann auf zweierlei Weise erfolgen. Möglich ist der direkte, unmittelbare Weg des Austauschs. Als Beispiel kann der Besuch des Fußballvereins „Lechia" in Bremen Anfang 1977 gelten. Bremer Schüler haben schon einen Aufenthalt in Gdansk verbracht. Auf längere Sicht wird es einen Studentenaustausch geben, und auch die touristischen Kontakte sollen verbessert werden. Polen hat, das ist ein weiteres Helsinki-Ergebnis, die Bedingungen für Einzelreisen auf privater Ebene erheblich verbessert.

Der zweite, mittelbare Weg wird über konkrete Kooperation in bestimmten Bereichen mit festen Zielen gegangen. Ausgehend davon, daß beide Städte sich in ihrer Struktur (Hafen, Werften) ähneln, sollen Erfahrungen, die bisher gemacht worden sind, ausgetauscht werden. Künftig will man versuchen, Doppelarbeit zu vermeiden, forschend und untersuchend an Projekte gemeinsam heranzugehen und die Ergebnisse gemeinsam auszuwerten. Das gilt etwa im Bereich der Seeverkehrswirtschaft, wo die entsprechenden Institute schon zusammenarbeiten. Das wird auch in der nautischen Ausbildung der Fall sein. Hier steht der Abschluß eines Kooperationsvertrags zwischen der Hochschule für Nautik in Bremen und der Meereshochschule Gdynia im Herbst 1977 bevor. Auch die Stadtverwaltungen selbst wollen die Zusammenarbeit verstärken und sich bei der Lösung von Wohnungsproblemen, des öffentlichen Personennahverkehrs und der Energieversorgung die Erfahrungen des Partners jeweils zunutze machen.

„Prototypisch" werden die Beziehungen auch im Gesundheitswesen sein. Der polnische Gesundheitsminister Jozef Grenda und der Bremer Gesundheitssenator wollen künftig jährlich die Teilnehmer der Abschlußkurse der Krankenpflegeschulen für drei bis vier Wochen austauschen. Dieses wäre erstmalig eine Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern aus Bremen und aus Gdansk. Auch im Hochschulbereich gibt es seit dem Besuch des Bremer Wissenschaftssenators und der Rektoren der Bremer Hochschulen in Gdansk konkrete Projekte. Hier sollen gegenseitig Gastprofessuren eingerichtet werden, man will gemeinsam Tagungen beschicken und Forschungsprojekte planen. Sobald die Frage der Anerkennung von Studienleistungen gelöst ist, wird auch ein Studentenaustausch möglich sein. Die Hochschulen in der Dreistadt Gdansk-Sopot-Gdynia haben bisher schon Kooperationsverträge mit Hochschulen in Schweden, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und der DDR. Durch die Zusammenarbeit zwischen Bremen und Gdansk reiht sich die Bundesrepublik auch auf diesem Gebiet in die Reihe derjenigen Länder ein, die „geregelte Beziehungen" zu Polen unterhalten.

„Danzig ist nach 30 Jahren seiner Nachkriegsentwicklung eine sehr dynamische Stadt, und das bringt viele neue Probleme, die gelöst werden müssen", meint Danzigs Stadtpräsident, Andrzej Kaznowski. „Das gilt etwa für den Bereich des Wohnungsbaus, der Verkehrswege und der Modernisierung alter Stadtteile. Deswegen sind wir bereit, aus den Erfahrungen anderer Städte eine Lehre zu ziehen und mit anderen Städten zusammenzuarbeiten. Das ist auch der Grund für unsere Zusammenarbeit mit Bremen. Umgekehrt haben wir beispielsweise eigene Erfahrungen auf dem Gebiet der Restau-

ration alter Denkmäler und der Wärmelieferung. Man sieht also, daß es viele Möglichkeiten positiver Zusammenarbeit geben kann." Die Zusammenarbeit beider Städte sieht er als Pioniertat und erinnert daran, daß das Leben eines Pioniers nicht einfach ist. Vor solchen Pionierschwierigkeiten stehen beide Seiten etwa bei der Verwirklichung der Empfehlungen für die Revision der Schulbücher, wo bisher Bremen als deutsches Bundesland die Übernahme der Empfehlungen zugesagt hat, die polnische Seite aber wenig Verständnis dafür hat, daß die Realisierung auf Gesamtebene so schleppend vor sich geht. Dennoch wird es in diesem Jahre aufgrund eines 1976 im Gefolge von Helsinki geschlossenen Abkommens zwischen den Lehrergewerkschaften beider Länder erstmalig einen Lehreraustausch geben. Der Stadtpräsident von Gdansk, Kaznowski, hatte einem solchen Austausch bei seinem letzten Aufenthalt in Bremen im November 1976 im Bereich beider Städte spontan zugestimmt.

Ohne das große Vertragswerk von Helsinki wären die zahlreichen Abkommen zwischen der BRD und der VR Polen wohl nicht zustandegekommen, und damit gäbe es auch keine „Rahmenvereinbarung" zwischen Bremen und Gdansk. Und ohne diese prototypische Partnerschaft, die zweifellos unter besonders günstigen Konstellationen zustandegekommen ist, wäre es fraglich, ob die Beziehungen unterhalb der staatlichen Ebene schon das Pionierzeitalter erreicht hätten. Inzwischen beginnen sie sogar, dieses Anfangsstadium hinter sich zu lassen. Die „Hamburger Tage" im Mai 1977 in Gdansk beispielsweise und das Bemühen einiger westdeutscher Städte (Bochum, Göttingen), ebenfalls polnische Partnerstädte zu finden, zeigen dies. Hier wird, entgegen den öffentlichen Unkenrufen vieler Politiker und Medienpäpste, das Vertragswerk von Helsinki positiv realisiert und erlebt.

Wolfgang Schmitz

Soeben erschienen

Jutta Menschik

Feminismus

Geschichte, Theorie, Praxis
Kleine Bibliothek, Band 87
240 Seiten, DM 12,80

Das Buch soll Information und Orientierungshilfe sein für Frauen, die etwas an ihrer Situation ändern wollen und Fragen stellen wie: Was ist Feminismus? Können Frauen sich nur ohne Männer emanzipieren? Ist Lohn für Hausarbeit eine angemessene Alternative gegen die Forderung: Frauen in den Beruf? etc.

Im ersten Teil wird zum einen nachgewiesen, daß es eine geschlossene Theorie des Feminismus bis heute nicht gibt, wohl aber drei Hauptrichtungen, die teils konkurrierend, teils einander ergänzend nebeneinander bestehen.

Im zweiten Teil werden bestimmte Bereiche wie Sozialisation, Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Alltag und Sexualität, zu denen relevante feministische Autorinnen Aussagen gemacht haben, dargestellt, d. h. die Ergebnisse einer „feministischen" Wissenschaft überprüft.

Im dritten Teil werden exemplarisch prominente feministische Schriftstellerinnen diskutiert.

Reinhard Kühnl / Gerd Hardach (Hrsg.)

Die Zerstörung der Weimarer Republik

Kleine Bibliothek, Band 88
240 Seiten, DM 12,80

Die Weimarer Republik ist weder durch das „Votum der Wähler" noch durch die „Lasten des Versailler Vertrages" zugrunde gegangen. Sie ist nicht „zwischen Links- und Rechtsradikalen zerrieben" worden und auch nicht am „Versagen der politischen Mitte" oder des „allzu demokratischen Verfassungssystems" gescheitert. Tatsächlich wurde sie von angebbaren Kräften aus angebbaren Gründen zielbewußt zerstört. Diese Kräfte werden analysiert: in ihrer Struktur, ihren Interessen, ihren Zielen und ihrer politischen Strategie. Die Zerstörung der Weimarer Republik ist zugleich ein Lehrstück für die Gegenwart: Wie 1967 in Griechenland, 1973 in Chile und angesichts noch starker reaktionärer Kräfte in vielen anderen Ländern erkennbar geworden, ist die Demokratie auch heute von rechts her akut bedroht.

Pahl-Rugenstein

Das Problem der Kernenergie

Risiken, gesellschaftliche Bedingungen und Perspektiven der Energieversorgung

Eine Diskussion zwischen Jörg Heimbrecht, Gerhard Kade, Knut Krusewitz, Bernd Moldenhauer, Kurt Steinhaus und Peter Weish

Seit nunmehr einigen Jahren halten die Auseinandersetzungen um die Problematik der Kernenergie in der Bundesrepublik an. Die zunächst noch kleinen und vielfach unpolitischen Bürgerinitiativen haben sich in dieser Zeit zu einer beachtlichen gesellschaftlichen Kraft entwickelt. Ungeachtet des immer breiter werdenden Protestes hält die Bundesregierung gemeinsam mit den Energiekonzernen an einem Atomprogramm fest, das vorsieht, die Bundesrepublik mit einem engmaschigen Netz von Kernkraftwerken zu überziehen. Zur Legitimation dieser Pläne steht der Bundesregierung ein wirksamer Apparat von Medien zur Verfügung und darüber hinaus ein umfangreicher Stab von „wissenschaftlichen" Rechtfertigern, die in zahllosen Publikationen die Notwendigkeit der Kernenergie zu begründen und ihre Ungefährlichkeit zu versichern versuchen. Die Gegner der Kernenergie hatten derartige Mittel niemals zur Verfügung. Sie haben es gleichwohl verstanden, durch sachbegründete Argumentation ihre Auffassungen breiten Teilen der Bevölkerung bekanntzumachen. Angesichts dieser Situation hat die Redaktion der „Blätter" Ende Mai eine Runde von Fachleuten zu einem Gespräch eingeladen, dessen Ziel es sein sollte, die in den Aktionen der letzten Jahre gesammelten Erfahrungen zusammenzufassen und ein Fazit aus der für den Laien immer unübersichtlicher werdenden theoretischen Auseinandersetzung zur Problematik der Kernenergie zu ziehen. Der folgende Text ist aus einer von den Teilnehmern redigierten Tonbandabschrift dieses Gesprächs hervorgegangen. Aus Platzgründen mußte der Diskussionsverlauf von der „Blätter"-Redaktion beträchtlich komprimiert werden. Der ungekürzte Text wird in Kürze zusammen mit zusätzlichen Materialien zum Thema im Rahmen der „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen" veröffentlicht werden. D. Red.

I. DIE GEFAHREN DER KERNENERGIE – IST DAS RISIKO VERTRETBAR?

„Blätter": Wir sollten uns als erstem Fragenkomplex dem Problem des Sicherheitsrisikos zuwenden, das von der Kernenergie ausgeht: welche verschiedenen Arten der Gefährdung sind zu berücksichtigen; wie ist das Risiko im Vergleich zu anderen Formen der Energieerzeugung einzuschätzen; und vor allem: sind die Gefahren überhaupt technologisch beherrschbar?

Weish: Man kann die Kernenergiekontroverse auf verschiedene Art beschreiben. Man kann etwa den festgefügten, verfilzten Block aus Industrie, Bürokratie und Großforschung beschreiben, der sich historisch entwickelt hat, ohne zunächst einmal von außen her kritisiert worden zu sein. Es sind Eigengesetz-

lichkeiten in Gang gekommen. In jedem Detail haben Experten ihre Unbedenklichkeitsbestätigungen abgegeben und haben diese dann, als die Angriffe gegen die Kernenergie gekommen sind, so gut sie konnten auf ihrem Gebiet verteidigt. Diejenigen, die bereit sind, den Gesamtkomplex der Kernindustrie in Frage zu stellen, orientieren sich an den Gefahren. Sie sagen z. B.: Wenn wir *einige* gravierende Gefahren erkennen, dann rechtfertigt das die Ablehnung des gesamten Unternehmens. Die anderen, die die Kernenergieindustrie gar nicht ablehnen wollen, oder können, weil sie sich zu ihr in einem beruflichen Naheverhältnis befinden, versuchen die aufgezeigten Gefahren solange es geht zu leugnen, oder herunterzuspielen. Das ist im Bereich der Strahlenbiologie immer so gewesen. Als Gofman und Tamplin z. B. ihre ersten Berechnungen über die Wirkung niederer Strahlendosen auf große Bevölkerungsgruppen veröffentlichten – wonach die für die Gesamtbevölkerung höchstzulässige Strahlendosis, sollte sie tatsächlich ausgeschöpft werden und über längere Zeiträume auf die Bevölkerung einwirken, allein in den USA jährlich etwa 30 000 zusätzliche Krebs- und Leukämietote bewirken würde – hat man zunächst einmal versucht, diese Berechnungen lächerlich zu machen. Sie paßten einfach nicht zum Image einer mit großem Aufwand als sauber und umweltfreundlich propagierten Kernindustrie. Die Argumentation für die Unschädlichkeit niederer Strahlendosen war wissenschaftlich nicht aufrecht zu halten, immerhin gibt es aber noch heute, auch in Deutschland, einige Strahlenbiologen, die diese Position verteidigen. Sie wehren sich, solange es irgendwie geht, Befunde zu akzeptieren, die eine höhere Schädlichkeit der Strahlung erkennen lassen, als früher angenommen worden war. Die Kernenergiekritiker nehmen solche Befunde ernst, auch bevor sie für den Begriffstutzigsten evident sind, aus der Überzeugung, daß man in Fragen der Gesundheit der Bevölkerung im Zweifelsfall auf der sicheren Seite sein soll. So sehe ich diese zwei verschiedenen Positionen, die ja auch beim Wyhl-Prozeß deutlich herausgekommen sind.

Moldenhauer: Ich möchte die Frage stellen, ob es denkbar ist, auf technischem Wege Risikoeinschränkungen durchzusetzen, so daß man mit Fug und Recht behaupten kann: die Kernenergie ist eine sichere Technologie in diesem Sinne, wie andere Technologien auch sicher sind. Oder, das wäre die Alternative: ist sie eine Technologie, die qualitativ anders geartete Risiken enthält als die bisher bekannte Technologien?

Heimbrecht: Ich meine, Kernenergie enthält schon qualitativ andere Risiken als die üblichen Technologien, was nicht bedeutet, daß diese Risiken nicht technologisch beherrschbar sind. Meiner Ansicht nach ist es durchaus möglich, jedes technische System fast beliebig sicher zu machen, soweit man die auftretenden Materialprobleme beherrscht. Man kann also theoretisch Sicherheitssperren einbauen, soviel man will, man muß nur irgendwann aufhören, sonst arbeitet dieses System nicht mehr. Von dem System geht dann zwar keine Gefährdung mehr aus, aber weil die Sicherheitseinrichtungen zu einer ständigen Abschaltung führen, ist keine Betriebssicherheit mehr vorhanden. Es ist kein praktikables System mehr. Man muß notwendigerweise einen Kompromiß machen. Ich glaube, die Frage, wo dieser Kompromiß liegt, das

heißt, wie hoch das Restrisiko bei Kernkraftwerken für die Arbeiter im Betrieb und für die Menschen in der Umgebung ist, hängt sehr stark mit der Frage zusammen, wer über Kernkraftwerke verfügt, wer sie kontrolliert, ob sie nach dem Profitprinzip arbeiten oder nicht. Die technologischen Fragen sind für den Betrieb von heutigen Kernkraftwerken soweit gelöst, daß das hohe Gefährdungspotential in dem Maße beherrschbar ist, daß der Betrieb von Kernkraftwerken bei entsprechender Kontrolle vertretbar ist.

In unserem Lande ist diese Bedingung aber nicht erfüllt. Ich habe eine ganze Reihe von TÜV-Berichten und Augenzeugenaussagen über Unfälle in KKW ausgewertet, aus denen hervorgeht, daß das Profitstreben beim Bau und Betrieb von KKW in unserem Lande im Vordergrund steht und ihm die Sicherheit untergeordnet wird. Ich habe auch Unterlagen darüber, daß zu einem sehr großen Teil in der Bundesrepublik Sicherheitsforschung erst betrieben wird, wenn Kernkraftwerke bereits gebaut werden oder in Betrieb sind, was sicher sehr stark mit ökonomischen Interessen in Zusammenhang steht.

Es gibt beim heutigen Stand der Technik keine Technologie zur Erzeugung von elektrischem Strom, die keinerlei Schädigungen auf den Menschen ausübt. Das zeigt sich an den Zahlen über Erkrankungen im Ruhrgebiet: Ungefähr die Hälfte der 3,9 Mio. Tonnen Schwefeldioxyd, die im letzten Jahr in unserer Atemluft auftraten, kamen aus fossilen Kraftwerken; dazu kommen einige Mio. Tonnen Staub; Schwefeldioxyd ist einer der Hauptluftschadstoffe. Gerade in industriellen Ballungszentren macht sich bemerkbar, daß eine ganze Reihe von Erkrankungen mit der Luftverschmutzung in Zusammenhang stehen. Nach verschiedenen Veröffentlichungen führt Schwefeldioxyd besonders im Zusammenhang mit Feinstaub, mit Benzpyren, zu Lungenkrebs und sicher hat die Luftbelastung durch fossile Kraftwerke einen erheblichen Anteil an der hohen Lungenkrebsrate. In Essen sterben zum Beispiel von 10 000 Männern über 50 Jahren jährlich fast 100 an Lungenkrebs, in Düsseldorf sind es 48, in Gelsenkirchen 39, in Oberhausen 30 und in der Eifel, die staub- und abgasarm ist, sind es nur 6. Das heißt also, auch fossile Kraftwerke verpesten die Luft.

Auch hier kann man sagen, daß ein derart hoher Grad von Luftverschmutzung technologisch durchaus nicht notwendig ist. Es gibt seit ungefähr zehn Jahren Luftreinigungsanlagen auch für Kraftwerke, die heute mit einem Wirkungsgrad von über 95% arbeiten. Daß sie in unserem Land kaum angewendet werden, hängt damit zusammen, daß die Energiekonzerne nach dem Profitprinzip arbeiten. Ihr Einfluß auf die Gesetzgebung schlägt sich zum Beispiel nieder im Bundesemissionsschutzgesetz. Da steht drin, daß nachträgliche Auflagen für den Betreiber einer Anlage nur dann erlaubt sind, wenn sie für den Betreiber dieser Anlage wirtschaftlich vertretbar sind. D. h.: gesundheitlich vertretbar für den Anwohner brauchen sie nicht zu sein, aber wirtschaftlich vertretbar für den Betreiber der Anlage.

Genauso wie für fossile Kraftwerke kann man sagen, daß die Luftverschmutzung durch Kernkraftwerke in sehr weiten Grenzen variabel ist. Es gibt internationale Vereinbarungen über Maximalemissionen, die von der Atom-

energiebehörde in Wien festgelegt wurden, und wenn man diese internationalen Vereinbarungen zugrunde legt, kann man sicher nicht davon ausgehen, daß keinerlei Schädigungen mehr durch radioaktive Abgabe oder Abwässer aus Kernkraftwerken verursacht werden. Eine gewisse Erhöhung der Krebs- und Mutationsrate ist bei Einhaltung dieser international festgelegten Grenzwerte nach dem heutigen Stand des Wissens durchaus anzunehmen, da viele radioaktive Isotope aus KKW sich im Körper anreichern und dort über Jahrzehnte hinweg strahlen. Aber die zu erwartenden Schädigungen durch KKW-Emissionen liegen nicht höher, als die, die bei Erzeugung der gleichen Menge Elektroenergie aus fossilen Brennstoffen zu erwarten wären, selbst wenn die besten heute bekannten Gasreinigungsanlagen eingebaut würden.

Allerdings werden in unserem Lande die international vereinbarten Grenzwerte nicht eingehalten: Das Bundesinnenministerium gibt jedes Jahr einen „Jahresbericht Umwelt, Radioaktivität und Strahlenbelastung" heraus. Im Jahresbericht 1976 steht, daß die maximale Strahlenbelastung in der Umgebung von KKW in der BRD kleiner als 0,1 Millirem ist und damit weit unterhalb der international festgelegten Grenzen liegt. Jetzt hat die „Arbeitsgruppe Umweltschutz" an der Universität Heidelberg diese Behauptung versucht nachzuprüfen[1]). Sie hat bei sämtlichen Landesbehörden Meßunterlagen angefordert; nur die Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg hat die amtlichen Meßdaten über das Kernkraftwerk Obrigheim und das Kernforschungszentrum Karlsruhe herausgegeben, und siehe da, aus den amtlichen Meßprotokollen geht hervor, daß die tatsächliche Belastung der Bevölkerung zweihundertfünfzig bis fünftausendmal höher ist, als von der Bundesregierung angegeben. Sie liegt damit auch erheblich über dem Grenzwert der internationalen Atomenergiebehörde. Das heißt also, die Frage, wie groß die Umweltbelastung durch KKW und wie groß die von ihnen ausgehende Gefährdung für die Bevölkerung ist, hängt sehr stark damit zusammen, wer diese Kernkraftwerke betreibt und wer sie kontrolliert.

Kade: Ich möchte noch einmal auf die Frage qualitativ unterschiedlicher Risiken bei verschiedenen Technologien zurückkommen, da diese Frage noch nicht hinreichend geklärt ist. Zu Anfang wurde einerseits zugestanden, daß es qualitative Unterschiede zwischen konventionellen Technologien und der Kerntechnik gebe; andererseits ist dann jedoch das Problem sehr rasch auf die Frage der gesellschaftlichen Kontrollbedingungen reduziert worden. Mir scheinen beide Dimensionen, die technologische und die gesellschaftliche hier eine Rolle zu spielen. Bei konventionellen Technologien läßt sich eigentlich genau differenzieren zwischen verschiedenen Risikofaktoren (Normalbetrieb, Unfall und Restrisiko); bei der nuklearen Technologie ist der Zusammenhang zwischen den drei Risikotypen so eng, daß man eigentlich nur zum Zwecke der Argumentation jede Risikoart für sich behandeln kann. Im Prinzip sollte man sich darüber klar sein, daß der qualitative Unterschied gerade in dem Zusammenhang zwischen den drei Risikoarten begründet ist. Hinzu kommt, daß bei der nuklearen Technologie das Verhältnis von Schadensum-

1) Vgl. „Blätter", 2/1977, S. 135ff.

fang und Eintrittswahrscheinlichkeit anders aussieht als bei konventionellen Technologien; und wenn man sich daran hält, die Größe eines Risikos als das Produkt aus diesen beiden Faktoren zu bestimmen, so wird unmittelbar einsichtig, daß hier qualitativ andere Probleme gegeben sind als bei konventionellen Technologien. Daß für die Entwicklung und Anwendung jedweder Technologie die gesellschaftlichen Bedingungen von entscheidender Bedeutung sind, wird damit nicht bestritten. Ich glaube nur, man macht sich die Sache zu einfach, wenn man das qualitativ Neuartige, was mit der nuklearen Technologie gegeben ist, zu wenig berücksichtigt.

Weish: Ich möchte aus meiner Sicht zu diesem Fragenkomplex Stellung nehmen. Die Bedeutung der ökonomischen Bedingungen für die Sicherheitsfrage sehe ich ebenfalls. Ich glaube aber, daß es zunächst in erster Linie darauf ankommt, den Gesamtkomplex der Kernindustrie in die Betrachtungen einzubeziehen. Wir dürfen uns nicht allein auf Kernkraftwerke beschränken. Weiter ist es insbesondere aus biologischer Sicht naheliegend, die Langzeitaspekte der Strahlenschädigung zu betrachten. Wenn wir das tun, ist auch der Vergleich von Öl- und Kohlekraftwerken mit Kernkraftwerken etwas anders zu sehen. Einerseits sind die Emissionen von Schwefeldioxyd, was hier auch vorhin gesagt wurde, durchaus vermeidbar, wenn man die bereits zur Verfügung stehenden technischen Verfahren einzusetzen bereit ist, andererseits bedeuten sie keine Langzeitbelastung wie manche radioaktive Substanzen die aus kerntechnischen Anlagen abgegeben werden. Bei einem Vergleich kommt es darauf an, eine integrale Bevölkerungsdosis zu ermitteln, die man erhält, wenn man die Strahlenbelastung aus radioaktiven Emissionen über den gesamten Zeitraum addiert, den diese Stoffe strahlen. Man berücksichtigt bei dieser Betrachtung die biologischen Langzeitfolgen radioaktiver Emissionen, auch auf die Gesundheit erst künftig lebender Menschen. Vergleichende Untersuchungen, die diesen Ansatz verwenden, gibt es, und dabei schneidet die Kernindustrie im Vergleich zu fossilen Kraftwerken sehr schlecht ab.

Die Frage der technischen Verbesserungsmöglichkeiten sehe ich nicht so optimistisch. Ich meine, man sollte sich nicht allzusehr auf den Profitaspekt beschränken, so wichtig er ist. Ich glaube, daß menschliche Schwächen, das Abstumpfen im täglichen Umfang mit Gefahren im Bereich der Kernindustrie enorme Risiken mit sich bringen. Wenn wir die Aspekte der Strahlenarbeit mit einbeziehen, dann gelangen wir sehr schnell zu der Einsicht, daß die Kernindustrie einfach eine unmenschliche Technik ist. Das beginnt im Uranbergbau, wo die besten Sicherheitsvorkehrungen das Lunkenkrebsrisiko zwar reduzieren, aber nicht ausschalten können, und ist besonders deutlich bei Reparaturen und Arbeiten in strahlenverseuchten Bereichen. Natürlich könnte man sagen, wenn ökonomische Erwägungen ausgeschaltet sind, dann kann man einen Reaktor monatelang stehen lassen, bevor man zu reparieren beginnt. Das würde natürlich die Strahlendosen bei der Reparatur verringern. Es ist dies aber nicht nur eine Frage der Ökonomie, sondern da sind dann auch gesellschaftliche Aspekte mit einzubeziehen. Ich glaube nicht, daß man die Reparaturproblematik gesundheitlich völlig entschärfen kann. Aus meiner Sicht

haben die gesundheitsschädigenden Aspekte der Kernenergie sehr wohl neue Dimensionen. Wir finden sicher in anderen Industriebereichen gewisse Parallelen. Aber gerade am Beispiel der Kernindustrie können wir unseren Blick für diese Probleme schärfen und die Mißstände auf anderen Gebieten besonders deutlich erkennen. Man sollte sich darüber im klaren sein, daß man einfach den Gesamtkomplex beurteilen muß. Wenn wir die Fragen stellen, wie weit Systeme beliebig beherrschbar zu machen sind, dann gibt es bereits theoretische Grenzen. Es ist einfach nicht möglich, anzugeben, ob man alle Irrtumsmöglichkeiten im vorhinein abschätzen kann. Die Frage scheint nicht zu sein, ob Systeme beherrschbar sind, sondern ob sie von den normalen, in der Praxis Fehler begehenden Menschen in aller Zukunft beherrscht werden. Auch das Automobil ist theoretisch beherrschbar, und in der Praxis wird es eben nicht beherrscht. Ich finde, es gehört einfach zu einer sachlichen Betrachtung solcher Fragen, daß man die Fehlerhaftigkeit des Menschen zugrunde legt. Menschen begehen Fehler, und ich bin der Ansicht, daß Technik Fehler zulassen können muß. Es wäre ein legitimes Ziel, eine Technik zu etablieren, die der Fehlbarkeit des Menschen angepaßt ist, und nicht eine, die gnadenlos einen größeren Fehler mit einer Katastrophe bestraft.

Aber selbst wenn die Kernindustrie über längere Zeiträume ohne Unfälle mit massiver Freisetzung von Radioaktivität arbeiten würde – was sehr unwahrscheinlich wäre –, hat die routinemäßige Freisetzung von Radionukliden aus der Kernindustrie besorgniserregende Langzeitaspekte. Es gibt heute schon eine ganze Anzahl von Arbeiten, die auch die Wirksamkeit sehr niederer Strahlendosen deutlich machen. Eine japanische Untersuchung hat vor nicht allzulanger Zeit ergeben, daß Emissionen eines Kernkraftwerks in Japan während der Inbetriebnahmephase bei nur wenigen Millirem zusätzlicher Dosis bereits an Pflanzen erkennbare genetische Effekte ergeben haben. Bemerkenswert an dieser Arbeit ist einerseits die niedrige Dosis, bei der Effekte beobachtet wurden und andererseits, daß die aufgetretene Strahlenwirkung höher war, als auf Grund der Messung der Strahlendosis in der Luft zu erwarten gewesen wäre. Die japanischen Wissenschaftler haben das damit begründet, daß wahrscheinlich radioaktive Stoffe an den Pflanzenoberflächen absorbiert wurden und dadurch die Pflanzen einer wesentlich höheren Belastung ausgesetzt waren, als aufgrund der Dosismessung in der Luft zu erwarten gewesen wäre. Das ist ein deutlicher Beleg für den ersten Anreicherungsschritt in der Nahrungskette. Eine erhöhte Mutationshäufigkeit bei Menschen wird längerfristig einschneidende Folgen auf die Gesundheit haben. Wir wissen heute, daß nicht nur einige seltene Krankheiten genetisch verursacht sind, sondern daß praktisch alle Krankheiten genetische Komponenten aufweisen. Eine erhöhte Strahlenbelastung wird daher längerfristig die Häufigkeit praktisch aller Krankheiten verstärken. Ähnlich sieht es bei Krebs aus. Krebsforscher haben erkannt, daß die meisten Krebsformen durch Umwelteinflüsse entstehen und daß die aussichtsreichste Methode der Krebsbekämpfung nicht Behandlung, sondern Vorbeugung ist, die darin besteht, daß man die Ursachen erkennt und ausschaltet. Dieser fortschrittlichen und erfolgversprechenden Umwelthygiene steht eine Kerntechnik entgegen, die in vielen indu-

striellen Abschnitten radioaktive Emissionen – deren erbschädigende und krebsauslösende Wirkung wissenschaftlich außer Streit steht – an die Umwelt abgibt. An dieser Stelle stößt man auf die Problematik der höchstzulässigen Dosen, und man erkennt, daß deren Festsetzung eindeutig politisch motiviert ist – es gibt keine wissenschaftliche Begründung der höchstzulässigen Dosen. Man hat einfach bestimmte Strahlendosen mit der Begründung festgelegt, daß diese Maßnahme der Kernindustrie einen vernünftigen Entwicklungsspielraum ermöglichen würde. Gleichzeitig spricht die Internationale Strahlenschutzkommission die Hoffnung aus, daß die Vorteile aus der Kernindustrie größer sind als ihre Schadwirkung. Es folgt aber gleich die Einschränkung, daß möglicherweise wegen der Ungenauigkeiten in der Abschätzung die Vor- und Nachteile keinen guten Kompromiß darstellen.

Heimbrecht: Zunächst einmal zu den qualitativen Unterschieden. Sicher, es sind qualitative Unterschiede vorhanden, aber man muß auch sehen, daß in den Sicherheitsvorkehrungen qualitative Unterschiede da sind. Es sind völlig neue Sicherheitsvorkehrungen entwickelt worden, und die stellen wirklich alles in den Schatten, was bisher an anderen technologischen Anlagen durchgeführt wurde. Die Frage ist doch einfach, ob die Sicherheitstechnologie so weit entwickelt ist, daß sich aus dem enorm hohen Gefährdungspotential keine reale Gefährdung ergibt. Und ich glaube, diese Frage kann, so weit man es überblicken kann, positiv beantwortet werden.

Aber jetzt zu der Frage Restrisiko. Selbstverständlich kann man in der Praxis kein Restrisiko Null erreichen, bei keinem technologischen System. Das ist einfach eine Frage der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Jede Art von Sicherheitsvorkehrung und jedes Material fällt mit einer gewissen statistischen Wahrscheinlichkeit aus. Man wird nie auf eine Wahrscheinlichkeit von Null kommen. Man kann Berechnungen anstellen über die Ausfallwahrscheinlichkeit von bestimmten wesentlichen Bauteilen in einem Kernkraftwerk, indem man ihre statistische Lebensdauer zugrunde legt. Das setzt voraus, daß die Einhaltung dieser Vorschriften, die die Lebensdauer sicherstellen, auch kontrolliert wird. Das aber ist in der Bundesrepublik unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen aufgrund der personellen Verflechtungen zwischen der Kernindustrie, der Elektrizitätswirtschaft und zwischen den Kontrollbehörden, dem TÜV zum Beispiel, nicht garantiert. Und eben auch, weil das Profitprinzip beim Bau eine entscheidende Rolle spielt. Beispiel: eine Firma in Bergisch Gladbach stellt Kühlmittelpumpen her; diese Kühlmittelpumpen sollen eine bestimmte Zuverlässigkeit haben; dafür wird eine Endkontrolle durchgeführt. Der Kontrolleur überprüft zunächst, ob die Normen eingehalten werden. Was macht er, wenn ein Gerät die Normen nicht erfüllt? Er schickt es nicht zurück, sondern ruft seinen Chef, und sein Chef entscheidet, ob das Gerät ausgeliefert wird oder nicht. Ich glaube, das ist typisch für die Art und Weise, wie hier im Kernenergiebereich gearbeitet wird. Inwieweit man sich auf Kontrollen durch den TÜV verlassen kann, haben wir ja gesehen an dem Beispiel, als ein TÜV-Ingenieur sich einer Bürgerinitiative angeschlossen hat und daraufhin entlassen wurde. Ich meine, daß es in der Bundesrepublik keine wirksame gesellschaftliche Kontrolle der Kernkraftwerksher-

steller oder der Kernkraftwerksbetreiber gibt: die kontrollieren sich selber und entscheiden von daher auch letztlich selber, welche Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden. Das Ergebnis ist in der Praxis, wie man aus den Unfällen sehen kann, daß eine erheblich höhere Gefährdung eintritt, als sie technologisch notwendig wäre.

Weish: Wenn ich nun wieder zum Profitargument Stellung nehme, dann nicht, weil ich es für unzutreffend halte, sondern weil ich meine, daß es nicht genügt, um unzureichende Sicherheitsvorkehrungen zu erklären. Nehmen wir an, es gäbe eine Gesellschaft, die frei vom Zwang zum Profit ist und eine Kernindustrie aufbaut. Es lassen sich dann Sicherheitsüberlegungen anstellen, Sicherheitssysteme ersinnen, die das Restrisiko kleiner und kleiner machen. Dann ergibt sich die Frage: Wo ist die Grenze? In einer solchen Reaktorindustrie wird es Sicherheitsfanatiker geben, Perfektionisten im Sicherheitswesen, die immer aufwendigere Sicherheitssysteme ersinnen. Es wird immer wieder Leute in der Kernindustrie geben, die ein Berufsethos haben und stolz auf ihre Sache sind. Sie gehen davon aus, daß die Kernindustrie der Menschheit etwas bringen soll. Sie meinen: Wenn wir uns von diesen „Verrückten" Sicherheitsvorkehrungen bis ins Absurde vorschreiben lassen, dann ist der Nutzeffekt der Kerntechnik nicht mehr gegeben, dann würde sie zum Selbstzweck. Ich meine, daß unabhängig vom Profitmotiv, Beschäftigte in einer Kernindustrie daran interessiert sein werden, daß die Kernindustrie etwas bringt. Abgesehen vom Profit – im Vergleich zum eingesetzten Aufwand und Material – viel Energie, zum Beispiel. Ich sehe daher nicht, daß man die technischen Gefahren beliebig verringern kann, man wird auf Grenzen stoßen, aufgrund eben dieses von mir geschilderten Vorganges oder des Profitmotivs.

Die qualitativen Unterschiede der Kerntechnik zu anderen technischen Systemen betreffend, bin ich ganz entschieden der Ansicht, daß es einige gravierende Unterschiede gibt. *Der wichtigste qualitative Unterschied* ist nach meiner Ansicht die Auslösung erblicher Krankheiten durch die langfristig erhöhte Radioaktivität der Umwelt. Ein *zweiter* qualitiativer Unterschied ist das Schadenspotential nuklearer Unfälle. Dort, wo eine ganze Region gefährdet ist, dort nimmt das Risiko neue Dimensionen an, und die berühmte Formel: Risiko = Schadenspotential mal Eintrittswahrscheinlichkeit, die ist eben dort problematisch, wo das Schadenspotential groß wird. Es gibt ja das sogenannte Zero-Infinity-Dilemma, das Null-Unendlich-Problem. Jede beliebige Zahl mit Unendlich multipliziert ergibt unendlich, jede beliebige Zahl mit Null multipliziert ergibt Null. Wenn wir nun eine Eintrittswahrscheinlichkeit mit beinahe Null annehmen und für menschliche Begriffe das Schadenspotential nahezu unendlich, was ergibt dieses Produkt? Einen völlig unbestimmten Wert. Die Befürworter sehen die Eintrittswahrscheinlichkeit mit fast Null an und erhalten damit ein Risiko, das vernachlässigbar ist; die Gegner orientieren sich an dem unvergleichlichen Schadenspotential und halten es für unverantwortlich, die Voraussetzungen für das Unfallrisiko überhaupt in die Welt zu setzen. Ein *weiteres* qualitatives Risiko, eine qualitative Gefährdung, die anderen Energieerzeugungssystemen fehlt, ist mit dem Begriff Plutoniumökonomie bezeichnet. Es gibt außer der Kernspaltungstechnologie keine

Energieerzeugungssysteme, die das Risiko des Atombombeneinsatzes erhöhen. Das ist aber bei der Kernindustrie eindeutig gegeben. Mit einer Verbreitung der Kerntechnik auf der ganzen Welt wird das Risiko der Atombombenproduktion und auch der Anwendung der Atombomben größer. Es gibt keine Technik, die derartige Möglichkeiten für Sabotage und Terror eröffnet. Wichtig scheint mir *außerdem* ein zeitlicher Aspekt. Bei vielen technischen Unternehmungen und zivilisatorischen Aktivitäten trägt der, der den Vorteil hat, auch das Risiko. Anders bei der Kernindustrie: Wir haben die tatsächlichen oder vermeintlichen Vorteile, einen Großteil des Risikos tragen hingegen andere, die mit Bestimmtheit keine Vorteile aus der Kernenergie haben, andere, die vielleicht erst in tausend Jahren leben. Dieser Langzeitaspekt fordert unsere Fähigkeit zur Verantwortung weitaus stärker als in anderen zivilisatorischen Bereichen.

„Blätter": Wenn wir an dieser Stelle die Diskussion des Gefährdungspotentials der Kernenergie abbrechen, so kann man das Ergebnis der bisherigen Diskussion dahingehend zusammenfassen: es gibt offenbar keinen Konsens in der Frage der qualitativen Differenz der Risiken der Kernenergie im Vergleich zu den herkömmlichen Arten der Energieerzeugung;es gibt demzufolge auch keinen Konsens in der Frage der prinzipiellen technologischen Beherrschbarkeit der Kerntechnik. Wir sind uns andererseits aber einig darin, daß unter den gegebenen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik die Voraussetzungen für eine wirksame Kontrolle der Erzeuger von Kernenergie nicht vorhanden sind und daß daher auch nicht gewährleistet ist, daß die heute verfügbaren technischen Möglichkeiten zur Reduktion des Risikos voll ausgeschöpft werden.

II. GEHEN DIE LICHTER AUS? – ZUR FRAGE DER NOTWENDIGKEIT VON KERNENERGIE

Kade: Vielleicht sollte man an dieser Stelle den Versuch unternehmen, von der bisher im wesentlichen naturwissenschaftlich-technologisch geführten Diskussion den Bogen zu schlagen zu den ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Entwicklung und Anwendung nuklearer Technologie. Ich selbst sehe zunächst drei Verbindungslinien. *Einmal* kann man dort anknüpfen, wo davon die Rede war, daß jede Technologieentwicklung auch bestimmte Sicherheitsvorkehrungen hervorruft. Wenn man feststellen muß, daß im Falle der nuklearen Technologie die Entwicklung von Sicherheitsvorkehrungen keineswegs Schritt gehalten hat mit dem Tempo der Anwendung der neuartigen Technologie, so stößt man auf die konkreten Entwicklungsbedingungen, vor allem auf die Frage, wie sich das ganze aus der militärischen Anwendung von Kernspaltungsprozessen zur sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie hin entwickelt hat, welche gesellschaftlichen Bedingungen und welche ökonomischen Interessen hier wirksam wären. Wenn man, *zweitens,* die Sicherheitsproblematik nicht auf den Betrieb von Kernkraftwerken beschränkt, sondern hier auch ein Problem der internationalen Politik sieht, so sind die Fragen des Rücklaufs von der zivilen Nutzung zur militärischen Verwendung zu diskutieren. *Drittens* schließlich haben wir alles das zur Dis-

kussion zu stellen, was unter dem Stichwort „Notwendigkeit der Kernenergie" debattiert wird (Energieprognosen, Grenzen der fossilen Brennstoffe, Energielücke etc.). Auch hier sind wichtige Fragen angesprochen, wenn man an den Argumentationshaushalt der Bürgerinitiativen denkt. Lapidar ausgedrückt: Sollte sich nämlich nachweisen lassen, daß Kernenergie überhaupt nicht notwendig ist, so braucht man sich über ihre Sicherheit keine weiteren Gedanken zu machen.

„Blätter": Bevor wir zu den beiden ersten Fragen kommen, sollten wir uns zunächst dem dritten von Ihnen erwähnten Komplex zuwenden: Haben wir in der Bundesrepublik eine Energielücke zu befürchten, wenn der weitere Ausbau von Kernkraftwerken gestoppt wird? Oder, um es in der gängigen Formulierung der Befürworter der Kernenergie zu fragen: Gehen ohne KKW die Lichter aus?

Steinhaus: Von der energiepolitischen Seite ist das Bild ziemlich eindeutig. Es gibt meiner Ansicht nach in ganz Westeuropa – ich würde sogar sagen: in ganz Europa – kein Land, das in einem solchen Ausmaß imstande wäre, die Risiken der Kernenergie zu vermeiden wie die Bundesrepublik. Und ich bin zwar sehr entschieden der Meinung, daß die Kerntechnologie wie jede andere Technologie prinzipiell beherrschbar ist, ich bin mir allerdings auch vollkommen darüber im klaren, daß das Gefährdungspotential der Kernenergie, vor allem wenn sie en masse in Betrieb gesetzt wird, nicht vergleichbar ist mit Dammbrüchen, Verkehrsunfällen etc. Und ich möchte sagen, jedes Land, das von seinen ökonomischen und ressourcenmäßigen Bedingungen in der Lage ist, dieses Risiko zu vermeiden oder zu verringern – und schon in dem Verringern würde ich einen Vorteil sehen –, das sollte diese Möglichkeiten nutzen. Wenn man die Fakten zusammenzählt, die dafür sprechen, daß Kernenergie in der Bundesrepublik für die überschaubare nächste Zeit ökonomisch nicht unbedingt notwendig ist, kommt man auf ein ziemlich eindeutiges Bild. Dieses Bild zeichnet sich bereits ab, wenn man die Vorräte an fossiler Energie in der Bundesrepublik schätzt. Die Zahlen darüber weichen zum Teil beträchtlich voneinander ab: das reicht im Steinkohlebereich bis in die Größenordnung 400 bis 500 Mrd. Tonnen, unabhängig von der Tiefe; und bei der Braunkohle geht es bis zu mehr als 600 Mrd. Tonnen, ebenfalls unabhängig von der Tiefe. Das sind die Maximalschätzungen, die sicherlich nicht zufälligerweise seit einiger Zeit in der offiziellen Literatur kaum noch auftauchen. Dort werden mit einemmal, als ob die technischen Möglichkeiten geringer geworden wären, nur noch Vorräte von einer bestimmten Flözmächtigkeit ab und bis zu einer bestimmten Tiefe genannt. Aber selbst wenn man die niedrigeren Zahlen nimmt, etwa in der Größenordnung von 40 oder 50 Mrd. Tonnen Steinkohle und 60 Mrd. Tonnen bei Braunkohle, kommt man in jedem Falle auf mehrere Jahrhunderte, für die diese Vorräte bei der gegenwärtigen Förderung reichen würden. Und es ist völlig klar, daß in diesen kommenden Jahrhunderten auch weitere technische Möglichkeiten realisiert werden können, Kohle auch aus Tiefen zu fördern, aus denen es heute noch nicht möglich ist. Da also von den Vorräten her die Möglichkeit besteht, die Förderung nicht nur über lange Zeit konstant zu halten, sondern sogar wesent-

lich zu erweitern, ist im Grunde genommen bereits dem Argument „Die Lichter gehen aus" jede Grundlage entzogen. Die Realität der bundesrepublikanischen Energiepolitik zeigt allerdings, daß von diesen enormen Energievorräten, die in Westeuropa einmalig sind, nicht nur ein äußerst minimaler Gebrauch gemacht worden ist, sondern man hat sogar zugelassen, daß die Förderung zurückgeschraubt wurde und dabei sogar beträchtliche Steinkohlenvorräte abgesoffen sind, d. h., nur mit relativ hohen Kosten wieder reaktivierbar wären. Ich beschränke mich auf zwei Zahlen: Mitte der fünfziger Jahre sind in der Bundesrepublik über 150 Mio. Tonnen Steinkohle gefördert worden, und heute liegen wir eindeutig unter 90 Mio. Tonnen. Und nicht nur das: die Bergarbeiter, die noch übrig geblieben sind – es sind ungefähr 400 000 Arbeitsplätze in diesem Zusammenhang verloren gegangen – müssen auch noch Feierschichten einlegen, weil noch nicht mal die Kohle, die in den gegenwärtigen Zechen gefördert werden könnte, von den Bergbaugesellschaften tatsächlich gefördert und von den Elektrizitätswerken abgenommen wird. Wenn man mal eine ganz simple Rechnung aufmacht, dann ergibt sich bei einer Steigerungsrate der Kohleförderung von jährlich 2–3% – also Steigerungsraten, die weit unter dem liegen, was z. B. in Polen mit großem Investitionsaufwand realisiert wird –, daß in den nächsten zwei Jahrzehnten jede auch nur einigermaßen realistische Schätzung über den zukünftigen Primärenergie- und Strombedarf voll abgedeckt werden kann, daß es sogar ohne Schwierigkeiten möglich ist, Erdöl in der Größenordnung von 10, 20, 30 Mio. Tonnen zusätzlich einzusparen.

Ich glaube, aus diesen Fakten ergibt sich bereits eindeutig, daß die wichtigsten ökonomischen Begründungen für das westdeutsche Atomprogramm hinfällig sind. Ich halte es für außerordentlich bedeutsam und für die Perspektiven der Bürgerinitiativen sogar für entscheidend, daß dort stärker mit diesen Fakten argumentiert wird, weil damit nämlich der Demagogie entgegengetreten werden kann, mit der die Regierung versucht, die Furcht vor dem Verlust der Arbeitsplätze und Furcht vor Rückgang des Wirtschaftswachstums auszunutzen, um die Risikodiskussion aus der Welt zu schaffen. Und um damit zunächst zu schließen: es wäre sehr gut, noch stärker als bisher darauf hinzuweisen, daß das, was an Arbeitsplätzen in der Kernindustrie und in den Kernkraftwerken anfällt, im Verhältnis zu dem, was durch die Steigerung der Kohleproduktion erreicht werden könnte, überhaupt nicht ins Gewicht fällt: der Tatsache, daß eine Million Tonnen Steinkohle beim gegenwärtigen Stand der Arbeitsproduktivität etwa 5500 Arbeitsplätze bedeutet, hat im Kernenergiebereich keine Entsprechung.

Weish: Man sollte die Frage der Notwendigkeit in einem größeren Zusammenhang sehen, und mir scheint es wichtig, auf die langfristigen Folgen der Entwicklung hinzuweisen. In den Pro-Argumenten fehlt einfach die Zielvorstellung, es wird das Wachstum als Selbstzweck gepriesen. Man sagt: Wir haben stets Wachstum gehabt, und wenn wir nicht gegenwärtig in ernste Schwierigkeiten kommen wollen, brauchen wir ein Wachstum von beispielsweise 4%. Es wird aber nicht dazugesagt, in welche Schwierigkeiten wir längerfristig kommen, wenn wir nun dieses Wachstum haben, Schwierigkeiten,

die längerfristig bis zum ökologischen Kollaps reichen. Es erscheint mir sehr wichtig, daß wir allein auf Grund der Erkenntnis, längerfristig nicht so weiterwirtschaften zu dürfen, andere Fortschrittswege suchen müssen, zu einer Ablehnung dieses Wachstumstyps kommen, allein aus der Einsicht, daß wir, je früher wir uns mit dem Problem aktiv auseinandersetzen, desto größere Chancen haben, etwas zu erreichen. Wenn wir von Zwangsentwicklungen überrollt werden, wird nicht mehr viel zu machen sein, weil wir dann mit den Notstandsmaßnahmen voll beschäftigt sind.

Ein wichtiger Faktor, der das Interesse der Konzerne an der Kernenergie geweckt haben könnte, sind die staatlichen Garantien, die für diese Entwicklung gegeben wurden. Ich kann hier aus den Shell-Erdölinformationen zitieren: „Das Kernenergiegeschäft ist durch massive Beteiligung seitens der Regierungen gekennzeichnet. Der Bogen spannt sich von finanzieller Unterstützung und Organisation von Kernforschung und Entwicklung bis zu der Überwachung der Einhaltung von Vorschriften und Approbierung der Planung und der Errichtung von Kernkraftwerken . . ." Jedenfalls konnte man ein sicheres Geschäft erwarten. Was mir im Zusammenhang mit der Frage der Notwendigkeit wichtig erscheint, ist die Tatsache, daß Energie immer teurer wird. Das mag sich bei der deutschen Kohle langsamer auswirken, beim Öl aber ist es sprunghaft gewesen. Wir dürfen bei der Abschätzung des künftigen Energiebedarfs nicht einfach extrapolieren, ohne zu bedenken, daß der Preis sich erhöht hat, und sich weiter erhöhen wird. Bisher war es ökonomisch, Energie in vielen Fällen sehr großzügig einzusetzen, um nicht zu sagen, sie zu verschwenden. Bei der Gebäudeheizung hat man mit der Isolierung gespart und hat dafür stärkere Ölheizungen eingesetzt. So etwas ist angesichts der sich ständig verteuernden Energieträger ökonomisch nicht mehr vertretbar. Man sollte heute nicht mehr mit billiger Energie rechnen, sondern Preisextrapolationen machen. Es wird darauf ankommen, die Frage zu stellen, was die Erhöhung der Energiebereitstellung im Vergleich zu Einsparungen kostet, und da gibt es schon ganz interessante Gegenüberstellungen. Heute sind in manchen Bereichen die Investitionen zum Einsparen einer bestimmten Energiemenge geringer, als die Investitionen zur Steigerung des Energieangebotes. Es ergeben sich sehr ausgiebige Möglichkeiten zum besseren Einsatz von Energie. Man darf nicht nur die bisherigen Wachstumsraten betrachten, sondern man muß die Frage nach dem Bedarf stellen, die Frage nach dem Verwendungszweck der Energie und dann sollte man auch die Betrachtung anschließen, welche *Form* der Energie für den speziellen Bedarf am besten geeignet ist. Es zeigt sich, daß im Haushaltsbereich, aber auch in der Industrie der größte Betrag an Energie für die Erzeugung von Niedertemperaturwärme verwendet wird. Es ist einfach nicht sinnvoll, daß mehr Energieverbrauch ein Mehr an elektrischer Energie sein muß. Amory Lovins hat einen sehr treffenden Vergleich gemacht: Wenn man in einem Kernkraftwerk oder in einem Ölkraftwerk durch Verbrennung oder Kernspaltung sehr hohe Temperaturen, also hochwertige Energie erzeugt und damit eine Dampfmaschine mit sehr schlechtem Wirkungsgrad betreibt, gehen $^2/_3$ der Energie als Abfallwärme an die Umgebung verloren. Die wertvolle Elektrizität, die man gewinnt, wird

dann in das teure Elektrizitätsnetz eingespeist und unter erheblichen Leitungsverlusten zu einem entfernten Verbraucher geleitet, der dann womöglich Wasser lauwarm macht, um sich die Hände zu waschen. Das entspricht vom physikalischen Standpunkt aus betrachtet dem Schneiden von Butter mit einer Motorsäge. Diese Art der Energieverwendung ist erstens unelegant, zweitens verschwenderisch, drittens teuer und viertens schädlich. Man hat sich daran gewöhnt, unseren Energieumsatz als Zeichen eines zivilisatorischen Erfolges darzustellen. Wenn man sich vor Augen hält, wie wenig heute aus der Energie gemacht wird, ist der ständige Mehreinsatz eher ein Zeichen unseres Mißerfolges und unseres Versagens. Allein von diesem Standpunkt aus wäre es sinnvoll, bevor man die Frage der Notwendigkeit neuer Erzeugungskapazitäten stellt, zunächst einmal die Frage zu erörtern, ob man nicht auch mit einer sinnvolleren Energieverwendung sehr viel Elektrizitätserzeugung überhaupt umgehen könnte. Man setzt heute schon für viele Zwecke Elektrizität ein, für die man andere Energieformen ohne den Umweg über die Elektrizität besser verwenden könnte.

Heimbrecht: Ich glaube das setzt wieder eine demokratische Kontrolle der Energiewirtschaft voraus und die haben wir nicht. Die Energiekonzerne machen im Augenblick große Reklame für mehr Stromverbrauch, für Nachtstromspeicherheizung z. B., die, wenn man von der Primärenergie ausgeht, den minimalsten Wirkungsgrad hat. Ob Energie eingespart wird, hängt davon ab, ob man das Profitsystem in der Energiewirtschaft durchbrechen kann, ob man zu einem demokratisch kontrollierten Gemeineigentum an Energieträgern übergehen kann. Aber ich möchte noch auf den Preis zurückkommen. Man kann nämlich nicht von einer *automatischen* Preiserhöhung sprechen. Gerade am Beispiel der Kernenergie zeigt sich ganz deutlich, daß die in den letzten Jahren eingetretenen Preiserhöhungen zurückzuführen sind auf die in diesem Bereich besonders ausgeprägte Monopolisierung. Nehmen wir als Beispiel den Uranpreis, es gibt ein internationales Urankartell in der westlichen Welt, das für einheitlich hohe Preise sorgt; die Folge ist, daß von 1973 bis 1976 der Preis für Uran um das sieben- bis achtfache gestiegen ist. Auch unter dem Aspekt der Abhängigkeit von internationalen Uran-Monopolen, ist es für uns in der Bundesrepublik völlig unsinnig, gerade Uran für die Stromerzeugung heranzuziehen. Wir kommen dadurch in eine ungeheuer große Abhängigkeit von den USA. Das ist nur ein Beitrag zur Preiserhöhung für Strom aus Kernkraftwerken. Ich halte die ganzen Kalkulationen, die für Atomstrom-Preise gemacht wurden, für von Grund auf unseriös. Denn in keiner dieser Kalkulationen sind die finanziellen Aufwendungen für die Forschung und Entwicklung von Atomstrom aus Steuergeldern mit einkalkuliert. Insgesamt sind in den letzten zwanzig Jahren über 20 Mrd. DM in der Bundesrepublik aus Steuergeldern für die Forschung und Entwicklung der Kerntechnologie ausgegeben worden. Was außerdem nur unzureichend berücksichtigt wurde in den Strompreiskalkulationen, sind die erheblichen Kosten der Wiederaufbereitung. Nach vorsichtigen Schätzungen werden sich die Kosten der Wiederaufbereitungsanlage allein in der ersten Ausbaustufe um die 10 Mrd. Mark bewegen, und dann kommen noch die Betriebskosten für diese Aufbe-

reitungsanlage hinzu. Ich glaube, wenn man das alles mit einkalkuliert, dann kommt man insgesamt auf einen Strompreis aus Kernkraftwerken, der um ein vielfaches über dem Preis für Strom aus allen fossilen Energieträgern liegt.

Krusewitz: Dazu eine sachliche Korrektur. Ganz so einfach wird die Preiskalkulation nicht mehr vorgenommen. Selbst in der Atomwirtschaft hat es sich herumgesprochen, daß die Kosten des Atomstroms bereits zwischen 1971 und 1975 stark gewachsen sind. In die Preiskalkulation eingegangen sind, entgegen Ihrer Annahme, Kosten für Trennarbeit, Brennelement-Fertigung, Wiederaufbereitung, Betriebsunterhaltungskosten. Sie haben recht damit, daß in solchen Preiskalkulationen nie die staatlich finanzierten Forschungs- und Entwicklungskosten eingehen. Diese Kalkulationsbasis unterstellt, ergaben sich für das erste Halbjahr 1975 folgende Vergleichszahlen (kWh): Bei Steinkohle 10 Pfennig, Heizöl 8,5 Pfennig und Kernenergie 7 Pfennig.

Steinhaus: Diese Zahlen sind aber rein theoretisch; die wirklichen Relationen hängen nämlich stark ab von der Betriebsstundenzahl. Der Vergleich ist nur sinnvoll, wenn man von der vollen Grundlast ausgeht, d. h. von 7000 Betriebsstunden jährlich. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums ergibt sich für 1976 ein Preis von 5,2 Pfennig für Atomstrom und 7,2 Pfennig für Kohlestrom. Während sich hier noch ein Preisvorsprung von 2 Pfennig für Atomstrom ergibt, prognostizieren die gleichen Berechnungen für das Jahr 1981 schon einen Gleichstand von 9,8 Pfennig pro Kilowatt. Bei diesen Zahlen sind in der Tat die Kosten für die Wiederaufbereitung einbezogen; allerdings mit einem Betrag von 0,16 Pfennig pro Kilowatt-Stunde, wobei Fachleute schätzen, daß dies um den Faktor 10 zu wenig ist. Wenn man nun etwa 1,5 Pfennig hinzurechnet und weitere Kostenfaktoren einbezieht, wie z. B. die Kosten für Forschung und Entwicklung, die bei den bisherigen Kostenaufstellungen immer unterschlagen werden, so kommt man sehr schnell auf einen Atomstrompreis, der den Kohlestrompreis sogar übersteigt.

„Blätter": Aber unterstellen wir einmal, daß der sofortige Einsatz nicht-fossiler Energieträger ökonomisch notwendig und die Kernenergie ökologisch und medizinisch vertretbar sei: könnte denn die Kernenergie unsere Energieversorgung unter diesen Voraussetzungen überhaupt zu günstigen Bedingungen langfristig sichern?

Moldenhauer: Man kann zeigen, daß die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, aus denen sich die Entstehung der Atomindustrie erklären läßt, zugleich dafür sorgen, daß die Aussichten der Kernenergie als Alternative zu fossilen Brennstoffen untergraben werden. Die gegenwärtig eingesetzten und geplanten Reaktoren können nur einen Bruchteil der Uranvorräte ausnutzen, nämlich jene 0,7% des spaltbaren Uranisotops U_{235} . Nach heutigen Schätzungen können die bekannten, ökonomisch rentabel zu gewinnenden Uranvorkommen lediglich den kumulierten Bedarf der KKW bis etwa zum Jahre 2000 decken. Die Zufundrate betrug im Durchschnitt der letzten 30 Jahre nach Angaben des „Spiegel" 50 000 t/a. Das entspräche dem erwarteten Jahresverbrauch von 1980. Gleichgültig, inwieweit es gelingt, durch Intensivierung der Uranprospektion und durch Ausnutzung von ärmeren Vorkommen (die

den Strompreis aus KKW verteuern würden) diese Vorräte zu strecken – eine qualitative Verbesserung der Versorgungslage ist dadurch nicht möglich. Es war von Anfang an klar, daß man, wenn man die Stromerzeugung wesentlich auf Kernenergie stützt, schon aus Gründen der Brennstoffversorgung zum Schnellen Brüter übergehen muß. Nur die Brüter-Technologie eröffnet Aussicht auf eine so langfristige Energieversorgung, die die Einführung einer neuen, aufwendigen Technologie allenfalls rechtfertigen könnte. Dies jedoch um den Preis wesentlich größerer Risiken, als sie den heute gebräuchlichen Reaktoren anhaften.

Daß trotzdem eine sich ständig ausdehnende Atomindustrie auf der Basis von „konventionellen" Reaktortypen entstanden ist, läßt sich aus einigen Strukturmerkmalen unserer industriellen Produktionsweise erklären. Brennstoffversorgung und Brennstoffverbrauch von Reaktoren werden nicht geplant und aufeinander abgestimmt; die entsprechenden Planungen werden vielmehr von voneinander unabhängig agierenden Unternehmen verschiedener Branchen betrieben. Das bedeutet z. B., daß die nur kurzfristig kalkulierenden Konzerne bei billigen Uranpreisen den Bau und Verkauf von Kernkraftwerken beschleunigen. Damit erzeugen sie eine verstärkte Nachfrage, die nun die Primärenergielieferanten zu Preissteigerungen ausnutzen können. Die Entwicklung des Uranpreises spiegelt dies wider. Nach Abflauen der militärischen Nachfrage war der Uranpreis in den 60er Jahren von 15 auf 4–6,5 Dollar/Pfund gefallen. Im Zuge der sogenannten Ölkrise ist nun die Nachfrage nach Uran emporgeschnellt – nicht nur wegen des Ausbaus der Atomprogramme, sondern auch deswegen, weil man erkannt hatte, daß sich zwischen diesen Planungen und den verfügbaren Uranressourcen ein Widerspruch aufzutun begann. Zudem haben Länder wie Australien zu diesem Zeitpunkt den Uranexport aus politischen Gründen eingestellt. Zur Ausnützung dieser Situation bildeten die wichtigsten Uranproduzenten ein Kartell. Welchen Preisdruck ein solches Kartell ausüben kann, ergibt sich beispielsweise aus der Tatsache, daß die Brennstoffvorräte für die Reaktoren der Bundesrepublik für 1978 zu 100% gesichert sind, für 1985 aber nur noch zu 5%. Infolge der hektischen Aufstockung der Vorräte konnte das Kartell innerhalb von 3 Jahren den Uranpreis auf 40 Dollar/Pfund hinauftreiben. Eine solche Verteuerung beeinträchtigt die Konkurrenzfähigkeit der ohnehin durch vergleichsweise hohe Investitionskosten belasteten Kernkraftwerke, auch wenn Preisschwankungen des Brennstoffs bei ihnen wesentlich weniger durchschlagen als bei Öl- oder Kohlekraftwerken.

Die weitere Entwicklung der Kernenergieversorgung wird also mit Sicherheit nicht so unproblematisch sein wie in den 60er Jahren, muß aber nicht unbedingt zur kurzfristigen Einstellung des Baus von KKW führen. Wahrscheinlicher ist, daß die Ölkonzerne den gesamten Primärenergiemarkt so weit monopolisieren, daß sie die Preise und damit die Konkurrenzfähigkeit alternativer Energieerzeugungstechniken weitgehend manipulieren können.

Kade: Darf ich vielleicht noch einmal versuchen, den gängigen Argumentationsstil zu charakterisieren. Bei den Befürwortern der Kernenergie ist der

Ausgangspunkt aller Rechtfertigungsargumente zunächst nicht die zu erwartende Energielücke, sondern ein exponentielles Wirtschaftswachstum. So lange das Wachstum des Sozialprodukts – eine, wie jeder weiß, als Fortschrittsindikator höchst problematische Kennziffer – unbehindert ablief, konnte man mit naiven Trendextrapolationen behaupten, mit fast naturgesetzlichem Zwang würde sich der Stromverbrauch alle zehn Jahre verdoppeln.

Man leitete also wohlgemerkt den Stromverbrauch zunächst einmal von einem als gegeben angesehenen jährlichen Zuwachs des Sozialproduktes ab; daß damit verbunden war, daß man diesen Indikator, nämlich die Höhe des Stromverbrauchs, gleichzeitig als Indiz für wirtschaftlichen Wohlstand und für zivilisatorische Erfolge nahm, das muß man am Rande bemerken. Dann kam die sogenannte Ölkrise. Die Ölkrise brachte nun in diese Trendextrapolation das Element einer zusätzlichen Bedrohung desjenigen konventionellen Energieträgers, an den man sich inzwischen gewöhnt hatte. So muß man es ausdrücken, denn daß man sich so einseitig auf die Nutzung des Erdöls versteift und die Kohle gerade in der Bundesrepublik bewußt zurückgedrängt hatte, das ist nicht unwichtig für die Folgerungen, die dann aus der sogenannten Energiekrise gezogen wurden. Die Energiekrise verschärfte das Argument von dem Versiegen der fossilen Brennstoffe. De facto war es kein Argument für das Versiegen der fossilen Brennstoffe, sondern es war zunächst einmal nichts anderes als eine Erhöhung des Erdölpreises, einer längst überfälligen Erhöhung des Erdölpreises aus der Perspektive der erdölerzeugenden Länder, die durch Restpraktiken des Kolonialzeitalters auf einem sehr niedrigen Erzeugerpreis gehalten worden sind und es war gleichzeitig nicht ein Versiegen aller fossilen Quellen, sondern es war eben nur die Erhöhung des Preises einer einzigen. Was also hier erzeugt worden ist, war eine Furcht vor den Grenzen, den schon sichtbaren endgültigen Grenzen der fossilen Energiequellen und nun drehte sich langsam der ganze Spieß um. Von hier ab nämlich konnte man von den Befürwortern der Kernenergie das Argument hören, daß der Energieverbrauch nicht mehr nur Folge von wirtschaftlichem Wachstum sei, sondern von hier ab wurde er plötzlich zur *Ursache* des wirtschaftlichen Wachstums. Verbunden mit den Problemen der Arbeitsplatzsicherung, die dann mit dem Eintreten der zyklischen Krise hinzukamen, wurde plötzlich die gesamte Energieerzeugung als eine wesentliche Ursache für Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums und für die Sicherung der Arbeitsplätze. Von hier ab nun mußten alle weiteren Möglichkeiten in den Hintergrund gedrängt werden, so daß die Entwicklung alternativer Energiequellen vor allen Dingen geschlagen werden mußte mit dem Billigkeitsargument. Das Billigkeitsargument war nicht das Argument für den endgültigen Stromverbraucher, sondern das Billigkeitsargument war das Argument für diejenigen Konzerne, die wesentlich am Bau und am Export von Kernkraftwerken interessiert waren. Das Billigkeitsargument war nun vor allen Dingen bezogen auf die zusätzlichen Investitions- und Entwicklungskosten für das Auffinden neuer Ölquellen, im europäischen Bereich vor allen Dingen, die zusätzlichen Investitions- und Entwicklungskosten für den Abbau weniger trächtiger Koh-

levorkommen usw. Damit aber wurde nun das Mäntelchen der Nächstenliebe über all diejenigen Kostenelemente gedeckt, die den eigentlichen Einfluß auf die Höhe des Strompreises gehabt hätten, wenn man sie nur eingerechnet hätte, und dabei spielen selbstverständlich nicht nur die offen ausgewiesenen Forschungs- und Entwicklungskosten der inzwischen vier Atomprogramme eine Rolle, also leicht über 20 Mrd. Mark aus dem Steuersack, sondern es spielen ja auch gewisse Vorlaufkosten, die überhaupt nicht mehr aufzudecken sind, nämlich Vorlaufkosten im Bereich der militärischen Entwicklung eine entscheidende Rolle. Ich glaube, man sollte also auf das Billigkeitsargument nicht so sehr nur als ein PR-Argument in Richtung auf den Stromverbrauch abheben, sondern es eher als ein Argument sehen, das sich ausrichtet auf die Verteilung der staatlichen Mittel für die Entwicklung von Alternativenergien im Verhältnis zur Unterstützung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernenergie.

Steinhaus: Allerdings müssen in diesem Zusammenhang zwei Dinge erheblich relativiert werden: einmal macht der Strom nur 13% unserer Endenergie aus, hat also nicht so ein übermäßiges Gewicht, wie es manchmal dargestellt wird; zur zweiten beträgt der Anteil der Stromerzeugung am Sozialprodukt nur 1,5%. Es wird hier also ein Minimalausschnitt unserer gesamten Ökonomie zu einer Kernfrage hochstilisiert, von der angeblich alles abhängt. Das ist insofern eine entscheidende Frage, als immer wieder versucht wird, der Bevölkerung einzureden, sie müsse auf die vielen Annehmlichkeiten verzichten, an die wir alle uns so gewöhnt haben. Dazu besteht aber nicht der geringste Anlaß: die künftige Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung hängt keineswegs davon ab, daß der Bau von Kernkraftwerken in unserem Land forciert wird.

„Blätter": Offenbar besteht Einigkeit darüber, daß unter den konkreten Bedingungen in der Bundesrepublik der Einsatz von Kernenergie keine unabweisliche Notwendigkeit darstellt. Einerseits kann der Energiebedarf durchaus mit Hilfe anderer Energiequellen, insbesondere der Kohle, gedeckt werden; andererseits besitzt die Kernenergie weder einen Preisvorteil gegenüber dem Kohlestrom, noch ist die langfristige Versorgung mit Uran sichergestellt. Unter diesen Voraussetzungen stellt sich nun die Frage, warum dann überhaupt die Kernenergie in der Energiepolitik der Bundesregierung und der Konzerne einen derart überragenden Stellenwert bekommen hat. Die Frage ist: sind die Befürworter der Kernenergie einem technologischen Irrtum aufgesessen? Oder wie kann sonst der Einsatz riesiger finanziellen Mittel für die Kernenergie erklärt werden.

III. DIE FORCIERUNG DER KERNENERGIE – POLITISCHE UND ÖKONOMISCHE HINTERGRÜNDE

Steinhaus: Ich glaube, man muß die Frage der Notwendigkeit der Kernenergie in der Bundesrepublik mit der Frage zu verknüpfen, wie es denn überhaupt zu dem international fast einmaligen Aufschwung der westdeutschen Atomindustrie gekommen ist. Ich glaube nicht, daß man die Ursachen für die

Entwicklung und Existenz dieser Atomindustrie in der Bundesrepublik erkennen kann, wenn man sich allein auf Fragen der Energiepolitik beschränkt, weil das Ausmaß und das Tempo der staatlichen Förderung dieses Bereichs in keinem Verhältnis mehr zu den Notwendigkeiten der Sicherstellung der Energieversorgung für die Industrie und die Wirtschaft insgesamt steht. Ich glaube, daß man gerade den Zeitpunkt und den Zeitraum, in dem die westdeutsche Atomindustrie mit massivster staatlicher Hilfe entstanden ist, eng in Zusammenhang mit der politischen und militärischen Entwicklung sehen muß. Ich möchte das ganz verkürzt in der These formulieren, daß der Drang der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik nach Atomwaffen ganz entscheidend Pate gestanden hat, bei dem Tempo der Entwicklung, bei dem Ausmaß der finanziellen Mittel, die dort investiert worden sind. Daß außerdem der ökonomische Gesichtspunkt eine große Rolle gespielt hat, daß es natürlich auch ein gewaltiges Geschäft ist, wenn man serienmäßig 1200 Megawatt-Reaktoren auf dem Weltmarkt anbieten kann, und darüber hinaus auch der Bundesrepublik ein großes Maß an zusätzlichem internationalen Einfluß sichert, das mit dem Export anderer Technologie nicht erzielbar ist: das ergänzt, glaube ich, das Bild nur noch.

Moldenhauer: Der Hinweis auf präzise bestimmbare ökonomische Ausgangsmotive der Kernenergieentwicklung ist wichtig, um zunächst einmal die Vorstellung zu korrigieren, „wir" seien aus energiepolitischen oder sonstigen Gründen in eine Entwicklung „hineingeschliddert". Ich möchte allerdings den Akzent in einem Punkt anders setzen: gewiß mögen militärische Erwägungen anfänglich eine Rolle gespielt haben und gewiß sind die militärischen Folgen der Ausbreitung der zivilen Kerntechnik das größte Problem, das uns diese Technik beschert hat. Gleichwohl kann dieses Motiv weder das Tempo der zivilen Kernenergieentwicklung, noch die Reaktortypenpolitik erklären. Es ist zu vermuten, daß die Exportmöglichkeiten sogar das entscheidende Motiv abgegeben haben und die im Inland gebauten KKW vornehmlich als Experimentier- und Demonstrationsobjekte für potentielle Käufer anzusehen sind. Das vorrangige Interesse an einer führenden Stellung auf dem Weltmarkt könnte das Gebaren der KWU und der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Brasiliengeschäft erklären: der ursprüngliche Konkurrent, der amerikanische Elektrokonzern Westinghouse, ist nicht zum Zuge gekommen, weil die Lieferung von Anlagen zur Anreicherung und Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen der US-Industrie gesetzlich untersagt ist. Nicht so der einheimischen Industrie, die – ungeachtet der damit in die Welt gesetzten politischen Risiken – ihre Chance auf dem Weltmarkt erspäht hatte.

Außer weltmarktpolitischen Überlegungen hat natürlich auch die Entwicklung der Konkurrenz im nationalen Rahmen eine Rolle gespielt. Die Anforderungen an Kapital und technisch-wissenschaftlichem Potential, die die Kerntechnik stellt, führen unweigerlich zur Einschränkung der möglichen Konkurrenten und damit zur Monopolisierung der Produktion in diesem Zweig mit allen sich aus einer solchen Stellung ergebenden Möglichkeiten. Dieser Prozeß ist im November 1976 mit der Übernahme der KWU-Anteile der AEG durch Siemens zu einem ersten Abschluß gelangt. Zudem führt das Verhältnis von

Anlage- zu Brennstoffkosten in der Kerntechnik zu einem „Umverteilungsprozeß" zwischen den im Energiebereich engagierten Branchen zugunsten der im Anlagenbau tätigen Konzerne. Die zivile Kerntechnik ist also dem Bau konventioneller fossiler Kraftwerke in dreierlei Hinsicht überlegen, sofern man vom Standpunkt privater Kapitalverwertung ausgeht und die Spekulation auf die politische Durchsetzbarkeit der Kerntechnik mittelfristig aufgeht.

Kade: Historisch gesehen stellt die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie wegen der staatlichen Unterstützung von Forschung und Entwicklung im militärischen Bereich eine besonders günstige Form der Einbindung des Staates in die Absicherung des kapitalistischen Verwertungsprozesses dar. Was man üblicherweise als „Sozialisierung der Entwicklungskosten" im technisch-wissenschaftlichen Bereich bezeichnet hat, das hat sich hier von der Entwicklung der Militärtechnologie angeboten. Die „zivile Nutzung" der Kernspaltungsprozesse stellt also nichts anderes dar als die unter heutigen Bedingungen mögliche „Bewältigung" der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus. Mit der Übernahme der für den militärischen Bereich entwickelten Technologien in die privatwirtschaftliche Anwendung hat sich nach anfänglicher Konkurrenz inzwischen eine hochkonzentrierte Branche entwickelt, für die aus Rentabilitätsgründen die Ausbreitung von Kernkraftwerken im Inland und der Export unter den Bedingungen verschärfter Weltmarktkonkurrenz unabdingbar geworden sind. Diese Entwicklung verläuft unter dem Schleier jener Rechtfertigungsargumente, die wir bisher diskutiert haben. Die verschärfte Weltmarktkonkurrenz, die man besonders an dem Streit um das Brasilien-Geschäft der BRD beobachten konnte, hat inzwischen auch noch eine strategische Seite, wenn man an die militärische Nutzung der zivilen Kerntechnologie denkt. Beide Seiten des Problems sind in dem moralisierenden Imperialismus Jimmy Carters eine besonders wirksame Verbindung eingegangen.

Steinhaus: Man muß sich darüber klar sein, daß im Bereich der Atomwirtschaft und Atompolitik in den kapitalistischen Ländern die Staatstätigkeit natürlich eine enorme Bedeutung hat und zum Teil das Ausmaß überschreitet, das in anderen Wirtschaftsbereichen gang und gäbe ist. Der Staat spielt in diesem Bereich eine entscheidende Rolle einmal aufgrund der bereits mehrfach erwähnten militärischen Bedeutung der Nukleartechnologie, denn gerade der deutsche bürgerliche Staat ist der Hauptträger imperialistischer Politik. Der Staat spielt im außenpolitischen Bereich eine gewaltige Rolle, insofern der internationale Einfluß des deutschen Imperialismus natürlich umso stärker wirksam wird, als derartig rare Technologien wie Kernkraftwerke oder Aufbereitungs- und Anreicherungsanlagen international feilgeboten werden können. Der Staat spielt drittens eine entscheidende Rolle insofern er über die Steuern den größten Teil der Forschungs- und Entwicklungskosten der privaten Monopole trägt. Und – das wird manchmal vergessen – er spielt eine große Rolle, indem er im Bereich der Elektrizitätserzeugung der Haupteigentümer ist. Im Grunde genommen, und das ist politisch eine außerordentlich wichtige Sache, können die Bürgerinitiativen ihre Forderungen an die Elektrizitätskonzerne zugleich an den Staat, d. h. also an die Repräsentanten richten, die

sie mit dem formaldemokratischen Prozeß der Wahlen selbst hervorgebracht haben. Für mich ist der ganze Atombereich der Prototyp für das, was wir *staatsmonopolistischen Kapitalismus* nennen.

Krusewitz: Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den Aspekt der Doppelsubventionierung von Atomstrom aufmerksam machen. Wir haben es bei dem Problem der Entwicklung von Kernenergie mit einer politisch vermittelten doppelten Subventionierung des Kapitals zu tun, ein Tatbestand, der in der öffentlichen Diskussion bisher noch keine Rolle gespielt hat. Diese Doppelsubventionierung erkennt man einmal am Komplex der Forschungs- und Entwicklungskosten (F + E) zum anderen an der Strompreispolitik der Energieversorgungsunternehmen. Offensichtlich hat der Staat in diesem Zusammenhang eine energiepolitische Doppelfunktion. Einmal hat er über die F- und E-Subventionierung die Kapitalakkumulation im Bereich der Atomwirtschaft zu garantieren, und zum anderen ist er gezwungen, mit Hilfe der Instrumente der Regionalpolitik den Einsatz des Kapitals u. a. über den Zusammenhang von Energieangebot und Strompreispolitik regional zu steuern. In der Regel läßt sich dieser Funktionszusammenhang an der Industrieansiedlungspolitik nachweisen. Eindrucksvolle Beispiele lieferten die Industrialisierungsmodelle in der Oberrhein- und Unterelbe-Region. Ein vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 1972 erstelltes Gutachten hat den bezeichnenden Titel: „Grundlagen einer regionalen wirtschaftlich orientierten Energiepolitik im Norddeutschen Raum". Hier ist nun der Abschnitt von Interesse, der das Prinzip der Doppelsubventionierung thematisiert. Die Autoren der Studie haben folgendes Argumentationsmuster entwickelt: Es gibt zwei interessante Gruppen von Stromabnehmern, die Gruppe der Sonderabnehmer (Industrie) und die der Tarifabnehmer (Haushalte und Kleinverbraucher). Aus der Perspektive von Politikern, die Industrieansiedlungspolitik zu betreiben haben, stellt sich nun folgendes Problem im Energiebereich: Wie kann mit Hilfe von Energieversorgungsunternehmen, mit denen der Staat institutionell verflochten ist, eine Strompreispolitik gemacht werden, die als Anreizfaktor (Standort) für die Industrie wirkt. Dies gilt vor allem für jene Industrien, für die Energie ein erheblicher Kostenfaktor darstellt. Für die Bereiche Küste und Unterelbe hatte das DIW nun ausgerechnet, daß zwischen 1974 und 1985 mit einer Vervierfachung des Stromverbrauchs im Bereich Haushalte und Kleinabnehmer zu rechnen ist. Daraus wurde folgendes Subventionierungsmodell abgeleitet: Wenn der Staat für die Industrie Standortanreize schaffen muß, bietet sich u. a. eine spezifische Energiepolitik an, die auf dem Prinzip einer Strompreispolitik mit Kostenumverteilungseffekt beruht. Darunter ist, auf die einfachste Formel gebracht, zu verstehen: Die Gruppe der Haushalte und Kleinverbraucher bezahlt zukünftig mehr für den Strom, den die Gruppe der Sonderabnehmer (neu anzusiedelnde Industrien) zukünftig brauchen wird. Da der geplante Mehrverbrauch an Strom durch Kernenergie gedeckt werden soll, handelt es sich um nichts anderes als um eine zusätzliche Subventionierung dieser Energieform. Aus diesem Tatbestand könnte die politische Forderung abgeleitet werden, das Prinzip der Doppelsubventionierung zu bekämpfen. Darüber hinaus wäre die politische Forderung, wonach Arbeitnehmer und

Kleinindustrie nicht länger zur Subventionierung des Atomstroms, der eindeutig der Großindustrie zugute kommt, herangezogen werden dürfen, ein Beitrag zum Einsparungskomplex von Energie. In dem Augenblick nämlich, wo es der Großindustrie nicht mehr gelingt, spezifische Energiekosten auf die Haushalte und Kleinverbraucher abzuwälzen, entstünden der Industrie zunächst einmal höhere Kosten. Dies würde sicherlich nicht zum Verlust von Arbeitsplätzen führen, sondern dazu, daß die spezifischen Energiekosten weiter gesenkt würden. Diesen Trend kann man im großindustriellen Bereich ohnehin seit Jahren beobachten.

Moldenhauer: Ich möchte zur Diskussion stellen, ob man bei der Untersuchung der Entstehungsgründe der Kernindustrie sich mit politisch-ökonomischen Motiven begnügen soll oder ob man nicht vielmehr berücksichtigen muß, daß die Erkenntnis der Kernkräfte und die Entdeckung der Möglichkeit der Kernspaltung nicht ausschließlich mit ökonomischen und politischen Gründen zureichend erklärt ist. Man kann die These aufstellen, daß es aufgrund immanenter Gesetzlichkeiten der Entfaltung der Wissenschaft in jedem Falle zur Eröffnung der technischen Optionen gekommen wäre, die die Physik ermöglicht hat. Die Einbeziehung derartiger Überlegungen würde es zudem ermöglichen, die bisherige Entwicklung der Kerntechnik in unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen genauer einzuschätzen.

Krusewitz: An die Formel von der Gesetzmäßigkeit der Produktivkraftentwicklung, die Herr Moldenhauer benutzte, möchte ich anknüpfen. Die Frage, ob die Kernindustrie das Produkt einer technologischen Gesetzmäßigkeit ist, scheint mir schwer zu beantworten. Ich möchte mich deshalb mit einer Antwort begnügen, die Hans Michaelis in einem anderen Zusammenhang geliefert hat[2]). Danach lassen sich die Entstehung und die Erfolge der westdeutschen Atomindustrie dadurch erklären, daß diese Technologie marktwirtschaftlich organisiert und entwickelt worden sei. Im Gegensatz etwa zu Italien und Großbritannien, wo die Reaktorindustrie auf der Basis verstaatlichter Energiekonzerne als Auftraggeber für Reaktoren entwickelt wurde, weshalb sie weit weniger „erfolgreich" war. Michaelis wörtlich: „Im Lichte dieser Feststellung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die privatwirtschaftlich organisierte und marktwirtschaftlich orientierte deutsche Kernenergiewirtschaft, Unternehmen der Reaktorbau- und Brennstoffkreislaufindustrie und Elektrizitätserzeuger die Entwicklungsprobleme weit effizienter hat meistern können, als das in den großen westlichen Nachbarländern der Fall war." Stimmt man dieser Feststellung zu, dann ließe sich die Entwicklung der Atomwirtschaft doch eher aus der Logik der Kapitalakkumulation als aus der Gesetzmäßigkeit der Produktivkraftentwicklung ableiten. Sehe ich diesen Zusammenhang falsch, Herr Moldenhauer, oder habe ich Sie nicht richtig interpretiert?

---

2) H. Michaelis, Kernenergie. München 1977.

Moldenhauer: Gewissermaßen ja, aber ich finde den Einwand trotzdem wichtig.

Krusewitz: Es lassen sich darüber hinaus historische Gründe anführen, die gegen die These von der Produktivkraftentwicklung sprechen. Bereits Mitte der 50er Jahre hatte sich eine Interessenkonstellation von Großkapital und Staat herausgebildet, deren Exponenten schon damals die legitimatorischen Begründungsmuster für die Notwendigkeit der Atomwirtschaft lieferten. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an einen Aufsatz des bedeutenden Schweizer Nationalökonomen Edgar Salin, der 1957 unter dem Titel „Die neue Etappe der industriellen Revolution" veröffentlicht wurde. Darin werden die erwähnten Begründungsmuster präsentiert: a) Stromerzeugung auf der Basis der Kernenergie sei besonders wirtschaftlich (Rentabilitätsargument); b) durch Aufbau der Reaktorindustrie ergeben sich ungeahnte Exportchancen; c) durch Einsatz von Kernenergie könnten die Standortbedingungen der Industrie erheblich verbessert werden; d) Atomstrom sei unerläßlich für die unaufhaltsame Automationsstrategie der Industrie und; e) die Entwicklung dieses Industriesektors könnte einen Beitrag zur Konjunkturstabilisierung leisten (Arbeitsplatzargument). Auch dies scheint mir ein Hinweis darauf zu sein, daß technologische Gesichtspunkte bei der Entwicklung der Atomwirtschaft nicht im Vordergrund gestanden haben. Ich möchte diesen Aspekt abschließen mit einem Zitat von Michaelis, das die von Herrn Steinhaus erwähnte Formel vom staatsmonopolistischen Kapitalismus sehr hübsch illustriert. „In erster Linie verantwortlich für diese erfolgreiche Politik zeichnen die Minister F. J. Strauß, S. Balke, H. Lenz, G. Stoltenberg, H. Leussink, K. v. Dohnanyi, H. Ehmke und H. Matthöfer, ferner Minister O. Schedl (Bayern) und Staatssekretär L. Brandt (NRW), aus der Industrie K. Winnacker (Hoechst), H. Goeschel und W. Finkelnburg (Siemens), H. C. Boden und A. Schuller (AEG), W. Mattich (BBC), R. Harde (Interatom) und H. Schimmelbusch (NUKEM), von den Kernforschungszentren W. Häfele (Karlsruhe) und A. Boettcher und R. Schulten (Jülich) und schließlich aus der Elektrizitätswirtschaft W. Schoeller, H. Mandel (RWE), E. Keltsch NWK/PREAG) und K. Knizia (VEW). Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit."

„Blätter": In der Frage der politischen und ökonomischen Hintergründe, die zu der beispiellosen Forcierung der Entwicklung der Kerntechnologie in der Bundesrepublik geführt haben, gibt es offenbar keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten unter den Anwesenden. Festzuhalten bleibt hier vor allem, daß von einem zufälligen „Hineinschliddern" in den heutigen Zustand ebensowenig die Rede sein kann, wie von einer selbständigen technologischen Entwicklung, die unabhängig wäre von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen sie sich vollzieht. Wir sollten diesen Fragenkomplex hier abschließen und uns dem letzten Problemkreis zuwenden: Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Wachstum und Energieverbrauch? Brauchen wir eine andere Art von Wachstum, weil die Energievorräte auf der Erde begrenzt sind? Und vor allem: braucht die Bevölkerung ein neues „Energiebewußtsein"?

IV. GRENZEN DER ENERGIEERZEUGUNG – GRENZE DES WACHSTUMS ODER GRENZE DES SYSTEMS?

Moldenhauer: Die energiepolitische Debatte wird immer noch beherrscht von der Frage nach der Versorgung mit billigen Energiequellen. Allmählich wird immer klarer, daß die Auswahl, Entwicklung und Kombination der verschiedenen Energiequellen auf der Grundlage eines wesentlich umfangreicheren Kriterienkatalogs erfolgen muß, wenn anders schwere Störungen der gesellschaftlichen und natürlichen Reproduktion vermieden werden sollen. Neben den Gesichtspunkten der Billigkeit, der spezifischen Verwendungsmöglichkeiten verschiedener Primärenergieträger sowie ihrer gesundheitlichen Folgen wird die *ökologische Verträglichkeit* der Energieproduktion langfristig zu dem zentralen Kriterium werden. Über die Begründung dieser These herrscht, soweit ich sehen kann, bei Physikern und Geologen ungeachtet sonstiger Differenzen Einigkeit, über die *zeitliche Perspektive* gibt es allerdings stark abweichend Auffassungen. Unter ökologischen Gesichtspunkten kann man die Primärenergiequellen einteilen in *„natürliche"*, die keine oder lediglich zu vernachlässigende Auswirkungen auf das ökologische Gleichgewicht der Erde haben, und *„anthropogene" oder „künstliche"*. Die Lebensbedingungen auf der Erde hängen unmittelbar von der eingestrahlten Sonnenenergie ab, die die klimatischen Abläufe reguliert und – gespeichert in Pflanzen – die Nahrungsgrundlage der Lebewesen darstellt. Der größte Teil der Sonnenenergie wird nach kurzer Zeit wieder abgestrahlt. Das auf diese Weise zustandegekommene Gleichgewicht wird gestört, wenn die in fossilen Brennstoffen oder in Kernkräften gespeicherte Energie freigesetzt wird. Die auf diese Weise entstehende zusätzliche Wärme belastet in jedem Falle das Klima und damit die natürlichen Lebensbedingungen.

Bisher sind diese Belastungen lediglich in einigen industriellen Ballungszentren zu einem akuten Problem geworden, im globalen Maßstab sind sie noch zu vernachlässigen. Allerdings läßt sich absehen, wann die anthropogene Energieerzeugung zu einem globalen Problem und damit zu einer Naturschranke des Wachstums *bestimmter* Arten von Produktionsprozessen werden könnte. Dieser Zeitpunkt ist trotz der global noch unbeträchtlichen Auswirkungen der Energieerzeugung für uns nicht gänzlich irrelevant, weil von Geologen angenommen wird, daß bereits Veränderungen des Großklimas um 1–2% zu Verschiebungen von Klimazonen führen können, die katastrophale Folgen für weite Regionen der derzeit bewohnten Welt hätten.

Je nach den zugrundegelegten Annahmen über die weitere Entwicklung der anthropogenen Energieerzeugung variieren die Prognosen, zu welchem Zeitpunkt eine kritische Schwelle erreicht wird. Mir liegt eine Aufstellung von Bauerschmidt/Ströbele aus den „WSI-Mitteilungen" 3/77 vor, derzufolge der „Zeitraum bis zur Erreichung von 1-vH-Anteil anthropogener Energieerzeugung in Relation zur Sonnenenergie" bei einer jährlichen Wachstumsrate von 1% erst in 500 Jahren erreicht sein wird, bei 5% in 110 Jahren, bei 9% aber bereits in 60 Jahren. Dieser Zusammenhang scheint die einzige „echte" Naturschranke der Ausdehnung der Produktion zu sein. Während es denkbar

ist, daß alle Formen der üblichen Schädigung der Umwelt durch Raubbau und Abfälle durch technische Erfindungen und gesellschaftliche Planung und Kontrolle kompensiert oder von vornherein verhindert werden können, sind die Folgen anthropogener Energieerzeugung naturgesetzlich bedingt; weiteres Wachstum der Produktion ist – langfristig gesehen – nur durch Anpassung an diese Naturgesetzlichkeit bzw. Anwendung ökologisch verträglicher Energieformen möglich. Im weiteren sollte der Grad der Aktualität des hier angedeuteten Problems diskutiert werden sowie die Frage, ob es geeignet ist, technikfeindliche „Zurück-zur-Natur"-Haltungen zu begründen.

Steinhaus: Nur 13 % unseres Endenergieverbrauchs werden durch elektrischen Strom gedeckt. Und hiervon wiederum gehen nur 20 % an die privaten Haushalte. Damit macht der Stromverbrauch der Haushalte nur 2–3 % des gesamten Endenergieverbrauchs aus.Man muß also zunächst ganz eindeutig sagen: sollte es jemals eine Eiszeit oder ein Abschmelzen der Polkappen oder derartiges geben, dann sind mit Sicherheit nicht die privaten Haushalte und ihr Elektrifizierungsgrad die Ursache dafür. Beim gegenwärtigen Stand der durchschnittlichen Ausstattung der Haushalte fällt der private Energieverbrauch kaum ins Gewicht und tangiert also auch gar nicht die Frage der Energiebilanz so entscheidend. Eine weitere Zahl. Es wurde schon angesprochen, daß es auch bestimmte Gegenkräfte gibt, die dem Wachstum des Energieverbrauchs entgegenwirken. Wenn man sich die letzten 20–25 Jahre in der BRD anschaut, dann ist es so, daß auf 1% Wachstum des Bruttosozialproduktes ungefähr 0,6% Wachstum des Primärenergieverbrauches entfallen. Es gibt also Faktoren, die einem unendlichen Wachstum des Energieverbrauches und der Energieproduktion entgegenwirken. Eine letzte Zahl, beim gegenwärtigen Stand der Technik stehen uns nur $^1/_3$ der angesetzten Primärenergie als Nutzenergie zur Verfügung, der Rest geht in irgendeiner Form verloren, im wesentlichen als Abwärme.

Es gibt eine ganze Reihe technischer Möglichkeiten, tatsächlich eine bedeutende Verringerung des Zuwachses an Energieverbrauch und -produktion sicherzustellen, ohne daß in irgendeiner Weise der normale Lebensrhythmus der Bevölkerung beeinträchtigt wird, ja sogar ohne daß es notwendig sein würde, einen Zuwachs an privatem Energieverbrauch sozusagen administrativ zu verbieten. Es ist meiner Ansicht nach kein Zufall, daß die ganze Diskussion über Nullwachstum zu einer ganz bestimmten Zeit aufgekommen ist. Diese Zeit ist eben nicht nur gekennzeichnet durch steigende Energiepreise, Ölkrise usw., sondern auch durch die Tatsache, daß die kapitalistischen Staaten, in denen diese Nullwachstumsdiskussion geführt wird, große Schwierigkeiten haben, das zu realisieren, was ihre Ideologen vorher immer als eine Selbstverständlichkeit angesehen haben: nämlich Wachstumsraten von stolzen 5, 7, 8, 9% jährlich. Dort ist ein also die Geschichte von dem Fuchs und den sauren Trauben mit im Spiel, und wenn Leute wie Erhard Eppler jetzt mit einmal von einem qualitativ anderen Wachstum reden, dann habe ich zunächst einmal den Verdacht, daß da versucht wird, den ideologischen Bezugsrahmen zu schaffen, um den Arbeitern jetzt schon die Begründung dafür zu liefern, daß sie den Riemen enger schnallen müssen. Deshalb muß man sich

unter den Bedingungen dieses Systems ganz entschieden gegen jeden Versuch verwahren, aus irgendwelchen energiewirtschaftlichen Daten, die Notwendigkeit für den Stillstand des ökonomischen Wachstums abzuleiten.

Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß nicht alles was als Wachstum im Sozialprodukt auftaucht, fortschrittlich und nützlich ist. Es gibt in allen kapitalistischen Ländern ein ungeheures Maß an Verschwendung von Energie, weil damit eben Profit verbunden ist, und ich fürchte, daß im Rahmen dieses am Profit orientierten Systems ohne massive Eingriffe in die grundlegenden Reproduktionsbedingungen dieser Mechanismus nicht außer Kraft gesetzt werden kann. Ich würde es daher persönlich bevorzugen, die Diskussion „Was für ein Wachstum wollen wir? Wollen wir nicht ein *besseres Wachstum?*" immer zu verknüpfen mit der Diskussion „Brauchen wir nicht auch ein *besseres Gesellschaftssystem?*"

Krusewitz: Im diagnostischen Teil stimme ich Kurt Steinhaus zu. Der Ablenkungscharakter der Wachstumsdebatte, wie sie in den letzten Jahren von bürgerlichen Wissenschaftlern geführt wurde, ist unbestritten. Ich habe Bernd Modelnhauers Einlassungen aber nicht so verstanden, wie sie Herr Steinhaus interpretiert. Wenn ich es richtig verstehe, kann man das Argument von der naturalen Schranke des Kapitalismus genau im umgekehrten Sinn verwenden. Erinnert sei an die entsprechenden Positionen von Marx und Engels, die den Nachweis von den widersprüchlichen Akkumulationsgesetzen des Kapitals, deren gesellschaftliche Folgen der weiteren Entwicklung Schranken setzen, ja gerade dazu benutzten, um auf die Zusammenbruchstendenz dieser Produktionsweise hinzuweisen. Vorhin wurde auf die Zerstörung der Weltmeere und der Troposphäre aufmerksam gemacht; das sind doch dialektisch gemeinte Hinweise darauf, daß die kapitalistische Produktionsweise naturale Schranken hervorbringt, die sie wahrscheinlich nicht mehr überwinden kann. Das Argument von großklimatischen Grenzen als Einwand gegen eine naturwüchsige Kapitalakkumulation im Energiebereich und die entsprechende Energiepolitik hat einen seriösen Kern. Wir sollten uns durch den hierzulande obwaltenden apologetischen Diskussionsstil nicht täuschen lassen: Gerade die von Marxisten geführte Umweltdiskussion hat die Bedeutung des Verhältnisses von Natur und Produktionsweise nachhaltig bestätigt. Kurz: Ich würde dieser Argumentation nicht von vornherein einen Ablenkungscharakter unterstellen, sondern sie in eine politökonomisch argumentierende Energiedebatte einbauen.

„Blätter": Wir werden die Debatte über die „Grenzen des Wachstums" an dieser Stelle sicher nicht zu Ende führen können, zumal es in dieser Frage offenbar noch unterschiedliche Auffassungen und abweichende Akzentuierungen gibt. Wenn wir dennoch eine Zusammenfassung zu geben versuchen, so muß wohl einerseits festgehalten werden, daß von niemandem in unserer Diskussion bestritten worden ist, daß es bestimmte naturgesetzliche Rahmenbedingungen für den technischen Fortschritt und das ökonomische Wachstum gibt, deren Nichtbeachtung schwere ökologische Krisen hervorrufen *kann.* Zum zweiten besteht auch Einigkeit darüber, daß eine solche Katastrophe keines-

wegs unausweichlich ist, daß sie also durch geeignete gesellschaftspolitische Maßnahmen verhindert werden kann. Hier allerdings gehen die Meinungen auseinander: während einerseits Einschränkungen des Wachstums für notwendig gehalten werden, wird andererseits darauf hingewiesen, daß die Möglichkeiten eines die Gefahren einkalkulierenden Wachstums durch die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse bedingt sind. Während unter der Voraussetzung einer effektiven demokratischen Kontrolle der Wirtschaft und einer an den Interessen der Bevölkerung orientierten Planung ein verantwortungsbewußtes und sinnvolles Wachstum möglich ist, kann unter den heutigen Verhältnissen in der Bundesrepublik der Verdacht nicht von der Hand gewiesen werden, daß unter Berufung auf Naturgegebenheiten und die daraus vorgeblich resultierende Notwendigkeit eines „Nullwachstums" nur der Boden für künftige Einschränkungen des Lebensniveaus der Bevölkerung vorbereitet werden soll. Wir sind uns wohl einig darin, daß die Bürgerinitiativen und die gesamte demokratische Bewegung in unserem Land solchen Tendenzen keinen Vorschub leisten dürfen.

Der Integrationismus in der Krise

Zur aktuellen Situation in der SPD

Von Michael Charlier

Die spektakulären Auseinandersetzungen mit den Jungsozialisten und die Filzokratieskandale haben ebenso wie die Absplitterungen am rechten Rand der Partei oder die bereits wieder verdrängte Niederlage bei den hessischen Kommunalwahlen die SPD seit Beginn dieses Jahres ins Zentrum der Aufmerksamkeit gestellt. Die tiefgehende Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik und die Unfähigkeit der Partei, auf die sich in vielfältigen Bürgerbewegungen artikulierende politische Aktivität bestimmenden Einfluß auszuüben, sind weitere Indikatoren für eine umfassende Krise. Unter den Auswirkungen der anhaltenden Strukturkrise der Wirtschaft hat das mehrjährige Spiel mit verteilten Rollen, in dem sogenannte Pragmatiker für die „marktwirtschaftlichen Notwendigkeiten" agierten, während W. Brandt und sogenannte Linke die Loyalität der Partei organisierten, an Glaubwürdigkeit ver-

loren. Die Krise des Integrationismus[1]) ist offen ausgebrochen, und die seit langem ausgeschalteten reformsozialistischen[2]) Strömungen formieren sich erneut und bringen die Widersprüche in der Partei als Reflex der gesellschaftlichen Widersprüche verschärft zum Ausdruck.

I

Seit Abschluß des Hamburger Bundeskongresses der Jungsozialisten vom 18. bis 20. März dieses Jahres haben die Versuche der Parteiführung, die erzielten Ergebnisse rückgängig zu machen, nicht mehr nachgelassen. Das ist darin begründet, daß die in Hamburg getroffenen Personal- und Sachentscheidungen in zum Teil grundsätzlicher Opposition gegenüber der Linie des Parteivorstandes stehen und seinen bisher rigoros geltend gemachten Führungsanspruch in Frage stellen. Die Vorstandswahlen von Hamburg ergaben erstmals eine Mehrheit für die beiden marxistisch orientierten Gruppierungen[3]), die sich trotz weiterbestehender Meinungsverschiedenheiten auf die Wahl Klaus-Uwe Benneters einigen konnten und damit die Kandidatur des vom alten Juso-Vorstand und der SPD-Führung unterstützten Ottmar Schreiner zum Scheitern brachten. Die Anträge und Diskussionsbeiträge des Kongresses waren ebenfalls in weitem Umfang von dem Bestreben geprägt, sozialistische Alternativen zu der an Sozialpartnerschaft und Gemeinwohl-Ideologie ausgerichteten Politik des Parteivorstandes zu entwickeln[4]). Auf besondere Aufmerksamkeit stieß dabei die mehrfach bestätigte Bereitschaft der Mehrheit, bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele auch zukünftig punktuelle Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht zu scheuen, wie sie nicht zuletzt in dem Beschluß ausdrückte: „Die Bundeskonferenz der Jungsozialisten unterstützt den Aufruf des ‚Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit' und ruft gleichfalls alle Untergliederungen auf, sich an den Demonstrationen . . . zu

---

1) „Integrationismus" ist hier im Sinne von Fülberth/Harrer zur Bezeichnung jener Richtung der Sozialdemokratie verwandt, die eine Verbesserung der Situation der Lohnabhängigen ausschließlich im Rahmen des Kapitalismus anstrebt und die Arbeiterklasse und ihre Organisationen voll in die kapitalistische Gesellschaft einbeziehen will, um deren Stabilität zu sichern. Vgl. Fülberth/Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, Darmstadt/Neuwied 1974, S. 10ff.

2) „Reformsozialismus" ist hier im Sinne von Fülberth/Harrer zur Bezeichnung jener Richtung der Sozialdemokratie verwandt, die Reformen als Mittel zur allmählichen Überwindung des Kapitalismus einsetzt, sich dabei jedoch strikt auf das politische Instrumentarium des bürgerlichen Staates beschränkt. Der Reformsozialismus hält grundsätzlich an einer marxistischen Gesellschaftsanalyse und dem Ziel der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln fest. Siehe Fülberth/Harrer, a.a.O., S. 14ff.

3) D. h. die zumeist in diskriminierender Absicht so bezeichneten „Stamokap-Gruppe" und die „Anti-Revisionisten". Zu ihrem jeweiligen Selbstverständnis siehe Ch. Butterwegge, Jungsozialisten und SPD, Hamburg 1975, S. 98f., 114ff.

4) In zahlreichen Anträgen kommt die antikapitalistische Haltung klar zum Ausdruck. So in A 9 bei der Forderung nach dem Recht auf Arbeit für alle: „Dieses Ziel läßt sich im Rahmen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung jedoch nicht erreichen (. . .), sondern nur im Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise." In C 5 heißt es nach einer Aufzählung konkreter Tagesforderungen: „Die hier entwickelten kurzfristig realisierbaren Alternativen . . . sind sämtlich mit dem bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystem vereinbar. Sie können daher auch nicht seine Krisenanfälligkeit beseitigen. Sie dienen in erster Linie dazu, die . . . Position für die Durchsetzung notwendiger weitergehender Forderungen zu stärken. Zu diesen weitergehenden Forderungen gehören Maßnahmen, die zur Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und damit zur endgültigen Beseitigung der Krisenursachen führen: Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien . . .". Oder in C 9: „Wir können es nicht zulassen, daß die in allen Bereichen dringend notwendigen Reformen auf (un)bestimmte Zukunft hin verschoben werden, nur weil dem die Interessen des Kapitals entgegen stehen." Die eindeutig reformistische Beschränkung solcher Forderungen findet in B 2 „Aktive Tarifpolitik als gewerkschaftliche Kampfaufgabe" ihren Ausdruck.

beteiligen."[5]) Wegen der heftigen Kampagne, in der dieses breite Bündnis von Christen, Demokraten, Sozialisten und Kommunisten diffamiert worden war, kam gerade diesem Beschluß Signalwirkung zu. Andererseits versäumte es der neue Vorsitzende nicht, sich trotz der eingeräumten Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Grundsatz von den Kommunisten abzugrenzen: „Innenpolitisch bleibt die DKP der Gegner, an den wir keine Stimme zu verschenken haben."[6])

Dennoch waren diese Vorgänge für den SPD-Vorstand so alarmierend, daß er sofort auf Konfrontationskurs ging. Hatte Bundesgeschäftsführer Bahr vor den Delegierten noch am Sonntagvormittag erklärt „Es geht nicht anders, als daß die Jusos für die Partei unbequem bleiben"[7]), so war ihm das Ergebnis der Vorstandswahlen entschieden zu unbequem. Er kündigte noch am Nachmittag an, die Partei werde „keinen Millimeter von ihren Beschlüssen über eine Nicht-Zusammenarbeit mit Kommunisten"[8]) abweichen und die vom Kongreß verlangte ‚Umorientierung' in bestimmten Grundsatzfragen auf keinen Fall mitmachen[9]). Die weiteren Ergebnisse sind bekannt und werden hier nur der Vollständigkeit halber in Stichworten angeführt. Bahr forderte die Jusos ultimativ zur Rücknahme ihres Beschlusses zur Teilnahme an den Abrüstungsdemonstrationen auf und ließ durchblicken, er werde durch gezielte, beim Juso-Vorstand beginnende Parteiausschlußverfahren die Zusammensetzung künftiger Delegiertenversammlungen so verändern, daß bei den erforderlichen Neuwahlen dem Vorstand genehmere Kandidaten gewählt würden. Der dagegen machtlose und in sich uneinige Juso-Vorstand gab am 28. März diesen „administrativen Gängelungen" (Benneter) nach und kündigte für Ende Mai eine eigene Abrüstungskampagne an.

Durch das bekannte Interview Benneters mit „konkret"[10]) erfuhr die unhaltbare Situation eine weitere Zuspitzung. Einzelne Aussagen des Interviews gaben dem Parteivorstand den Anlaß, die Mitgliedschaftsrechte Benneters (damit auch den Vorsitz der Jungsozialisten) zu suspendieren und ein Ausschlußverfahren einzuleiten. Diese Maßnahmen hatten die höchst willkommene Nebenwirkung, die innerhalb der Jungsozialisten bestehenden Meinungsverschiedenheiten weiter zu verschärfen. Sie boten darüber hinaus Gelegenheit, die Auseinandersetzung zu personalisieren. So hob der Parteivorsitzende Brandt mehrfach hervor, es gehe nicht um eine Auseinandersetzung mit den Jusos generell oder um einen Richtungsstreit in der SPD, sondern nur um einen „Konflikt mit Personen"[11]). Aus Vorstandskreisen wurde die Behauptung lanciert, Benneter strebe bewußt eine Abspaltung von der SPD an, er wolle „eine neue Partei gründen und möglichst viele junge Sozialdemokraten aus der SPD herausbrechen und mitnehmen"[12]). Egon Bahr wurde mit der

5) Außer dieser in L 3 enthaltenen Entschließung sprach sich der Kongreß trotz des gerade hier ungemein starken antikommunistischen Druckes für die weitere Mitarbeit in der Initiative gegen Berufsverbote aus (D 7 mit Änderungen).
6) Zit. nach „Progreß Presse-Agentur" (PPA) v. 20. 3. 1977.
7) Zit. nach „Unsere Zeit" (UZ) v. 22. 3. 1977.
8) Zit. nach UZ v. 22. 3. 1977.
9) PPA v. 20. 3. 1977.
10) Siehe „konkret" v. 25. 4. 1977.
11) Zit. nach „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 18. 5. 1977.
12) Zit. nach SZ v. 14. 5. 1977.

Behauptung zitiert, Benneter wolle unzufriedene Sozialdemokraten der DKP zuführen[13]). Damit sollten die Ansätze zur Solidarisierung mit Benneter, die außer den Jungsozialisten auch Parteigliederungen erfaßten, unterdrückt werden.

Besonderes Ärgernis rief die Passage des Benneter-Interviews hervor, in der es hieß, es seien „CDU und CSU die Parteien des Klassengegners, während die Kommunisten unsere politischen Gegner, nicht aber die Klassenfeinde sind"[14]). Diese Äußerung verstößt immerhin gegen zwei zentrale Grundsätze der SPD: gegen das Verbot, die Gesellschaft der BRD in den Kategorien der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes zu begreifen, und gegen das Gebot zur als „Gemeinsamkeit der Demokraten" bezeichneten rückhaltlosen Kooperation mit den anderen Bundestagsparteien in allen für den Systemerhalt ausschlaggebenden Fragen. Dementsprechend waren die Reaktionen. Der frühere Juso-Vorsitzende Holger Börner variierte eine Ankündigung Helmut Schmidts „Wenn einzelne sich Frechheiten erlauben, müssen sie eins auf den Hut kriegen"[15]) und analysierte tiefschürfend: „Benneter ist ein Dakkel, der eins auf die Mütze kriegt, daß die Funken stieben."[16]) Ein weiterer früherer Juso-Bundesvorsitzender[17]), Hans-Jürgen Wischnewski, tadelte die politisch allerdings wenig ergiebige juristische Aktion Benneters gegen seine nicht statutenmäßig erfolgte Suspendierung mit der Bemerkung: „Ich hätte mich geschämt, geschämt hätte ich mich, wenn ich, ein Mitglied der Arbeiterbewegung, jemals ein bürgerliches Gericht gegen meine Partei angerufen hätte."[18]) Daß die SPD sich seit längerem als „Volkspartei" versteht und welche Rolle sie im bürgerlichen Staat samt seinen Gerichten inzwischen übernommen hat, war Wischnewski vor Entrüstung offensichtlich nicht gegenwärtig. Lediglich Herbert Wehner war bereit, die weitreichende Dimension der Auseinandersetzung einzuräumen und holte denn auch ganz weit aus. Er sah nicht nur „das Grundsatzprogramm der SPD mit Füßen getreten", sondern befürchtete gar „den Tod der Bundesrepublik", wenn durch Herstellung eines „Feindverhältnisses" zwischen SPD und Unionsparteien die Entwicklung in der SPD seit 1960 in Frage gestellt werde[19]).

Die Entrüstung derer, die sich von Benneter als „Klassengegner" unzulässig angegriffen fühlten, äußerte sich bezeichnenderweise auf andere Art. Sie richtete ihre Stoßrichtung weniger gegen Benneter und die Ergebnisse des Hamburger Kongresses direkt, sondern drückte sich in vielfachen Appellen an die SPD aus, schleunigst diese „linke Krankheit des Jugendverbandes der Partei (zu) kurieren"[20]). Ein so erprobter Ratgeber der Sozialdemokratie wie die FAZ merkte an: „Die SPD braucht keine neuen linken Dogmen, keine

13) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 16. 5. 1977.
14) „konkret" v. 25. 4. 1977. Benneter sagte nicht, CDU/CSU seien der Klassenfeind, wie seitdem von „Bayernkurier" bis „Spiegel" in schöner Eintracht immer wieder behauptet wird.
15) Zit. nach UZ v. 10. 5. 1977.
16) Zit. nach „Die Welt" v. 17. 5. 1977.
17) Hier scheint der Hinweis sinnvoll, daß ein dritter führerer Juso-Chef aus der Zeit, als der Verband lediglich Karriereschule für Jungfunktionäre war, Dr. Günther Müller (München), seine politische Heimat inzwischen in der CSU gefunden hat.
18) Zit. nach SZ v. 18. 5. 1977.
19) Zit. nach FAZ v. 30. 4. 1977.
20) FAZ v. 29. 4. 1977.

‚konsequente sozialistische Politik', wie ihr Jusos und andere Linke empfehlen" und verspricht: „Wenn neben Benneter noch andere die Partei verlassen oder verlassen müssen, werden sie in Sekten und Splitterparteien absinken. Was die SPD an solchen Mitgliedern verliert, könnte sie hundertfach an Wählern zurückgewinnen"[21]). Ein andermal warnt die FAZ: „Jedes Zurückweichen vor Benneters Stamokap-Flügel hätte für die Partei fatale Folgen", es gehe um die Entscheidung zwischen „Klassenkampfpartei oder Partei der sozialen Demokratie". Gleichzeitig wird eine Hoffnung geäußert: „Die Operation Bahr ist eine Operation gegen die Ultralinke, aber sie wird, wenn sie gelingt – und darauf kommt alles an –, ihren Eindruck auch auf die Linke nicht verfehlen. Man wird sich dort nicht mehr alles herausnehmen . . ."[22]) Den Vogel schoß aber zweifellos Ministerpräsident Stoltenberg (CDU) ab, als er das dem Bundeskanzler von der innerparteilichen Opposition zugefügte Ungemach beklagte und seine Unterstützung antrug: Beim Streit mit diesen radikalen linken Kräften werde es gewiß auch Gemeinsamkeiten zwischen der Bundesregierung und der CDU Schleswig-Holsteins geben[23]). Er traf sich in dieser Ansicht mit Bundesminister Franke (SPD), der mehr Gemeinsamkeiten mit der CDU „als mit manchen exaltierten Jungsozialisten" sah[24]). Die besorgte Reaktion von dieser Seite gibt neben den angeführten Befürchtungen Wehners einen Hinweis darauf, als wie ernst die Krise der SPD eingeschätzt wird, das um so mehr, da außer den Schwierigkeiten mit den Jusos noch zahlreiche andere Probleme auf der Tagesordnung stehen.

II

Die Führung der SPD weist in dieser Situation Behauptungen von einer Parteikrise entschlossen zurück[25]) und zieht es vor, einen „Orientierungsverlust" auf seiten der Bürger zu sehen[26]). Wenn Willy Brandt notgedrungen zugeben muß: „Es ist ganz sicher so, daß wir Probleme haben"[27]), so besteht er doch gleichzeitig auf der Einschränkung, daß es sich dabei um „ganz unterschiedliche Schwierigkeiten" handele, deren „willkürliche(s) Zusammenrühren" wenig hilfreich sei: „Ich sehe nicht, was die auf Osswald bezogenen Punkte in Hessen damit zu tun haben, daß in München einige Stadträte, die nicht wieder aufgestellt werden, die SPD verlassen. Das sind zwei ganz unterschiedliche Vorgänge. Und beide haben wiederum nichts mit den Schwierigkeiten zu tun, mit denen sich die Jungsozialisten auseinanderzusetzen haben."[28]) So verständlich die Motive sind, die den Parteivorsitzenden zu dieser Darstellung führen, so wenig kann sie überzeugen. Nicht nur das zeitliche Zusammentreffen der verschiedenen Krisenerscheinungen läßt vermuten, daß innere Zusammenhänge zwischen den genannten Ereignissen bestehen.

21) FAZ v. 7. 5. 1977.
22) FAZ v. 20. 5. 1977.
23) FAZ v. 21. 5. 1977.
24) UZ v. 28. 4. 1977.
25) Willy Brandt beklagte in seiner Rede auf dem außerordentlichen Landesparlament der SPD Hamburg am 15. 4., daß „nicht alle unsere Freunde und Anhänger immun sind, wenn ihnen interessierte Kreise eine ‚Krise der SPD' aufreden wollen." „SPD Pressedienst", 163/77 v. 15. 4. 1977.
26) Helmut Schmidt am 22. 3. vor der SPD-Bundestagsfraktion, s. FAZ v. 23. 4. 1977.
27) Interview mit der „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 23. 4. 1977.
28) Ebd.

Eine wichtige Funktion zur Untersuchung der verschiedenen Krisenerscheinungen kommt dem Begriff der „Filzokratie" zu. Der Kommunalfilz trat in Berlin beim Abgang des im Frontstadtgeist erstarrten Schütz-Senats und im „Helaba"-geplagten Hessen offen als Krisenerreger in Erscheinung. Als „Filz" bezeichnet man – vorzugsweise in SPD-regierten Kommunen – jene vielfach verschlungenen Wege von Geldern, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, die sich regelmäßig dann einstellen, wenn z. B. die ortsansässigen Fabrikanten, die Kommunalbeamten, Bankiers und Gewerkschaftsführer einer beliebigen Stadt ihre regelmäßigen Zusammenkünfte im Rahmen der SPD-Rathausfraktion abwickeln. Da wachsen dann Steglitzer Kreisel oder Sachsenhäuser Sonnenringe und Schwabylons, so werden „Helaba"-Milliarden verschoben, wohldotierte Posten verkungelt oder Parteispenden in profitversprechende Entscheidungen umgemünzt, daß es nur seine Art hat.

Die politische Bedeutung des Kommunalfilzes beschränkt sich bei weitem nicht darauf, der jeweiligen Opposition von Zeit zu Zeit zu billiger Wahlkampfmunition zu verhelfen. Er verschafft auch den Inhabern leitender Positionen „große Möglichkeiten, seinerseits Ämter und Vergünstigungen zu verteilen und wiederum einen größeren Kreis von Menschen an sich zu ziehen"[29]). Er ist ein wesentliches Element jenes „vielfältig differenzierte(n) System(s) von materiellen Abhängigkeiten und ideologischer Beeinflussung"[30]), mit dessen Hilfe sich der SPD angehörende Inhaber von Regierungsmacht jahrzehntelang die Ergebenheit einer Mehrheit aktiver Parteimitglieder gesichert haben. Innerhalb lokaler Parteiorganisationen machen sich über die Partei in ein Amt gekommene Filzokraten allzu oft diejenigen abhängig, die von Rechts wegen in freier Gewissensentscheidung des Parlamentariers über ihre Amtsführung und -dauer entscheiden sollten. Zwar sind Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes mit 10% der SPD-Mitgliedern gegenüber den 47% Arbeitern zahlenmäßig weit unterlegen[31]), doch zusammen mit den hauptamtlichen Angestellten des Partei- und des Gewerkschaftsapparates stellen sie den weitaus größten Teil der Inhaber von Parteifunktionen und der Parlamentarier auf allen Ebenen. Sie sind in der Regel bereit, „Theorie und Praxis der Sozialpartnerschaft mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen"[32]). Für die Nutznießer dieses Mechanismus erweist sich die so verstandene „Sozialpartnerschaft" in der Tat denn auch als Hauptmotiv für ihre Mitgliedschaft in der SPD. Werden ihre einträglichen Positionen in Frage gestellt, verliert auch die weitere Mitgliedschaft in der Partei ihren Sinn. Die Tatsache, „daß in München einige Stadträte, die nicht wieder aufgestellt werden, die SPD verlassen" erweist sich so durchaus als eine Auswirkung des Kommunalfilzes.

Doch wenn auch einzelne dieser Kommunalpolitiker wie die Münchener Bürgermeister Gittel und Müller-Heydenreich samt vier weiteren Fraktionskollegen oder der Braunschweiger Oberstadtdirektor Hans-Günther Weber die

29) Gerhard Stuby in: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1963–1975, Köln 1975, S. 360f.
30) Ebd.
31) Angaben nach E. Lieberam, Bundestagsparteien im politischen Machtmechanismus der BRD, Frankfurt/M. 1974, S. 46.
32) Gerhard Stuby, a.a.O.

SPD verlassen haben, sind die von ihnen vertretenen Positionen noch lange nicht aus der Partei verschwunden, sie bleiben vielmehr in weiten Bereichen vorherrschend. Das gilt in München für die (noch) nicht ausgetretenen Herren Kronawitter und Preissinger, ebenso für ihren langjährigen Mitstreiter Hans-Jochen Vogel, der diese Haltung im Parteivorstand repräsentiert. Das gilt zum Beispiel auch für die Fritz-Erler-Gesellschaft (FEG), die als Parallelorganisation zur sich außerhalb der SPD formierenden „Sozialen-Demokratischen-Union" (SDU)[33]) den Kampf für konsequenteste „Sozialpartnerschaft" innerhalb der SPD koordiniert.

Im Gegensatz zu den fast wortlos abgetretenen Mitgliedern der Münchener SPD-Fraktion spart die FEG nicht mit anspruchsvollen Äußerungen, an Hand derer man ihren Standort eindeutig bestimmen kann. Sie hat im April dieses Jahres ein 10-Punkte-Papier verbreitet[34]), das folgende Hauptforderungen für die SPD-Politik aufstellt: 1. Ideologische und praktische Abgrenzung von allem „Marxismus" und „Neomarxismus" sowie von jeglicher „ideologischer Fixierung" in der Partei; 2. Einstellung der angeblich von der SPD geduldeten „kommunistischen Infiltration und Indoktrination im Bildungsbereich"; 3. Aufgabe jeder Forderung nach Verstaatlichung und Investitionslenkung, da wählerabschreckend; 4. Verzicht auf die weitere Verwendung der Begriffe „Sozialismus"[35]) und „Entspannungspolitik", da sie mißverständlich und nicht mit den Realitäten vereinbar seien. Schließlich werden auch zwei positive Forderungen erhoben: Ein Bekenntnis zur „freien Unternehmenswirtschaft mit echter Mitbestimmung (. . . und) Beteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs" sei unverzichtbar, und im übrigen sind sie der Meinung, daß „die Bundesrepublik ihre Verteidigungsanstrengungen im Rahmen der NATO beträchtlich verstärken (muß), wenn es um realisierte Entspannung auf der Basis der Sicherheit unserer freiheitlichen Lebensordnung geht". Ihre Haltung gegenüber anderen Parteien beschrieben die Fritz-Erler-Gesellen folgendermaßen: „Eine ideologisch fixierte Weltanschauungspartei ist auf die Dauer nicht koalitionsfähig mit anderen demokratischen Parteien, ohne die unsere Ziele nicht durchgesetzt werden können. (. . .) Wer Andersdenkende als Klassenfeinde verunglimpft und einem historisch überholten Klassenkampf das Wort redet, wer unsere politische Ordnung beschimpft, hat keine Chance, ‚Wechselwähler' für seine politischen Ziele zu gewinnen."[36]) Zumindest diese Aussage kann sich weitgehend auf das Godesberger Programm berufen[37]). Im übrigen wurden die von der FEG erhobenen Forderungen dadurch als legitimer Ausdruck sozialdemokratischer Haltung anerkannt, daß Bundesgeschäftsführer Bahr die Initiatoren, die immerhin aus-

33) Auf einer Veranstaltung des „Bund Freies Deutschland" in Westberlin am 17. 4. 1977 nannte H. G. Weber den 17. Juni als voraussichtliches Gründungsdatum der SDU. Siehe „Die Welt" v. 18. 4. 1977.
34) In Auszügen veröffentlicht in „Die Welt" v. 5. und 6. 4. 1977; daraus die folgenden Zitate.
35) Die gleiche Forderung erhob „Kanalarbeiter"-Chef Franke, als er den Gebrauch des Wortes „Sozialismus" als unnütz zurückwies und behauptete, wenn im Godesberger Programm vom demokratischen Sozialismus die Rede sei, handle es sich „nicht um eine Hauptforderung" des Programms. Es gebe „Vokabeln", die die SPD nur daran hinderten, neue Anhänger zu gewinnen. Siehe UZ v. 28. 4. 1977.
36) Zit. nach „Die Welt" v. 5. und 6. 4. 1977.
37) „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will in gleichberechtigtem Wettstreit mit den anderen demokratischen Parteien die Mehrheit des Volkes gewinnen, um Staat und Gesellschaft nach den Grundforderungen des demokratischen Sozialismus zu formen." Godesberger Programm, zit. nach W. Mommsen, Parteiprogramme der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/München 1961, S. 104.

drücklich zur Solidarität mit den zwecks SDU-Gründung aus der SPD Ausgetretenen aufrufen[38]), nicht etwa mit Parteiordnungsverfahren überzog, sondern ihnen das Angebot machte, sie in die theoretische Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung einzubeziehen und sie auch auf andere Weise finanziell zu unterstützen[39]). So zeichnet sich das monströse Bild einer Gesellschaft ab, die ideologisch mit der CDU/CSU und finanziell mit der SPD verfilzt ist.

Jede Behandlung des Themas „Filzokratie" wäre auf unverzeihliche Weise unvollständig, wenn sie nicht noch einen weiteren Fall berücksichtigte. Es geht nicht um die ans helle Tageslicht gekommenen Postenstechereien bei der Berliner Porzellan-Manufaktur, auch nicht um die eher im Verborgenen rumorende Unruhe um den Großkonzern „Neue Heimat". In solcherlei Fällen bleibt der greifbare Teil des Filzes auf den Bereich zweifelhaften Wirtschaftsgebarens beschränkt, und die um den einen oder anderen Skandal mit scheinbarer Erbitterung in Medien und Parlamenten geführte Auseinandersetzung trägt eher noch dazu bei, das politische Spiegelbild der materiellen Interessenverfilzung unkenntlich zu machen. Das ist in Marburg ganz anders. In Marburg erhebt sich über der „Basis" der landesüblichen Kungelei um Kaufhäuser und Hochgaragen ein – durch widrige Umstände sichtbar gemachter – höchst angemessener „Überbau" in Form der Großen Koalition von CDU und SPD im Stadtparlament. Seit die DKP 1972 dort ins Kommunalparlament einzog und ihren Stimmenanteil auf vorerst 10,3% bei den Wahlen im März dieses Jahres erhöhen konnte, wird in Marburg vielleicht nicht öfter von CDU und SPD gemeinsam abgestimmt, als in anderen Parlamenten auch[40]), doch die besondere Situation in Marburg bringt es mit sich, daß diese Gemeinsamkeit jetzt auch personalpolitisch zum Ausdruck gebracht[41]) und öffentlich problematisiert[42]) wird. Für den Oberbürgermeister der Großen Koalition, Dr. Drechsler (SPD), stehen die Dinge so: „Entweder Vereinbarungen zwischen SPD und CDU, oder Volksfront von SPD, DKP und FDP."[43]) Eine Politik allerdings, so fügte Drechsler hinzu, die eine Unterstützung auch durch die Kommunisten billigen würde, werde er nicht vertreten können, weil damit für ihn die Grenzen des Zumutbaren erreicht seien und sozialdemokratische Grundpositionen tangiert würden[44]) Also: Keine Experimente, CDU!

Der Verfilzungsbegriff hat durch seine Anwendung auf mehrere konkrete Fälle erheblich an Komplexität zugenommen. Neben dem gemeinen sozialdemo-

38) Siehe „Die Welt" v. 5. und 6. 4. 1977.
39) „Die Welt" v. 26. 4. 1977.
40) Nach Auskunft des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung verabschiedete der Deutsche Bundestag von den 506 Gesetzen, die überhaupt zur Verkündung kamen, 502 mit einer Mehrheit aus allen drei Bundestagsparteien.
41) Bei der 1976 erforderlichen Wahl der vier hauptamtlichen Magistratsmitglieder wies die SPD die von FDP und DKP angebotene Unterstützung zur Überwindung des parlamentarischen Patts zurück und einigte sich mit der CDU, den Oberbürgermeister und ein Magistratsmitglied von der SPD, den Bürgermeister und das vierte Magistratsmitglied von der CDU stellen zu lassen. Siehe FAZ v. 22. 4. 1977.
42) Nach der Wahl im April 1977 kam es in der Marburger SPD zu erheblichen Auseinandersetzungen. Ein Sonderparteitag faßte den gegen die Große Koalition gerichteten Beschluß, der SPD-Fraktion solle bei der Durchsetzung sozialdemokratischer Kommunalpolitik „die Unterstützung jeder politischen Partei recht sein" (also auch der DKP). Gleichzeitig beugte sich der Parteitag jedoch mit knappem Stimmenverhältnis der Forderung des Oberbürgermeisters, die Ortssatzung so zu ändern, daß die DKP, die nach der alten Regelung einen hauptamtlichen Stadtrat hätte stellen können, nicht berücksichtigt werden mußte. Siehe FR v. 25. 4. 1977.
43) FR v. 26. 4. 1977.
44) FR v. 25. 4. 1977.

kratischen Kommunal- oder Interessenfilz zeichnet sich ein ebenso gewöhnlicher Ideologiefilz ab, und zwischen beiden bestehen, wie am Syndrom Marburg auffällig, enge Zusammenhänge. Ihr Zusammenwirken läßt sich in vollendeter Form an der Politik der Bundesregierung beobachten. Als aktuelle Beispiele sei hier lediglich auf den Verzicht der Bundesregierung auf die nach dem Berufsausbildungs-Förderungs-Gesetz erhebbare Abgabe zur Sicherung des Lehrstellen„angebots" sowie auf die im kommenden Jahr wirksam werdende Senkung der Vermögenssteuer, die durch Anhebung der Umsatzsteuer finanziert werden soll, verwiesen.

Eine SPD, die derartige Anstrengungen unternimmt, politische Unterschiede gegenüber den Unionsparteien verschwimmen zu lassen, kann dann von so katastrophalen Wahlniederlagen wie bei den Kommunalwahlen in Hessen[45]) kaum noch überrascht werden. Dennoch waren diese Niederlagen höchst schmerzlich, und das vor allem aus zwei Gründen: Der Verlust der Mehrheit in zahlreichen Kommunen geht an die Wurzeln jenes beschriebenen Filzokratiesystems, mit dessen Hilfe die Parteiführung die innerparteiliche Willensbildung so perfekt in ihrem Sinne zu lenken versteht. Zum zweiten ist es nach dieser Wahl unmöglich, die Schuld an der Niederlage wie sonst üblich auf die angeblich wählerabschreckende Tätigkeit linker Gruppierungen in der SPD abzuschieben, da deren Tätigkeit zumindest im einstmals „roten" Hessen fast völlig zum Erliegen gekommen war. Die Verantwortung für die schweren Verluste ist somit offenkundig bei denen zu suchen, die in Gemeinden, Land und Bund Verantwortung für die Bestimmung sozialdemokratischer Politik tragen. Um die durch das Wahlergebnis in Bedrängnis geratenen Vollstrecker des Willens der Parteiführung auf unteren Ebenen zumindest etwas zu entlasten, sah sich denn Kanzler Schmidt zu dem Zugeständnis veranlaßt, „daß eine Mitschuld der Bonner Politik, insbesondere der Bundesregierung, ganz gewiß nicht weggestritten werden kann"[46]). Dem ist schwerlich zu widersprechen. Was die Bundesregierung in den ersten hundert Tagen ihrer Amtszeit geleistet hatte, war kaum geeignet, Sympathien in der Bevölkerung für die stärkere der beiden Regierungsparteien zu wecken.

Das verweist auf einen weiteren Teilaspekt der SPD-Krise, auf ihre zunehmende Unfähigkeit, im Sinne der Systemstabilisierung auf die politische Willensbildung der Bevölkerung einzuwirken. Sie hat nicht nur wie bei den Wahlen der letzten Jahre festzustellen, die Fähigkeit eingebüßt, Wählerstimmen an sich zu ziehen. In dem Maße, wie die von ihr vertretenen Positionen in den Bereichen, die das Leben der Menschen unmittelbar beeinflussen, keine wirklichen Alternativen gegenüber den anderen Bundestagsparteien erkennen lassen, entstehen Lücken im Spektrum parteipolitisch kontrollierbarer politischer Interessenvertretung der Bürger, die zur Bildung einer Vielzahl von Bürgerbewegungen geführt haben. Diese in sich außerordentlich widersprüchlichen Erscheinungen machen sich in immer mehr Sektoren der Ge-

45) Bei den hessischen Kommunalwahlen v. 20. 3. 1977 verkehrten sich die Stimmenverhältnisse. Die SPD fiel gegenüber 1972 von 47,2 auf 42,3% ab, die CDU stieg von 42,4 auf 47,9%. Mit Ausnahme von Kassel gewann die CDU alle Großstädte für sich.
46) Schmidt am 22. 3. vor der SPD-Fraktion des Bundestags, zit. nach FAZ v. 26. 3. 1977.

sellschaft bemerkbar. Die Bürgerinitiativen aus dem Bereich der Energie/Umwelt-Problematik greifen in die Wirtschaftspolitik ein; die Studentenbewegung meldet sich unüberhörbar im schon als befriedet angesehenen Komplex der Bildungspolitik zu Wort. Die Bewegung gegen den Abbau demokratischer Grundrechte, besonders eindrucksvoll vertreten durch die Initiative gegen Berufsverbote, und die von einer breiten Welle der Unterstützung getragenen Aktionen für Abrüstung und Entspannung entwickeln sich zu Faktoren, die auch von der Regierungspolitik zur Kenntnis genommen werden müssen. In all diesen Bewegungen artikuliert sich politisches Bewußtsein und entwickelt sich staatsbürgerliche Aktivität, die nicht ohne weiteres der Lenkung und Kanalisierung durch die Bundestagsparteien unterliegen. Während diese Entwicklung von allen Bonner Parteien mit Sorge beobachtet wird, muß sich die SPD doch in erster Linie betroffen fühlen. In ihrer Fähigkeit zur „Mäßigung" der nicht schon durch andere, authentische Interessenbindungen auf die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verpflichteten Teile der Bevölkerung besteht schließlich ihre spezifische Qualifikation als Regierungspartei. Die Bürgerinitiativen stellen darüber hinaus in ihrer Arbéit ununterbrochen die Gültigkeit jenes Axioms in Frage, zu dessen Verteidigung sich die Sozialdemokratie in besonderem Maße verpflichtet und befähigt sieht: Der Abwehr und Isolation von Kommunisten und anderen Kräften, die das kapitalistische Wirtschaftssystem prinzipiell in Frage zu stellen bereit sind. In Bürgerinitiativen arbeiten im allgemeinen auch Kommunisten und konsequent sozialistische Kräfte mit großer Selbstverständlichkeit mit und tragen oft wesentlich zu ihren Erfolgen bei. Der Verstoß gegen „Abgrenzungsbeschlüsse" ist bei den Bürgerinitiativen Programm.

Nicht zuletzt hieraus erklärt sich, daß von den zahlreichen „systemkritischen" Beschlüssen des Hamburger Juso-Kongresses gerade der zur Mitarbeit im „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" den härtesten Widerstand der Parteiführung hervorrief. Dabei geht es offensichtlich nicht nur darum, jede Zusammenarbeit zwischen Parteigliederungen und Bewegungen, in denen auch Kommunisten mitarbeiten, zu verhindern. Wie der Briefwechsel zwischen Bundesgeschäftsführer Bahr und 43 Sozialdemokraten, die auf der Teilnahme an den Veranstaltungen des Komitees bestanden[47]), zur Genüge deutlich macht, will man auch einzelne Parteimitglieder von der Betätigung in derlei unliebsamen Aktionen fernzuhalten. Die SPD meldet dadurch formell ihren Rückzug aus allen Gebieten an, auf denen Bürger für ihre Interessen einzutreten gewillt sind.

Die einzelnen Krisenerscheinungen in der SPD sind hiermit bei weitem nicht abschließend aufgeführt, doch zeichnet sich wenigstens der ungefähre Umfang der Gesamtkrise ab. Die zufällige Gleichzeitigkeit der Ereignisse vom 20. März, an dem die hessischen Wähler ihre Abkehr von der SPD unübersehbar zum Ausdruck brachten und an dem der Hamburger Bundeskongreß der Jungsozialisten durch seine Personal- und Sachentscheidungen eine ent-

47) Vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen in diesem Heft.

schiedene „Umorientierung" verlangte, hat diese Krise auch einer breiteren Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht. Die Untersuchung dieser und anderer Ausdrucksformen der Krise führt letztlich immer wieder auf eine Ursache zurück: Die vom Parteivorstand seit zwanzig Jahren durchgesetzte Linie der bedingungslosen Kooperation mit dem Großkapital und dessen politischen Agenturen, wie sie in den verschiedenen Filz-Phänomenen und der Alternativlosigkeit der SPD-Politik plastisch vor Augen tritt, hat in der bisherigen Form ihre Anziehungskraft auf die Bevölkerung verloren. Auf der anderen Seite erweist sich, daß die innerhalb der SPD wiederholt totgesagte Opposition gegen diese Politik immerhin lebendig genug ist, in einer wichtigen Arbeitsgemeinschaft der Partei eine – wenn auch nur knappe und mehr in der Ablehnung als im eigenen Programm einige – Mehrheit zu bilden. Das ist der Zusammenhang, der die verschiedenen Krisensymptome der SPD miteinander verbindet und den der Vorsitzende Brandt unter allen Umständen ableugnen will.

III

Die Krise der SPD ist eine Krise des Integrationismus, der als die seit zwanzig Jahren in der SPD herrschende Strömung nur ein Ziel kannte: alle Potenzen der Partei für die Stabilisierung des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems einzusetzen und die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen voll in den kapitalistischen Staat zu integrieren. Seine Massenbasis mobilisiert der Integrationismus durch die in immer neuen Versionen variierte Behauptung, daß jede Verbesserung der materiellen Situation der „Arbeitnehmer" ausschließlich auf der Grundlage einer noch rationelleren, profitableren und perfekteren Ausgestaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems möglich sei: „Ohne Gewinne gibt es keine Investitionen, und ohne Investitionen können für die Zukunft weder sichere Arbeitsplätze noch reale Einkommenssteigerungen und soziale Leistungsverbesserungen gewährleistet werden."[48]) Die Entwicklung seit der Wirtschaftskrise der Jahre 1974/75 hat die Überzeugungskraft dieses Konzepts schwer angeschlagen. Es ist zwar offensichtlich, daß die SPD/FDP-Regierung durch ihr bedingungsloses Eingehen auf die Forderungen der Wirtschaft insoweit zu einem neuerlichen „Aufschwung" beigetragen hat, als die Nettoprofite der Unternehmen schon 1976 um mindestens 20%, in einigen Branchen sogar um 25–30% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden konnten[49]). Die Pferde saufen wieder. Andererseits verläuft die konjunkturelle Entwicklung in vielerlei Hinsicht widersprüchlich, und das äußert sich nicht zuletzt darin, daß die Nettoreallöhne 1976 erstmals seit Kriegsende gegenüber dem Vorjahr um 1,2% zurückgegangen sind[50]). Der Mai 1977 brachte das Novum, daß eine Arbeitgebervereinigung in Bayern von sich aus Lohntarife kündigte und eine Senkung der Tariflöhne zur Ausgangsbasis der nun anstehenden Verhandlungen macht[51]). Die Arbeitslo-

48) Orientierungsrahmen '85, A. 19.
49) „IPW-Berichte", 4/1977, S. 6.
50) „IPW-Berichte", 1/1977, S. 10.
51) FAZ v. 1. 6. 1977.

sigkeit dürfte auch 1977, im dritten Jahre nacheinander, über einem Jahresdurchschnitt von 1 Million erfaßten Arbeitslosen liegen[52]).

Die Möglichkeit zur Überspielung derartiger Sachverhalte hat sich in dem Maß verringert, wie im Zusammenhang mit der Umweltvernichtung, der Energiedebatte oder der zunehmenden Rationalisierung und Automatisierung Teilaspekte der widersprüchlichen Wirtschaftsentwicklung für den Einzelnen konkret erfahrbar wurden. Nun breiten sich „politische Grundwellen" (Helmut Schmidt) aus, die von einer tiefgehenden Unsicherheit und Unzufriedenheit einer immer größer werdenden Zahl von Bürgern zeugen. Unter den Lohnabhängigen wächst das Unverständnis darüber, daß die vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt ermöglichte und durch dauernde Steigerung der Arbeitsintensität realisierte Erhöhung der Produktivität nicht zu einer gesicherten Erhöhung ihres Lebensstandards führt, sondern im Gegenteil die Gefahr von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Reallohnminderung mit sich bringt. Jedoch: Die Erhöhung der Produktivität liegt inzwischen offensichtlich über dem Maß für die Steigerung der Produktion, das im Interesse der Profitmaximierung erstrebenswert ist. Der Tendenz zur Senkung der Beschäftigtenzahlen mit allen weitreichenden Folgen läßt sich unter diesen Umständen mit einem Instrumentarium, das an der Priorität des Kapitalverwertungsinteresses ausgerichtet ist, nicht mehr entgegenarbeiten.

Für die SPD bedeutet das, daß sie gerade in einer Situation, in der ihre Integrationskraft mehr denn je gefordert ist, sich der Wirkung des zentralen Ideologems ihrer Integrationspolitik nicht mehr sicher sein kann. Die daraus resultierenden Probleme sind der Parteiführung durchaus bewußt; Willy Brandt hat sie im April vor dem außerordentlichen Parteitag der Hamburger SPD angesprochen: „Die Schwierigkeiten, mit denen es die Politik zu tun hat, werden nicht geringer werden. Es wird einer starken Überzeugungskraft bedürfen, wenn wir den Bürgern mit Erfolg erläutern wollen, daß sie zunehmend mit immer neuen Problemen werden leben müssen. Wir leben nicht in einer kurzfristigen Ausnahmesituation (. . .). Wir leben nicht in einer ganz besonderen Phase, die später wieder zurückpendeln könnte in die Normallage einer vermeintlichen ‚guten alten Zeit'."[53]) Damit rückte Brandt offiziell ab von dem hauptsächlich von den ‚Pragmatikern' um Schmidt demagogisch verbreiteten Konjunktur-Optimismus, der die SPD noch vor gar nicht allzulanger Zeit mit der Parole „Der nächste Aufschwung kommt bestimmt" in den Wahlkampf ziehen ließ. Dennoch will auch Brandt nicht von der Integrationspolitik abgehen, und da er für die materiellen Interessen der Lohnabhängigen nicht allzuviel zu bieten hat, setzt er auf die Mittel der Ideologie. Er will das „Problembewußtsein" der Öffentlichkeit schärfen und fordert: „Unser Volk braucht die moralische Überzeugung, die in und aus der sozialdemokratischen Bewegung lebt. Es braucht die grundsätzliche Orientierung, um die sich unsere Partei immer wieder bemüht."[54]) Wenn es in Reden sozialdemokratischer Spitzen-

52) Auch der neueste Bericht der Bundesanstalt für Arbeit v. 3. 6. 1977 deutet darauf hin, daß diese Zahl nicht unterschritten wird.
53) „SPD Pressedienst", 163/77 v. 15. 4. 1977.
54) Ebd.

politiker derart metaphysisch zugeht, handelt es sich zumeist um den „Demokratischen Sozialismus". Dieser Begriff nimmt in der Propaganda der Partei, aus der er lange verschwunden war, seit einiger Zeit wieder eine beherrschende Stellung ein. Nach dem weitgehenden Scheitern der 1969 versprochenen Politik der inneren Reformen trägt er die Hauptlast der Bemühungen, die Integrationskraft der SPD für die von Brandt vorhergesehenen mageren Zeiten aufrechtzuerhalten.

Eine der ausführlichsten Definitionen des „Demokratischen Sozialismus" verdanken wir Bruno Friedrich, der im April 1974 schrieb, nach dem Godesberger Programm sei Sozialismus „*politisch* die Vollendung der demokratischen Republik, *gesellschaftlich* die Humanisierung der industriellen Revolution, *moralisch* die Achtung und Verteidigung der Menschenwürde, die Respektierung der Freiheit des Geistes"[55]). Ökonomisch beinhaltet das u. a. den Verzicht auf die Vergesellschaftung des Privateigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln, politisch die Aufgabe des Begriffs von der Klassengesellschaft mit allen Konsequenzen, ideologisch den als „Pluralismus" getarnten Antikommunismus. In der Praxis führt diese Theorie vom „Demokratischen Sozialismus" dazu, jede Vertretung von Interessen der Lohnabhängigen den Kapitalverwertungsinteressen unterzuordnen, der „Demokratische Sozialismus" ist nichts anderes als ein ins Unüberwindbare und Alternativlose gesteigerter Kapitalismus.

Unter den gegebenen Umständen muß bezweifelt werden, ob der „Demokratische Sozialismus" die ihm von Brandt und den anderen integrationistischen SPD-Führern zugedachte Aufgabe erfüllen kann. Bisher hat die im Zeichen des „Demokratischen Sozialismus" notwendigerweise intensivierte Klassenkooperation bzw. -unterordnung im Gegenteil dazu beigetragen, die Schwierigkeiten des Integrationismus deutlicher hervortreten zu lassen. Die absolut gesetzte Politik der „Sozialpartnerschaft" und der „Gemeinsamkeit der Demokraten" ist ja nicht nur der Nährboden für den in der Öffentlichkeit so unliebsames Aufsehen erregenden Kommunalfilz, sondern in Verbindung mit dem ideologischen Bestreben zur Apologie des Kapitalismus führt sie zwangsläufig einmal dazu, daß die Unterschiede gegenüber den anderen prokapitalistischen Parteien eingeebnet werden, zum anderen, daß unüberbrückbare Gegensätze zu allen politischen Kräften aufgerissen werden, die sich nicht so eindeutig auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung festlegen lassen wollen. Das äußerst sich nicht nur im Antikommunismus des „Demokratischen Sozialismus", von dem es heißt, daß für ihn „die entschiedene Ablehnung des Kommunismus (. . .) lebensnotwendig war und ist"[56]), sondern führt auch zu einer prinzipiellen Feindschaft gegenüber allen, die z. B. durch „systemüberwindende" oder „antimonopolistische" Reformen auf tiefergehende Veränderungen hinarbeiten wollen. Auf der internationalen Ebene hat das inzwischen bewirkt, daß erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der SPD und anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Partei-

55) Zit. nach: „Demokratischer Sozialismus" – Schein und Wirklichkeit, Berlin (DDR) 1975, S. 25.
56) Hermann Scheer (ehemaliges Juso-Vorstandsmitglied), in „Vorwärts" v. 14. 4. 1977.

en, vorwiegend den südeuropäischen, aufgetreten sind[57]), die auch nicht durch das hartnäckige Nicht-Wahrhaben-Wollen des Bundeskanzlers[58]) aus der Welt zu schaffen sind. In diesen Parteien stellen nicht nur reformsozialistische Gruppierungen die Mehrheit, sondern dort hat sich trotz des gelegentlich ebenfalls stark ausgeprägten Antikommunismus die Überzeugung durchgesetzt, daß es keine Alternative zu einer Aktionseinheit mit den kommunistischen Parteien gibt – es sei denn das eindeutige Bekenntnis zur Systemstabilisierung im Dienste des Kapitalismus. Der von diesem Vorbild ausgehende Druck auf die SPD-Führung, von ihrer starren Haltung abzugehen, dokumentierte sich jetzt auf dem Juso-Kongreß in Hamburg in Anträgen, die „Einheit der Linken auf westeuropäischer Ebene" herzustellen[59]). Es bleibt weithin unverstanden, daß die SPD, die sich unter dem Druck der gewandelten internationalen Situation zur Herstellung eines Modus vivendi mit den sozialistischen Ländern Osteuropas bereitfand, offensichtlich nicht in der Lage ist, eine realistische Haltung auch gegenüber den Sozialisten und Kommunisten im Westen einzunehmen. Wegen der eindeutig integrationistischen Zielsetzung der SPD-Führung bleiben diese Widersprüche unlösbar.

Anders als in den meisten europäischen Ländern sind die reformsozialistischen Kräfte in der SPD durch die Nachkriegsentwicklung der Partei aus allen Funktionen verdrängt und als eigene Richtung „nahezu vernichtet"[60]) worden. Das heißt freilich nicht, daß damit auch sämtliche reformsozialistischen Anschauungen spurlos ausgerottet werden konnten. Im Gegenteil sind derartige Denkansätze in der Partei immer in einem solchen Ausmaß verbreitet gewesen, daß Grundsatzdokumente wie das Godesberger Programm oder erst recht der Orientierungsrahmen '85 ihnen immer so viel Artikulationsmöglichkeiten zugestehen, daß die SPD auch von Trägern solcher Vorstellungen gerade noch als politische Heimat akzeptiert werden konnte. Das gehört zum Instrumentarium der „inneren Integration". Indem diese Taktik „jede Auffassung in der Partei mit Argumenten bedient und dennoch keine bestätigt oder gar zufriedenstellt"[61]), wird der Integrationsbereich der Partei weit nach links ausgedehnt, ohne daß die Machtposition des Vorstandes dadurch bisher gefährdet worden wäre. Seit einigen Jahren offenbart dieses Verfahren jedoch das zunehmende Risiko, daß in Opposition zur Linie des Vorstands stehende Gruppierungen reformsozialistisch interpretierbare Argumente heranziehen, um ihre eigenen, nicht integrationistischen Ziele taktisch abzusichern[62]) oder, noch schlimmer, daß derartige Versatzstücke von Teilen der Basis ganz unkri-

57) Siehe Kurt Schacht, Probleme und Entwicklung der Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten, in: „Marxistische Blätter", 2/1977, S. 12.
58) Siehe Rede des Kanzlers vor der SPD-Bundestagsfraktion v. 22. 3. 1977, in Auszügen abgedruckt in FAZ v. 26. 3. 1977.
59) In den Anträgen J 3 und J 7. Zur Reaktion der Parteiführung siehe PPP v. 5. 5. 1977, in dem W. Brandt gleich für die anderen Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien Westeuropas mitsprechend jede Zusammenarbeit mit Kommunisten im Europaparlament ablehnt, sowie den bereits zitierten Aufsatz von H. Scheer im „Vorwärts" v. 14. 4. 1977, in dem er die „Eurokommunisten" zu „Sozialen Demokraten" im Sinne der SPD erklärt. Ein Mehr an Konfusion ist kaum denkbar.
60) Fülberth/Harrer, a.a.O., S. 18.
61) Narr/Scheer/Spöri, SPD – Staatspartei oder Reformpartei, München 1976, S. 55.
62) In der Regel geschieht das mit mehr Geschick als in der Erklärung der Brühler Jungsozialisten (vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen in diesem Heft), deren zu weit gehende Interpretation des Godesberger Programms allerdings den Mechanismus dieses Kampfes um sanktionierte Begriffsmühlen deutlich werden läßt. Im übri-

tisch für bare Münze genommen werden[63]). Schließlich gibt es immer wieder einzelne Sozialdemokraten, die, wie z. B. der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Jansen, auch als Inhaber von Führungspositionen Ansichten vertreten[64]), die nicht nur als besonders weitgehende Integrationsversuche zu erklären sind. Entsprechend hart ist dann auch die Kritik der integrationistischen Mehrheit an derlei „schädlicher Untugend" (H. Schmidt).

Als Spiegelbild der Krise des Integrationsismus zeichnet sich seit einigen Jahren eine Tendenz zur Rekonstruktion einer reformsozialistischen Gruppierung innerhalb oder außerhalb der SPD ab. Darin ist nicht zuletzt eine Spätfolge des von der SPD mit großem Vertrauen in ihr Integrationsvermögen unternommenen Versuches zur Integration eines großen Teiles der außerparlamentarischen Opposition zu sehen, die viele schon als gelungen ansahen[65]). Die mit der Wahl Benneters in Hamburg zum Zuge gekommenen Richtungen stehen zweifellos in dieser Tradition, durch die innerhalb der Sozialdemokratie erst wieder ein Rückgriff auf die marxistischen Ausgangspositionen der Partei eingeleitet wurde. Die Parteiführung, die nach dem Wiesbadener Kongreß 1975 „erstmals seit dem Münchener Aufbruch[66]) . . . mit dem Ergebnis eines Bundeskongresses wieder vollauf zufrieden sein"[67]) zu können geglaubt hatte und die „Unruhe der Jugend" für abgeklungen hielt, mußte nun in Hamburg feststellen, daß ihr Optimismus verfrüht war. Das allmähliche Wiedererstarken antikapitalistischer Ansichten geht zum Teil auch auf die wenig ermutigenden Erfahrungen mit einer zehnjährigen Regierungsbeteiligung der SPD, besonders jedoch seit der Kanzlerschaft H. Schmidts, zurück. Schließlich ist auf die Parteibasis auch nicht ohne Auswirkungen geblieben, wie seit mehreren Jahren die DKP insbesondere in der Kommunalpolitik demonstriert, daß es reale Alternativen zur Kollaboration mit den Unionsparteien gibt und daß derartige Alternativen auch von Wählern honoriert werden. Die Tatsache, „daß sozialdemokratsche Parteien nur dort zu einer linken oder gar sozialistischen Politik gedrängt werden konnten, wo starke kommunistische Parteien existieren"[68]), wird dadurch auch für Sozialdemokraten in der BRD zu einer unmittelbar in der Praxis begründeten Erfahrung. Vor allem dieser Sachverhalt blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Beachtung des vom

---

gen ist die Erklärung gerade in ihrer unverkennbar aus praktischen Erfahrungen und nicht aus rhetorischer Reflexion bestimmten Diktion ein gutes Beispiel für die Stimmungslage der innerparteilichen Opposition an der Basis.

63) Bestes Beispiel dafür ist das Eigenleben, das die Brandt-Parole „mehr Demokratie wagen" entfaltete und das trotz aller Bemühungen bis heute nicht wieder unter Kontrolle gebracht werden konnte. Selten wird der demagogische Charakter solcher Sprüche so offen enthüllt wie in Brandts späterem Halb-Widerruf, „vielfach mißverstanden" worden zu sein. Die letzte Präzisierung dieser Formel nahm Brandt anläßlich der Verleihung des Heinemann-Bürger-Preises vor: Die Freiheit brauche Schutz, und deshalb müßten „Grenzen" respektiert und „vielleicht sogar enger gezogen werden."; siehe FAZ v. 24. 5. 1977.

64) So z. B.: „Wenn aber die Partei für diese Regierungskoaltion die Schläge jetzt und in Zukunft einstecken soll, dann soll die Partei gefälligst auch ein Wörtchen mitreden, was praktische Regierungspolitik ausmacht. Dann geht nicht mehr, was bisher ging, daß nämlich die Partei für eine Lehrlingsabgabe propagandistisch ins Feuer geschickt wird, und dann, wenn sie sich genügend die Finger an der Gegenpropaganda der Unternehmer verbrannt hat, daß dann die Regierung ‚April, April' sagt und die nicht vorhandenen Wunden der Unternehmer salbt." Zit. nach „Die Welt" v. 25. 4. 1977.

65) Siehe dazu Peter Glotz, Der Mannheimer Parteitag der SPD 1975, in: „Aus Parlament und Zeitgeschichte, Beilage zu Das Parlament" v. 13. 3. 1976, S. 3.

66) Das bezieht sich auf den Münchener Juso-Kongreß 1969.

67) Ch. Butterwegge, a.a.O., S. 139.

68) J. Schleifstein, Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: „Blätter", 4/1973, S. 394.

Parteivorstand dekretierten Tabus jeglicher Zusammenarbeit mit Kommunisten. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die mit der Stärkung reformsozialistischer Positionen gestiegene Bereitschaft vieler Sozialdemokraten, gemeinsam mit Kommmunisten für die Verteidigung materieller Interessen und demokratischer Grundrechte einzutreten, der demokratischen Bewegung in Zukunft zu vermehrter Wirksamkeit verhelfen wird.

Die SPD-Führung reagiert auf alle Anzeichen für eine Rekonstruktion des Reformsozialismus mit einem breitgefächerten Sortiment von Gegenmaßnahmen. Die Hilfsmittel zur Sicherung der „innerparteilichen Willensbildung" von oben nach unten werden ausgebaut. Auf Parteitagen aller Ebenen sorgt eine meist perfekt gehandhabte Abstimmungsmaschinerie dafür, daß reformsozialistische Forderungen weiterhin nur in homöopathischen Dosen Eingang in Parteidokumente finden und daß vor allem die Personalentscheidungen voll unter Kontrolle bleiben. Die SPD-Fraktionen in Städten, Ländern und im Bund berufen sich darüber hinaus auf die Gewissensfreiheit der Abgeordneten, um ihre Unabhängigkeit von Parteitagsbeschlüssen sicherzustellen. Die Regierungsmitglieder in Bonn verweisen darauf, daß sie durch den Koalitionspartner an einer Durchsetzung „lupenreiner" SPD-Politik gehindert seien. Gleichzeitig betont jedoch Willy Brandt öfter, daß auch für eine alleinregierende SPD „nicht alles machbar" sein könne.

Derlei Defensivmaßnahmen werden begleitet und abgesichert durch Versuche zur Integration von Opponenten, die teils auf filzokratische Weise erfolgen, teils darin bestehen, daß sich links profilierende Parteiführer wie Erhard Eppler, Peter v. Oertzen oder die ehemaligen Juso-Vorsitzenden Karsten Voigt und Karl-Heinz Roth sich einzelne Forderungen der innerparteilichen Opposition verbal zu eigen machen. Gelegentlich geraten sie dann sogar in Verdacht, selbst von der integrationistischen Linie abweichen zu wollen – sicher unberechtigterweise. In dieser Erscheinung tritt jedoch die Krise des Integrationismus am klarsten in Erscheinung. In einer Gesellschaft, die die Interessen eines (kleineren) Teils ihrer Mitglieder offensichtlich nur zu Lasten des anderen (größeren) Teils befriedigen kann, läßt sich die Fiktion von Sozialpartnerschaft nicht auf Dauer aufrechterhalten. Der Versuch, die Sozialdemokratie mit allen Potenzen in das kapitalistisdhe System zu integrieren, gerät in Widerspruch zu der Notwendigkeit, reformsozialistische Tendenzen in der Partei wenigstens in dem Umfang zuzulassen, wie es zur Aufrechterhaltung der Integrationsfähigkeit der Partei nach links hin erforderlich ist. Die reformsozialistischen Tendenzen haben längst begonnen, eine eigene Dynamik zu entfalten. Die für Herbst geplante Neuauflage des Juso-Kongresses und der Hamburger Parteitag der SPD werden Aufschluß über die weitere Entwicklung geben müssen.

Sicherheitspolitik im Entspannungsprozeß

Partnerschaft trotz Antagonismus

Von Wolf Graf v. Baudissin

Im Gegensatz zu weiten Teilen unserer Erde gab es in Europa seit über 30 Jahren keinen heißen Krieg, und es spricht wenig dafür, daß sich dies in absehbarer Zeit ändern wird.

Hält man sich die politische Wirklichkeit vor Augen, so ist dies eine erstaunliche Tatsache. Ungute Erinnerungen und manche schlechte Erfahrung aus jüngster und fernerer Vergangenheit trüben das Verhältnis der Völker Europas zueinander. In Ost und West gelten unvereinbare internationale und gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen. Weltweite wie regionale, aber auch zwischenstaatliche Interessenkonflikte – überhöht und vergröbert aus ideologischen und innenpolitischen Motiven – beherrschen die politische Szene und artikulieren sich häufig in recht unfriedlicher Weise. Modernste Rüstungspotentiale stehen sich in bedrohlicher Massierung gegenüber, von denen die einen meinen, daß sie den herrschenden Zustand stabilisieren helfen, die anderen, daß sie ihn destabilisieren.

Die langjährige Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die Vorbereitung auf die Mitte Juni beginnende Nachfolge-Konferenz von Belgrad sind bezeichnend für den Willen der europäischen Regierungen, die Periode des Kalten Krieges und den Zustand bloßer Konfrontation endgültig zu überwinden. Vorlauf und Verlauf der Konferenzen sind aber gleichzeitig auch Hinweis darauf, daß wir noch weit von einem Zustand entfernt sind, der den Namen Entspannung mit Recht verdiente. Er wird erst dann erreicht sein,

– wenn Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sich gegenseitig so akzeptieren, wie sie sind und wie sie sich weiter zu entwickeln wünschen;
– wenn sie im Gegenüber und seiner Ordnung ein gleichwertiges, wenn auch den eigenen Vorstellungen widersprechendes Modell sehen;
– wenn friedlicher Konfliktaustrag als selbstverständliches Verhalten gilt.

Der Frieden, der zur Zeit in Europa herrscht, läßt sich zutreffender als „Nicht-Krieg" bezeichnen. Das ist einerseits mehr und positiver, als seine Kritiker einzuräumen bereit sind – zumal wenn man bedenkt, welch ungeheuerliche Katastrophe ein moderner Krieg für jede hochentwickelte Gesellschaft bedeutet. Es ist andererseits jedoch zu wenig, wenn man sich dabei beruhigt und darauf verläßt, daß moderne Technologie jede Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zu einem kalkuliert untragbaren Risiko werden läßt. Das kann sich auch ändern: sowohl durch technologische Entwicklungen wie auch durch Irrationalitäten in der Politik.

Wer diesen Nicht-Krieg sicherer, dauerhafter und belastbarer, wir können auch sagen friedlicher werden lassen möchte, kann sich mit dem herrschenden Zustand nicht zufrieden geben. Er muß etwas tun, damit das bisher vorwiegend negativ motivierte Interesse am Nicht-Krieg, d. h. also die Kriegsverhütung mit primär militärischen Mitteln, durch ein positives Interesse an der Fortdauer und Weiterentwicklung friedlicherer Beziehungen gestützt, angereichert und irgendwann einmal ersetzt wird. Ich meine damit: neben die – grundsätzlich negative – Erkenntnis von der politischen und menschlichen Sinnlosigkeit des modernen Krieges muß die positive Erfahrung treten, daß vitale Probleme der Gesellschaften zunehmend nur noch gemeinsam in internationaler Arbeitsteilung angegangen werden können. Eine ernstliche Krise des anderen Systems darf nicht mehr im Sinne des 19. Jahrhunderts begrüßt, gefördert, ja ausgenutzt werden; beide Seiten müssen begreifen, daß sie in gleicher Weise auf die Leistungsfähigkeit der anderen angewiesen sind: sowohl im Blick auf den Entspannungsprozeß, dessen gesellschaftliche Risiken nur stabile Systeme zu tragen bereit sind, als auch im Interesse der eigenen Stabilität, die in hohem Maße von kontinuierlicher Kooperation mit der anderen Seite abhängt.

So ist es kein Zufall daß die Schlußakte von Helsinki – über die Prinzipien entspannungsgemäßen Verhaltens hinaus – der Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Kooperation liegt eben im handgreiflichen Interesse aller Beteiligten, obwohl ihr manches psychologische Hemmnis, mancherlei durch Systemunterschiede bedingte Schwierigkeiten und – von einer bestimmten Intensität ab – auch sicherheitspolitische Bedenken entgegenstehen.

Entspannungspolitisch betrachtet, trägt vielfältige Zusammenarbeit dazu bei, Gemeinsamkeiten wenigstens auf bestimmten Teilgebieten erkennbar zu machen bzw. wachsen zu lassen; damit wird der ideologisch vorgegebene Antagonismus, der dem hohen Grade gegenseitiger Abhängigkeit und Verflochtenheit unserer Welt immer weniger entspricht, relativiert. Die Notwendigkeit, Zwischenziele zu entwerfen, die optimal zu erreichen, im beiderseitigen Interesse liegt, zwingt zur Entwicklung von Organen, Verfahren und Regeln, welche die unvermeidbaren Schwierigkeiten der Realisierung rechtzeitig und möglichst undramatisch klären und überwinden helfen. Diese Prozesse ermöglichen es beiden Seiten, das Gegenüber besser kennenzulernen und seine Verläßlichkeit einzuschätzen. So kann sich durch Kooperation – über den materiellen Nutzen, d. h. über die Stabilität der Sub-Systeme hinaus – gegenseitiges Vertrauen und beiderseitige Transparenz entwickeln, d. h. das Gesamtsystem stabilisieren. So merkwürdig es klingt: der zur Überwindung des Unfriedens notwendige Wandel setzt ein gar nicht geringes Maß an Stabilität in den Gesellschaften und ihren Beziehungen zueinander voraus.

Sachlich wie entspannungspolitich relevante Kooperation schafft allerdings Abhängigkeiten. Sie werden insbesondere dann als negativ empfunden,

– falls der vermeintlich oder tatsächlich Überlegene als Antagonist betrachtet wird bzw. sich als solcher deklariert;

– falls seine Überlegenheit generell oder auf einem wichtigen Teilgebiet überwältigend erscheint;
– falls er im Rufe steht, eigene Überlegenheiten und entsprechende Schwächen seiner Kontrahenten machtpolitisch auszunutzen.

Diese Furcht, als Abhängiger verwundbar und dem Druck anderer Regierungen mehr oder minder wehrlos ausgesetzt zu sein, schränkt die Kooperationsbereitschaft sogar dann ein, wenn die Abhängigkeiten gegenseitig sind. Man reagiert äußerst empfindlich auf die eigenen Abhängigkeiten und übersieht dabei, daß auch der andere ganz ähnlich in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird.

Besonders heikel werden nach aller geschichtlichen Erfahrung militärische Überlegenheiten empfunden; sie provozieren ein latentes Gefühl des Ausgeliefertseins und ständiger Gefährdung. Der militärisch Unterlegene fühlt sich in seiner Existenz bedroht und ist nicht geneigt, zusätzliche Abhängigkeiten durch Kooperation einzugehen. So scheint mir gerade in Europa ein ausgewogenes strategisches Kräfteverhältnis entspannungspolitisch von besonderer Bedeutung zu sein. Bislang fehlt auf beiden Seiten die Gewißheit, daß das andere System endgültig auf die Anwendung seiner militärischen Macht verzichtet hat; auf beiden Seiten fühlt man sich zum worst-case-thinking verpflichtet und führt eine lange Reihe von ideologischen, politischen, strategischen und zahlenmäßigen Argumenten dafür ins Feld. Es ist bezeichnend, daß es in beiden Lagern ernstzunehmende Kräfte gibt, die eine Politik der Stärke, d. h. eine deutliche militärische Überlegenheit als einzige Möglichkeit empfehlen, um die immanente Militanz und Aggressivität des anderen Systems zu zügeln. So dürfte – das wäre ein weiteres Paradox – ein stabiles Kräfteverhältnis der Militärpotentiale eine wichtige Voraussetzung dafür sein, daß sich Interdependenzen bilden können, die Krisen dämpfen und kriegerischen Konfliktaustrag dauerhaft undenkbar werden lassen. In ihrem Schutz können sich – neben den unleugbaren Gegensätzlichkeiten – vitale positive Interessen an der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung friedlicher Beziehungen entwickeln.

Für diesen komplizierten Prozeß ist weder ungezügelter Rüstungswettlauf noch allgemeine Abrüstung ein hilfreiches Mittel. Das eine wie das andere erzeugt Bedrohtheitsgefühle und gegenseitiges Mißtrauen. Wettrüsten behindert nicht nur die Weiterentwicklung und Kooperationsfähigkeit der Gesellschaften entscheidend, es bietet für immer gigantischere Kosten abnehmende internationale Sicherheit: sowohl durch die Destabilisierung des europäischen Kräfteverhältnisses als auch durch den Rückfall in konfrontative Beziehungen.

Abrüstung sollten wir im Sinne der Charta der UNO begrifflich sauber als weltweite Abschaffung aller Militärpotentiale definieren. Sie kann keinen der bestehenden gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Konflikte aus der Welt schaffen; sie erzeugt – im Gegenteil – wie jeder tiefgreifende Wandel eine Kette von neuen Konflikten. Bevor man also an ihre materielle Verwirklichung, d. h. die Liquidierung der Rüstungspotentiale, denkt, sollte über die

Entwicklung glaubhafter Modelle nachgedacht werden, welche die gewaltfreie Konfliktregelung in einer weiterhin konfliktgeladenen, aber waffenlosen Welt garantieren. Ernsthafter Abbau des Militärs muß Hand in Hand gehen mit dem Aufbau von verbindlichen, also auch sanktionsfähigen Schiedsgerichtsinstanzen.

So scheint es auf absehbare Zeit darauf anzukommen, in Europa unter sich ausgewogene Kriegsverhütungspotentiale zu unterhalten, die einerseits kriegerischen Konfliktaustrag auch künftig als kalkuliert untragbares Risiko erkennen lassen, andererseits aber auf keiner Seite hemmende Bedrohtheitsgefühle erwecken. Die Kosten derartiger Potentiale ließen sich auf einem erheblich niedrigeren Niveau halten,

– wenn die beteiligten Regierungen von der im Kernwaffenzeitalter lediglich prohibitiven Funktion ihrer Streitkräfte überzeugt sind;
– wenn niemand mehr daran zweifelt, daß Sicherheit nur noch gemeinsam zu haben ist, d. h. daß militärische Überlegenheit und politische Undurchsichtigkeit nicht nur die andere Seite verunsichert, sondern damit auch die eigene Sicherheit mindert;
– wenn die Strategie der Rüstungssteuerung von keiner Seite mehr konfrontativ oder kompetitiv, sondern kooperativ angewendet wird.

Auch hier geht es in erster Linie um Bildung von Vertrauen in die Rationalität, Vertragstreue und Voraussehbarkeit der politischen Aktionen der anderen Seite. Es erscheint mir als vielversprechender Schritt der Entspannungspolitik, daß die Schlußakte von Helsinki die im Grunde primitive und konfrontative Forderung nach uneingeschränkter Vertrauensvorgabe aufgibt. In Korb I werden subtilere Verpflichtungen durch die Teilnehmerstaaten übernommen, zuvörderst durch das eigene Verhalten zur Vertrauensförderung beizutragen. Die sogenannten Vertrauensbildenden Maßnahmen sind dafür ausbaufähige Ansätze.

Frieden ist keine Idylle, sondern stellt harte Anforderungen an alle Menschen der beteiligten Gesellschaften – schon weil er in seiner Dynamik ein unerreichbarer Zustand ist und damit immer nur ein politisches Ziel bleibt. Zwischenstaatlicher Friede ist aufs engste mit den gesellschaftlichen Bedingungen der beteiligten Staaten verbunden. Nicht von ungefähr neigen Gesellschaften,

– die mit Feindbildern solidarisiert werden;
– die von starkem Sendungsbewußtsein und Absolutheitsansprüchen getragen werden;
– in denen Gewalt eine bestimmende Rolle spielt,

zu Unfrieden gegenüber ihren Nachbarn und zu gewalttätigem Konfliktaustrag. Auch leuchtet es ein, daß bei Bedrohtheitsgefühlen die Menschenrechte verkümmern.

Erziehung zum Frieden ist Erziehung zur Konfliktfähigkeit. Sie fordert schmerzlichen Abschied von manchen bequemen Haltungen:

– vom Vorurteil, daß in aller Regel die anderen am Unfrieden schuld sind;
– von der Selbsttäuschung, daß die eigenen Interessen mit denen der Gesamtheit identisch seien und folglich eine besondere Qualität besitzen;
– von der Utopie, daß Gewaltanwendung dauerhaften Frieden schafft;
– von der Illusion, daß es ein Leben ohne Konflikte geben könne.

Wer seinen Beitrag zur Entwicklung friedlicher gesellschaftlicher wie internationaler Beziehungen leisten will, muß wohl zunächst einmal anerkennen,

– daß Konflikte konstitutive Elemente menschlichen Lebens sind;
– daß die eigene Position relativ ist und daß auch die des Kontrahenten im Zweifelsfall ihre jedenfalls subjektive Berechtigung besitzt;
– daß sich gerade tiefgreifende Konflikte weder einseitig noch ein für allemal lösen, sondern sich nur prozeßhaft in für alle Seiten wenig befriedigenden Schritten regeln lassen;
– daß – um Ghandi anzuführen – Friedenskonzepte für alle Beteiligten akzeptabel sein sollten.

Ich möchte mit der Empfehlung schließen:

– uns mehr mit den Konzepten, Erwartungen und Bedrohtheitsgefühlen des Ostens zu beschäftigen,
– ohne dabei den Wert, die Kraft, die Entwicklungsfähigkeit und die Attraktivität unserer Gesellschaftsordnung aus den Augen zu verlieren,
– und zu begreifen, daß West und Ost, wenn auch Antagonisten, so doch gleichermaßen Partner sind.

Wesentliche Merkmale der Ost-West-Beziehungen zwei Jahre nach Helsinki

Von Nikolai Poljanow

Selbst die Tatsache, daß in Helsinki der Weg nach Belgrad gewählt wurde, kann als maßgebend für eine im ganzen positive Entwicklung in Europa gedeutet werden. Der bekannte Schweizer Politologe Prof. Kurt Gasteyger meint, daß sich „eigentlich niemand auf Belgrad freute“ [1]). Ich würde die heu-

1) Europa Archiv, 1/1977, S. 1.

tigen Gegebenheiten nicht so skeptisch beurteilen. Belgrad ist nicht ein Kennzeichen für eine vorherrschende politische Laune, sondern ein Meilenstein in der politischen Nachkriegsgeschichte dieses Kontinents. Nicht nur die Zusammenfassung dessen, was bereits geleistet wurde, sondern auch Vereinbarungen über einige konkrete Empfehlungen zu Fragen weiterer Zusammenarbeit gehören zu den Hauptaufgaben des Treffens in der jugoslawischen Hauptstadt. Dabei denkt man in Moskau schon lange nicht zuletzt an relevante Probleme des europäischen Lebens, die nur auf multilateraler Basis gelöst werden können: an den Umweltschutz, die Energetik, das Verkehrswesen.

Vor fünf oder zehn Jahren hätte man in den Augen vieler Leute im Westen als Phantast gegolten, hätte man behauptet, daß es Mitte der siebziger Jahre zu weltweiten Schritten in der Entspannung kommen wird. Heute, zwei Jahre nach Helsinki, könnte man ohne weiteres sagen, daß eines der größten weltpolitischen Experimente der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelungen ist. Ich meine damit den qualitativen Sprung von der Ebene der bilateralen Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung auf die Ebene der multilateralen Kooperation, und dazu noch in den äußerst wichtigen Fragen der Sicherheit, der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Solche Vorstellungen gewinnen immer mehr Boden, auch in den westlichen Hauptstädten. Auch in Bonn ist man der Meinung, daß Belgrad, wie Willy Brandt betonte, nicht zu politischen Spekulationen verwendet werden darf, sondern sich wichtigen sachlichen Fragen der Gegenwart widmen sollte.

Schon die Tatsache, daß sich Staatsmänner in Ost und West über die soeben erwähnte Problematik Gedanken machen, resultiert aus den Erfolgen der Entspannungspolitik. Man darf sie natürlich nicht überschätzen. Die Gefahren einer militärischen Konfrontation sind noch lange nicht gebannt. Kalte Krieger haben noch immer die Möglichkeit, das große Wort zu führen. Die Militärbudgets sind leider noch immer sehr hoch – in den Vereinigten Staaten beträgt der Militäretat ungefähr 120 Milliarden Dollar, in der Bundesrepublik, wenn man alles zusammenrechnet, mehr als 40 Milliarden DM. Selbstverständlich müssen angesichts dieser Tatsachen auch sozialistische Länder für ihre Verteidigung vieles leisten. Obwohl in der Sowjetunion das Verteidigungsbudget in diesem Jahr um 200 Millionen Rubel niedriger ist, als im vorigen, würden wir es gerne noch viel kleiner sehen. Wenn die Waffen reden, sagten die alten Römer, dann schweigen die Musen. Die Menschen in der Sowjetunion, in der Bundesrepublik und überall in der Welt wollen aber, daß die Waffen schweigen und die Musen sprechen.

Man darf die Entspannung aber auch nicht unterschätzen. Was ist sie eigentlich? Ich würde sie so definieren: Entspannung ist ein Prozeß der allseitigen Verbesserung der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, der Verbesserung des politischen Klimas, sowohl regional als auch global gesehen. Sie stellt die einzig vernünftige Alternative zum Kalten Krieg und zur Konfrontation dar. Als positiver Prozeß hat die Entspan-

nung eigentlich keine Grenzen. Es werden nicht nur Spannungen abgebaut, nicht nur zwischenstaatliche Beziehungen normalisiert, sondern auch Voraussetzungen geschaffen für eine gutnachbarliche Politik bei der Wahrung des beiderseitigen Sicherheitsbedürfnisses. Zwei wichtige Merkmale muß der Prozeß der Entspannung aufweisen: Die politische Entspannung muß durch eine militärische ergänzt und der ganze Prozeß unumkehrbar gemacht werden. Entspannung ist der natürliche Nährboden für die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Beide befinden sich in einer dialektischen Wechselbeziehung. Friedliche Zustände – also auch fortgeschrittene Entspannung – verlangen als logische Entwicklung die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz.

Bekanntlich hat W. I. Lenin als erster den Gedanken der friedlichen Koexistenz oder, wie er sagte, des friedlichen Zusammenlebens der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung geprägt. Dies geschah vor 60 Jahren. Heute hat dieser Gedanke weltweit Anerkennung gefunden. Schon in der UN-Charta von 1945 wurde der Inhalt der Prinzipien der friedlichen Koexistenz wiedergegeben. In den 70er Jahren wurden die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den sowjetisch-französischen und in den sowjetisch-amerikanischen Dokumenten verankert. Auch die Schlußakte von Helsinki enthält die Umschreibung dieser Prinzipien. Heute gibt es kaum einen erfahrenen Staatsmann im Westen, der nicht zugeben würde, daß friedliche Koexistenz für die Welt von heute Vernunft und positive Entwicklung in internationalen Angelegenheiten bedeutet. Seit 1917 haben sich diese Prinzipien nicht verändert. Aber *ihr Stellenwert wuchs an Bedeutung durch die Veränderung der weltpolitischen Situation.* Je mehr Erfolge bei der Verwirklichung der Entspannung, desto stärker das objektive Bestreben der Staaten, die erzielten positiven Wandlungen in entsprechenden internationalen Abmachungen zu fixieren. Und das führt in der Praxis immer öfter zu bilateraler und multilateraler Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Darum die wichtige Schlußfolgerung: Friedliche Koexistenz ist ein kategorischer Imperativ unserer Zeit.

Dabei ist es für uns selbstverständlich, daß die friedliche Koexistenz den Wettstreit zwischen unterschiedlichen Systemen nicht abschafft. Es gehört zur Definition dieser Prinzipien, daß die friedliche Koexistenz sich nicht auf das Gebiet der Ideologie und nicht auf nationale und soziale Befreiungskämpfe erstreckt. Sie macht aber nicht nur das friedliche Nebeneinander verschiedener Gesellschaftssysteme möglich, sondern auch ihre Zusammenarbeit, ihre immer enger werdende politische, wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Kooperation, von der beide Seiten profitieren können und sollen. Und noch mehr: Die Verwirklichung dieser Prinzipien ermöglicht die Schaffung eines neuen Systems der internationalen Beziehungen, das der Welt im letzten Viertels des 20. Jahrhunderts am besten entspricht und das militärische Konfrontation aus den zwischenstaatlichen Beziehungen für immer ausschließen könnte. Entspannung und friedliche Koexistenz beeinflussen einander durchaus positiv. Entspannung als weltweiter Prozeß und fried-

liche Koexistenz als konkretes Festhalten an der optimalen Norm zwischenstaatlicher Beziehungen gehören zueinander.

Natürlich ist die Entspannung, sind die Erfolge der friedlichen Koexistenz nicht von selbst gekommen. Sie sind Ergebnisse tiefgreifender historischer Veränderungen, die die Welt infolge des Krieges und der Nachkriegsentwicklung durchmachte. Ein neues Kräfteverhältnis auf der Erde, die Festigung des Weltsozialismus, seine immer stärker werdende Einwirkung auf den Ablauf der internationalen Ereignisse, Weitblick in der Politik der realistisch denkenden Kreise im Westen, Erfolge des nationalen Befreiungskampfes und der Arbeiterbewegung – das alles sind wichtige Komponenten einer Entwicklung, die zur Entspannung geführt hat.

Die weltpolitische Bedeutung dieser Entspannungsvorstellungen besteht vor allem darin, daß sie auch für die andere Seite akzeptabel sind und realistische Grundlage für einen Dialog bieten. Nicht von ungefähr kommt es, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt nach einer der letzten Reden von Leonid Breschnjew erklärt hat: „Der Generalseketär der sowjetischen KP hat die Entschlossenheit der Sowjetunion betont, ihre Entspannungspolitik fortzusetzen. Er hat in einer Rede ausgeführt, Entspannung sei in erster Linie Überwindung des Kalten Krieges und Übergang zu normalen stabilen Beziehungen zwischen den Staaten. Sie bedeuten Bereitschaft, Streitigkeiten nicht mit Gewalt, nicht mit Drohungen und Säbelrasseln zu lösen, sondern mit friedlichen Mitteln am Konferenztisch. Entspannung bedeutet ferner ein gewisses Vertrauen und die Fähigkeit, legitime Interessen der jeweils anderen Seite zu berücksichtigen . . . Ich stelle mit einer gewissen Genugtuung fest, daß sich hier bemerkenswerte Parallelen zu der Definition von Entspannung finden, wie die Bundesregierung sie in ihrer Erklärung vom 1. Juli letzten Sommers über unsere Beziehungen zur Sowjetunion gegeben hat."

Es erübrigt sich, in allen Einzelheiten die Reaktion der CDU/CSU auf diese Äußerungen des Bundeskanzlers wiederzugeben. Die Opposition hat sich heftig gegen die erwähnte Definition der Entspannung ausgesprochen. Warum eigentlich? Warum gibt es überhaupt Gegner der Entspannungspolitik, die keinem Staate schaden kann, von der alle Staaten in gleichem Maße profitieren? Meine Antwort lautet: Wenn die Entspannung gewissermaßen das Spiegelbild des bestehenden Kräfteverhältnisses in der Welt ist, wenn sie den einzigen vernünftigen Weg darstellt, der heute keine andere friedliche Alternative hat, so ist die Politik der Entspannungsgegner gewissermaßen das Spiegelbild der Weltverhältnisse von gestern. Einflußreiche Kreise in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Westeuropa, in Japan, in Südafrika sehen nach wie vor im Kalten Krieg die beste Möglichkeit, die natürliche historische Entwicklung der Welt zu bremsen. Seit John Foster Dulles, dem Erfinder der „Rollback-Strategie", hat sich im Weltbild dieser Kreise kaum etwas geändert. Als es noch den Vietnam-Krieg gab, als die Lage in Südafrika, vor allem in Angola, noch hoffnungsvoll für die Konservativen schien, als die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der KSZE als unüberwindbar galten, – in dieser Zeit brauchte der militärisch-industrielle Komplex noch nicht für

seine Zukunft zu bangen. *Heute ist es anders.* In den letzten Jahren hat die Entspannung in den wichtigsten Bereichen der Weltpolitik Vereinbarungen erzielt, die die normale geschichtliche Entwicklung der Welt begünstigen, die Möglichkeiten des militärisch-industriellen Komplexes aber einengen. Das sind die Vereinbarungen über den Stopp der atomaren Waffentests in drei Bereichen, der atomare Nichtweiterverbreitungsvertrag, die sowjetisch-amerikanische Vereinbarung über die Verhütung eines Atomkrieges, die sowjetisch-amerikanische Vereinbarung über die Begrenzung strategischer Rüstungen (SALT I), die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern, das Viermächteabkommen über Westberlin, die Schlußakte der KSZE und anderes mehr.

Zwei Hauptziele wurden weitgehend durch diese Vereinbarungen erreicht (obwohl natürlich nach wie vor Vertrauenskapital investiert werden muß, um diese Errungenschaften zu erhalten und weiter auszubauen): Zum ersten die Verringerung der Gefahr eines globalen Atomkrieges; zum zweiten der Abbau der Spannungen auf einem Terrain, das besonders gefährlich ist, weil sich hier die zwei größten militärischen Gruppierungen der Gegenwart gegenüberstehen – ich meine Europa.

So kam es, daß der Widerstand gewisser Kreise gegen die Entspannungspolitik desto stärker wurde, je mehr Abmachungen in Fragen Sicherheit und Zusammenarbeit die Staaten aufweisen konnten. Es formierte sich eine *multinationale Gemeinschaft der Entspannungsgegner.* Im Rahmen dieser Organisation traf man die Bosse der großen Rüstungskonzerne genauso wie den Diktator Pinochet, Franz Josef Strauß, amerikanische Falken und Faschisten aller Schattierungen aus Südamerika, Südafrika und Ostasien. Mitte der 70er Jahre ergab sich für die Vertreter der Anti-Entspannungsstrategie eine neue Situation. Die Amerikaner mußten sich aus Vietnam und aus der indochinesischen Politik zurückziehen. Portugal war nicht mehr faschistisch. In Spanien entwickelte sich ein Prozeß der Überwindung des Francismus, der inzwischen zur Legalisierung der Kommunistischen Partei geführt hat. Die Griechen machten Schluß mit der Diktatur der Obristen. Angola, eines der größten Länder Südafrikas, wurde befreit. Im Nahen Osten wurde Israel gestoppt, und der Kriegsherd hat sich aus einem globalen in einen regionalen zurückentwikkelt, obwohl er noch immer sehr gefährlich für den Frieden und dabei nicht nur im östlichen Mittelmeer, geblieben ist. Vor allem aber hat sich das politische Klima in Europa und überhaupt im Westen verändert.

Wenn früher die multinationale Gemeinschaft der Entspannungsgegner die internationale Kooperation in Sachen Sicherheit und Frieden nur stören wollte, so ging sie jetzt zu einer regelrechten Gegenoffensive über. Die Taktik hat sich geändert: Früher versuchte man zu bremsen, jetzt schlägt man zu, wobei man sich der Situation anpaßt und der neuen Gegebenheiten bedient. Ein interessantes Beispiel, wie das gehandhabt wird, bieten zwei bundesrepublikanische Parteien – die CDU und CSU. Während der Vorbereitung der KSZE, waren sie bekanntlich strikt gegen diese Konferenz. Nach Helsinki zogen sie mit der Helsinkifahne ins Feld gegen die Entspannung. Ein anderes Beispiel

liefern das Pentagon und die Rüstungskonzerne in den Vereinigten Staaten. Als es noch den Vietnamkrieg gab, als es noch relativ einfach war, Waffen in den Nahen Osten, nach Südafrika und anderswo zu verkaufen, war man noch bereit, SALT 2 so zu verkraften, wie es vereinbart war. Jetzt will man diese Taktik revidieren. Vor allem, um der Sowjetunion neue Bedingungen zu stellen und das wichtigste Prinzip des sowjetisch-amerikanischen militärpolitischen Dialogs zu beeinträchtigen: das Prinzip der gleichen Sicherheit beider Seiten.

So kam es, daß Außenminister Cyrus Vance versuchte, wie es jetzt auch die amerikanische Presse zugibt, den sowjetischen Partner über's Ohr zu hauen, als er in Moskau die sogenannten „neuen Vorschläge" der US-Regierung vorgelegt hat. Kurz gesagt, wurde versucht, den sowjetischen Partner zu zwei Zugeständnissen zu zwingen: zum ersten, daß er qualitativ und quantitativ mehr abrüstet als die Amerikaner und mehr als 1974 in Wladiwostok zwischen Leonid Breschnjew und dem damaligen US-Präsident Gerald Ford vereinbart wurde; zum zweiten, daß die neue amerikanische Waffe – der sogenannte Marschflugkörper (oder Cruise Missiles) – aus den Vereinbarungen ausgeklammert wird. Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko sagte zu den amerikanischen Vorschlägen: „Es wird vorgeschlagen, eine Hälfte unserer Raketen abzuschaffen, die gewissen Leuten in den Vereinigten Staaten einfach nicht gefallen. Man bezeichnet sie verschieden: Manchmal als ‚zu schwer', dann wieder als ‚übermäßig wirksam'. Die Raketen gefallen ihnen eben nicht, und da soll die Sowjetunion die Hälfte solcher Waffen verlieren. Es fragt sich nun: Ist etwa eine derart einseitige Fragestellung der Weg zu einem Abkommen? Nein, das schadet nur der Vereinbarung von Wladiwostok und stört die ausgewogene Begrenzung, von der in Wladiwostok die Rede war."

So entstand der komplizierte Plan eines neuartigen „Rollback". Seine einzelnen Teile sind präzise ausgeklüngelt und gegenseitig abgestimmt. Wahrscheinlich war es für die Schöpfer dieses Plans das Schwierigste, eine moralische Rechtfertigung für die Anti-Entspannung zu konstruieren. Ist es doch in der heutigen Welt kaum möglich, die Menschen zu überzeugen, daß Kalter Krieg besser ist als Frieden, gegenseitiges Vertrauen und Kooperation. Nun, es wurde nichts Sensationelles ausfindig gemacht – man griff zu einem alten Hut zurück und baute das Thema der sogenannten Verteidigung der *Menschenrechte* auf. Es versteht sich: Man sprach von der Verteidigung dieser Rechte nicht zu Hause, wo sie notwendig wäre: So zum Beispiel, in den Vereinigten Staaten mit ihrem Negerproblem, mit den Indianerghettos, mit den acht Millionen Arbeitslosen; in Lateinamerika mit den faschistischen Diktaturen in Chile und anderswo, wo Tausende von Menschen gefoltert werden; oder in Südafrika, in Rhodesien, wo eine Handvoll weißer Kolonisatoren über Millionen von Eingeborenen herrschen; oder sogar in der Bundesrepublik, mit ihren Berufsverboten und Radikalenerlaß. Nein, man hat sich für Menschenrechte in den sozialistischen Staaten eingesetzt, hat sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einmischen wollen.

Was sind die wahren Ursachen dieser Kampagne? Als Antwort entnehme ich dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" die Äußerung eines Beamten des

State Departement: *„Eine gewisse Spannung in der Menschenrechtsfrage ist wahrscheinlich gar nicht schlecht, das gibt uns mehr Bewegungsfreiheit bei der Rüstungskontrolle."* Man könnte hinzufügen, daß es nicht das erstemal ist, daß die Vereinigten Staaten mit moralischen Prinzipien hausieren gehen, um ihren Wunsch auf Machterweiterung zu verbergen, um, kurz gesagt, nicht nur Unmoralisches, sondern auch Menschenfeindliches zu bewerkstelligen. Der amerikanische Sozialwissenschaftler Kenneth Clark spricht von einer „faszinierenden Verknüpfung des rücksichtslosen Konkurrenzkampfes mit moralischen, ethischen und demokratischen Bekenntnissen". Dies ist, folgert Clark, das „Kennzeichen der Amerikaner".

So eine Feststellung kommt nicht von ungefähr. Mit der Fahne eines „Kreuzzuges für den Frieden und die Freiheit" haben die Vereinigten Staaten seinerzeit Dänemark bedrängt, bis es die Jungferninsel an die Amerikaner verkaufte. Unter derselben Fahne fiel die nordamerikanische Kolonialmacht in Mexiko und Nicaragua ein, besetzte ungefragt Haiti und die Dominikanische Republik. Unter derselben Fahne wurde der grausame Krieg gegen die Völker Indochinas geführt, eine Aggression, die Hunderttausende von Menschenleben gekostet und drei asiatische Länder zerstört hat. Nicht nur einmal versteckte sich die amerikanische Expansion, wie der US-Historiker John Lucas schreibt, „hinter Parolen wie Gesetz und Ordnung, Demokratie und Zivilisation". In Washington hatte man immer viel übrig für die Rhetorik des kalten Krieges. Truman, Kennedy, Eisenhower und andere amerikanische Präsidenten pflegten zu sagen, daß die Vereinigten Staaten für die „Aufrechterhaltung der Freiheit in der ganzen Welt verantwortlich sind" (Kennedy). Die Übersetzung dieser Phrasen in die praktische Sprache bedeutete: Einmarsch in fremde Länder, Umtriebe der CIA, Geldgeschenke an Diktatoren, Komplotte gegen demokratische Regierungen, Folter und Morde. Sogar in diesen Wochen, auf dem Gipfel der neuen Washingtoner Moralpredigten, geben die Hauptakteure der US-Politik zu verstehen, daß sie zum Beispiel Panama niemals das Recht geben würden, in der Kanalzone zu Hause zu sein. Es wundert kaum, daß sogar der amerikanische Außenminister Vance die doppelbödige Moral des neuen Kreuzzuges zugeben muß. Gelegentlich, so Vance, lasse sich der Eindruck der „Heuchelei" nicht vermeiden, wenn die USA beispielsweise keine Schritte gegen die Verletzung der Menschenrechte in Staaten wie Südkorea, dem Iran oder den Philippinen unternehmen. Denn: „In jedem einzelnen Fall müssen wir die politischen Besorgnisse um die Menschenrechte abwägen gegen wirtschaftliche und Sicherheitsfragen."

In einer verständlicheren Sprache heißt das, Moralpredigten sind gut, wenn man die anderen hinters Licht führen kann, und sie sind vollkommen überflüssig, wenn man Geschäfte wirtschaftlicher oder militärpolitischer Natur besorgt. Darum soll man sich auch nicht wundern, wenn der Londoner „Sunday Telegraph" zur Schlußfolgerung kommt: In Europa „wächst der häßliche Verdacht", das die neuen Chefs in Washington möglicherweise „so töricht sind, wie sie klingen". „Dies ist eine gottlose Welt (so die Zeitung), und vieles deutet darauf hin, daß ... Carter zu gut für sie ist."

Nennt man die Dinge bei ihren Namen, so muß man feststellen: Es werden Versuche unternommen, die sozialistische Gemeinschaft zu schwächen, wobei man bemüht ist, mit verschiedenen Methoden die Einheit ihrer Teilnehmerstaaten zu untergraben. Die Gegner der Entspannung möchten irgendwelche Kräfte finden, die gegen den Sozialismus innerhalb der sozialistischen Länder auftreten. Da es aber solche Kräfte nicht gibt, denn in der sozialistischen Gesellschaft gibt es keine unterdrückte und ausgebeutete Klasse, keine unterdrückten und ausgebeuteten Nationalitäten, so erfindet man irgendeinen Ersatz, erweckt man durch lügenhafte Reklame den Anschein einer „inneren Opposition" in den sozialistischen Ländern. Gerade deshalb wird der Rummel um die sogenannten Andersdenkenden veranstaltet und weltweit über die „Verletzung der Menschenrechte" in den Ländern des Sozialismus geschrien.

Was kann man dazu sagen? – fragt Leonid Breschnew und antwortet: „Bei uns ist nicht verboten, anders zu denken als die Mehrheit, und die eine oder andere Seite des gesellschaftlichen Lebens kritisch zu beurteilen. Zu den Genossen, die mit begründeter Kritik auftreten und bestrebt sind, der Sache zu helfen, verhalten wir uns wie zu gewissenhaften Kritikern und sind ihnen dankbar. Zu denen, die fehlerhaft kritisieren, verhalten wir uns wie zu verirrten Menschen. Ganz anders aber, wenn einige von unserer Gesellschaft abgesonderte Personen aktiv gegen die sozialistische Ordnung auftreten, den Weg einer antisowjetischen Tätigkeit einschlagen, Gesetze verletzen und, da sie keinen Rückhalt im Lande haben, Unterstützung im Ausland suchen, bei imperialistischen subversiven Zentren, Propaganda- und Aufklärungszentren. Unser Volk verlangt, daß solche Personen als Gegner des Sozialismus, als Menschen behandelt werden, die gegen das eigene Heimatland auftreten, als Helfershelfer oder sogar Agenten des Imperialismus."

Es gibt aber auch andere Methoden, das politische Klima in Europa und in der Welt zu vergiften. Zum Beispiel wird versucht, die Verträge der Bundesrepublik mit den sozialistischen Ländern Europas zu revidieren. Der letzte Parteitag der CDU in Düsseldorf lieferte entsprechende Beispiele: Karl Carstens propagierte den Standpunkt, daß die Verträge keine rechtliche Grundlage für die bestehenden Grenzen der Bundesrepublik bieten. Dies war ein sehr schwerer Verstoß gegen die getroffenen Vereinbarungen, gegen die Entspannung in Europa. Haben sich doch beide Seiten auf eine klipp und klare Feststellung geeinigt, daß die heutigen Grenzen in Europa, inklusive die Grenze der BRD zur DDR und die Westgrenze von Polen, als unverletzlich angesehen werden müssen. Wenn man bedenkt, daß die Revision in der Grenzfrage vom Präsidenten des Bundestages von neuem zur Sprache gebracht wurde, so kann das einen kaum gleichgültig lassen. Professor Carstens ist kein Privatmann, kein Vertreter einer Landsmannschaft, sondern eine offizielle Person, die im Staatsprotokoll dicht nach dem Bundespräsidenten rangiert. Oder ein anderes Beispiel: Der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn begründet einen CDU/CSU-Antrag über die, wie es heißt, „Verletzung von Menschenrechten". Er verlangt von der Bundesregierung akute Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion und der anderen so-

zialistischen Länder, wendet sich energisch gegen diejenigen Bundespolitiker, die für die Enspannung eintreten. Schließlich apostrophiert er den Nürnberger Gerichtshof, der die nazistischen Verbrecher abgeurteilt hat, als eine „fragwürdige Instanz". Die Rede des CSU-Grafen klang so, als ob auf dem Kalender nicht 1977, sondern 1957 steht. Es war ein personifizierter Rückfall des Kalten Krieges. Aber interessanterweise: Hans Graf Huyn appellierte an die Schlußakte von Helsinki, an dieselbe, die er, seine Parteifreunde und die gesamte Rechte seinerzeit torpedieren wollte.

Man reitet auch eine dritte Attacke gegen die Entspannung. Ich meine damit das Getöse rings um die sogenannte „russische Gefahr". Das Gutachten des belgischen Generals Klose, eines NATO-Offiziers, von dem Bundeskanzler Schmidt sagte, daß er ihn nicht kenne, weil er nicht zu den „überragenden militärischen Autoritäten gehöre". Dieses Gutachten wurde breitgetreten, um den Leuten einzutrichtern: „Die Russen kommen." Wie Herr Klose liebenswürdig ergänzte, sie kommen in 48 Stunden, vielleicht sogar noch schneller – in neun Stunden. Purer Unsinn? Natürlich, aber er wird nicht nur von Massenmedien verbreitet, sondern auch von etlichen Militärfachleuten unterstützt. Besonders aktuell war General Klose in der Zeit, in der das Pentagon das neue amerikanische Militärbudget durch den Kongreß peitschte. Willkommen war der belgische General auch später, als dasselbe Pentagon den NATO-Partnern das milliardenschwere AWACS-Programm andrehen wollte. Nur einen Schönheitsfehler haben Gutachten dieser Art: Sie treffen einfach nicht zu. Bundesminister Leber, General Steinhoff, Pentagonchef Brown, NATO-Generalsekretär Luns haben in letzter Zeit nicht nur einmal bestätigt, daß in Europa ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte der beiden Gruppierungen besteht. Die mythische „russische Gefahr" wurde nur heraufbeschworen, um die Entspannungspolitik zu lädieren. Realistische Einschätzungen ergeben die Erkenntnis, daß dadurch der gesamteuropäischen Kooperation ein gewisser Schaden zugefügt wurde. Das politische Klima in Europa wurde in der letzten Zeit nicht besser, die Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische nicht aussichtsreicher.

Nichts wäre aber für die Freunde der Entspannung falscher, als dem Pessimismus Tribut zu zahlen und die Flinte ins Korn zu werfen. Historische Ereignisse entwickeln sich nicht von selbst. Sie werden von verschiedenen Triebfedern in Bewegung gesetzt. Das bezieht sich auf positive Ereignisse, ebenso wie auch auf solche, die die Welt in eine entgegengesetzte Richtung stoßen. Obwohl die Gefahr einer militärischen Konfrontation reduziert ist, ist sie nicht endgültig verschwunden. Dabei muß berücksichtigt werden: Die Abrüstung, die mit der Entspannung eng verbunden ist, ist ein kompliziertes internationales Problem, mit dem sich die Welt allein in der Nachkriegszeit beinahe 30 Jahre befaßt hat; die Abrüstung ist vor allem keine Einbahnstraße. Unter den modernen Bedingungen auf Grund der realen Situation können die Partner nur dann mit einem Erfolg rechnen, wenn sie sich auf das Prinzip der gleichen Sicherheit, des gleichen Vorteils infolge dieser oder jener Schritte im Bereich der Abrüstung als Grundlage stützen. Der Wiener Dialog sollte ein Beispiel dafür sein.

Vor vier Jahren begannen die Verhandlungen über eine Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa. Man sollte glauben, es gibt nichts Logischeres und Natürlicheres als den Verzicht der Verhandlungsteilnehmer wenigstens auf eine Vergrößerung ihrer Streitkräfte in dieser Region, solange die Verhandlungen andauern. Die Sowjetunion schlug gemeinsam mit ihren Verbündeten gerade dies wiederholt vor. Leonid Breschnew betonte in diesem Zusammenhang: „Wir vergrößern schon seit einer Reihe von Jahren die Mannschaftsstärke unserer Streitkräfte in Mitteleuropa nicht." Wie reagierten aber die NATO-Länder auf dieses gute Beispiel? Sie setzten die Vergrößerung *ihrer* Streitkräfte fort. Die Bundeswehr wurde stärker. In vier NATO-Ländern wird die Luftwaffe umgerüstet. Seestreitkräfte werden ausgebaut. Neue Panzer werden eingeführt. Es kam sogar zu einer Panzerschlacht zwischen den westdeutschen und amerikanischen Rüstungskonzernen.

Was für eine Schlußfolgerung sollten wir ziehen? Vor allem die, daß man der Gegenoffensive der Anti-Entspannung nicht tatenlos zusehen sollte. Was die Sowjetunion und ihre Verbündeten betrifft, so wird dies auch nicht getan. Die sozialistische Staatengemeinschaft ist nach wie vor bestrebt, die Entspannungspolitik weiter auszubauen, weitere Möglichkeiten für die Ergänzung der politischen Entspannung durch militärische Aspekte ausfindig zu machen. An erster Stelle steht hier ein neues sowjetisch-amerikanisches Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen. Es gibt Zeichen dafür, daß sich die unrealistische Haltung der neuen Administration in Washington allmählich ändert. Das faktische Kräfteverhältnis in der Welt ist ein sehr ernstes Argument. Mit Sonntagsplauderei ist da nicht viel anzufangen.

Es gibt noch weitere Möglichkeiten für die Entspannung. Sie sind in etlichen bekannten Vorschlägen zusammengefaßt, und dabei ist zu erwähnen, daß die Sowjetunion 70 solcher Vorschläge in der Nachkriegszeit gemacht hat. Einige von ihnen sind schon verwirklicht worden – zugunsten aller Staaten. Was sollte man weiter tun? Man sollte alle Atomwaffentests verbieten. Man sollte bakteriologische Waffen verbieten. Man sollte einen Vertrag über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen vorlegen. Der Westen sollte sich endlich mit dem Vorschlag der Länder des Warschauer Vertrages auseinandersetzen, daß alle Teilnehmer der gesamteuropäischen Konferenz die Verpflichtung übernehmen, nicht als erste Kernwaffen gegeneinander einzusetzen.

Was ist denn Schlechtes an diesem Vorschlag? Wenn es nämlich keinen ersten Staat gibt, der Kernwaffen einsetzt, dann wird es auch keinen zweiten und womöglich auch keinen dritten, vierten oder fünften Staat geben, der sie anwendet. Das heißt, die Gefahr eines Atomkrieges wäre zurückgedrängt. Der entsprechende Vorschlag wurde schon vor vielen Monaten gemacht, aber die NATO-Staaten haben bis jetzt nur ihre negative Einstellung zu dieser Initiative vorgetragen. Ungeachtet dessen betrachten die Sowjetunion und ihre Partner im Warschauer Vertrag dieses Problem als nicht abgeschlossen.

Die Entspannung ist ein gebieterisches Bedürfnis der Welt in den 70er Jahren geworden. Niemand darf sie als Zeichen der Liebenswürdigkeit gegenüber

der Sowjetunion verstehen, und niemand kann uns die Entspannung zur Strafe wieder wegnehmen. Entspannung heute – das ist ein Produkt des Kräfteverhältnisses. Eben darum sind wir in der Sowjetunion zuversichtlich, wenn es um das wichtigste Ziel der internationalen Politik geht.

Arbeitszeitverkürzungen als Elemente einer integrierten Beschäftigungspolitik

Von Hans-Henning Herzog

1. Beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzungen

Unter den derzeit innerhalb des DGB diskutierten Plänen einer Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik[1]), die vor allem auf eine Verknappung des Arbeitsangebots und des Arbeitsvolumens zielen, kommt den verschiedenen Strategien zur Verkürzung der Arbeitszeit entscheidende Bedeutung zu. Im Vordergrund stehen zum einen die Alternativmaßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch eine Senkung der Zahl der Erwerbspersonen. Sie gehen hauptsächlich von Modellen der Verringerung der lebenszeitlichen Arbeitsdauer aus. Beschäftigungseffekte werden dabei erwartet:

– vom Hinausschieben der Eintrittsphase in das Arbeitsleben aufgrund verlängerter Ausbildungszeiten (Einführung des 10. Schuljahrs im allgemeinbildenden Schulsystem sowie des Berufsgrundbildungsjahres);

– von einer Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, wobei gleichzeitig an Übergangsmaßnahmen wie die Reduzierung der täglichen Arbeitszeit ab einem bestimmten Alter und zusätzliche Angebote an Teilzeitarbeitsplätzen für die Zeit vor dem Ausscheiden aus dem Berufsleben gedacht wird.

In beiden Fällen erhofft man sich Entlastungseffekte für die von der Arbeitslosigkeit besonders betroffenen „Problemgruppen": die Jugendlichen und die älteren Arbeiter und Angestellten. Unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten werden durch diese Maßnahmen nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen, sondern wird die ungleichmäßige Verteilung der Arbeitslosigkeit auf bestimmte Gruppen abgebaut.

1) Gegenwärtige Beschäftigungsprobleme und mittelfristige Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik, „WSI-Mitteilungen", 2/1976. – Beschäftigungskrise und Lösungsansätze, „WSI-Mitteilungen", 4/1977.

Im Brennpunkt der Diskussion steht jedoch die zweite Variante der Arbeitsmarktstrategie: die Verkürzung der jährlichen, wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit. Unter den bisherigen Vorschlägen ragen besonders die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und die Verlängerung des Jahresurlaubs heraus. Mit dem Ziel einer gleichmäßigeren Verteilung der insgesamt verfügbaren Arbeitsmöglichkeiten könnten schon bei geringfügigen Veränderungen relativ große Beschäftigungsmöglichkeiten erwartet werden:

– Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 1 Stunde entspricht einem Äquivalent von zusätzlichen 650 000 Beschäftigten;

– die Verlängerung des Jahresurlaubs um nur 1 Tag erfordert rund 100 000 zusätzliche Arbeitskräfte. Bei einer Woche mehr Jahresurlaub würde die Verringerung des Arbeitsvolumens die offizielle Arbeitslosenzahl von rund 850 000 auf etwa 400 000 reduzieren.

Allerdings handelt es sich bei diesen Möglichkeiten um bloße rechnerische Effekte, die keineswegs automatisch mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit gleichzusetzen sind. In jüngster Zeit wird daher in den Gewerkschaften programmatisch auf die Notwendigkeit einer „integrierten" Beschäftigungspolitik hingewiesen: Konjunktur-, Struktur-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik auf der einen sowie betriebliche Personal- und Sozialpolitik auf der anderen Seite sollten zu einer einheitlichen, primär am Vollbeschäftigungsziel orientierten Gesamtstrategie zusammengefaßt werden. Langfristig gelte es, „ein Recht auf Arbeit" zu institutionalisieren, und zwar „im Sinne des Einsatzes aller gesamt- und einzelwirtschaftlichen beschäftigungspolitischen Maßnahmen zur Gewährleistung der vollwertigen Beschäftigung für alle Arbeitnehmer"[2]).

2. *Die Arbeitszeitfrage als gesellschaftspolitisches Problem*

Die Forderung nach einer solchen „autonomen" Beschäftigungspolitik resultiert vor allem aus Erfahrungen, die durch die Wirtschaftskrise seit 1973 besonders manifest geworden sind und insgesamt zu einer totalen Ernüchterung über die beschäftigungspolitische Wirksamkeit einer allein am Investitions-, Produktions- und Exportzuwachs ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik geführt haben. Das Vertrauen in den beschäftigungspolitischen Absorptionseffekt des Wirtschaftswachstums schlug um in die Einsicht, daß die krisenbedingte Massenarbeitslosigkeit durch die relative konjunkturelle Wiederbelebung nicht mehr auf das Vorkrisenniveau herabgedrückt, sondern auf einem strukturell hohen, in Zukunft sogar progressiv steigenden Niveau festgeschrieben wird.

Dabei kommen vor allem langfristige Trends der industriellen Beschäftigung zum Tragen. So ist das Arbeitsvolumen in der gesamten verarbeitenden Industrie seit 1970 zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik rückläufig. Von den beiden Komponenten des Arbeitsvolumens sanken die geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten zwischen 1970 und 1974 im Jahresdurch-

2) U. Engelen-Kefer, Beschäftigungspolitik, Köln 1976, S. 315.

schnitt um 1,4 %, während die Beschäftigtenzahl um durchschnittlich 0,2 % fiel[3]). In absoluten Zahlen ausgedrückt waren im Juni 1976 gegenüber Juni 1973 bei annähernd gleicher Industrieproduktion nahezu 1 Million weniger Arbeiter und Angestellte in der Industrie beschäftigt. Das heißt, der Rückgang der Beschäftigtenzahl konnte durch den Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit, durch die tarifpolitische Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die Verlängerung des Jahresurlaubs, vor allem aber durch den hohen Grad an Kurzarbeitsperioden nicht mehr entscheidend aufgehalten werden.

Das Sinken des industriellen Arbeitsvolumens zeigt an, daß es seit Beginn der 70er Jahre an ausreichenden neuen Arbeitsplätzen im industriellen Sektor fehlt. Die seit Jahrzehnten außerordentlich hohe Freisetzungsrate in der Land- und Forstwirtschaft kann ebensowenig wie die volumenmäßig an erster Stelle stehende Zahl der Freisetzungen im Industriebereich durch industrielle und gesamtwirtschaftliche Möglichkeiten der Wiederbeschäftigung kompensiert werden. Bis in die 60er Jahre erwies sich die Wiederbeschäftigung der durch Produktivitätssteigerungen freigesetzten Arbeitskräfte als wesentlicher Motor des Produktionswachstums[4]). Die auf Erweiterung des Arbeitsvolumens abstellenden Bau- und Ausrüstungsinvestitionen boten entsprechend alternative Beschäftigungsmöglichkeiten. Heute dagegen stehen den arbeitssparenden Rationalisierungsinvestitionen bei insgesamt sinkender Investitionsquote nicht mehr annähernd gleiche beschäftigungswirksame Kapazitätserweiterungen zur Seite.

Eine der Ursachen dafür liegt in dem vergleichsweise geringen Auslastungsgrad der bestehenden Produktionskapazitäten, der sich trotz konjunktureller Verbesserungen nur geringfügig gegenüber den Krisenjahren 1974/75 erhöht hat[5]). Diese Entwicklung kündigte sich seit 1970 in der überproportionalen Steigerung des Kapitalstocks an. Jahresdurchschnittlich wuchs der Kapitalstock zwischen 1970 und 1974 um 5,3 %, während die Produktion nur um 3,2 % stieg[6]). Gleichzeitig stand diesem Produktionswachstum eine durchschnittliche Umsatzsteigerung von 9,7 % gegenüber[7]). Damit hat sich die Kluft zwischen den Produktions- und Umsatzsteigerungen in einem bis dahin unbekannten Ausmaß verbreitert. Die Eskalation der Industriepreise bei gleichzeitig rückläufigen Produktionszuwächsen signalisiert den Übergang zu einer Strategie des Umsatzwachstums, in der die Ausdehnung der Produktion eher als Hindernis privatwirtschaftlichen Gewinnstrebens erscheint.

Seit Ende der 60er Jahre haben die horizontalen und neuerdings verstärkt vertikalen Unternehmenszusammenschlüsse im Vergleich zur Zeit zwischen 1958 und 1967 um mehr als das Siebenfache zugenommen[8]). Damit hat sich

3) Vgl. R. Kuda, Langfristige Entwicklungstendenzen von Produktion und Beschäftigung, in: „WSI-Mitteilungen", 10/1976, S. 566.
4) Vgl. Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik, Forschungsprojekt des RKW, Erster Band, Frankfurt/M. 1970, S. 36.
5) Nach Berechnungen des „Ifo-Schnelldienstes" lag die Kapazitätsauslastung in der Gesamtindustrie im Juli 1976 bei 81,4 % gegenüber 76,1 % im Juli 1975. Vgl. „Ifo-Schnelldienst", 24/1976, S. 7.
6) Vgl. R. Kuda, a.a.O., S. 571.
7) Ebd., S. 566.
8) Vgl. J. Huffschmid/H. Schui (Hrsg.), Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973–1976, Köln 1976, S. 83f.

der relative, aber strukturbestimmende Anteil am Gesamtkapital entscheidend zugunsten der Großunternehmen verschoben. Parallel dazu vergrößerte sich weiter die auf die „Größten" entfallende Marktmacht. Beide Momente erklären die zunehmende Abkehr von einem Mengenwachstum, das am ehesten zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen könnte. Zusammenfassend verweisen der gegenwärtig hohe Arbeitslosensockel und die bestehenden Überkapazitäten daher am augenfälligsten auf eine eher strukturelle Verhärtung der Krisenfaktoren.

Neben diesen durch die Krise erst offenbar gewordenen Entwicklungsbedingungen wird sich in naher Zukunft das Problem der Arbeitslosigkeit aufgrund demographischer und weltwirtschaftlicher Trends weiter verschärfen:

– langfristig wird die inländische Erwerbsbevölkerung in dem Maße zunehmen, wie die durch den Krieg dezimierte Generation aus dem Erwerbsleben ausscheidet und die geburtenstarken Jahrgänge 1955–1965 auf den Arbeitsmarkt drängen;

– das Angebot an Arbeitsplätzen wird sich weiter verringern durch die Verlagerung von Investitionen in Länder mit arbeitsintensiver Produktion und einem riesigen „billigen" Arbeitskräftepotential;

– schließlich spricht alles dafür, daß durch die forcierte Rationalisierung weiterhin Arbeitskräfte in großem Stil freigesetzt werden[9]).

Diese langfristigen Prognosen stellen einer am Vollbeschäftigungsziel orientierten Arbeitsmarktpolitik völlig neue Aufgaben[10]). Bloß reaktive Maßnahmen greifen hier ebenso zu kurz wie die globale staatliche Investitionsförderung mit ihrem erhofften Multiplikatoreffekt. Aufbauend auf diesen Erfahrungen, hat die neuere Diskussion um eine alternative Beschäftigungspolitik in dem Maße gesellschaftspolitische Fronten aufgerissen, wie sie die Unterordnung von Arbeits- und damit Lebenschancen unter unkontrollierbare privatwirtschaftliche Rentabilitätserfordernisse zunehmend in Frage stellte[11]).

In der Tat bergen Arbeitszeitverkürzungen, wenn sie insbesondere gesetzgeberische Maßnahmen herausfordern, noch immer soviel politische Sprengkraft, daß sie den herkömmlichen Rahmen des ökonomischen Verteilungskampfes bei weitem überschreiten. Denn es geht um die beiden entscheidenden Fragen:

---

9) Vgl. U. Engelen-Kefer, a.a.O., S. 280.

10) Vgl. das neueste von 75 Wirtschaftswissenschaftlern unterzeichnete Gutachten mit dem Titel „Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit" (Wortlaut in: „Blätter", 5/1977, S. 625ff.).

11) So kam es kurz vor der Bundestagswahl 1976 zu außerordentlich scharfen Reaktionen der Unternehmerverbände auf die Veröffentlichung der „Studie zu arbeitsmarktpolitischen Problemen" der Gruppe Arbeitsmarktpolitik der SPD-Bundestagsfraktion. Allerdings ist diese Studie, in der die gesellschaftliche Verantwortung für die Neuverteilung der Arbeitszeit hervorgehoben wird, in der Regierungskoalition und im offiziösen Lager der SPD mehr als umstritten. Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 20. 9. 1976. – Nicht minder heftig waren die Reaktionen auf die kritischen Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Vetter zu „dieser sozialen Marktwirtschaft", die nach ihren eigenen Gesetzen keine Lösung des Arbeitslosenproblems gewährleiste. Der Vorschlag Vetters nach generellen Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich ist jedoch zu Recht von zahlreichen Einzelgewerkschaften abgelehnt worden, da Arbeitszeitverkürzungen nicht mit Reallohneinbußen finanziert werden dürfen. Vgl. FAZ v. 5. 1. 1977.

– ob die besondere Schutzwürdigkeit der Arbeitskraft auch gegen kurzfristige Verwertungsinteressen der Unternehmen durchgesetzt werden kann und
– ob das elementare Menschenrecht auf nützliche bezahlte Arbeit Vorrang vor dem Prinzip der Gewinnmaximierung erhält.

Für beide Problemstellungen gibt es im strengen Sinn keine Kompromißlösung: Generelle Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich und der Kostenzuwachs durch Neueinstellungen werden sich kurzfristig stets negativ auf die Gewinne der Einzelunternehmen auswirken. Darüber hinaus bedeutet ihre Realisierung als Teil einer „integrierten" Beschäftigungspolitik einen schwerwiegenden Eingriff in die unternehmerische Verfügungsgewalt. Nicht private Verwertungsinteressen, sondern gesellschaftliche Erfordernisse der Beschäftigung und Reproduktion der Arbeitskraft setzen die Bedingungen für den Produktionsprozeß. Insofern sind das Ausmaß und der Zeitpunkt der Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen in besonderem Maße auch ein Gradmesser für eine „autonome", das Prinzip der „Gegenmacht" verkörpernde Gewerkschaftspolitik[12]).

3. Die Forderung nach Einführung der 35-Stundenwoche

Nach der neuesten Auswertung der tariflich vereinbarten Wochenarbeitszeiten für 16,6 Millionen Arbeiter und Angestellte aus allen Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen war am 31. Dezember 1976 für 92 % der Beschäftigten in der Bundesrepublik die 40-Stundenwoche tariflich festgelegt[13]). Angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitslosigkeit muß diese Bilanz gleichwohl Anlaß für Überlegungen sein, wie weitere Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt werden können. So wird bereits seit längerer Zeit die Forderung nach Einführung der 35-Stundenwoche in nahezu allen westeuropäischen Gewerkschaften immer lauter, ohne daß bislang ein entsprechendes Aktionsprogramm offiziell vorgestellt wurde[14]).

3.1. Die Arbeitszeitentwicklung seit 1955

Inzwischen sind über 20 Jahre vergangen, seit die Forderung nach der Fünftagewoche bzw. 40-Stundenwoche mit täglicher achtstündiger Arbeitszeit zunächst auf dem 3. Bundeskongreß des DGB 1954 und am 1. Mai 1955 als Hauptpunkt des DGB-Aktionsprogramms aufgestellt wurde[15]). Damals

12) Dafür sind die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen unmittelbar nach der Einführung des gesetzlichen Achtstundentags im November 1918 ebenso ein Beispiel wie die zentrale Bedeutung, die vor dem Ersten Weltkrieg der jahrzehntelange Kampf um den Achtstundentag für die politische und organisatorische Entwicklung der Arbeiterbewegung insgesamt gehabt hat. Vgl. H.-H. Herzog, Ökonomie und Politik des Achtstundentags in der Weimarer Republik – Eine empirisch-theoretische Studie zur staatlichen Arbeitszeitpolitik 1918/19–1926, Diss., Marburg 1975 (unveröffentl. Manuskript).

13) Vgl. Manfred Piecha, Die Tarifbewegung im Jahre 1976, in: „WSI-Mitteilungen", 3/1977, S. 151.

14) Eine entsprechende koordinierte Kampagne zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen beschloß der Europäische Gewerkschaftsbund auf seinem Londoner Kongreß im April 1976; vgl. Nachrichten, 5/6 1976, S. 27. Demgegenüber wird in der jüngsten Untersuchung der Brüsseler EG-Kommission der Beschäftigungseffekt von Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich grundsätzlich verneint und selbst eine bloß partielle Beeinflussung der Beschäftigung vom Wegfall des Lohnausgleichs, also von Lohn- und Einkommenskürzungen abhängig gemacht. Vgl. FAZ v. 18. 5. 1977.

15) Vgl. die Zusammenfassung bei J. Bergmann/O. Jacobi/W. Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Bd. 1: Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen, Frankfurt/M. 1976, S. 237ff.

wurde von vornherein darauf verzichtet, diese Forderung an den Gesetzgeber zu richten, und statt dessen ursprünglich eine zentrale Vereinbarung mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gesucht. Als dieser Versuch scheiterte, sollte der Weg über entsprechende tarifvertragliche Abschlüsse der Einzelgewerkschaften führen. So schien zwar das Bremer Abkommen vom 25. Juli 1956 zwischen der IG Metall und Gesamtmetall mit der Reduzierung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 48 auf 45 Stunden zunächst die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu bestätigen, doch hat es seit diesem spektakulären Durchbruch kein vergleichbares zentrales Rahmenabkommen gegeben.

Diese tarifvertragliche Lösung mit ihrer notwendigen Orientierung an branchenspezifischen Konzessionsspielräumen führte zwar zu einer kontinuierlichen, aber relativ langwierigen Abnahme der tariflichen Wochenarbeitszeiten mit gleichzeitig beträchtlichen Unterschieden in den einzelnen Industriebereichen. So konnte die 40-Stundenwoche in der Gesamtwirtschaft erst 1976 erreicht werden, wobei in der Nahrungsmittel- und Verkehrsindustrie selbst heute noch tarifliche Arbeitszeiten von 43 und mehr Stunden gelten. Insgesamt hat sich seit Mitte der 60er Jahre der Trend zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit noch mehr abgeschwächt, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß mit der Krise 1966/67 der ein Jahrzehnt andauernde Abbau der Arbeitslosenzahlen bei gleichzeitig starkem Anwachsen der Quote abhängig Beschäftigter unwiderruflich zu Ende gegangen war. Entsprechend hat sich seitdem der tarifpolitische Spielraum für Arbeitszeitverkürzungen wesentlich eingeengt.

Die Abhängigkeit der Arbeitszeitentwicklung vom Krisenzyklus bzw. Arbeitsmarkt kommt stärker als in der tariflichen in der effektiven durchschnittlich geleisteten Wochenarbeitszeit abzüglich der Pausen zur Geltung. Dabei bestätigt sich einerseits die Tendenz zur ständigen Verlangsamung der Arbeitszeitverkürzungen. Andererseits schlagen sich konjunkturelle Schwankungen vor allem in der Zunahme der geleisteten Überstunden nieder. So ist seit 1957 ein Anstieg der durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden von 2,4 auf 4,5 Stunden pro Woche (letzter Stand: 1970) zu verzeichnen[16]). Diese Aufwärtsentwicklung regelmäßig geleisteter Überstunden wurde zwar mit der Krise seit 1973 zunächst gebremst, dafür aber durch das „Wechselbad" von Kurzarbeit, Sonderschichten und Überstunden in einer für die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten umso verheerenderen Weise abgelöst.

Dabei sind, abgesehen von den spektakulären Sonderschichten, die tatsächlich geleisteten Überstunden wegen der hohen Dunkelziffer kaum statistisch erfaßbar. Die prozentuale Berechnung der Überstunden bezieht sich zumeist auf die Stundenzahl der Gesamtbelegschaften, während der Überstundenanteil der gesamten gefahrenen Stunden nur von denjenigen Gruppen getragen wird, die wirklich Überstunden ableisten müssen. Außerdem werden zusätzliche Produktionsschichten, die die achtstündige Arbeitszeit nicht überschrei-

16) Vgl. B. Teriet, Wochenarbeitszeit und Wochenarbeitszeitflexibilität, in: „WSI-Mitteilungen", 2/1976, S. 106.

ten, auch nicht als Überstunden statistisch verbucht. So fehlen zwar verläßliche Zahlen über das tatsächliche Ausmaß des Zuwachses an Überstunden, doch steht der Zuwachs ebenso außer Zweifel wie dessen Ursache, die vor allem in den inflationären Preiserhöhungen des letzten Jahrzehnts und der Verschärfung des Problems der Lohnsicherung zu suchen ist. Der Zwang zur Mehrarbeit in Form von Überstunden hat daher die effektiven Arbeitszeitverkürzungen in relativ engen Grenzen gehalten.

3.2. Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität

Zu dieser insgesamt ernüchternden Entwicklung der Arbeitszeit kommt hinzu, daß den effektiven Arbeitszeitverkürzungen ein vergleichsweise ungleich rascherer Anstieg der Arbeitsproduktivität gegenübersteht. Das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde hat sich in der verarbeitenden Industrie zwischen 1960 und 1969 jahresdurchschnittlich um 6,2 %, zwischen 1970 und 1974 um 5,0 % erhöht, während die Arbeitsstunden je Beschäftigten im gleichen Zeitraum um ganze 0,8 % und 1,4 % zurückgegangen sind[17]). Bei diesen Daten handelt es sich um Durchschnittswerte, die auch die nicht unmittelbar in der Produktion beschäftigten Angestelltengruppen umfassen und daher die tatsächliche Diskrepanz zwischen Produktivitätszuwachs und Rückgang der Arbeitsstunden eher verschleiern. Der Produktivitätsfortschritt wurde also nicht annähernd in Form von Arbeitszeitverkürzungen weitergegeben. Dabei folgten die effektiven Arbeitszeitverkürzungen erst mit erheblicher Verzögerung dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität.

Hier wird eine Grundstruktur gewinnorientierter Rationalisierung in der Privatwirtschaft deutlich: Der überproportional steigende Anteil fixer konstanter Kapitalkosten zwingt die Einzelunternehmen aus Konkurrenzgründen dazu, die Kosten der Arbeitskräfte möglichst variabel zu halten. Dazu gehört erstens ein verstärktes Interesse an einer möglichst langen und intensiv genutzten Arbeitszeit pro Arbeitstag, um den Umschlag der fixen Kapitalbestandteile zu beschleunigen. Und zweitens zielen Rationalisierungsmaßnahmen vor allem auf eine Minimierung der Lohnkosten durch die Entlassung von Arbeitskräften.

Unter diesen Umständen kann die „befreiende" Wirkung des technischen Fortschritts nur in einer spezifischen pervertierten Form zum Tragen kommen. Statt die freie Zeit für die Beschäftigten insgesamt zu erhöhen, muß ein Teil von ihnen aus dem Produktionsprozeß ausscheiden. Ist die Wiederbeschäftigung derart „freigesetzter" Arbeitskräfte nicht mehr gewährleistet, fungiert das disponible Arbeitspotential außerhalb der Betriebe als Druckmittel für verschärfte Arbeitsbedingungen innerhalb der Betriebe. Der von den Unternehmerverbänden lebhaft begrüßte „heilsame Schock" der Krise umschreibt, in welchem Maße die allgemeine Arbeitsplatzangst seit Beginn der Krise 1973 den Widerstand der Belegschaften gegen die Erhöhung besonders der täglichen und wöchentlichen Arbeitsbelastungen gebrochen hat.

17) Vgl. R. Kuda, a.a.O., S. 566.

Dabei hat sich seit Beginn der 70er Jahre eine bedeutsame Verschiebung in der Gewichtung der Rationalisierungsmaßnahmen ergeben. So haben sich die Steigerungsraten der Kapitalintensität (Bruttoanlagevermögen je Beschäftigten) gegenüber den 60er Jahren nahezu halbiert, während der Kapitalkoeffizient (Bruttoanlagevermögen je Produkteinheit) im Jahresdurchschnitt der gesamten verarbeitenden Industrie um das Dreifache gestiegen ist[18]). Diese Entwicklung kann als Indikator dafür dienen, daß die Einführung neuer Produktionstechniken und die vermehrte Ausstattung der Arbeitsplätze mit Realkapital nicht mehr als ausschlaggebende Faktoren der Rationalisierung gelten. Vorherrschend ist offenbar der Typus der Rationalisierungsinvestition über Ersatzbeschaffung, mit dem zusätzliche Kapazitätseffekte vermieden, Arbeitskräfte eingespart und Effizienzsteigerungen vor allem durch Veränderungen der Arbeitsorganisation erzielt werden sollen. Nicht arbeitssparende Produktionsmethoden an sich, sondern Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsintensität wie die Erhöhung der Produktionsrhythmen und die Erweiterung des Arbeitsfeldes (Mehrstellenarbeit u. a.) bei insgesamt verminderten Belegschaftszahlen stehen im Mittelpunkt dieser Rationalisierungsstrategie.

Im Vergleich zu dieser Erhöhung der physisch-psychischen Belastungen am Arbeitsplatz erscheinen die Arbeitszeitverkürzungen der beiden letzten Jahrzehnte in einem noch ernüchternderen Blickwinkel. Als Folge der wachsenden Leistungsanforderungen blieb die Zahl der Arbeitsunfälle, der Berufskrankheiten und Frühinvalidität trotz des Rückgangs der Erwerbstätigen in der westdeutschen Industrie auch im internationalen Vergleich ungewöhnlich hoch[19]). Dabei wird die sich verstärkende Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes dauerhafte negative Rückwirkungen auf das Krankheitsverhalten und damit auf die physische Belastbarkeit der Arbeiter und Angestellten haben. Gemessen am Verschleiß der Arbeitskraft hat aber die Erhöhung der Arbeitsintensität die gleiche Wirkung wie eine Arbeitszeitverlängerung, wenn sie – wie vor allem in der Krise – über das normale, gewohnte Maß der Arbeitskraftverausgabung hinausgeht.

Jede in dieser Situation geleistete Überstunde oder Sonderschicht läßt den Arbeitskraftverschleiß nicht gleichmäßig, sondern überproportional „in rascher Progression" ansteigen und potenziert die gesundheitlichen Gefahren – eine Entwicklung, die auf die Dauer die lebenszeitliche Arbeitsfähigkeit verkürzt und daher durch noch so hohe Überstundenzuschläge nicht entfernt ausgeglichen werden kann. Ähnliche Folgen hat die Kurzarbeit. In Betrieben, die in starkem Maße von Entlassungen betroffen sind, ist die Verkleinerung von Arbeitsteams typisch für Kurzarbeitsperioden. Daraus resultieren Doppelbelastungen der Kurzarbeiter, die den Arbeitskraftverschleiß über den normalen Grad hinaus anheben. Hinzu kommt, daß der Verdienstausfall durch Kurzarbeitsperioden als zusätzliche Notwendigkeit zur Überstundenarbeit während relativer Vollarbeitszeiten wirkt. In dieser extremen Durch-

18) Vgl. ebd., S. 567.
19) Vgl. M. Osterland u. a., Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Ein Forschungsbericht, Frankfurt/M. 1973, S. 83 ff.

brechung rhythmusgemäßer Arbeits- und Erholungszeiten, die Parallelen nur noch in der Wechselschichtarbeit findet, liegt eine weitere Ursache erhöhter physisch-psychischer Belastungen.

Zusammenfassend erhellen die Merkmale gesteigerter Arbeitsanforderungen, daß die Senkung der Wochenarbeitszeiten nicht nur ausgeglichen, sondern überkompensiert wurde. Dafür spricht vor allem auch die Tatsache faktisch unveränderter täglicher Arbeits- und Schichtzeiten, die sich nun bereits seit fast 60 Jahren am achtstündigen Normalarbeitstag ausrichten. An der Berechtigung der Forderung nach Einführung der 35-Stundenwoche, aber auch des 7-Stundentags kann es daher kaum einen Zweifel geben. Die Perspektive verstärkter konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit läßt für die Zukunft erwarten, daß die Abhängigkeit der Arbeitsbelastungen gerade von der Wochen- und Tagesarbeitszeit weiter zunehmen wird. Die Forderung nach generellen Arbeitszeitverkürzungen darf daher nicht isoliert als arbeitsmarktpolitische Maßnahme, sondern muß in erster Linie auch als Maßnahme des Arbeitsschutzes gestellt werden.

4. Zur gegenwärtigen gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik

Seit 1974 wurde auf mehreren Kongressen der DGB-Einzelgewerkschaften das Ziel der 35-Stundenwoche programmatisch artikuliert[20]). Inzwischen hat der Vorstand der IG Metall anläßlich der 20jährigen Wiederkehr des Abschlusses des Bremer Abkommens dazu aufgerufen, das Problem weiterer Arbeitszeitverkürzungen in den Gewerkschaften verstärkt zu diskutieren, und damit eine neue Etappe gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik eingeleitet. Bislang orientieren sich die Gewerkschaften in ihrer Tarifpolitik jedoch hauptsächlich an der Reduzierung der Jahresarbeitszeit durch eine sukzessive Verlängerung des Jahresurlaubs. Zwar sind die Gründe dafür in erster Linie in den von der Krise diktierten, also erschwerten Handlungsbedingungen der Gewerkschaften zu suchen, doch kann dieses Teilziel gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik kaum einen Ausgleich für die täglichen und wöchentlichen Arbeitsbelastungen schaffen. Das wird besonders deutlich vor dem Hintergrund der tatsächlich disponiblen arbeitsfreien Tages- und Wochenzeit.

Während sich die reine Arbeitszeit in den beiden letzten Jahrzehnten verkürzt hat, sind die Anfahrwege im selben Zeitraum um ein Vielfaches gestiegen. Gemessen an der Berufszeit, die arbeitswissenschaftlich die Anwesenheit am Arbeitsplatz und die Wegezeiten umfaßt, konnte daher die arbeitsfreie Zeit nicht entsprechend den Arbeitszeitverkürzungen erweitert werden. Das Mißverhältnis zwischen Arbeitszeit und Freizeit vergrößert sich mit jeder geleisteten Überstunde, da das progressiv ansteigende Erholungsbedürfnis durch den geringen Freizeitspielraum nicht adäquat erfüllt werden kann. In der Konsequenz liegt eine langfristig wirksame, extreme Gefährdung der Ge-

20) Am prägnantesten zunächst auf den Kongressen der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands im Oktober 1974, die IG Chemie-Papier-Keramik auf ihrem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag im September 1976; auf dem 11. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie im November 1976 wurde die Einführung der 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert.

sundheit. Bei den Belastungen am Arbeitsplatz machen darüber hinaus die bloß regenerierenden Funktionen das Hauptgewicht der täglichen Freizeitgestaltung aus. Die Freizeitforschung hat inzwischen hinlänglich bewiesen, daß auch die Wochenendfreizeit nahezu ausschließlich auf die physische Regeneration verengt wurde[21]). Freizeit dient auf diese Weise allein der Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit in körperlicher und psychischer Hinsicht, bleibt demnach nichts anderes als Kompensationszeit für die Schädigungen und Entsagungen am Arbeitsplatz.

Diese Einschränkung der Freizeitfunktion widerspricht auf der ganzen Linie der Zielbestimmung des öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutzes. Diese wurde in einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 20. September 1956 nicht nur als Schutzrecht vor der übermäßigen Abnutzung der Arbeitskraft, sondern gleichermaßen auch dahin definiert, daß „ihm (dem Arbeitnehmer) gemäß seiner Menschenwürde zur Entfaltung seiner Persönlichkeit Raum für Freizeit und Muße zu geben (sei)"[22]). Bei der derzeitigen Länge der Tages- und Wochenarbeitszeit sowie bei dem erreichten Grad an Arbeitsbelastungen bleibt jedoch für Tätigkeiten unabhängig vom Erholungsbedürfnis kaum ein Spielraum. So sind vor allem die Möglichkeiten der Persönlichkeitsentfaltung z. B. in Form der intensiven und systematischen Weiterbildung, aber auch der gewerkschaftlichen und politischen Organisationsarbeit außerordentlich gering. Dabei hängt gerade die gewerkschaftliche Aktionskraft zum erheblichen Teil von der Ausweitung dieser Möglichkeiten ab.

Unter diesen Bedingungen ist die auf eine Verlängerung des Jahresurlaubs abstellende gewerkschaftliche Tarifpolitik zumindest in ihrer gegenwärtig einseitigen Zielsetzung problematisch. Vor allem ist sie ein Gradmesser für die Defensive der Arbeitszeitpolitik, die sich auch darin zeigt, daß die Arbeitszeitfrage hinter dem Problem der aktuellen Reallohnsicherung zurückstehen muß. Dem Schwerpunkt tariflicher Urlaubsverlängerungen liegen aber auch gesamtwirtschaftliche Überlegungen zugrunde. Unter der Annahme eines gesamtwirtschaftlichen jahresdurchschnittlichen Produktivitätszuwachses von 4,4 % führte eine Verlängerung des Urlaubs um 1 Woche zu einer Lohnkostenerhöhung von etwa 2 %. Sie würde demnach den Rahmen des Produktivitätszuwachses knapp zur Hälfte ausschöpfen. Auf der anderen Seite führte die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um 1 Stunde bzw. die Einführung der 35-Stundenwoche unter den gleichen Bedingungen zu einer Zunahme der Lohnkosten um etwa 12,5 %, würde also den jährlichen Zuwachs der Produktivität weit überschreiten. Gleichzeitig wäre jedoch der beschäftigungspolitische Effekt ungleich größer als im ersten Fall[23]). Die Modellrechnung verdeutlicht den Grad der Unterordnung der derzeitigen Arbeitszeitpolitik unter gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten, einer Unterordnung, die jedoch in keiner Weise den Erfordernissen des Arbeitszeitschutzes gerecht werden kann.

21) Vgl. A. Klemp/J. Klemp, Arbeitszeitverteilung und Freizeitgestaltung, Bd. 39: Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Göttingen 1976, S. 22f.
22) Zit. nach Meisel-Hiersemann, Arbeitszeitordnung, Kommentar, Berlin (West)/Frankfurt/M. 1970, S. 57.
23) Vgl. Arbeit für alle. Zur Notwendigkeit einer neuen Beschäftigungspolitik, Hrsg. Arbeit und Leben Niedersachsen e. V., Juli 1976, S. 172.

Arbeitszeitverkürzungen sollten die realen Verfügungsmöglichkeiten über die arbeitsfreie Zeit sichern helfen. In dieser Zielsetzung, die durch den Begriff „Verbesserung der Lebensqualität" nur ungenügend ausgedrückt wird, zeigt sich vor allem der emanzipatorische Aspekt der Arbeitszeitverkürzungen. Dabei liegt der Hauptakzent auf der Dauerhaftigkeit und Regelmäßigkeit, mit denen der Prozeß der individuellen und gesellschaftlichen Persönlichkeitsentfaltung erst seinen Sinn erhält. Das ist aber weniger eine Frage des Jahresurlaubs als vielmehr ein Problem der Tages- und Wochenarbeitszeit.

Gemessen daran wirkt die Forderung des Vorstands der IG Druck und Papier nach einer Erweiterung der täglichen Erholzeit um 1 Stunde, die in regelmäßigen Arbeitspausen genutzt werden sollte, eher desorientierend[24]). Warum wurde nicht gleich die siebenstündige Arbeitszeit bzw. die 35-Stundenwoche gefordert? Die Forderung übersieht, daß solche in ihrer positiven Wirkung unbestreitbar wichtigen Erholpausen von den Unternehmensleitungen zur zusätzlichen Mobilisierung von Leistungsreserven mißbraucht werden können und Arbeitszeitverkürzungen in erster Linie die betriebliche Anwesenheitszeit tatsächlich senken und die freie Zeit erhöhen sollten. In die gleiche Richtung zielen größtenteils die verschiedenen Pläne zur Flexibilisierung der Arbeitszeit (Kern- und Gleitarbeitszeit u. ä.), hinter denen weniger Aspekte des Abbaus fremdbestimmter Arbeitszeiten, als vielmehr Versuche stehen, natürliche Leistungskurven zugunsten punktueller Volleistungsphasen auszugleichen. Außerdem besteht die Gefahr einer Vermischung statt der bisher klaren Trennung von Arbeitszeit und Freizeit.

Diese Beispiele zeigen, in welchem Maße gegenwärtig die Arbeitszeit und Arbeitsgestaltung von privatwirtschaftlichen Interessen dominierend bestimmt werden. Dabei lag das Schwergewicht dieser Interessen schon immer am Arbeitstag. Eine wirksame gewerkschaftliche Gegenstrategie wird als unumgängliche Voraussetzung zunächst die Arbeitszeitfrage aus ihrer bislang der Lohnpolitik untergeordneten oder bloß komplementären Rolle herauslösen müssen. Das heißt, die Arbeitszeitpolitik muß erst ihre Bedeutung als eigenständige gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe zurückgewinnen.

5. *Die Realisierungschance von Arbeitszeitverkürzungen*

Auf längere Sicht gesehen hängt die Durchsetzungsmöglichkeit einer generellen Reduzierung der täglichen Arbeitszeit auf 7 Stunden bzw. der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden entscheidend von einer Strategie ab, die tarif- und gesetzespolitische Ziele gleichermaßen umfaßt. Zu einer solchen, langfristig denkbaren Strategie sollen folgende Überlegungen zur Diskussion gestellt werden.

---

24) Vgl. FAZ v. 1. 11. 1976.

5.1. *Tarifvertragliche Durchsetzungsbedingungen*

Es ist zu fragen, ob die Arbeitsmarktbedingungen der 70er Jahre überhaupt noch realistische Chancen auf Arbeitszeitverkürzungen eröffnen, solange die Einzelgewerkschaften Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen als einheitliches Forderungspaket in die Tarifverhandlungen einbringen. Die erfolgreiche Tarifbewegung zwischen 1956 und 1960 fiel in eine Zeit der sukzessiven Verknappung des Arbeitskräfteangebots. Selbst unter diesen außerordentlich günstigen Bedingungen, die bis zur Krise 1966/67 anhielten, verzögerte sich das Ziel der IG Metall nach Einführung der 40-Stundenwoche. Die kombinierte Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich und nach Lohnerhöhungen führte zu einer Tarifpraxis der gegenseitigen Aufrechnung, in der die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit lohnpolitischer Zurückhaltung und umgekehrt bezahlt werden mußte. Besonders seit Mitte der 60er Jahre wurde jedoch der branchenspezifische Spielraum für solche kombinierten Abschlüsse in dem Maße eingeschränkt, wie sich durch verschlechterte Arbeitsmarktbedingungen die gewerkschaftliche Tarifposition insgesamt verkomplizierte und durch die hohen Inflationsraten das tarifpolitische Schwergewicht auf die Lohnsicherung verlagert werden mußte. Unter diesen Umständen ist die allmähliche Verlängerung des Jahresurlaubs mehr und mehr zum Ziel der Arbeitszeitpolitik geworden, während sich die Bewegung zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit entscheidend verlangsamt hat und das Problem der Tagesarbeitszeit allein in der Form erweiterter Pausenregelungen erscheint.

Diese Entwicklung liegt jedoch in der Konsequenz der in den 50er Jahren vollzogenen Verlagerung der Arbeitszeitfrage auf die Ebene tarifvertraglicher Auseinandersetzungen zwischen Einzelgewerkschaften und Unternehmerverbänden. Statt der daraus resultierenden starken Anbindung der Arbeitszeit und Lohnentwicklung an konjunkturelle Schwankungen erscheint daher eine Rückbesinnung auf eine Strategie der gesetzlich begrenzten Arbeitszeit unerläßlich[25]). Der einst für die Gewerkschaftsbewegung zentrale Schutzgedanke des staatlichen Normalarbeitstages und der gesetzlichen Beschränkung der Wochenarbeitszeit ging gerade davon aus, die Abhängigkeit der Arbeitszeit aus den Determinanten des Arbeitsmarktes und einzelwirtschaftlicher Interessen zu lösen. Dadurch erweiterte sich nicht nur der Verhandlungsspielraum für Lohnerhöhungen, sondern auch für Einzelforderungen innerhalb der Grenzen der gesetzlichen Arbeitszeit wie etwa die tarifvertragliche Festlegung und Ausdehnung der Arbeitspausen.

5.2. *Ein neues Arbeitszeitgesetz*

Das Ziel einer generellen Verkürzung der Arbeitszeit setzt vor allem eine Revision der bestehenden Arbeitszeitordnung (AZO) voraus.

25) Gegen eine überwiegend tarifpolitische Vorgehensweise spricht aber auch das beschäftigungspolitische Ziel der Arbeitszeitverkürzungen. Tarifpolitisch ist nur eine „organische" Reduktion der Arbeitszeit denkbar, die in kleinen Schritten vollzogen und gebunden an die relativ lange Geltungsdauer der Manteltarife zwangsläufig hinter dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensivierung zurückbleiben muß. Unter diesen Umständen können Arbeitszeitverkürzungen jedoch nicht einmal weitere „Freisetzungen" verhindern. Ihr zusätzlicher Beschäftigungseffekt kann nur durch rasch wirksame und einschneidende Maßnahmen gesichert werden.

Es ist für die sozialpolitische Entwicklung der Bundesrepublik charakteristisch, daß die heute gültige Fassung der AZO auf einer Verordnung vom 30. April 1938 beruht, also zu einem Zeitpunkt erlassen wurde, als die freien gewerkschaftlichen Organisationen zerschlagen waren und das die autonome Interessenvertretung betonende Arbeitsrecht der Weimarer Republik zugunsten eines Treue- bzw. Führer-Gefolgschaftsverhältnisses aufgelöst war. Diese faschistische Tradition schlägt sich nicht nur in Einzelformulierungen wie „Gefolgschaftsmitglieder" (§ 6 AZO) und „Betriebsführer" (§ 24 AZO) nieder, sondern auch in einem breiten Katalog von Ausnahmebestimmungen zur Mehrarbeit. Vorläuferin der heutigen AZO ist aber ebenso die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923, die erst unter Androhung der Parlamentsauflösung auf der Basis des zweiten Ermächtigungsgesetzes der Regierung Marx (Art. 48 WRV) erlassen werden konnte und tarifvertraglichen Ausnahmeregelungen die Priorität über die in der Verordnung festgesetzte Höchstarbeitszeit von 8 Stunden einräumte. Das wiederum geschah zu einem Zeitpunkt, als die Gewerkschaften zwar nicht zerschlagen, aber wegen der vorangegangenen Inflation organisatorisch und finanziell vor dem Ruin standen und zu einer wirksamen Verteidigung der Lebensinteressen ihrer Mitglieder nicht imstande waren. Mit Ausnahme des Achtstundentags gehen daher die wesentlichen Einzelbestimmungen der heutigen AZO auf entscheidende Niederlagen der Gewerkschaftsbewegung zurück.

Das betrifft vor allem das Übergewicht privatrechtlicher gegenüber öffentlich-rechtlicher Arbeitszeitgestaltung. Tarifvertragliche Regelungen gewannen auch in der Entwicklung der Bundesrepublik absolute Dominanz. Dabei muß hervorgehoben werden, daß dafür nicht allein die vielbeklagte fehlende staatliche Kontrolle über die Einhaltung der Schutzbestimmungen verantwortlich ist, sondern die AZO ihrerseits die Bedeutung des gesetzlichen Arbeitszeitschutzes stark herabgemindert hat. Dies führte einerseits dazu, daß die AZO gegenüber der bereits im November 1918 durchgesetzten Achtstundentagsregelung in der Frage der zulässigen Ausnahmen einen eindeutigen Rückschritt darstellt[26]), daß sie andererseits mit der Entwicklung der realen Arbeitszeitverkürzungen nicht Schritt gehalten hat. So sieht die AZO nicht die heute realisierte 40-Stundenwoche, sondern nach wie vor die in der Weimarer Republik gültige 48-Stundenwoche als gesetzliche Höchstarbeitszeit pro Woche vor. Der 40-Stundenwoche fehlt demnach noch immer die gesetzliche Grundlage.

Zu den verhängnisvollen Konsequenzen dieser Situation gehört der Überstundenkomplex. Die bestehende Regelung sieht einen eindeutigen gesetzlichen Anspruch auf Lohnzuschläge für Überstunden erst von der 49. Wochenstunde an vor. So ist es möglich, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit um 1 Stunde täglich nicht als Mehrarbeit vergütet zu werden braucht, weil die Wochenarbeitszeit unter 48 Stunden liegt. Dasselbe gilt für die zusätzliche Arbeit an arbeitsfreien Samstagen, solange die achtstündige Höchstarbeits-

26) Nach der Arbeitszeitverordnung v. 23. 11. 1918 für Arbeiter (18. 3. 1919 für Angestellte) waren betrieblich und tarifvertraglich ausgehandelte Überstunden über die achtstündige und 48stündige Arbeitszeit verboten. Vgl. dazu H.-H. Herzog, Ökonomie und Politik . . ., S. 21 ff.

zeit nicht überschritten wird. Auf Grund dieser gesetzlichen Lage sind die Gewerkschaften gezwungen, einen Großteil ihrer Kampfanstrengungen auf die tarifliche Absicherung der Überstundenbezahlung zu konzentrieren, was nur zu Lasten der Verhandlungsposition gegenüber anderen Tarifforderungen gehen kann. Andererseits trägt die ungeklärte gesetzliche Situation dazu bei, daß etwa nach einer Statistik des bayrischen Arbeitsministeriums 1975 noch 21 % von 3,5 Millionen Beschäftigten in Bayern in dieser Hinsicht nicht tariflich abgesichert sind[27]).

Ein neues Arbeitszeitgesetz, das die Schutzfunktion des staatlichen Normalarbeitstags hervorhebt, muß daher neben generellen Arbeitszeitverkürzungen die Frage der Überstunden im Gesetz selbst unmißverständlich regeln. Darüber hinaus sollte aus arbeitsmarktpolitischen Gründen die Zahl der erlaubten Überstunden gesetzlich weiter beschränkt werden, um den Weg für Neueinstellungen freizumachen.

5.3. *Das Überstundenproblem*

In der Tarifpolitik der Gewerkschaften wird mehr als bislang die Berechtigung von Überstunden in Frage zu stellen sein. Die gängige Praxis, eine bloße Regelung der Lohnzuschläge für Überstunden anzustreben, läßt sich letzten Endes darauf zurückführen, daß die tariflichen Nominallohnerhöhungen zumeist gerade die vorangegangenen Preissteigerungen ausgleichen, wobei der zeitliche Vorlauf der Preisbewegung das Problem der Sicherung des Realeinkommens auf Dauer stellt.

Durch die ungleichen Lohnraten für die Arbeitsstunde wird jedoch von vornherein jeder Versuch einer Herabsetzung der Überstunden erschwert. So entsteht immer wieder der Eindruck, als seien vor allem jüngere Arbeiter und Angestellte ebenso an Mehrarbeit interessiert wie die Unternehmer. In ähnlicher Richtung liegen kaum mehr hinterfragte gewerkschaftliche Äußerungen, nach denen die beschäftigten Arbeiter wegen der Einkommensverluste durch Kurzarbeitsperioden ein legitimes Interesse an Überstunden hätten. So subjektiv verständlich dieses Interesse ist, unterschlägt es doch den strukturellen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Überstundenarbeit. Außerdem stützt es die doppelte Unternehmerstrategie, einerseits lieber billigere Überstunden fahren zu lassen als Neueinstellungen vorzunehmen und andererseits durch die Inanspruchnahme von Kurzarbeitsgeldern das konjunkturelle Betriebsrisiko auf öffentliche Finanzträger wie die Bundesanstalt für Arbeit abzuwälzen, wobei Fälle von gleichzeitiger Kurzarbeit und Überstundenarbeit in verschiedenen Abteilungen eines einzigen Großunternehmens keine Seltenheit mehr sind.

Die stärkere Problematisierung der Überstundenfrage hat beschäftigungspolitische Gründe, dient aber auch der Zurückdrängung privatwirtschaftlicher Sonderinteressen und damit der Wiederherstellung eines tatsächlichen Arbeitszeitschutzes.

27) Vgl. B. Teriet, a.a.O., S. 106.

5.4. Die Humanisierungsstrategie

Arbeitszeitverkürzungen sind nicht nur Hauptbestandteil des Ziels einer „Humanisierung der Arbeit", sondern bedürfen ihrerseits flankierender tariflicher Schutzbestimmungen, um als Arbeitserleichterung überhaupt wirksam werden zu können. Die Antwort der Unternehmer auf erfolgte Arbeitszeitverkürzungen besteht zumeist in einer Forcierung der Rationalisierungsmaßnahmen im technisch-organisatorischen Bereich, die gleichzeitig die Basis für verschärfte Methoden der Leistungsentlohnung abgeben. Demgegenüber muß betont werden, daß nicht die Rationalisierung an sich, wohl aber deren einseitig auf erhöhten Arbeitskraftverschleiß gerichtete Wirkung abzuwehren ist. Hier gilt es, das System bereits bestehender Rationalisierungsschutzabkommen sowie tarifvertraglicher Regelungen über Mindestanforderungen an Arbeitsbedingungen wie Erholpausen, Taktzeiten etc. weiter auszubauen. Mit dem „Lohnrahmentarifvertrag II" Nordwürttemberg-Nordbaden 1973 ist hier ein für die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung entscheidender Durchbruch gelungen.

Über die Humanisierungsstrategie soll vor allem erreicht werden, daß Produktivitätsfortschritte wirklich in Arbeitszeitverkürzungen weitergegeben werden und die Reduktion der Arbeitszeit nicht durch Intensivierungsmaßnahmen, d. h. durch über das Normalmaß hinaus gesteigerte Arbeitsbelastungen sozusagen auf kaltem Weg wieder rückgängig gemacht wird.

5.5. Das beschäftigungspolitische Ziel

Um den zusätzlichen Beschäftigungseffekt von generellen Arbeitszeitverkürzungen langfristig zu garantieren, ist eine Integration globaler Arbeitsmarktsteuerung und einzelwirtschaftlicher bzw. betrieblicher Personalplanung unerläßlich. In beiden Fällen kann der Autonomieanspruch der Beschäftigungspolitik nur eingelöst werden, indem

– die staatliche Investitionsförderung dem Beschäftigungsziel untergeordnet wird;

– die betriebliche Personalplanung als unabhängige Variable der unternehmerischen Absatz- und Finanzplanung institutionalisiert wird;[28])

– die derzeitig rückläufige Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Sektor gestoppt wird, damit unumgängliche arbeitssparende Rationalisierungen im industriellen Bereich durch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Bereich kompensiert werden können.

Das aber bedeutet, daß jede isolierte Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit fragwürdig ist. Deren Realisierbarkeit verlangt ebenso arbeitsmarktwirksame Komplementärmaßnahmen wie eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Preis- und damit Lohnstabilität garantiert, um insgesamt mögliche Überwälzungsstrategien wie Personaleinsparungen, Intensivie-

28) Vgl. auch H. Seifert, Alternative Instrumente zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, in: „WSI-Mitteilungen", a.a.O., S. 67ff.

rungsmaßnahmen und Preiserhöhungen abzuwehren. Gleichzeitig verweist die politische Tradition, in der die Forderung nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung steht, auf die entscheidende Bedeutung einer politischen Gesamtstrategie. Die von den Gewerkschaften geforderte grundlegende Neuorientierung der Beschäftigungspolitik wird nur durch deren Integration in einen politischen Gesamtzusammenhang zu verwirklichen sein, in dem der Ausbau demokratischer Informations-, Mitbestimmungs- und Kontrollrechte im betrieblichen und überbetrieblichen Bereich als reale Perspektive anerkannt wird.

Das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Bundesregierung

Von Joachim Eisbach

Im Herbst dieses Jahres jährt sich zum zehntenmal die Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes. Angesichts der Ergebnisse, auf die die Stabilitätspolitik in der Bundesrepublik zurückblicken kann, darf man zu Recht vermuten, daß dieses Jubiläum in aller Stille vorübergehen wird. Der Beitrag versucht eine Würdigung der Stabilitätspolitik während zweier Krisenzyklen, wobei deren letzter noch mit einem Aufwand von 16 Mrd. DM kuriert wird. Der erste Teil des Beitrags behandelt die theoretischen Grundlagen des Stabilitätsgesetzes und deren Kritik. Die Analyse der Stabilitätspolitik in den Krisenjahren 1967 und 1974–77 schließt sich an. Der zweite Teil ist der Konjunkturpolitik in den Jahren des Booms 1969–70 und 1973 sowie der Diskussion konservativer Vorschläge zur Therapie der stagnativen wirtschaftlichen Entwicklung gewidmet. *D. Verf.*

In dem seinerzeit noch ungebrochenen Glauben an die fortdauernde Prosperität der bundesdeutschen wirtschaftlichen Entwicklung verabschiedete die damalige Regierung 1966 den „Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität", der primär konjunkturdämpfende Maßnahmen vorsah. Unter dem Eindruck der Krise der Jahre 1966/67 geriet dieser Entwurf zum „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" (StabG), das zur Korrektur beider konjunkturellen Ungleichgewichtslagen als gleichermaßen geeignet erachtet wurde. Auf dessen gesetzlicher Grundlage

wurde im September 1967 ein zweites Konjunkturprogramm beschlossen, nachdem sich das erste Investitionsprogramm vom Januar (Kreditfinanzierungsgesetz) als unzureichend erwiesen hatte.

Den nachfolgenden Aufschwung verbuchte die Bundesregierung – post hoc ergo propter hoc[1]) – als Erfolg ihrer stabilisierungspolitischen Maßnahmen. „Wir haben der Krise ins Antlitz gesehen, und die Krise senkte ihre Augen."[1a])

Als dann der Aufschwung 1969 zunehmend des Schillerschen Maßes verlustig ging und sich die Inflation keineswegs „so tot wie ein rostiger Nagel"[2]) gab, begann sich verstärkt die systemimmanente Kritik zu regen. Auf der Preiswelle herangetragen, gewann der neue Monetarismus zunehmend an Bedeutung. Dem der „Keynesianischen Botschaft" folgenden Stabilitätsgesetz wurde die „Tradition" der Chicagoer Schule Milton Friedmans entgegengehalten. Die Kontroverse Fiskalisten-Monetaristen um das beste Stabilisierungskonzept dominiert in den letzten Jahren die herrschende wirtschaftswissenschaftliche Diskussion. Auf deren theoretischen Hintergrund wird weiter unten noch einzugehen sein.

Der Beitrag versucht angesichts des offenkundigen Scheiterns der Stabilisierungspolitik, gemessen an ihren Zielen, zu klären, was eigentlich stabilisiert werden soll und wodurch. Dazu werden vergleichend die konjunkturellen Phasen Hochkonjunktur und Rezession einerseits und die staatlichen Konjunkturprogramme aus 1967 und 1974/75 andererseits analysiert.

I

Das „gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht", das die alternativen Stabilisierungskonzepte zu gewährleisten verspricht, wird in § 1 des StabG durch vier explizierte Unterziele konkretisiert.

1. Dem Ziel des „außenwirtschaftlichen Gleichgewichts" ordnet das Gesetz lediglich die Absichtserklärung des § 4 StabG zu, der die Bundesregierung verpflichtet, im Falle einer Störung „alle Möglichkeiten der internationalen Koordination zu nutzen" und die zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Mittel einzusetzen.

Das Ziel ist im Außenbeitrag, der Differenz der Aus- und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, operationalisiert. Für 1976 projektiert die Bundesregierung seine Höhe mit etwa 24–27 Mrd. DM oder 2,5% des Bruttosozialprodukts[3]) nach Überschüssen von 2,5% in 1975 und 4% in 1974. Es klingt indes widersprüchlich, wenn einerseits der 1974er Außenbeitrag als unerwünscht hoch angesehen wird[4]), andererseits die Zurückentwicklung in 1975 – die Bundesregierung selbst strebte 3–3,4% an[5]) – als Zusammenbruch der Aus-

1) Danach, also deswegen. Trugschluß der traditionellen Logik.
1a) K. Schiller vor der Industrie- und Handelskammer Hagen am 13. 12. 1967.
2) Ders., in: „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" („Bulletin") v. 18. 7. 1967, S. 652.
3) Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung (JWB) 1976, Ziff. 7.
4) JWB 1975, Ziff. 3.
5) JWB 1975, Ziff. 6.

landsnachfrage beklagt wird, die der Konjunkturpolitik die „Geschäftsgrundlage" entzogen habe.

2. Dem Wachstumsziel sind keinerlei Instrumente zugeordnet[6]). Seine Aufnahme in den Zielkatalog des § 1 StabG erlaubte indes dem Wirtschaftspolitiker, sich angesichts schwindenden Geldwertes zu entschuldigen, indem er zu der Hypothese einer wachstumsfördernden Inflationsrate Zuflucht nehmen konnte, deren Unterschreiten das Wachstum gefährden würde. Hieraus erklären sich ferner gewisse Asymmetrien des Instrumentariums[7]), die den Abschwung durch Rechtsverordnung zu verhindern suchen. Ungleich gewichtigere Indikatoren für den konjunkturellen Verlauf ist die Entwicklung des Geldwerts und des Beschäftigungsstandes.

3. Die Fixierung dessen, was unter Preisniveaustabilität zu verstehen sei, nimmt die Bundesregierung laut § 2 StabG in ihrem Jahreswirtschaftsbericht (JWB) vor. Sie folgte mit ihren Zielvorstellungen stets der tatsächlichen Preissteigerungsrate. Der JWB 1968 quantifiziert Preisniveaustabilität mittelfristig mit 1%[8]). Der des Jahres 1969 projektierte diese Rate bis zum Jahre 1973[9]). Angesichts der Preisentwicklung in den 1970er Jahren unterläßt es die Bundesregierung nunmehr, Preisstabilität mittelfristig zu definieren. Sie legt lediglich dar, was sie im Jahresverlauf für erreichbar hält[10]). Die Marken stabilitätspolitischen Erfolgs liegen nun zwischen der „Tendenzwende" und dem, was man den „unvermeidlichen Preisanstieg" nennt.

4. Eine ähnliche Entwicklung nahm das Vollbeschäftigungsziel. Nach den JWB der Jahre 1968 und 1969 gilt es bei einer Arbeitslosenquote von 0,8% als erfüllt. Hingegen schraubte die Bundesregierung die als Erfolg geltende Arbeitslosenquote 1974 auf 2%, 1975 auf 3% und 1976 auf 4,5% im Jahresdurchschnitt[11]). Nicht zufällig entdeckte unter dem Eindruck steigender Arbeitslosenzahlen die herrschende Wirtschaftswissenschaft monetaristischer Provenienz die „strukturelle Arbeitslosigkeit", deren Senkung mit fiskalpolitischen Mitteln nur um den Preis beschleunigt zunehmender Inflationsraten möglich sei. Diese Entdeckung läßt jedoch offen, wovon die Höhe „struktureller Arbeitslosigkeit" abhängt, so daß sie stets als Exkulpation für unterlassene Konjunkturankurbelungsmaßnahmen verwendet werden kann[12]).

6) Vielleicht mit Ausnahme der Mittelfristigen Finanzplanung (§§ 9, 10 StabG). Diese verlangt eine Zusammenstellung der voraussichtlichen Ausgaben und der geschätzten Einnahmen für einen Zeitraum von fünf Jahren. Sie soll über Prioritäten und Posterioritäten informieren und zur Verstetigung der Haushaltsführung beitragen. Hierin dokumentiert sich einerseits die zunehmende Notwendigkeit langfristiger Planung, andererseits deren Unmöglichkeit unter kapitalistischen Bedingungen: Aufgrund mangelhafter Güte der prognostizierten Daten und systematischer Akzentverschiebung bei der Budgetaufstellung orientiert sich nicht der jeweilige Haushaltsplan an dem Finanzplan, sondern der fortgeschriebene Finanzplan wird umgekehrt dem laufenden Budget angepaßt. In der Tat: „Die Finanzplanung befindet sich bei uns in einem beklagenswerten Zustand. Bei ihrer Einführung mit Vorschußlorbeeren bedacht, ist sie inzwischen zu einer eher lästigen Pflichtübung geworden" (Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1976, Ziff. 348).

7) Der Schuldendeckelverordnung der §§ 19, 20 entspricht keine Begrenzung der Kreditaufnahme. Der Begrenzung der Zuführung zu den Konjunkturausgleichsrücklagen entspricht keine Begrenzung der Budgetverlängerung. Nach § 26 kann zwar ein Investitionsbonus (Abzug von der Steuerschuld) gewährt, nicht aber eine Investitionssteuer erhoben werden.

8) JWB 1968, S. 23.

9) JWB 1969, S. 35.

10) Der JWB 1974 weist einen Anstieg der Verbraucherpreise zwischen 8 und 9% bereits als Erfolg aus (Ziff. 5).

11) JWB 1974, Ziff. 5; JWB 1975, Ziff. 6; JWB 1976, Ziff. 7.

12) Bei aller Deformation der Ziele ist das Preisniveauziel institutionell stärker verankert, da vorrangige Aufgabe der Bundesbank.

Der „Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung" muß als implizites Ziel gelten[13]). Hiermit ist erstmalig das Privateigentum an Produktionsmitteln gesetzlich normiert sowie die Unantastbarkeit der sich darauf gründenden Entscheidungsbefugnis garantiert. Damit verzichtet die Wirtschaftspolitik auf dirigistische, die unternehmerische Entscheidung beschränkende, möglicherweise jedoch im Hinblick auf die Ziele effektivere Maßnahmen[14]). Dann aber bleiben als Restgröße solche wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die den Staat lediglich am Markt auftreten und indirekt durch Beeinflussung der Daten unternehmerischer Entscheidung auf die Verwirklichung der explizierten Ziele hinwirken lassen. Eine weitere Konsequenz birgt dieses Axiom: Will die Globalsteuerung ihrem Anspruch gerecht werden, die Angebotsstruktur unberührt bzw. deren Veränderung dem Wirken des Wettbewerbs überlassen, so muß sie gleichmäßig wirken, d. h. sie darf keine diskriminierende Verteilung privater – bei den Unternehmen anfallende – Gewinne bzw. Verluste bewirken[15]). Andernfalls weist sie konzentrations- bzw. insolvenzfördernde Effekte auf. Besteht nämlich ein Zusammenhang zwischen Wettbewerbsintensität bzw. – umgekehrt – Konzentrationsgrad und Wirksamkeit der nachfragesteuernden Konjunkturpolitik, so untergräbt sie, indem sie wirkt, die Voraussetzungen ihrer Wirksamkeit[16]).

Schließlich bildet im Hinblick auf das gewollte Wachstum, das sich auf private Investitionen stützt, die Sicherung eines ausreichenden Verwertungsgrades des Gesamtkapitals eine unumstößliche Grenze jeder stabilisierungspolitischen Maßnahme. „Wir wollen auch nicht die Gans schlachten, die die goldenen Eier legen soll."[17])

II

Die Darstellung der theoretischen Grundlagen des StabG einerseits sowie der Kontroverse „Fiskalisten versus Monetaristen" soll anhand folgender Gleichung erfolgen: $C + I + A + Ex = Y \times P = M:k$

„Diese definitorischen Beziehungen drücken tautologisch aus, daß die Summe aus Konsum- (C), Investitions- (I), Staats (A) und Exportausgaben (Ex) gleich dem Produkt aus realem Volkseinkommen (Y) und Preisniveau (P) ist, dem wiederum der Quotient aus Geldmenge (M) und Kassenhaltungskoeffizient (k) gleich ist."[18])

Die der Keynesianischen Einkommens- und Beschäftigungstheorie verbundenen Ökonomen interpretieren diese Gleichung gewissermaßen von links nach rechts. In deren Verständnis kommt der Gesamtnachfrage – Summe der

13) Vgl. K. Schiller im National Press Club, Washington, am 20. 6. 1967.
14) Vgl. K. Schiller, Zur Eröffnung der Internationalen Frankfurter Frühjahrsmesse am 26. 2. 1967.
15) Das StabG intendiert das Gemeinlastprinzip. Die Kosten der Beseitigung konjunktureller Ungleichgewichtslagen werden nicht den Verursachern, die zu identifizieren die herrschende Wissenschaft nicht vermag, angelastet, sondern von der Allgemeinheit getragen. Somit muß sie auch allgemein ir Fi t- und Belastungen wirken.
16) Dieses objektive Erfordernis spiegelt sich im herrschenden Verständnis subjektiv in der Investitionsneigung, „dem Herzmuskel einer wachsenden Wirtschaft", wider (SVR, Jg. 1974, Ziff. 35+).
17) K. Schiller, a.a.O.
18) Mackscheidt/Steinhausen, Finanzpolitik, Düsseldorf 1973, S. 79f.

links stehenden Ausgabenströme – zentrale Bedeutung zu. Sie determiniert über die Zwischenglieder Produktion und Volkseinkommen die Höhe der Beschäftigung. Unterbeschäftigung hat demnach ihre Ursache in einer unzureichenden Gesamtnachfrage. Das marktwirtschaftliche System beinhaltet Mechanismen, die die Wiederherstellung einer zureichenden Nachfrage aus sich heraus verhindern.

Die Tendenz zur Instabilität ist systemimmanent. Somit fällt dem Staat, als keinen Profitzwängen unterliegender Haushaltswirtschaft, die Aufgabe zu, seine Ausgaben autonom zu erhöhen bzw. die steuerliche Belastung anderer Nachfragekomponenten zu mindern. Die Erhöhung staatlicher Ausgaben wird um so wirksamer sein, je größer der Multiplikatoreffekt ist, d. h. je größer die im Kreislauf induzierte Steigerung des Volkseinkommens ausfällt[19]). Die vorhandenen Leerkapazitäten lassen eine kurzfristige mengenmäßige Ausdehnung der Produktion zu, ohne daß es zu Preissteigerungen kommen muß.

Spiegelbildlich werden inflatorische Tendenzen als Resultat einer das kurzfristig begrenzte Angebot übersteigenden Nachfrage gedeutet. Die Preisbewegungen haben die Tendenz, die überschüssige Nachfrage zu beseitigen. Die Fortsetzung der Preissteigerungen bedingt dementsprechend einen permanenten Nachfrageüberhang. Aus dieser Diagnose der Inflation folgt als Therapie die Kürzung der Nachfrage im Wege staatlicher Zurückhaltung bei den Ausgaben bzw. die Beschneidung der privaten Nachfrage durch steuerliche Belastungen. Können also die einzelnen Ausgabeströme gesteuert werden, so auch Volkseinkommen und Preisniveau. Eine derartige Betrachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge nährt die Erwartung[20]), den schmalen konjunkturellen Grad zwischen Arbeitslosigkeit und Geldwertverschlechterung zielkonfliktfrei verwirklichen zu können, da Arbeitslosigkeit grundsätzlich mit Preisniveaustabilität und Inflation mit Vollbeschäftigung einhergeht.

Die Kritik auf der Grundlage der prinzipiellen Anerkennung dieser Zusammenhänge[21]) richtet sich einmal gegen die mangelhafte Einbeziehung der unteren Gebietskörperschaften, zweitens gegen die unzureichende Instrumentierung sowie drittens gegen die Einsatzprobleme einer diskretionären Fiskalpolitik.

1. Obschon das StabG das konjunkturpolitische Budgetverhalten des Bundes hinreichend zu regeln scheint, wird bezweifelt, daß die finanzpolitischen Träger in einer Hochkonjunktur „zu einer aus stabilitätspolitischen Motiven gegebenen Zusage im Endeffekt auch (. . .) stehen"[22]). Die einzelnen Ressorts versuchen vielmehr die mit einer Ausgabenkürzung verbundenen Zielreali-

19) Mit der Annahme, der (aggregierte) Konsum sei eine Funktion der (aggregierten) Einkommen – absolute Einkommenshypothese – läßt sich obige Gleichung auch vereinfacht schreiben: $Y = C(Y) + A$, abgeleitet nach dA ergibt sich mit $dC/dY = c$ (Konsumneigung): $dY = 1/(1-c)dA$, wobei der Bruch als Multiplikator bezeichnet wird. Eine Erhöhung der Staatsausgaben um dA bewirkt demnach eine $1/(1-c)$fache Zunahme des Volkseinkommens.

20) „Aber das konjunkturelle Auf und Ab in der Wirtschaft ist keineswegs Schicksal, dem wir uns einfach fügen müssen" (K. Schiller im Bayerischen Rundfunk am 9. 1. 1967).

21) Die Keynesianische Skepsis gegenüber der Effizienz der Geldpolitik drückt sich in der nebenrangigen Rolle aus, die geldpolitische Maßnahmen im StabG spielen.

22) Hansmeyer/Mackscheidt, Die Free-Rider-Position der Finanzpolitik, in: Duwendag (Hrsg.), Macht und Ohnmacht der Bundesbank, Frankfurt/M. 1974, S. 133.

sierungsverluste nachträglich zu minimieren. Im Vollzug des Budgets wird dessen restriktive Ausgestaltung unterlaufen. In noch weit größerem Maß sind die Länder in der Lage, stabilitätspolitischen Bekenntnissen keine entsprechenden Maßnahmen folgen zu lassen. Zwar haben sie bei ihrer Haushaltsführung ebenfalls gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Jedoch ist der Grad der normativen Anbindung geringer (§ 14 StabG). Der geringe Zwangscharakter der Vorschriften erlaubt es ihm, sich entsprechend ihrer Interessenlage an der Konjunkturpolitik zu beteiligen oder aber die stabilitätspolitischen Bemühungen anderen Gebietskörperschaften zu überlassen.

Nach § 16 StabG sind die Länder gehalten, mittels „geeigneter Maßnahmen" auf ein konjunkturgerechtes Verhalten der Gemeinden hinzuwirken. Bislang wurde nur ein untauglicher Versuch unternommen, die Gemeinden gesetzlich auf ein an stabilitätspolitischen Erfordernissen ausgerichtetes Verhalten festzulegen. Dieser Versuch ist 1971 in Niedersachsen gescheitert. Die stabilitätspolitische Konzeption weist hier einen schwerwiegenden Defekt auf: Erstens tätigen die Gemeinden rund zwei Drittel der gesamten staatlichen Investitionen, zweitens verhalten sich die Gemeinden – als Folge der hervorragenden Stellung der sehr konjunkturabhängigen Gewerbeertragssteuer in ihrem Einnahmesystem – durchweg prozyklisch. Die Bewältigung des hieraus resultierenden Konflikts zwischen Föderalismus und konjunkturpolitischer Wirksamkeit weist in die Richtung zunehmender Abhängigkeit der Gemeinden von Bund und Ländern. Die eigenverantwortliche Ausschöpfung kommunaler Steuerquellen tritt hinter die wachsenden Zuweisungen zurück. Der Grundsatz der bürgernächsten Aufgabenerfüllung wird durch die mit Verwendungsauflagen versehenen Zweckzuweisungen tendenziell eingeengt.

2. Der Anteil der festgelegten Bundesausgaben wird mit 95% angegeben[23]). Der verbleibende, konjunkturpolitisch disponible Teil wird als zu gering erachtet, um dämpfend wirksam sein zu können. Daher nimmt sich die Kritik vorwiegend derjenigen Maßnahmen an, die auf eine Beeinflussung der privaten Nachfrage gerichtet sind.

Die konsumtive Nachfrage ist von der konjunkturpolitisch beeinflußten Höhe der Einkommen relativ unabhängig. Insbesondere höhere Einkommensschichten können durch Verminderung ihrer Ersparnisse oder Aufnahme von Krediten ihr bisheriges Konsumniveau aufrechterhalten. Die Erhebung des rückzahlbaren Konjunkturzuschlags vom Juni 1970 erwies sich als unwirksam, da die Betroffenen dieses zwangsweise Sparen mit ihrer freiwilligen Ersparnis verrechneten. Einige Stimmen halten demnach die Beschränkung der Steuersatzvariation auf höchstens 10% nach § 26 StabG für zu gering, um eine durchschlagende Wirkung auf den Konsum haben zu können.

Bei der veranlagten Einkommenssteuer und der Körperschaftssteuer erfolgt die Bezahlung der Steuerschuld oft erst zwei Jahre nach deren Entstehen. Die

23) Vgl. H. Schmidt, Theorie und Thesen der Finanzpolitik, in: „Handelsblatt" (HB) v. 3. 9. 1973, S. 1. – Was jedoch nicht hinderte, im Haushaltsstrukturgesetz von September 1975 eine Kürzung gesetzlich fixierter Ausgaben vorzunehmen.

Korrektur der Steuervorauszahlungen seitens der Finanzverwaltung mindert diese den Unternehmen in Boomphasen verbleibende Liquidität nur unzureichend. Teile ihrer Steuerschuld stehen ihnen gewissermaßen als zinsloser staatlicher Kredit in Zeiten der Hochkonjunktur zur Verfügung.

Die Diskussion um die Effektivierung des konjunkturpolitischen Instrumentariums enthielten stets den Vorschlag einer Kreditplafondierung (obere Begrenzung der Kreditgewährung) für den privaten Sektor, ähnlich dem Schuldendeckel für die öffentlichen Haushalte. Dieser sieht eine Beschränkung der Kreditaufnahme auf 80 bzw. 70% der durchschnittlichen Kreditaufnahme der letzten fünf Jahre vor.

Schließlich erscheint die liquiditätspolitische Absicherung der im StabG enthaltenen Maßnahmen durch eine Konjunkturausgleichsrücklage nicht ausreichend[24]).

3. Der Einsatz fallweiser, antizyklischer Maßnahmen birgt folgende Probleme:

Erstens muß sich die Beurteilung der konjunkturellen Lage auf die Verfügbarkeit entsprechender statistischer Indikatoren stützen können. Diese liegen oft jedoch erst mit erheblicher Verzögerung vor. Ihre verursachungsgerechte Interpretation erfordert eine (nicht existente) leistungsfähige Konjunkturtheorie. Zudem werden die Indikatoren von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich bewertet.

Zweitens kann sich die Konjunkturpolitik auf keine treffsicheren Konjunkturprognosen stützen. Die Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von der prognostizierten nehmen trotz Verfeinerung der Prognosetechniken zu.

Damit ist *drittens* weder die Auswahl der Instrumente theoretisch gesichert[25]), noch deren Dosierung, noch deren Einsatzdauer. Es ist vorab nicht bekannt, wann die gewählten Maßnahmen gegriffen haben werden und welche unbeabsichtigten Nebenwirkungen sie zeitigen werden.

Zwischen die in ihrer Länge unbekannten Informations- und Wirkungsverzögerungen schiebt sich *viertens* eine administrative Verzögerung, bedingt durch die parlamentarischen und vorparlamentarischen Verhandlungen über die zu ergreifenden Maßnahmen. Deren Länge hängt ab von dem Widerstand seitens der Betroffenen, der wiederum von der konjunkturellen Situation abhängt. Eine fallweise Fiskalpolitik wird demnach aufgrund ihrer theoretischen und praktischen Voraussetzungen niemals antizyklisch, sondern nur reaktiv steuern können[26]).

---

24) Steuermehreinnahmen aus der Aussetzung der degressiven und der Sonderabschreibungen werden nicht kreislaufmäßig neutralisiert, sondern können zu expansiv wirkenden Mehrausgaben verwendet werden. Die Stillegung der Steuermehreinnahmen aus einem Zuschlag zur Einkommenssteuer erfaßt nur zu einem geringen Teil die aufgrund der Steuerprogression anfallenden Mehreinnahmen. Die Begrenzung der Konjunkturausgleichsrücklage auf 3% der im Vorjahr erzielten Steuereinnahmen ist zu eng.

25) In der bisherigen Praxis wurde die Konjunkturdämpfung vorrangig mit einnahmepolitischen Mitteln betrieben, während zur Konjunkturankurbelung ausgabenpolitische Mittel eingesetzt wurden. Die nach § 26 mögliche Senkung der Einkommenssteuer ist niemals vorgenommen worden.

26) Was sie auch in der Vergangenheit tat. Die konjunkturpolitischen Maßnahmen setzten niemals bereits bei sich abzeichnenden Störungen, sondern immer erst nach deren Eintritt ein.

An diesem Befund setzt die monetaristische Kritik an. Obige Gleichung liest sich nach deren Interpretation von rechts nach links. Bei angenommener langfristiger Konstanz von k ist die Geldmenge M die entscheidende Determinante der Entwicklung von Volkseinkommen und Preisniveau. Die inflationären Tendenzen sind die Folge einer im Verhältnis zur Güterproduktion zu starken Ausdehnung der Geldmenge durch die Zentralnotenbank. Nach dieser Auffassung ist der private Sektor stabil, die konjunkturellen Schwankungen sind das Resultat einer unsteten Ausdehnung der Geldmenge infolge fiskalpolitischen Gegensteuerns[27]). Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen dieser Konzeption lauten: Rückzug der öffentlichen Hand aus der stabilitätspolitischen Verantwortung, Unterlassung jeglicher stabilitätspolitischer Intervention. Das marktwirtschaftliche System tendiert aus sich heraus zu einer vollen und effizienten Nutzung aller Ressourcen. Vollbeschäftigung ist danach kein Ziel der Wirtschaftspolitik mehr, sondern Ergebnis des marktwirtschaftlichen Prozesses.

Das Preisniveauziel liegt in der ausschließlichen Kompetenz der Notenbank (§ 3 Bundesbankgesetz), das sie durch autonome Geldmengensteuerung, orientiert an einer stetigen Wachstumsrate der Geldmenge, längerfristig realisiert. Die Leugnung genereller Krisen in kapitalistischen Systemen weist den Monetarismus als konservativ aus, als „monetaristische Konterrevolution". Sie geht hinter Keynes auf den „faden" Say zurück, quasi an die Quellen der Vulgärökonomie[28]). Auf die beschäftigungspolitischen Implikationen wird noch einzugehen sein.

III

Scheinen sich auch beide Konzepte in ihren wirtschaftspolitischen Konsequenzen zu widersprechen – begründet die auf Keynes zurückgehende Konzeption die Notwendigkeit der permanenten Intervention aus der systemimmanenten Systemlabilität, die monetaristische deren unbedingte Unterlassung aus der Behauptung der Stabilität des Systems –, so begegnen sich beide Richtungen in der Annahme einer prinzipiellen Wettbewerbsstruktur der Märkte, in der konzeptionellen Ignoranz gegenüber Marktmacht[29]). Die Globalsteuerung impliziert ein unternehmerisches Verhalten derart, Nachfragerückgänge bzw. Geldmengenreduktion mit Preissenkungen zu beantworten. Sie manipuliert entsprechend den Erfordernissen der konjunkturellen Situation den „Datenkranz", in dem sich die Wirtschaftssubjekte unausweichlich einfinden. Eben dies setzt aber wirksamen Preiswettbewerb voraus. Dann aber dürfte es nach herrschendem Verständnis zu keiner krisenhaften Entwicklung kommen. Die Keynesianische Konzeption der Stabilitätspolitik steht damit, in ihrer kontraktiven Version, im Widerspruch zu ihrer Theorie, die gerade auf partiellem Marktversagen beruht.

---

27) In ihrer Stellungnahme zum Jg. 1975 des SVR teilt die Bundesregierung dessen Auffassung, „daß von einer Krise der Marktwirtschaft keine Rede sein kann, sondern daß es vorrangig darauf ankommt, den marktwirtschaftlichen Funktionsbedingungen noch besser Rechnung zu tragen" (JWB 1976, Ziff. 71).

28) Erwähnt sei, daß dieses Konzept, das wir dem jüngsten Nobelpreisträger Milton Friedman zu danken haben, seine weitgehendste Verwirklichung im Chile Pinochets gefunden hat.

29) Einzig der § 3 StabG („Konzertierte Aktion") reflektiert verbandswirtschaftliche Strukturen.

Dieser Befund steht in auffallendem Konflikt mit der bereits 40 Jahre währenden Diskussion um den Zusammenhang von Stabilitätspolitik und Wettbewerb, den auch regierungsoffizielle und -nahe Äußerungen beschwören[30]). Die verbale Anerkennung fand indes keinen Niederschlag in einer entsprechenden Ausgestaltung des Instrumentariums.

Der Behauptung einer verminderten Wirksamkeit unter den Bedingungen oligopolistischer und monopolistischer Angebotsstrukturen sei hier die Frage nach den tatsächlichen Auswirkungen konjunkturpolitischer Maßnahmen unter eben diesen Bedingungen angeschlossen. Dazu seien zunächst Aktionsräume und Preisverhalten von Unternehmen konzentrierter Branchen thesenhaft skizziert.

1. Auf dem Hintergrund zunehmender Konzentration und Marktmacht entsteht eine Vielzahl von Beschränkungen des Wettbewerbs, die eine weitgehend autonome Preispolitik ermöglichen. Darunter:

– Die Produktdifferenzierung durch technische Abwandlungen einerseits und, wo dies wegen der Produkteigenschaften nicht möglich ist (z. B. Benzin), durch Werbekonkurrenz andererseits mit dem Vorteil, daß die hierdurch verursachten Kosten steuerlich voll absetzbar sind.

– Koordination des unternehmerischen Preisverhaltens durch Preisführerschaft, einmal in der Form der, unter Androhung von Repressalien, erzwungenen Gefolgschaft oder aber durch die als „Preisprognose" kaschierte Preisempfehlung sowie durch unternehmensverbandsinterne Preismeldestellen.

– Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verbietet grundsätzlich den Abschluß von Kartellverträgen, erlaubt jedoch in den §§ 2 bis 7 weitreichende Ausnahmen und nimmt mit den §§ 102, 103 ganze Wirtschaftsbereiche von dem gesetzlichen Verbot des § 1 aus. § 8 enthält zudem eine Generalklausel, die dem Bundesminister das Recht gibt, auch solchen Unternehmenszusammenschlüssen zuzustimmen, die nach den Voraussetzungen dieses Gesetzes nichtig sind.

– Die kapitalmäßige und personelle Verflechtung der Unternehmen untereinander (Konzernierung) hat erhebliche Auswirkungen auf deren wettbewerbsrelevantes Verhalten.

– Gegen den Markteintritt potentieller Konkurrenten errichten die etablierten Unternehmen Markteintrittsschranken, etwa im Wege der vertikalen Konzentration[31]), der kostenverursachenden Werbung, der Androhung von Patentprozessen; schließlich wird durch Fusion der potentielle Konkurrent zum Partner.

---

30) Die vielfach behauptete Bedeutung der Wettbewerbspolitik für die Stabilitätspolitik wird jüngst aufgrund einer konkreten Bestandsaufnahme des wettbewerbspolitischen Instrumentariums des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), anstelle eines diffusen Wettbewerbsverständnisses, bestritten. Vgl. H. Bünning, Zum Zusammenhang zwischen Wettbewerbspolitik und Stabilisierungspolitik, in: „Konjunkturpolitik", 2/1974.

31) „So verhält es sich z. B. mit einem neuen Anbieter von Automobilen, der gezwungen ist, ein konkurrenzfähiges Reparatur- und Verkaufsnetz zu errichten, weil seine Käufer das der anderen nicht mit benutzen können" (SVR, Jg. 1971, Ziff. 382).

2. Die weitgehende Koordination des Anbieterverhaltens erlaubt den Großunternehmen eine Preissetzung nach Maßgabe der langfristigen Unternehmenspolitik. Dabei finden Verfahren des „administered pricing" (Verordnete Preisfestsetzung) Verwendung[32]). Deren wohl verbreitetste Version ist das „target pricing" (genauer: target rate of return pricing, Preisfestsetzung nach Maßgabe eines angestrebten Ertrags), das folgendermaßen verfährt: (1) Bestimmung einer Sollverzinsung auf das investierte Kapital. (2) Ermittlung der durchschnittlichen Lohn- und Materialkosten bei einer vorgegebenen Kapazitätsauslastung, den Standardkosten. (3) Errechnung der Stückkosten. (4) Fixierung des den geplanten Gewinn realisierenden Preises. (5) Berücksichtigung der Nachfrage und der Preise konkurrierender Güter.

3. Die geringe Berücksichtigung der Nachfrage – besonders in Hinblick auf das Ausbleiben von Preissenkungen als Folge eines Nachfragerückgangs – stützt sich auf Annahmen über das Verhalten der Nachfrager, die der Rechtfertigung der Unterlassung von Preisreduktionen dienen: Die Umsatzausweitung infolge von Preissenkungen wird als zu gering erachtet, den bisherigen Gewinn zu halten oder gar zu erhöhen. In Erwartung weiterer Preissenkungen könnten die Käufer Zurückhaltung üben. Preissenkungen werden möglicherweise mit Qualitätsminderungen in Verbindung gebracht. Einmal gesenkte Preise sind nur unter Schwierigkeit wieder anzuheben.

Die bisher skizzierten Sachverhalte – Ausschaltung der Preiskonkurrenz durch Mechanismen der privatwirtschaftlichen Preiskontrolle, kosten- bzw. gewinndeterminierte Preissetzung, die verbreitete Auffassung von der gewinnmindernden Wirkung der Preissenkung – bewirken eine asymmetrische Preisflexibilität, die inflationäre Tendenzen begründet.

4. Die Investitionsprogramme großer Firmen sind Bestandteil der langfristigen Unternehmensstrategie, mittels derer sie ihre nationalen und internationalen Positionen zu festigen und auszubauen suchen[33]). In dieser Funktion sind sie durch die an kurzfristigen konjunkturellen Erwägungen ausgerichteten steuerlichen und geldpolitischen Maßnahmen kaum beeinflußbar. Dies um so weniger, als die Zinskosten steuerlich voll absetzbar sind und die Großunternehmen sich durch internationale Gewinnverlagerung dem fiskalpolitischen Zugriff zu entziehen wissen.

Die Investitionen hängen mit den Preisen in zweierlei Weise zusammen. Einmal bilden sie die Grundlage der Preiskalkulation. Ein bestimmter Investitionsumfang erfordert ein entsprechendes Profitvolumen und dessen Gewährleistung über die Preise. Zum anderen haben die zukünftigen Investitionen profitable, aktuelle Preise zur Voraussetzung. Da die Investitionen in Erwartung einer geplanten Rendite getätigt werden, antizipiert ihre Durchführung

32) Einer ersten groben Schätzung des Bundeskartellamtes zufolge sind bei Produktionswerten in Höhe von 154,1 Mrd. DM die Preise privat administriert, zuzüglich eines preisgebundenen Umsatzvolumens im Einzelhandel von 17,8 Mrd. DM. Darin sind jedoch einige Wirtschaftsbereiche sowie vergleichbare Preisverhaltensweisen nicht enthalten (Tätigkeitsbericht 1973, S. 16).

33) Wobei eine gewisse situative Substitutionalität zwischen Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen gegeben sein dürfte. Vgl. SVR, Jg. 1973, Ziff. 66.

gleichsam die vollständige Überwälzung aller Kosten im Preis. Die Preise werden somit zu Variablen der Gewinnplanung.

5. Großunternehmen ziehen aus ihrer Marktmacht Vorteile auch bei der Aufbringung finanzieller Mittel. Der Umfang der Selbstfinanzierung steigt mit der Macht, die Preise administrieren zu können. Mit höherer Eigenkapitalquote nimmt die Zinsempfindlichkeit ab und die Kreditwürdigkeit zu. Die Inanspruchnahme des Kapitalmarkts im Wege der Emission von Aktien und Anleihen knüpft an Voraussetzungen an, die de facto nur börseneingeführte Großunternehmen erfüllen. Im Zuge der Internationalisierung gewinnen multinationale Konzerne zunehmend die Macht, eine autonome Kreditpolitik zu betreiben.

Durch Vorziehen oder Hinausschieben von Zahlungen für konzerninterne Warenlieferungen, durch die Verrechnung imaginärer Leistungen und schließlich durch eine entsprechende Gestaltung der Transferpreise für interne Lieferungen können den Tochtergesellschaften Kredite zugeschoben werden. Vorteile großer Unternehmen zeigen sich indes auch bei der Vergabe von Bankkrediten. Teurer und – sofern der Notenbank die Beschränkung gelingt – knapper Kredit dürfte vorzugsweise ihnen zugeteilt werden, da sie, aufgrund ihrer Preissetzungsmacht, höchste Bonität und geringstes Kreditrisiko für die kreditgebenden Banken darstellen.

Zusammenfassend lassen die Langfristigkeit der Investitionen und ihre stets mögliche Finanzierung in Großunternehmen es für die Geld- und Fiskalpolitik aussichtslos erscheinen, auf das Investitionsverhalten und die darauf basierenden Preise wirksamen Einfluß nehmen zu können.

6. Die hier behauptete Loslösung der Preisentwicklung von der Nachfrageentwicklung wird durch den empirischen Befund gestützt. Die inflationären Preissteigerungen haben sich über die konjunkturellen Nachkriegszyklen hinweg beschleunigt. Die Kapazitätsauslastung sowie die Entwicklung des Auftragsbestands in der verarbeitenden Industrie der letzten Jahre weisen hingegen eine sinkende Tendenz auf. Akzeptiert man diese Kennziffern als Indikatoren der Nachfrageentwicklung, so wird darin die zunehmende Nachfrageunabhängigkeit der Preisniveauentwicklung im Sinne des von der herrschenden ökonomischen Theorie behaupteten Zusammenhangs belegt. Damit entzieht sich die Preisniveauentwicklung der stabilitätspolitischen Beeinflussung durch Nachfragesteuerung, da die vorausgesetzte Reaktionsverbundenheit tatsächlich kaum besteht. Dieser Befund kontrastiert augenfällig mit den impliziten Prämissen konjunkturpolitischer Instrumente. Das Scheitern der Stabilitätspolitik liegt somit nicht in der unzureichenden Ausgestaltung des Instrumentariums, sondern im konzeptionellen Ansatzpunkt begründet. Die Konsequenzen, die sich aus der Anwendung globalsteuernder Maßnahmen unter den Bedingungen hoher wirtschaftlicher Konzentration ergeben, seien nachfolgend für die konjunkturellen Phasen Rezession und Boom diskutiert.

IV

In der Krise erweist sich die Nachfrage, gemessen an den aufgebauten Kapazitäten, als unzureichend. Die Kapazitätsauslastung sinkt. Unterschreitet sie die der Preiskalkulation zugrundegelegte Standard-Auslastung, so führt dies zu Preissteigerungen, da nun die angestrebte Sollverzinsung über den Absatz einer geringeren Stückzahl realisiert werden muß[34]). Beispiel dafür ist die vielgeübte Praxis in der Automobilindustrie. Aus diesem Zusammenhang erklären sich die stagflationären Tendenzen: Inflation bei gleichzeitigem Rückgang von Produktion und Beschäftigung.

Die Marktmacht monopolistischer Unternehmen als Zulieferer oder Abnehmer gegenüber wirtschaftlich abhängigen Unternehmen ermöglicht ihnen, sich den Krisenfolgen tendenziell zu entziehen. Abnehmer können gezwungen werden, die bisherige Menge zu den bisherigen oder gar erhöhten Preisen abzunehmen. Zulieferer können zu erheblichen Preisnachlässen gezwungen werden, andernfalls das herrschende Unternehmen zur verstärkten Eigenproduktion übergeht, indem es die zuvor bezogenen Teile nun selbst herstellt. Das marktmächtige Unternehmen wird somit krisensicherer, sein Konjunkturrisiko nimmt auf Kosten der von ihm abhängigen Firmen ab, deren Krisenanfälligkeit zunimmt[35]).

Mit der Krisenunempfindlichkeit der Unternehmensrentabilität ist jedoch keine Stabilität des Beschäftigungsstandes verbunden. Einer möglichen konjunkturellen Stabilisierung der Belegschaft aufgrund vermehrter Eigenproduktion und eventueller Beibehaltung des mengenmäßigen Absatzes in abhängigen Sektoren steht eine erhöhte Gefahr des Arbeitsplatzverlustes in eben diesen Bereichen sowie ein gravierenderer sonstiger Absatzrückgang infolge der Preispolitik entgegen[36]). Schließlich ist die verminderte zyklische Empfindlichkeit und die damit verbundene Möglichkeit, auch während rezessiver Phasen kostensenkende Investitionen größeren Umfangs vornehmen zu können, geradezu ursächlich für eine Rationalisierungsarbeitslosigkeit, die aus einem geringeren Arbeitseinsatz und hoher Kapitalintensität folgt.

Die wirtschaftspolitische Ankurbelung erfolgte 1967 mittels zweier Investitionsprogramme mit einem tatsächlich ausgeführten Volumen von 7,1 Mrd. DM. Unter Einschluß der komplementären Ausgaben von privater Seite wurde eine Nachfrage in Höhe von 12,5 Mrd. DM unmittelbar mobilisiert[37]). Durch die Zusammenstellung der geförderten Investitionen ist die öffentliche Hand prinzipiell in der Lage, auch infrastrukturellen und sozialpolitischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Mit dem Betrag zusätzlicher Staatsausgaben ist jedoch noch nichts über die Preise und Mengen entschieden. Der expansive Effekt ist um so größer, je größer die Mengenreaktionen ausfallen, d. h., je geringer die Preise sind. Der Staat macht jedoch den anbietenden Unternehmen keinerlei Auflagen hinsichtlich deren Preisbestim-

34) Vgl. SVR Jg. 1971, Ziff. 332.
35) Vgl. H. Arndt, Mikroökonomische Theorie, Bd. II, Tübingen 1966, S. 188f.
36) Vgl. R. Kuda, Langfristige Entwicklungstendenzen von Produktion und Beschäftigung, in: „WSI-Mitteilungen", 10/1976, S. 566.
37) Bundestagsdrucksache V/3660.

mung, so daß die Preispolitik der Unternehmen gegenüber dem Staat die angestrebten Beschäftigungswirkungen unterlaufen kann.

Der Regelfall sieht für die Vergabe von Staatsaufträgen die öffentliche Ausschreibung vor. Durch geeignete Regeln sucht dieses Verfahren den Wettbewerb zwischen den anbietenden Unternehmen zu sichern, mit dem fiskalischen Ziel, möglichst preisgünstig einzukaufen und dem Prinzip des sparsamen Umgangs mit Steuermitteln zu entsprechen.

Dieses Verfahren wird bei konjunkturellen Sofortprogrammen aus Gründen der Dringlichkeit der Ausführung nicht angewandt[38]). An seine Stelle treten die Verfahren der beschränkten Vergabe – der Konkurrenzaufruf ergeht nur an einen begrenzten Kreis von Anbietern, der seitens der Verwaltung zusammengestellt wird – oder die freihändige Vergabe, bei der die Auftragsvergabe nach freiem Ermessen des Auftraggebers erfolgt[39]). Die von den Bietern geforderte wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit weisen sicherlich Großunternehmen auf, die, von der Krise in nur geringem Maße betroffen, aus ihrer Bekämpfung vorwiegend den Gewinn ziehen dürften.

Für bestimmte Aufträge (z. B. Rüstungsgüter) kommen ohnehin nur wenige Unternehmen in Frage. Hier zeigt sich die Fiktion der von Minister Schiller seinerzeit so betonten Trennung von einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Ebene. Die Tatsache, daß die Auftragserteilung an eine Firma oder Branche andere Unternehmen oder Branchen ausschließt, ihnen damit diesen Vorteil vorenthält, beeinflußt die Konkurrenzsituation. Der staatliche Eingriff beeinflußt mit Notwendigkeit die Mikrorelationen.

Die Verausgabung der Mittel auf der einen Seite erfordert deren Finanzierung auf der anderen. Sie erfolgt aus der in der Hochkonjunktur gebildeten Konjunkturausgleichsrücklage (§ 5 StabG), dem Aufkommen aus der in 1973 erhobenen Investitionssteuer und, erforderlichenfalls, auf dem Kreditwege (§ 6 StabG). Die direkte Verschuldung bei der Bundesbank ist dem Staat – von den kurzfristigen Kassenverstärkungskrediten (dem Kontokorrentkredit der öffentlichen Hand) – gesetzlich versperrt. Als Finanzierungsquelle kommt dann in erster Linie die Verschuldung bei den Geschäftsbanken in Frage, die sich ihrerseits durch den Verkauf von Geldmarktpapieren an die Bundesbank refinanzieren können. Dieser Umweg bewirkt, „daß die Verzinsung nunmehr die Rentabilität der Banken und damit das Einkommen ihrer Aktionäre verbessert"[41]). Erfolgt die Inanspruchnahme privaten Kredits durch die Emission von Anleihen durch das Bundesanleihekonsortium, in dem die Kreditinstitute mit einer bestimmten Übernahmequote vertreten sind, so ziehen die Konsorten mit der höchsten Quote – und das sind vornehmlich die drei Großbanken

38) Vgl. A. Möller, Kommentar zum Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, Hannover 1969, S. 174ff.
39) Die dabei der Preisermittlung zugrundegelegten Selbstkostenpreise verdienen häufig kaum ihren Namen, wegen der Unmöglichkeit der Kontrolle des Gewinnspielraums. Die Berücksichtigung nur einer überschaubaren Zahl von Anbietern eröffnet den Unternehmen Möglichkeiten der Absprache z. B. durch Bildung sog. Submissionskartelle. Vgl. J. Steinhausen, Der Staat als Auftrags- und Arbeitgeber, WISU, 11/1976, S. 521ff.
40) Entfällt.
41) Zimmermann/Henke, Einführung in die Finanzwissenschaft, München 1975, S. 262.

mit 40% – aus der gewährten Konsortialvergütung den größten Gewinn[42]). Soweit man die dort festgelegten Quoten als Richtmaß für die Anteile der Gläubiger von Staatskrediten anderer Ausstattung und Laufzeiten unterstellen darf, trifft die Feststellung der relativen Besserstellung der größten Kreditgeber auch hier zu.

Das quantitative Volumen der Konjunkturprogramme und insbesondere ihrer investiven Elemente sagt indes noch nichts über die konjunkturellen Impulse der öffentlichen Haushalte insgesamt aus. In den bisherigen Krisenjahren verhielten sich die Haushalte der Gebietskörperschaften durchweg prozyklisch, d. h., sie suchten die Ausgaben entsprechend den zurückgebliebenen Steuereinnahmen zu kürzen. „Entweder wurden ohnehin geplante Investitionsvorhaben über die verschiedenen Konjunkturprogramme finanziert, oder sie fielen gar dem Rotstift zum Opfer."[43]) 1967 und 1975 sind die öffentlichen Investitionen nicht nur nicht überproportional angestiegen, wie es konjunkturpolitisch erwünscht gewesen wäre, sondern sogar anteilig an den Gesamtausgaben gesunken[44]). Demnach haben die Stabilitätsprogramme des Bundes eher einen noch tieferen Abschwung verhindert als den Aufschwung eingeleitet[45]).

Die Konjunkturprogramme aus 1974/75 weisen jedoch gegenüber denen aus 1967 bezeichnende Unterschiede auf. Die Investitionsprogramme aus 1967 sahen insgesamt Ausgaben in Höhe von 7,8 Mrd. DM vor. In Anspruch genommen sind im Ergebnis 0,7 Mrd. DM weniger. Die Stabilitätsprogramme aus Dezember 1974 und August 1975 schlugen mit 6,4 Mrd. DM zu Buche – Investitionszulage nicht berücksichtigt. In ihren vergleichbaren Programmelementen (Bundesinvestitionen, kommunale Investitionen, Wohnungsneubau bzw. -modernisierung) erreichten die Programme 6,0 Mrd. bzw. 5,5 Mrd. DM. Berücksichtigt man die seither gestiegenen Preise, das Wachstum des Sozialprodukts wie auch die Tiefe des konjunkturellen Verfalls 1974/75 gegenüber 1967, so fällt der Unterschied in der Dosierung der Maßnahmen weitaus größer aus, als es die nominale Differenz vermuten läßt. Der unmittelbar aus diesen Maßnahmen resultierende Beschäftigungseffekt wird aufgrund der gestiegenen Produktivität nochmals gemindert.

Die verteilungspolitischen Ansichten der jeweiligen wohnungswirtschaftlichen Teilprogramme scheinen gegensätzlich. Mit den Mitteln des Neubauprogramms aus dem Zweiten Konjunkturprogramm von 1967 sollte der Bau von Wohnungen für solche Personen gefördert werden, deren Einkommen bis zu einem Drittel über der Einkommensgrenze des sozialen Wohnungsbaus

---

42) Vgl. H. Schwedes, Der Bund am Kapitalmarkt, Berlin (West) 1972, S. 86ff.
43) „DIW-Wochenbericht" v. 29. 1. 1976, S. 23.
44) Vgl. SVR, Jg. 1967, Ziff. 173, und Jg. 1975, Ziff. 213.
45) „Allerdings hat der Bund wohl allenfalls verhindert, daß die Rezessionstendenzen des Jahres 1967 durch die Finanzgebarung der öffentlichen Hand insgesamt verstärkt würden" (SVR, Jg. 1967, Ziff. 172; vgl. auch „DIW-Wochenbericht" v. 29. 9. 1967, S. 206). – „Mit seinen eigenen zusätzlichen Ausgabenprogrammen hat der Staat lediglich verhindert, daß die öffentliche Nachfrage, den rückläufigen Steuereinnahmen folgend, hinter der geplanten zurückblieb" (SVR, Jg. 1976, Ziff. 11*). Worauf sich angesichts dieser Beurteilungen Formulierungen wie „Entscheidende Anregungen von den Konjunkturprogrammen" (SVR, Jg. 1968, Ziff. 12) oder „Massive expansive Impulse" (SVR, Jg. 1975, S. 94) stützen, bleibt dunkel.

liegt. Die Förderung baulicher Modernisierungsmaßnahmen wies lediglich Höchstsätze auf[46]).

Demgegenüber lag im Wohnungsmodernisierungsprogramm vom August 1975 die Mindestsumme der begünstigten Instandsetzungskosten bei 4000 DM. Bei durchschnittlichen Zuschüssen von 6000 bis 8000 DM je Antragsteller und Investitionszulagen von 15 bzw. 30% beträgt der Modernisierungsaufwand demnach 40 000 bis 53 000 DM bzw. 20 000 bis 27 000 DM[47]). Konnten diese Kosten darüber hinaus als Erhaltungsaufwand steuerlich abgesetzt werden, ergibt sich insgesamt eine staatliche Bezuschussung von bis zu 80% des Modernisierungsaufwands, der zum Teil noch auf die Mieten überwälzt werden konnte[48]). Das gewählte Vergabeverfahren, sogenanntes „Windhundverfahren" (wer zuerst kommt, sollte zuerst mahlen), begünstigte vor allem die Großbanken, deren „schnellste" die Deutsche Bank war[49]), die die Zuteilung der Mittel mit einem Kredit koppeln konnte, sowie deren Großkunden. So resümiert das „Handelsblatt" mit dankenswerter Offenheit: „Alles in allem: Bei dieser Subvention war der ‚Kleine Mann' von vornherein ausgeschlossen."[50])

Als Resultat der vordringenden Interpretation der Arbeitslosigkeit als zum Teil strukturell bedingt beinhalten die Programme aus 1974 und 1975 arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Sie bestehen aus Eingliederungshilfen (Lohnkostenzuschüsse) für die einstellenden Unternehmen und Umzugshilfen (Mobilitätszulagen) für längerfristig Arbeitslose. Nach den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung – in den vorhergehenden Programmen war die Mobilitätszulage bescheidener bemessen – kann ein Arbeitsloser, der eine neue Stelle annimmt, unter bestimmten Voraussetzungen maximal 1400 DM als einmalige Zulage sowie gegebenenfalls anfallende Umzugskosten und zusätzlich eine Einrichtungsbeihilfe beanspruchen. Die den Unternehmen gewährten Lohnkostenzuschüsse betragen 60% des Bruttolohns (in Ausnahmefällen auch mehr) auf sechs Monate. Daraus ergeben sich Kosten von 6000 DM pro Vermittlungsfall. Empirisch haben sich die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Programms vom Dezember 1974, von denen sich die Bundesregierung die Beschäftigung von 90 000 Arbeitslosen versprach, als „ziemlich erfolglos erwiesen"[51]), theoretisch eröffnet die Ausgestaltung zahlreiche Möglichkeiten der Mitnahme der Prämie, ohne gesamtwirtschaftlich eine Senkung der Arbeitslosigkeit zu bewirken[52]).

Die spektakulärste Maßnahme des Konjunkturprogramms vom Dezember 1974 war wohl die von Dezember 1974 bis Juni 1975 gewährte Investitionszulage in Höhe von 7,5%. Im nachhinein erweist sich diese Maßnahme als fiska-

46) Vgl. „Bulletin" v. 4. 10. 1967, S. 924.
47) Vgl. A. Sörgel, Stabilisierung der Gewinne, in: Huffschmid/Schui (Hrsg.), Gesellschaft im Konkurs?, Köln 1976, S. 400.
48) Vgl. HB v. 8. 10. 1975.
49) Vgl. HB v. 17. 9. 1975.
50) HB v. 8. 10. 1975.
51) SVR, Jg. 1976, Ziff. 91.
52) Vgl. Hackmann/Keiter, Lohnkostenzuschüsse nach dem „Programm zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum bei Stabilität" v. 12. 12. 1974 in theoretischer Sicht, in: „Finanzarchiv", 1975/76, S. 329ff., und SVR, Jg. 1976, Ziff. 330.

lisch teuer – der Sachverständigenrat (SVR) schätzt 7,5 Mrd. DM[53]) – und gemessen an den offiziellen Erwartungen als nur mäßig effizient. „Zwar (kann ihr) bescheinigt werden, daß sie einen stärkeren Investitionseinbruch mit all seinen negativen Folgen im abgelaufenen Jahr verhindert hat"[54]), „eine nachhaltige Belebung der Investitionstätigkeit ... hat sie jedoch nicht in Gang setzen können."[55])

Von der Investitionszulage haben systematisch Großunternehmen profitiert. Aufgrund deren mehrjähriger Investitionsplanung sind sie in der Lage, die Bestellung bereits durchgeplanter Investitionsprojekte zeitlich flexibel zu handhaben[56]). Die Maßnahme erweist sich auf dieser Seite als konzentrationsfördernd[57]). Auf der anderen Seite förderte sie, da sie an dem Tatbestand der Investition und nicht an den damit verbundenen Beschäftigungseffekten ansetzt, überwiegend Rationalisierungsinvestitionen[58]). Objektiv subventioniert die Bundesregierung damit negative Beschäftigungswirkungen, ganz im Widerspruch zu der seinerzeit von Bundeskanzler Schmidt häufig strapazierten Argumentationskette, nach der das Gegenteil der Fall sein soll.

Diese als konjunkturpolitisch ausgewiesenen Maßnahmen begleiten wichtige steuerpolitische Änderungen[59]), die eine Kostenentlastung der Unternehmen beinhalten: Wegfall der Ergänzungsabgabe auf die Lohn- und Einkommenssteuer, Erhöhung des Freibetrags bei der Gewerbesteuer[60]), Einführung eines begrenzten Verlustrücktrags im April 1976. Gleichzeitig nehmen die seitens des Bundes und der Länder der gewerblichen Wirtschaft gewährten Steuervergünstigungen 1976 gegenüber dem Vorjahr zu[61]). Die Finanzhilfen des Bundes an die gewerbliche Wirtschaft gingen zwar zurück, jedoch nur um etwa den Betrag der „Zuschüsse zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft", die nun über den „Kohlepfennig" vom Stromverbraucher aufgebracht werden.

Diese strukturellen Maßnahmen unterstreichen die sich aus dem Vergleich der Konjunkturprogramme von 1967 und 1974/75 andeutende Tendenz: Die

---

53) SVR, Jg. 1976, Ziff. 235.
54) „Ifo-Schnelldienst" v. 5. 4. 1976, S. 10.
55) SVR, Jg. 1976, Ziff. 235. – Einer Untersuchung des Ifo-Instituts zufolge „hat der weitaus überwiegende Teil von Firmen auf die Investitionsförderung lediglich mit einem Vorziehen bereits geplanter Vorhaben reagiert. Zusätzliche (ursprünglich nicht geplante) Bestellungen wurden im Durchschnitt nur von knapp 5% der Firmen gemeldet, gewichtet beträgt der Anteilsatz sogar nur 2,5%" („Ifo-Schnelldienst", a.a.O.). Bei den zusätzlich geförderten Investitionen dürfte es sich vielfach um die Neuanschaffung solcher Pkw gehandelt haben, nach denen die Nachfrage konjunkturell wenig reagibel ist.
56) Vgl. „Ifo-Schnelldienst", a.a.O., S. 5 und 10.
57) Am Rande sei vermerkt, daß für die Installierung von Investitionszulagen u. a. mit dem Gerechtigkeitsargument gestritten worden ist. Der Steuerabzug des § 26 StabG setze ja das Vorhandensein ausreichender Gewinne voraus, um wirksam sein zu können. Gewinnlose Unternehmen aber können nichts abziehen.
58) „... knapp die Hälfte vornehmlich in der Absicht investiert, Produktion und Verwaltung zu rationalisieren" (SVR, Jg. 1975, Ziff. 92).
59) „Durch die geplanten Steuererhöhungen, die verstärkt Bezieher niedriger Einkommen mit entsprechend hoher Konsumquote treffen, werden die Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben, die insbesondere dem Bund als Folge der Steuer- und Kindergeldreform entstanden sind, schon zwei Jahre später kompensiert sein" („DIW-Wochenbericht" v. 18. 3. 1976).
60) Vgl. SVR, Jg. 1975, Ziff. 215. – Die im Gewand der Mittelstandsfreundlichkeit daherschreitende Erhöhung des Gewerbesteuerfreibetrags trägt es nur scheinbar. Berücksichtigt man, daß bisher 5% der Steuerzahler 75% des Gewerbesteueraufkommens aufbringen, so begünstigt diese Maßnahme eben diejenigen, die mit ihrem Ertrag über der bisherigen Freibetragsgrenze lagen. Vgl. F. Neumark, Grundsätze gerechter und ökonomisch-rationaler Steuerpolitik, Tübingen 1970, S. 78f. Ähnliches gilt für den auf 5 Mio. DM begrenzten Verlustrücktrag.
61) Vgl. Fünfter Subventionsbericht, BT-Drucksache 7/4203, S. 18.

konjunkturpolitische Beeinflussung entfernt sich zunehmend von der Förderung der konkreten betrieblichen Produktionsergebnisse zugunsten einer Förderung der allgemeinen kostenseitigen Produktionsbedingungen im Wege der Kostenentlastung und -subvention. Sie verliert damit ihren Einfluß auf das Resultat der Mittelverwendung, wie es sich in der Zusammensetzung des gesamtwirtschaftlichen Güterangebots, d. h. der Versorgungslage der Bevölkerung, niederschlägt, oder, neoklassisch formuliert, auf die Allokation.

In eben diese Richtung deuten denn auch die Vorschläge des SVR in seinem jüngsten Gutachten[62]). Im einzelnen erwägt der Rat:

Erstens die Erweiterung der Möglichkeiten der degressiven Abschreibung von derzeit maximal 20% auf 25%. Die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle werden auf 1,3 Mrd. DM geschätzt[63]).

Zweitens die verstärkte Förderung der privaten Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen, jedoch nicht im Wege der bislang vorwiegend praktizierten direkten, gezielten Projektförderung, sondern durch „die Einführung eines neuen Förderungssystems, das globaler wirkt und staatliche Instanzen nicht mit der Entscheidung belastet, welche Neuentwicklung gefördert werden soll"[64]). Die Wirtschaftspolitik soll von der globalen Nachfragesteuerung fort auf die globale Angebotssteuerung hin orientiert werden. Die Entscheidung über die Verwendung der Mittel wird darin den Unternehmen überlassen. Zugleich aber fallen damit die Chancen der öffentlichen Realisierung der Ziele des § 1 StabG.

Mit dem Ende März bekanntgewordenen „Programm für Zukunftsinvestitionen" oder – profaner – 16-Mrd.-DM-Programm folgt die Bundesregierung den Empfehlungen des SVR, die dieser unter dem Stichwort „Konsolidierung – qualitativ" so formuliert: „Der Mangel an Investitionen und Arbeitsplätzen läßt es nicht zu, daß der Staat einfach Ausgaben kürzt, wo er kann, und dabei womöglich gerade jene Ausgaben beschneidet, die komplementär zu privaten Investitionen sind, die wichtige Vorleistungen für private Investitionen darstellen, die private Investitionen anregen . . . Auf diese aber kommt es gerade an."[64a])

Der Bundesregierung kommt es auf die Bereiche Verkehr, Wasserwirtschaft, Stadtsanierung, auf die jeweils knappe 30% der Ausgaben entfallen, Energiewirtschaft (10%) und Berufsbildung (4%)[64b]) an. Noch 1977 sollen Aufträge in Höhe von 3,5 Mrd. DM vergeben werden; angesichts der Million Arbeitsloser ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem sind die Investitionen der öffentlichen Hand gegenüber 1975 zurückgegangen. Die praktisch auf Null gefallene Selbstfinanzierungsquote der Kommunen läßt Mitnahmeeffekte er-

62) „Die Ratio einer Wachstums- und Strukturpolitik, so wie wir sie unter den heutigen Gegebenheiten für notwendig erachten, liegt darin, daß der Staat, der am Gewinn hoch beteiligt ist, auch stärker als bisher das Innovations- und Investitionsrisiko mitträgt" (SVR, Jg. 1976, Ziff. 306).
63) SVR, Jg. 1976, Ziff. 325.
64) Ebd. und Ziff. 328. Dies wird ausgerechnet mit „schwierigen Bewertungs- und Prognoseproblemen" begründet (Ziff. 329).
64a) SVR, Jg. 1976, Ziff. 347.
64b) Alle Angaben und Zitate: „Bulletin" v. 30. 3. 1977, S. 305ff.

warten. Die Gemeinden werden versuchen, ohnehin geplante und unaufschiebbare Investitionsvorhaben über das Sonderprogramm zu finanzieren, um die weitere Verschuldung gering zu halten.

Das Investitionsprogramm bedeutet keineswegs die Abkehr der Bundesregierung von dem mit dem Haushaltsstrukturgesetz eingeleiteten Abbau sozialstaatlicher Leistungen; denn die Finanzierung wird „bei der Haushaltskonsolidierung in den nächsten Jahren im Bereich der konsumptiven Aufgaben weitere Anstrengungen abverlangen", obwohl die Ausgaben aus Krediten finanziert werden sollen und damit ein lukratives Bankengeschäft zu werden versprechen.

Den Willen, die Sparpolitik fortzusetzen, dokumentiert auch die Auswahl der Infrastrukturinvestitionen. Die Vorhaben weisen nur geringe Folgekosten – das sind die laufenden Kosten des späteren Betriebs – auf und begründen daher keine Ausgaben künftiger Haushaltspläne. Unter diesem Gesichtspunkt mußten den infrastrukturellen Einrichtungen, die unmittelbar der Bevölkerung zugute kommen und meist mit hohen Folgekosten verbunden sind, wie Kindergärten, Schulen, Altenheime, Krankenhäuser, Schwimmbäder, Büchereien, die Anerkennung als „Zukunftsinvestition" versagt bleiben. Die Aufträge werden im Wege der beschränkten Ausschreibung vergeben.

Die Auftragsbeschreibung bezieht sich lediglich auf das jeweilige Objekt und läßt die Unternehmensentscheidungen über das Verhältnis von eingesetzter Arbeit zu eingesetztem Kapital unbeeinflußt. Dem Auftragnehmer steht es, im Rahmen seiner finanziellen und technischen Möglichkeiten, frei, für die Ausführung des Auftrags Neueinstellungen oder produktivitätssteigernde Maßnahmen vorzunehmen. Der Beschäftigungseffekt ist unsicher. In Einzelfällen kann die Auftragserteilung und die damit verbundene Umsatzzunahme ausschlaggebend für die Anschaffung arbeitssparender Maschinen sein.

Was sich die Bundesregierung unter den angekündigten „Anstrengungen" vorstellt, deutet bereits die Ergänzung zum Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1977 an. Neben 167 Mio. DM bei der Bundesschuld werden insgesamt 360 Mio. DM, die zur Verstärkung der Personalausgaben vorgesehen waren, zur Kürzung vorgeschlagen. Einer möglichen Mehrbeschäftigung, vorwiegend im Bausektor, steht dann eine verringerte Beschäftigung im staatlichen Sektor gegenüber. Insofern ist die Charakterisierung des Programms als „kein reines Arbeitsbeschaffungsprogramm" eine milde Umschreibung für eine absehbare mäßige beschäftigungspolitische Wirksamkeit. Schließlich aber lautet das erste Ziel des Programms denn auch: „Vertrauensstabilisierung".

Zusammenfassend gibt es gute Gründe, zu vermuten, daß ein künftiges Urteil über dieses Programm ähnlich dem über die ihm vorangegangenen ausfallen wird: Es hat ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit verhindern können, eine durchgreifende Besserung konnte es indes nicht bewirken.

(Zweiter Teil folgt)

Medienkritik

„DAS BROT DES BÄCKERS"

Heile Welten sind Gegenwelten. Sie bestehen aus Gegenvorstellungen, die von den Mängeln und Widersprüchen der unheilen Wirklichkeit provoziert sind. Heile Welten leben also vom Gegensatz. Sind die Mängel und Widersprüche der Wirklichkeit Folgen der Veränderungen, die die Menschen in der Weiterentwicklung ihrer Geschichte vollziehen, so ist es für das Individuum leichter, sich gegen diese Veränderungen zu wehren, auch wenn sie nicht rückgängig zu machen sind, als neue Ideen und Maßnahmen zu ergreifen, die den Veränderungen Rechnung tragen würden.

Die Gegensätze in Erwin Keuschs Film sind klar und einfach, und man weiß sofort, wo das Gute herrscht: dunkle drohende Wolken des Fortschritts zerstören ein harmonisches Zusammenleben und -arbeiten in patriarchalischer Lebensordnung: In die gemütliche Backstube ziehen die Maschinen ein, die idyllische Kleinstadt wird vom Supermarkt erobert, der Mittelstand geht kaputt, und das dunkelhaarige sinnliche Mädchen will den Gesellen der blonden Gisela und seinem Beruf entfremden. Auf allen Ebenen dieses Gegensatzes kommt es im Lauf der Handlung zu einer Krise. Die verlassene Gisela macht einen Selbstmordversuch, die Gesellen verlassen den Meister, und dieser selbst, sonst strengväterlich, macht eine Dummheit – aber: „Wer schlägt nicht gern mal einen Supermarkt zusammen" (Filmprospekt).

Die Fabel zielt auf Überwindung der Krise. Alle finden sich am Ende im Städtchen ein, um dem Vater und Meister zu helfen; selbst die studierenden – und entsprechend redenden – Söhne packen zu, und die blonde Gisela lebt wieder auf. Der Geselle Werner, der schon in die Stadt zur Freundin ins Appartement und in die vollautomatisierte Brotfabrik (mit Schwimmbad fürs Personal) entflohen war, kehrt ebenfalls heim und läßt im Schlußbild den Zug in die Stadt allein abfahren. Die Harmonie am Ende ist gewiß keine dauernde, aber wie es weitergeht, wird trotz einiger Sätze über die Möglichkeit genossenschaftlicher Produktionsformen nicht klar. Der Film setzt der starken Wirkung seines Happy-Ends nichts entgegen.

Diese polemische Inhaltsangabe macht den Film schlechter, als er ist. Sie geht nach einer Methode vor, die schon öfter angewendet wurde, um linke, kritische Romane oder Filme durch die hämische Parallelsetzung mit den Klischees der Trivialliteratur abzuwerten. Die Parallelisierung wird möglich, weil beide der Versuch verbindet, auf die Lesebedürfnisse der arbeitenden Leute einzugehen. Wie ähnliche Versuche in den Romanen etwa des *Werkkreises Literatur der Arbeitswelt* ist dieser Film durch dieses Bemühen der Gefahr ausgesetzt, entweder in die vorgezeichneten Bahnen selber abzugleiten oder dieses den Erlebnisgewohnheiten der Rezipienten allzu nahe zu legen. Keuschs Film sei, so die „Frankfurter Rundschau", „ein handwerklich gut gemachter, unterhaltender und aufklärender, offenbar betroffen machender Gebrauchsgegenstand" – *wozu* er allerdings gebraucht wird, zum kompensierenden Träumen oder zur Erweiterung des sozialen und politischen Durchblicks, das ist damit noch nicht geklärt.

Dieser Film enthält sicher die seit langem beste und schönste Veranschaulichung von Arbeit, auch gelingt ihm über weite Strecken die Aufklärung über bestimmte gesellschaftliche Zustände – sein Gebrauchswert als Informationsquelle ist hoch. Aber abgesehen von der Spezifik der Problematik des Handwerks bietet er nur über alltägliche Erfahrungen vermittelte Erkenntnisse an, die jeder in seinem eigenen Alltag auch haben könnte. Ein Bedürfnis nach Sensibilisierung für die Aussagekraft der kleinen Erlebnisse des Alltags entsteht erst dann, wenn klar ist oder wird, wohin sie führen, der Annäherung an welches Ziel sie dienen soll. Und da dies aufs Handeln hinausläuft, wird die Aufklärung darüber erst mal von der Handlung des Films erwartet.

Die Handlung dieses Films ist aber eindeutig auf die vorläufige Stabilisierung der heilen patriarchalischen Welt des Handwerkers und Einzelunternehmers gerichtet. Die kritischen Distanzierungen, die sehr wohl auch dieser Harmonie gegenüber in den Film eingebaut sind, geraten unter dem Gesetz der Einheit zwischen Happy-End und Zielperspektive in die Rolle, nur Element der unheilen Welt zu sein. Dieser Vorgang, normalerweise als *Trivialisierung* bezeichnet, der aktuelle Rezeptionsbedingungen kennzeichnet, könnte den guten Absichten Keuschs zum Verhängnis werden.

Günter Giesenfeld

Bücher

Die Entdeckung der Nachkriegszeit

Neue Trends in der Geschichtsschreibung über das Westdeutschland der Jahre 1945 bis 1950

Ein Literaturbericht

Lange schien die innere Geschichte Westdeutschlands völlig in der Flut von Publikationen über deutsche Spaltung und Kalten Krieg zu verschwinden[1]). Die wenigen Arbeiten, die sich überhaupt, gegen den in der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung traditionellen Primat der Außenpolitik verstoßend, den inneren Vorgängen unseres Landes zuwandten, erstickten in ihrer Mehrzahl in seichter Apologie der Weststaatsgründung als der Wahl der „Freiheit" gegen den sowjetischen Machtanspruch oder in der formalen Darstellung seiner institutionellen Konstruktion[2]), wenn man einmal von der intensiveren, aber primär nicht historischen, sondern verfassungsrechtlichen Diskussion um das Grundgesetz absieht[3]).

Ein weiteres Merkmal der bisherigen historischen Literatur war die enge Quellenbasis außerhalb des Bereichs der traditionellen Außenpolitik. Selbst Publikationen verschiedener politischer Richtungen (einschließlich der relativ wenigen radikaldemokratischen und marxistischen) sahen sich in Quellen- und Literaturverzeichnis auf einen engen Kreis der immer gleichen Titel zurückgeworfen.

Ausbruch aus traditionellen Geleisen

So lag der entscheidende Anstoß für eine Neuorientierung der Geschichtsschreibung über die Nachkriegszeit nicht in erster Linie in neuen Grundlagenforschungen und sensationellen Quellenveröffentlichungen, sondern in einem Wechsel der historiographischen Perspektive und der politischen Fragestellungen an unsere jüngste Vergangenheit. Mit Eberhard Schmidt, „Die verhinderte Neuordnung", mit Schmidt/Fichter, „Der erzwungene Kapitalismus" und mit Huster u. a., „Determinanten der westdeutschen Restauration"[4]) kündigte sich ein an radikaldemokratischen und marxistischen Traditionen orientiertes Interesse an, das die Restauration der überkommenen monopolkapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik nicht als unvermeidlich akzeptierte, sondern die Ansätze zu sozialen und politischen Alternativen aufzuspüren versuchte.

Die seit Mitte der 60er Jahre manifeste Krise des bisherigen konservativen Eigenbildes der Bundesrepublik, in dem sich die übergroße Mehrheit der westdeutschen Historiker problemlos heimisch wußte, das Versagen der lange als Universalheilmittel gepriesenen neoliberalen Wirtschaftsstrategien, erste Schritte zur Auflösung der internationalen Kalte-Kriegs-Fronten und nicht zuletzt das Aufbegehren eines Teils der jungen Generation an Schulen und Hochschulen produzierte überhaupt erst wieder einen Problemhorizont des historischen Interesses, der sich nicht mit satter Selbstbestätigung und antikommunistischer Verketzerung jeder gesellschaftspolitischen Alternative zufrieden gab.

Die – zögernde – Formierung einer linken Strömung außerhalb der offiziösen Geschichtswissenschaft blieb aber auch nicht ohne Auswirkung auf die Lehrstühle und Forschungsinstitute der Republik, in denen die an sozialgeschichtlichen Methoden orientierten jüngeren Historiker sowohl differenziertere Positionen zur Auseinandersetzung mit dem Marxismus entwickelten als auch sich innerhalb der bürgerlichen Geschichtswissenschaft

1) Auswahlbibliographie von Benz/Vogelsang in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg. Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte, Stuttgart (DVA) 1973, Bd. III, Wolfgang Benz, Quellen zur Zeitgeschichte, S. 294 ff.

2) Siehe hierzu die Sammelrezension von Frank Niess, Antikommunismus, Westkurs und gesellschaftliche Restauration, in: „Das Argument", Nr. 70, Berlin (West) 1972, S. 76 ff.

3) Aktuelle Diskussion in: „Demokratie und Recht", bes. 2/1976 und Beihefte 3 und 4.

4) Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945–1952, (EVA) Frankfurt/M. 1970; Ute Schmidt/Tilman Fichter, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48, (Wagenbach – Politik 27), Berlin (West) 1971; Huster/Kraiker/Scherer/Schlotmann/Weltecke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1972.

einen eigenen Raum eroberten, der das neuerwachte Interesse an gesellschaftlichen Reformen auch auf die Vorgeschichte der BRD zurückblendete.

Zwar verblieb die Diskussion über die Bewertung der Nachkriegszeit zunächst auf der alten, allzu engen Literaturbasis stecken[5]), dennoch leitete sie eine neue Etappe ein, indem sie

– das Feld der historischen Fragestellungen absteckte, auf dem dann neue Einzelstudien in die Tiefe gehen konnten;

– die Nachkriegszeit als wesentlichen Gegenstand der Historie salonfähig machte, ja inzwischen eine erhebliche Schwerpunktverlagerung der Zeitgeschichtsschreibung auf die Jahre nach 1945 anregte;

– ausgehend vom ursprünglichen politischen Interesse an Systemalternativen zur BRD-Gesellschaft inzwischen selbst zunehmend auf das politische Bewußtsein zurückzuwirken beginnt. Wie sehr sich hier die Fronten verschoben haben, zeigte sich im Februar 1977, als sich sogar die CDU gezwungen sah, zum 30. Jahrestag des Ahlener Programms eine pompöse Feierstunde zu veranstalten.

Gerade in den letzten drei Jahren verdeutlicht eine immer mehr anschwellende Welle von Veröffentlichungen, daß die Aufarbeitung unserer unmittelbaren Vorgeschichte keine Eintagsfliege in den Debatten der jungen Linken war, sondern daß sie sich anschickt, das Geschichtsbild zunehmend intensiver zu prägen. Die folgende Literaturübersicht will keine vollständige Bibliographie bieten, sondern anhand ausgewählter bedeutender Neuerscheinungen die Haupttrends unserer „Vorgeschichtsschreibung" aufzeigen.

Zurück zu den Quellen

Daß die Erforschung der Nachkriegszeit inzwischen in die Tiefe und die Breite vorstoßen kann, ist nicht zuletzt der eher technischen Tatsache zu verdanken, daß sich 30 Jahre nach Kriegsende mehr und mehr die nationalen und internationalen Archive und Institutionen dem wissenschaftlichen Benutzer öffnen. Zwar lagen zur internationalen Politik und zur Spaltung Deutschlands bereits ausführliche Dokumentationen vor, aber die komplizierte innere Vorgeschichte der BRD konnte außer an der Teilpublikation der Dokumente des Parlamentarischen Rates fast nur anhand der Dokumentensammlung Flechtheims zur Parteiengeschichte[6]) ausgiebiger an Quellen studiert werden. Diese Lücken will nun auch das Bundesarchiv durch zwei Publikationsreihen schließen helfen.

Von den auf fünf Bände geplanten „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949" ist inzwischen der erste Band (September 1945 bis Dezember 1946) mit über 1000 Seiten erschienen[7]), der trotz einer gewissen Bevorzugung der Geschichte der staatlichen Reorganisation auch Einblicke in die Entwicklung der Parteien und – ansatzweise – in soziale und wirtschaftliche Prozesse bietet.

An die Seite dieser auf das gesamtstaatliche Leben zielenden Veröffentlichung tritt die Edition „Der Parlamentarische Rat 1948–1949"[8]), dessen erster Band die Vorgeschichte bis zur Eröffnung des Parlamentarischen Rates behandelt. Der für dieses Jahr angekündigte zweite Band verdient besondere Aufmerksamkeit, da er die verfassungsrechtlichen Vorarbeiten der Parteien und anderen Institutionen dokumentieren will, Dokumente also, deren große Mehrzahl der gewachsenen Wirklichkeit in der BRD ein klares: „Das haben wir nicht gewollt!" entgegenstellen.

Marie E. Foelz-Schroeter[9]) verdeutlicht besonders an der gescheiterten gesamtdeutschen

5) Neben zeitgenössischen Publikationen und Memoirenliteratur vor allem: Rolf Badstübner, Restauration in Westdeutschland 1945–1949, Berlin (Ost) 1965; Ders./Siegfried Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945–1949, Berlin (Ost) 1966; Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied (Luchterhand) 1966.

6) Ossip K. Flechtheim (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bd. 1–9, Berlin (West) 1962–1971; eine Auswahl daraus: Ders. (Hrsg.), Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg (Hoffmann und Campe) 1973; Eine kleinere Sammlung hat Fritz Krause zusammengestellt: Vergessene Programme oder: Woran CDU, FDP und SPD nicht mehr erinnert werden wollen. Vorstellungen zum Neubeginn 1945. Frankfurt/M. (Verlag Marxistische Blätter) 1975.

7) Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949. Gemeinsam hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte. Bd. 1: September 1945–Dezember 1946. Bearb. v. Walter Vogel und Christoph Weisz, München (Verlag Oldenbourg) 1976.

8) Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle. Hrsg. Kurt Georg Wernicke, Bd. 1: Vorgeschichte, bearb. v. Johannes Volker Wagner. Boppard (Boldt) 1975.

9) Marie Elise Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945–1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit. Studien zur Zeitgeschichte, Stuttgart (DVA) 1974.

Ministerpräsidentenkonferenz in München 1947, daß der gemeinsame Antikommunismus sozialdemokratische, christlich-konservative wie auch christlich-sozialreformerische westzonale Länderchefs zu einem kompromißlosen Block gegen alle ostdeutschen Einigungsversuche zusammenschweißte, so sehr ihre innen- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen auch auseinandergingen. Die Politik der „linken" Länderchefs, zugunsten dieses antikommunistischen Blocks die Fragen sozialökonomischer Strukturreformen zunächst auszuklammern, ließ sie dann nach erfolgter Weststaatsgründung zugunsten des Bürgerblocks ins Abseits wandern. Sie wurden so gegen ihren Willen zu Erfüllungsgehilfen einer im Alltag der Verwaltung längst funktionierenden Koalition zwischen den amerikanischen Besatzern und deutscher konservativer Bürokratie und den mit ihr verfilzten Unternehmerverbänden.

Noch immer liegt der konkrete Mechanismus der Durchsetzung des alten Besitzsystems in den alltäglichen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen der Besatzer und der ihnen unterstellten westdeutschen Behörden weitgehend im Dunkeln [10]) und wird sich wohl erst erhellen lassen, wenn die Akten von OMGUS – der amerikanischen Militärregierung in Deutschland – erschlossen sind [11]).

Welche spannenden Informationen aus Beständen der Besatzungsmächte zu gewinnen sind, belegt neuerdings auch die Dokumentation „Zwischen Befreiung und Besatzung" [12]), die anhand von 21 Berichten des US-Geheimdienstes OSS Auskunft über Stimmung und Lage im gerade besetzten Deutschland, Ansätze kollektiver Selbsthilfe in den Antifa-

10) Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone. Übers. und hrsg. von Lutz Niethammer, Stuttgart (DVA) 1973; John Gimbel, Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung, Marburg 1945–1952, Köln 1964; Ders., Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt (Fischer) 1971; Thilo Vogelsang/Conrad Latour, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947, Stuttgart (DVA) 1973; Lutz Niethammer: Entnazifierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt/M. (Fischer) 1972.

11) So angekündigt von J. J. Hastings, Die Akten des Office of Military Government for Germany (US), in: „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 24/1976, S. 75 ff.

12) Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, hrsg. v. Ulrich Borsdorf und Lutz Niethammer, Wuppertal (Peter Hammer-Verlag) 1976.

Demokratische Erziehung

Heft 3/77 *Zweimonatszeitschrift Dritter Jahrgang Mai 1977*

Politisch-wissenschaftliche Zweimonatszeitschrift für das gesamte Bildungs- und Erziehungswesen

In diesem Heft u. a.:

Ernst Rösner
Kooperative Schule – ein Schritt zur Gesamtschule?

Gerd Wenninger
Milderung der Jugendarbeitslosigkeit durch Beschäftigungshilfen?

Gerhard Bitterwolf
Die Behandlung der KSZE-Schlußakte – ein Unterrichtsmodell

Zur Entwicklung der Erziehungswissenschaft in der BRD

Manfred Bayer
Zu den Inhalten der Pädagogik-Ausbildung für Lehrer

Michael Otte
Die Bedeutung der Inhalte für Theorie und Praxis im Unterricht

Holger Brandes
Zur Kritik am Offe-Gutachten zur Bildungsplanung

H. J. Gamm
Die Wiederentdeckung der Bescheidenheit – Reflexionen im Zwischenfeld von Umweltdiskussion und Erziehung

u. a. m.

Heft 4/77: Zur Lage und zum Bewußtsein der Jugend (Juli)
Heft 5/77: Humane Schule – Humane Bildung? (September)

Pahl-Rugenstein

Einsenden an Pahl-Rugenstein Verlag
Postfach 510868, 5000 Köln 51

Ermäßigtes Probeabonnement

Ich abonniere die Zweimonatszeitschrift
Demokratische Erziehung
ab Heft 3/77 *zur Probe*, zunächst für drei Ausgaben, zum ermäßigten Vorzugspreis von DM 7,50 (einschl. Porto und MWSt.).

Bitte beachten Sie: Die Belieferung wird zu regulären Abonnementsbedingungen und -preisen (DM 3,80 zuzügl. Porto, für Studenten DM 3,30 zuzügl. Porto) fortgesetzt, wenn bis spätestens 30. September 1977 keine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist.

Name .....
Beruf .....
Straße .....
Ort .....
Unterschrift 47

Ausschüssen, Wege zur Neukonstituierung bürgerlich-dominierter Organisationen und zur Bildung der neuen Parteienlandschaft gibt.

Gesamtbilanzen

Den erreichten Forschungsstand, mehr aber noch die zahlreichen Lücken widerspiegelt die Bibliographie „SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1973" aus der Friedrich-Ebert-Stiftung. An ihr ist, trotz einiger offengebliebener Wünsche, sicher positiv zu registrieren, daß sie auch der kommunistischen Bewegung einigen Raum gibt und allgemein Titel marxistisch-leninistischer Historiker der DDR nicht ausspart.

Eine knappe Auswahl von Titeln zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte legte Hans-Ulrich Wehler vor, die belegt, wie wenig eigentlich immer noch über die epochalen Umschichtungen in der westdeutschen Sozialstruktur nach 1945, über die Lebensweise und Geschichte der sozialen Klassen in dieser Zeit, ja selbst über den Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft bekannt ist[13]).

Inzwischen ist das Münchener Institut für Zeitgeschichte angetreten, eine eigene, quasi-offiziöse Version über „Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik"[14]) vorzulegen und dabei von gewissen unhaltbaren Positionen des Kalten Krieges Abschied zu nehmen. Mit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise wächst auch das Interesse an neuen Varianten staatsmonopolistischer Lenkungsmodelle und an differenzierteren Strategien gegen eine erstarkende Arbeiterbewegung, die nicht zuletzt in den EG-Partnerländern Frankreich und Italien Modelle demokratischer Umwälzungen proklamiert, wie sie schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit einmal akut waren. In dieser Sicht kann die Nachkriegsgeschichte nach neuen strategischen Waffen zur Vermeidung antimonopolistischer Reformen abgesucht werden, sie muß aber auch dagegen immunisiert werden, daß sie ein Waffenarsenal eben für die Verfechter solcher Umwälzungen wird. Daher werden Demokratisierungs- und Sozialisierungsvorhaben zwar geschildert, aber ihres weitreichenden Konsenscharakters von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten entkleidet. Außerdem gelten die konkreten Pläne, Gesetze, Verfassungsbestimmungen in dieser Sicht mehr als Produkte der damals übergroßen Not anstatt auch heute aktuelle Anstöße.

Ganz anders hingegen bemühen sich einige radikaldemokratisch bis linkssozialistisch orientierte Autoren in ihrer knappen Übersicht „Das Parteiensystem in der Bundesrepublik"[15]) um eine durchgängig kritische Darstellung der Problematik von Kontinuität und Neuanfang 1945. Ihr Hauptaugenmerk liegt auf der schrittweisen Formierung eines antisozialistischen Bürgerblocks sowie dem sukzessiven Zurückdrängen des Umgestaltungswillens seitens der Arbeiterbewegung in den Westzonen. Das mangelnde Verständnis für die Elemente antifaschistisch-demokratischen Konsenses in der Strategie der KPD läßt die Autoren statt dessen nach angeblich „revolutionär-sozialistischen Kräften in KPD und SPD", die in Opposition zu ihren Führungen stünden, suchen. Hier zeigt sich, daß die besonders geschwächte Stellung der westdeutschen Arbeiterbewegung durch Antikommunismus, langjähriges KPD-Verbot und einen sozialdemokratischen Anpassungskurs an die CDU-Linie, der nur noch zur bloßen Karikatur des anderen reicht, auch das Verhältnis vieler Linker zur realen Tradition der Arbeiterbewegung und ihr Augenmaß für deren jeweils konkrete Handlungsbedingungen und Konzepte nachhaltig gestört hat.

In der Ambivalenz zwischen Bemühung um Aufarbeitung der proletarischen Traditionen und Streben nach dem Nachweis kritischer Distanz sowohl zu SPD wie KPD steht ebenso der Sammelband linkssozialistischer Autoren

13) Klaus Günther/Kurt Thomas Schmitz, SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1973. Eine Bibliographie. Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 6, Bonn-Bad Godesberg 1976 (Neue Gesellschaft); die Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie gibt außerdem seit 1976 eine fortlaufende aktuelle Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vierteljährlich heraus. Bonn-Bad Godesberg (Neue Gesellschaft) 1976 f.; Hans-Ulrich Wehler, Bibliographie zur modernen deutschen Sozialgeschichte (18.–20. Jahrhundert), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht/UTB) 1976. Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, Bd. 1; Ders.: Bibliographie zur modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (18.–20. Jahrhundert), Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, Bd. 2, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht/UTB) 1976.

14) Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, München (Beckssche schwarze Reihe 137) 1976.

15) Dietrich Staritz (Hrsg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung. Eine Einführung, Opladen (Leske & Budrich/UTB) 1976; dort auch weiterführende Hinweise auf die wichtigste Literatur.

„Die Linke im Rechtsstaat"[16]). Allerdings verschwindet die relative Eigenständigkeit (auch was den internationalen Kontext und besonders die Lage in Ländern wie Frankreich und Italien anbelangt) der Epoche 1945/46 bis 1947/48 hinter der Rekonstruktion der längerfristig wirksameren Gegentendenzen. Gerade angesichts solcher aktueller Losungen wie der „Union populaire" oder dem „Compromesso storico" sollte die unmittelbare Nachkriegszeit auch nach dem konkrethistorischen Ablauf entsprechender Kooperationsansätze auf Parteien- und Regierungsebene, nach ihren gar nicht unbeträchtlichen Gemeinsamkeiten und Ergebnissen befragt werden.

Eine Gesamtdarstellung aus marxistisch-leninistischer Sicht bieten Badstübner/Thomas, „Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955"[17]), die besonders durch ihre monolithische konzeptionelle Geschlossenheit hervorsticht. Fußend auf eigenen älteren Studien und der seither veröffentlichten Literatur analysieren sie ausführlich die Politik der revolutionären Arbeiterbewegung und die konkreten Formen von Spaltung und Restauration. Die zahlreichen für den Historiker noch offenen Fragen der Nachkriegszeit haben die Autoren wohl etwas über Gebühr geglättet, nicht zuletzt überall dort, wo es gegolten hätte, die durchaus ambivalenten Auswirkungen der Entwicklung in den Volksdemokratien und der SBZ auf die Westzonen realistisch zu analysieren. Auch für die Fragen nach den Auswirkungen der Strukturveränderungen der Arbeiterklasse auf ihr Kampfpotential sowie nach sozialgeschichtlichen Entwicklungen unterhalb der Ebene des akuten Klassenkampfes hätte man sich gerade von einem explizit marxistischen Ansatz mehr Tiefgang erhoffen können[18]).

Die Arbeiterklasse und der Neubeginn 1945

Ein schon vom Umfang her beeindruckendes Forschungsprojekt fand inzwischen mit der Veröffentlichung des Sammelbandes „Arbeiterinitiative 1945" seinen Höhepunkt[19]). Zwölf jüngere Historiker beschreiben an elf regionalen Beispielen[20]) und mehreren einführenden bzw. systematisierenden Kapiteln die Traditionslinien der Arbeiterbewegung, die zum Jahre 1945 hinführten, die Bildung und Tätigkeit von Antifa-Ausschüssen in den Tagen der Befreiung, Bestrebungen zur Herstellung der politischen und gewerkschaftlichen Einheit der Arbeiterbewegung, also die vielfältigen Versuche, einen originären deutschen Beitrag aus Tradition und Widerstand der Arbeiterbewegung heraus für den Neubeginn unseres Landes zu belegen. In der weitgefaßten Analyse ihrer Aktionsbedingungen einschließlich der Politik der vier Alliierten und der Durchsetzung restaurativer Gegenkräfte in den Westzonen durch Verbot der Antifas und Wiedererrichtung der traditionellen Verwaltungen entsteht ein profiliertes Gesamtbild der Epoche[21]).

Gegenüber der sozialdemokratischen und bürgerlichen Geschichtsschreibung betonen die Autoren den weitverbreiteten Einheits- und Neuordnungswillen der Arbeiterkader; sie heben aber auch, in Opposition zu einer die Probleme unzulässig glättenden Geschichtsauffassung mancher DDR-Veröffentlichungen, den originären und vielfältigen Charakter der Arbeiterinitiativen hervor, die sich nicht immer einfach unter der Rubrik der konkreten Umsetzung der Linie des ZK ablegen lassen.

Arbeiterbewegung in der Rekonstruktionsphase

Mit dem Verbot der Antifas und dem Zerbrechen der kommunistisch-sozialdemokratischen Einigungsbestrebungen im Laufe des Jahres 1945[22]) traten SPD und KPD endgültig

16) Die Linke im Rechtsstaat. Bd. 1: Bedingungen sozialistischer Politik 1945–1965. Redaktion: Bernhard Blanke u. a. (Rotbuch 145), Berlin (West) 1976.

17) Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, Köln (Pahl-Rugenstein) 1975.

18) Diese Kritik gilt auch für den historischen Teil in Udo Mayer/Gerhard Stuby (Hrsg.), Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, Köln (Pahl-Rugenstein) 1976.

19) Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Hrsg. v. Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf und Peter Brandt, Wuppertal (Peter Hammer-Verlag) 1976.

20) Dabei können sich die Abschnitte über Hamburg und Bremen auf zwei bedeutende separat veröffentlichte Dissertationen stützen: Holger Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945–1949. Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 10, Hamburg (Leibniz-Verlag) 1975; Peter Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/46. Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 11, Hamburg (Hans Christians Verlag) 1976; Hartmut Pietsch, über die Neuanfänge des politischen Lebens im Ruhrgebiet 1945 bis 1948 (Diss.).

21) Leider fehlt eine gründliche Analyse der sozioökonomischen Verhältnisse.

22) Nur sehr am Rande schwenkt die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Bildern und Dokumenten (IML beim ZK der SED, Hrsg.), Berlin (DDR) (Dietz) 1976, auch auf die Westzonen über.

wieder als separate – und konkurrierende – Arbeiterparteien auf[23]). Ihre Geschichte harrt aber noch immer der detaillierten und systematischen Darstellung. Umfassendere Gesamtdarstellungen liegen bisher weder für SPD[24]) oder KPD[25]) noch die Gewerkschaften vor[26]).

Auch die Monumentalbiographie Fritz Erlers durch Hartmut Soell[27]), die über das Interesse an der Person hinaus ausschweifend den Weg der SPD zur integrativen sozialreformerischen Volkspartei nachzeichnen will, illustriert besonders in der Fülle ihrer Quellen- und Literaturverweise mehr, welch reiches Material für eine kritische Geschichte der westdeutschen Sozialdemokratie auf seine Analyse wartet, als daß es diese Analyse bereits leisten würde. Soell gerät der Wandel zur Volkspartei zur Vereinigung der entfalteten Ideen des „demokratischen Sozialismus" mit den Tendenzen zur Entschlackung von Restbeständen klassenkämpferischer Hindernisse auf dem Weg zur realistischen, machbaren Tagespolitik[28]). Dabei wird deutlich, daß es weniger die in der Weimarer SPD großgewordenen Funktionäre, als vielmehr linkssozialistische und kommunistische Dissidenten (Brandt/SAP, Eichler/ISK, Wehner/KPD, Erler/Neubeginnen) sind, die die Konsequenz aufbringen, Klassenkampfparolen und reformistische Orthodoxie über Bord zu werfen, wozu sie die langjährige Übung im Verzichten auf die eigenen linken Ambitionen im Prozeß ihrer Einpassung in die sozialdemokratische Hierarchie prädestinierte. Am Verhalten Erlers in der Remilitarisierungsfrage wird sehr deutlich, daß selbst die Opposition der SPD gegen die Wiederbewaffnung in Form und Inhalt grundsätzlich vom traditionellen Antimilitarismus der Arbeiterbewegung Abschied genommen hatte[29]).

Wie sehr die beiden Hauptelemente des Weges nach Godesberg, kompromißlose Abgren-

23) Christier und Brandt belegen, daß im Herbst 1945 der Wille zur Einheitspartei bei den SPD-Mitgliedern und Funktionären bereits deutlich geringer war als im Sommer. Anfang 1946 brachen unter Berufung auf die Vorgänge in der SBZ dann alle Aktionseinheitsvereinbarungen und -komitees auseinander.

24) Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover (Dietz) 1964, und Frank Moraw, Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948, Bonn-Bad Godesberg (Neue Gesellschaft) 1973, behandeln ausschließlich die Konstituierungsphase und die Auseinandersetzung um die SED. Lewis Edinger, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967. Auch die Nachkriegsabschnitte in H.-G. Hofschen/E. Ott/H.-K. Rupp (Hrsg.), SPD im Widerspruch, Köln (Pahl-Rugenstein) 1975, und in Brauns/Jaeggi/Kisker/Zerdick/Zimmermann, SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945, Frankfurt/M. (Fischer) 1976, können sich nur auf die bereits veröffentlichte Literatur stützen.

25) Die einzige monographische Arbeit aus marxistisch-leninistischer Sicht ist immer noch: Gerhard Mannschatz/Josef Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945–1947, Berlin (DDR) (Dietz) 1962. Vgl. auch: Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956, Berlin (DDR) (Dietz) 1965; KPD 1945–1965. Abriß. Dokumente. Zeittafel, Berlin (DDR) (Dietz) 1966; sowie die Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. v. IML beim ZK der SED. Reihe III, Bd. 1, Mai 1945–April 1946, Berlin (DDR) (Dietz) 1959. Die Dissertation von Gudrun Schädel, Die Kommunistische Partei Deutschlands in Nordrhein-Westfalen von 1945–1956 (Ms.), Bochum o. J., bleibt selbst hinter der klassischen Kalten-Kriegs-Arbeit von Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik 1945–1956, Köln 1959, noch an Dürftigkeit der Belege und Schlichtheit im Urteil zurück.

26) Johannes Kolb, Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, Frankfurt/M. (EVA) 1970; Jürgen Klein, Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung von Einheitsgewerkschaften in Deutschland (Von der Weimarer Republik bis 1946/47), Phil. Diss, Hamburg 1972. In Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal (Peter Hammer-Verlag) 1974, berichtet Ulrich Borsdorf über: Der Weg zur Einheitsgewerkschaft (S. 385 ff.)

27) Hartmut Soell, Fritz Erler – Eine politische Biographie. 2 Bde., Berlin (West)/Bonn-Bad Godesberg (Dietz) 1976.

28) S. a. Kurt Klotzbach, Die Programmdiskussion in der deutschen Sozialdemokratie 1945–1959, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVI/1976; in der von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach herausgegebenen Sammlung: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin (West)/Bonn-Bad Godesberg (Dietz) 1973, erscheint charakteristischerweise weder der Aufruf des Berliner Zentralausschusses vom 15. 6. 1945 noch irgendein anderes Nachkriegsdokument, das den konstruierten geraden Weg nach Godesberg in Frage stellen könnte.

29) Diesen Zusammenhang analysiert Arnold Sywottek, Die Opposition der SPD und der KPD gegen die westdeutsche Aufrüstung in der Tradition sozialdemokratischer und kommunistischer Friedenspolitik seit dem ersten Weltkrieg, in: Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, Stuttgart (Klett) 1976, S. 496–610. In dem insgesamt lesenswerten Sammelband von 4 Studien zur Theorie der Gewalt in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und 10 Fallstudien liegt der thematische Schwerpunkt allerdings deutlich vor 1945, was nicht zuletzt auch die noch relativ schwache Erforschung der Nachkriegsgeschichte widerspiegelt. Eine populär gefaßte Studie aus marxistisch-leninistischer Sicht liefert Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949–1955, Frankfurt/M. (Verlag Marxistische Blätter) 1971.

zung gegen die Kommunisten und Anpassung an die Gebräuche der Bürgerblockrepublik, dazu tendieren, der Sozialdemokratie ihre Identität völlig zu entziehen, verdeutlicht schlagartig ein eher kurioses Buch Karl J. Germers „Von Grotewohl bis Brandt"[30]). Germer, als Gründungsmitglied des Berliner Zentralausschusses der SPD führend an der Oppositionsbewegung gegen die Einheitspartei und an der Westberliner SPD-Separierung beteiligt, denunziert die Entspannungspolitik Brandts und Wehners, angereichert mit Hintertreppengeschichten aus der „Frontstadt" in den 50er Jahren als ein fremdgesteuertes Unternehmen, das auf die Kapitulation der „freien Welt" vor dem Osten zielt.

Während die politische Evolution der SPD immerhin thematisch angegangen worden ist, fehlen Angaben zur inneren Geschichte der SPD, ihrer organisatorischen Entwicklung in den Bezirken, ihrer alltäglichen politischen Aktion und ihrer Stellung in den Klassenauseinandersetzungen ebenso wie genauere Untersuchungen zur Rekrutierung der Parteikader und Mitglieder und zur Veränderung von politischem Bewußtsein und Verhalten an der Parteibasis fast völlig[31]). Auch die Geschichte der Kommunistischen Partei in Westdeutschland, ihrer Rolle in den Parlamenten und Länderregierungen wie bei den Arbeiterkämpfen ist erst in einigen Detailstudien erhellt[32]).

Rückgewinnung der gewerkschaftlichen Kampftraditionen

Mit bemerkenswerter Intensität bemühen sich neuerdings den Gewerkschaften nahestehende Historiker um eine Aufarbeitung der Nachkriegstraditionen. Nicht zuletzt durch die aktuellen Diskussionen um ein neues DGB-Grundsatzprogramm motiviert[33]), gewinnt jene Zeit an Bedeutung, in der die Gewerkschaften nicht primär auf tarifpolitische Interessenvertretung, sondern unmittelbar gesellschaftspolitisch auf die Verknüpfung der praktischen Mitwirkung am wirtschaftlichen Wiederaufbau mit der Durchsetzung von Sozialisierung, Mitbestimmung und gesamtgesellschaftlicher Planung orientiert waren[34]).

Der weitere Weg zur Erforschung der Gewerkschaftsgeschichte wird wohl über regional und thematisch begrenzte Einzelstudien gehen, die auch den Vorteil haben, daß sie der vielfältigen Variation der Entwicklungen in der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit nicht sofort mit verallgemeinernden Urteilen begegnen müssen[35]).

Die vergessene christliche Linke

Eines jener Schlüsselphänomene der unmittelbaren Nachkriegszeit, das durch seine spätere Wirkungslosigkeit auch der Geschichtslosigkeit verfiel, ist der christliche Sozialismus, der im Gewerkschaftsflügel der sich formierenden CDU 1945 bis 1947/48 eine wichtige, zeitweise sogar prägende Rolle spielte; eine Erscheinung, die die kurze Hoffnung auf eine wirklich demokratische, volksnahe christliche Volkspartei nährte.

Obwohl eine umfassende Analyse auch der personellen und organisatorischen Struktur

30) Karl J. Germer, Von Grotewohl bis Brandt. Ein dokumentarischer Bericht über die SPD in den ersten Nachkriegsjahren, Landshut (Verlag politisches Archiv) 1974.

31) Im Zuge der Remilitarisierungsdebatte beklagt Soell mehrmals das Zurückbleiben der SPD-Mitglieder hinter der Anpassungsstrategie Erlers.

32) An neueren Memoiren sind zu nennen: Max Reimann, Entscheidungen 1945–1956, Frankfurt/M. (Verlag Marxistische Blätter) 1973; Paul Harig, Arbeiter, Gewerkschafter, Kommunist, Frankfurt/M. (Nachrichten-Verlag) 1973; Eugen Eberle/Tilman Fichter, Kampf um Bosch (Wagenbach – Politik), Berlin (West) 1974. Neben den KP-bezogenen Kapiteln bei Brandt, Christier und Pietsch und einer angekündigten Dissertation von Werner Müller über die westdeutsche KPD entstehen neuerdings einige forschungsrelevante Staatsexamensarbeiten, so an der Ruhr-Universität Bochum: von Thomas Brücher über die Gewerkschaftspolitik der KPD im Ruhrgebiet 1945–1948, von Peter Hütter über die Rolle der KPD bei der Entstehung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung und von Ulrich Kemper über Heinz Renner in der Essener Kommunalpolitik.

33) S. besonders „Gewerkschaftliche Monatshefte", 11/1976, vor allem darin: Detlef Hensche, Grundsatzprogramm und Wirtschaftsordnung.

34) Im 3. Teil des Sammelbands Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler. Hrsg. Heinz Oskar Vetter, Köln (Bund-Verlag) 1975.

35) Anne Weiß-Hartmann, Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen 1945–1949. Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung. Bd. 2, Marburg (Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaften) 1977; Gerhard Beier, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. Im Zusammenhang mit der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands, Frankfurt/M. (EVA) 1975; Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Gewerkschaften und Nationalisierung in der BRD. Dokumente und Materialien, Frankfurt/M. (Verlag Marxistische Blätter) 1973; IMSF, Mitbestimmung und Gewerkschaften. 1945–1949. Dokumente und Materialien, Frankfurt/M. (Verlag Marxistische Blätter) 1972; eine interessante Staatsexamensarbeit: Günther Ludwig, Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften 1946–1948 und die Gewerkschaftsbünde in den Westzonen, Bochum 1976.

der CDU-Linken, ihrer praktischen Politik in Ländern und Kommunen noch aussteht, bieten doch zwei neuere ideengeschichtliche Untersuchungen einen guten Einstieg in die Problematik. Die zwar parteivorstandsfromme, aber in Darstellung und Interpretation recht gewissenhafte Arbeit von Bernd Uhl „Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland"[36]) gibt einen Überblick über die Vorgeschichte der christlichen Sozialreformer und über die drei bedeutendsten linkskatholischen Nachkriegskonzeptionen.

Selbstzeugnisse der christlichen Linken bietet dagegen der Band „Christen für den Sozialismus"[37]). Ein anderer Dokumentenband, der die gesamten Protokolle des CDU-Zonenausschusses und der CDU-Parteitage in der britischen Zone 1946 bis 1949 herausgibt[38]), belegt minutiös, wie sich die Linken schrittweise durch Adenauer von den Schalthebeln der innerparteilichen Macht fernhalten, als Integrator der christlichen Arbeitnehmerschaft instrumentalisieren und besonders durch die in den Gleisen des Kulturkampfes verlaufenden Diskussionen um die zukünftige Bildungspolitik von ihren natürlichen gesellschaftspolitischen Verbündeten in den Arbeiterparteien abspalten ließen, bis ihr sozialer Erneuerungswille in nichtssagenden Volksgemeinschaftsparolen ertrank.

Entmystifiziertes Wirtschaftswunder

Die Gloriole der CDU als erfolgreicher Partei der „sozialen Marktwirtschaft" ist eher der einem falschen Alltagsbewußtsein entsprungenen Legende vom „Wirtschaftswunder" als Resultat von Marshallplan und Erhardscher Währungsreform zu verdanken als der klaren historischen Einsicht in die wirklichen Triebkräfte der wirtschaftlichen Rekonstruktion Westdeutschlands. Eine gründliche wissenschaftliche Zerstörung der Wirtschaftswunderlegende liefert Werner Abelshauser[39]). Er beweist, daß die Potenzen des raschen Wirtschaftsaufschwungs nicht in der wirtschaftspolitischen Wende von der zentralen Planung zum Neoliberalismus lagen, sondern in den günstigen materiellen Rekonstruktionsbedingungen: einem großen Potential qualifizierter (und, möchte man anfügen, zum Verzicht erzogener) Arbeitskräfte einerseits und eines 1945 trotz des Bombenkrieges erheblich größeren Kapitalstocks als 1936, dessen Werke und Maschinen dazu noch grundlegend verjüngt worden waren. Das „Wunder" war also Resultat jenes rapiden industriellen Wachstums, das die Faschisten seit 1936 auf dem Rücken der eigenen Arbeiterklasse und seit 1939 auf Kosten der Völker ganz Europas durchpeitschten.

Leider gibt es noch keine ähnlich sorgfältige Analyse der sozialen Seite des Rekonstruktionsprozesses, also der gescheiterten Versuche zu einer Umwälzung der Eigentumsverhältnisse einerseits[40]) und der konkreten Durchsetzung der alten großkapitalistischen Kontinuitätslinie andererseits[41]). Auf diesem Gebiet ist allerdings eine Reihe von Forschungsarbeiten angekündigt[42]).

Dagegen scheint die angesichts z. B. der Bevölkerungsumschichtungen durch Krieg und Vertreibung besonders brisante Sozialgeschichte der Nachkriegszeit, von einigen sehr allgemein gehaltenen Arbeiten abgesehen, immer noch nicht erschlossen zu werden, was um so bedauerlicher ist, als Erklärungsansätze etwa für die relative Schwäche der westdeut-

36) Bernd Uhl, Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945–1947. Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz (Verlag v. Hase & Koehler) 1975.

37) Walter Dirks/Klaus Schmidt/Martin Stankowski (Hrsg.), Christen für den Sozialismus. Bd. II Dokumente (1945–1959), Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz (Kohlhammer) 1975 (der erste Band enthält – aktuellere – Positionsbestimmungen).

38) Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands. Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn (Eichholz-Verlag) 1975.

39) Werner Abelshauser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone. Schriftenreihe der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", Nr. 30, Stuttgart (DVA) 1975.

40) Einzig bisher Günter Trittel, Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949, Stuttgart (DVA) 1975.

41) J. Radkaus Beitrag über die Nachkriegszeit in: George W. F. Hallgarten/Joachim Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt/M. (EVA) 1974, kann nicht zufriedenstellen. Seine Darstellung der Jahre 1945–50 bleibt vage und auf eine allzu schwache Quellenbasis gestützt. Der Hauptwert der Untersuchung liegt sicher in der argumentativ vielseitig vorgetragenen These der Kontinuität in Besitzstand und maßgebendem politischen Einfluß der deutschen Großindustrie, während selbst die unmittelbar damit verbundenen Nachkriegsfragen nach der „Friedensplanung" der Konzerne, personeller Kontinuität, Formen des „Überwinterns" und der praktischen Kooperation mit den Verfechtern von Big Business bei den Besatzern kaum ausführlich behandelt werden.

42) Siehe die Angaben von Dietmar Petzina, Neuordnung und Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft 1945–1952, in: „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 3/1976, S. 324–327 (mit Themen u. a. zur Neuordnung des industriellen Eigentums,

schen Arbeiterbewegung wahrscheinlich eher in sozialgeschichtlicher als in politisch-ideengeschichtlicher Analyse gesucht werden müssen[43]).

„Demokratiegründung"

Die Nachkriegsentwicklung des Kräfteverhältnisses der Klassen und ihrer politischen Repräsentanten kulminierte in den Staatsgründungsvorgängen in Ländern und Bund. In der Politik der Landtage und Landesregierungen, ihren Verfassungen und Strukturreformgesetzen sowie selbst noch in der Erarbeitung des Grundgesetzes fixierten sich die beiden Strömungen einerseits einer zunehmenden Festschreibung der überkommenen Besitz- und Machtverhältnisse, andererseits aber auch der antifaschistisch-demokratischen Erneuerungsbestrebungen, für deren grundlegende Postulate Sozialdemokraten, Kommunisten und christliche Linke (Zentrum und CDU-Gewerkschaftsflügel) gegen die explizierten Vertreter der alten Ordnung (Liberale Partei und Adenauer-Flügel in der CDU) in mehreren Landesparlamenten deutliche Mehrheiten mobilisieren konnten.

Aus bürgerlich-demokratischer Sicht stellt K. Niclauß die Demokratiekonzeptionen der Landtage und des Parlamentarischen Rats vor[44]), eine systematische Ergänzung zu einer vornehmlich quantitativen Analyse des Verhältnisses[45]) der Landtagsabgeordneten zum Nationalsozialismus durch Rudolf Billerbeck und zu dem Versuch einer Gesamtdarstellung einer Landesentwicklung 1945 bis 1950 am Beispiel Nordrhein-Westfalens durch Peter Hüttenberger[46]). Trotz der antikommunistischen Grundhaltung der Autoren und ihrer deutlichen Distanz zum Aktualitätsanspruch der damaligen Strukturreformansätze werden in allen drei Arbeiten Elemente eines weitgehenden antifaschistisch-demokratischen Konsenses deutlich, der trotz erheblicher Konflikte dennoch durchaus in Handlung umgesetzt werden konnte.

Geschichtsschreibung als Identitätsstiftung

Gerade die Rückgriffe der aktuellen politischen Diskussion auf die Nachkriegszeit zeigen, wie sehr Kontinuität und Gewicht einer gegenwärtigen Argumentationslinie in historischen Dimensionen wurzeln, gleichgültig, ob es um die Berufsverbote geht, für deren Ablehnung (aber auch Befürwortung) die Geschichte bemüht wird, um die gesellschaftspolitische Konzeption der Gewerkschaften oder selbst um das Bemühen Biedenkopfs und Kohls, der CDU eine sozialreformerische Karosserie nach dem Design von Ahlen 1947 (aber ohne dessen systemgefährdende Implikationen) zu schneidern. Der langjährige Versuch der staatstragenden bundesdeutschen Parteien und der Medien, die spezifische Identität und Geschichte von Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung auch in der BRD vergessen zu machen, erfordert gerade von der demokratischen und sozialistischen Linken eine bewußte Gegenstrategie zur Rückgewinnung ihrer Vergangenheit, ihrer als legitim und Identität stiftende Tradition begriffenen Vorgeschichte. In der Erschließung der Nachkriegsklassenkämpfe tut sich ein lange verschütteter Schatz von Beispielen für demokratisches Engagement, gesellschaftliches Erneuerungsstreben und weitgreifender Bündnisbereitschaft auf, den es für die nationale demokratische Tradition der BRD zu nutzen gilt. Auch die aktuellen Ansätze zur Regierungsübernahme von Linkskoalitionen aufgrund von Programmen demokratischer Strukturreform verlieren ihr Etikett nationaler, westeuropäischer Besonderheit, wenn ihnen die ähnlich gelagerten gesamteuropäischen Erfahrungen der Nachkriegszeit und mit ihnen auch der deutschen Versuche zu einer demokratischen Erneuerung nach der Befreiung vom Faschismus zugesellt werden.

Detlev Peukert

Friedensplanung der deutschen Konzerne im Zweiten Weltkrieg, Reparationspolitik, Außenhandel).

43) So die in vielem überholte Arbeit von Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 7a: Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945; Frank Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971 (Pahl-Rugenstein), bes. S. 255–301. Besonders Peter Brandt und Anne Weiss-Hartmann bemühen sich in ihren Detailstudien, sozioökonomische und politische Entwicklung methodisch miteinander zu verknüpfen.

44) Karlheinz Niclauß, Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik von 1945–1949, München (Piper) 1974.

45) Rudolf Billerbeck, Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 41, Düsseldorf (Droste-Verlag) 1971.

46) Peter Hüttenberger, Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie. Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Siegburg (Respublica-Verlag) 1973.

furt/M. 1976 (Edition Suhrkamp, Bd. 778), 437 S., 12,– DM. – Fritzsche lehrt in Gießen Politikwissenschaft. Bis vor kurzem war er Vorsitzender der Jungsozialisten von Süd-Hessen. Mit dieser bei W. Abendroth angefertigten Dissertation hat er einen wesentlichen Beitrag zur Erforschung der ideologischen Vorbereitung des deutschen Faschismus geleistet. Am Beispiel des Kreises um die politische Zeitschrift „Die Tat", dem bei der ideologischen Bekämpfung der Weimarer Republik eine wichtige Rolle zukam, kann er den Zusammenhang zwischen Krise und autoritärer Formierung, zwischen politischer Romantik und Gegenrevolution überzeugend nachweisen.

W. B.

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Zur Beschäftigung im öffentlichen Dienst

Das Bruttosozialprodukt war 1976 nur 2,7% größer als 1973, dem Jahr vor dem offenen Ausbruch der zyklischen Wirtschaftskrise. Die Zahl der Erwerbstätigen, die dieses Sozialprodukt erzeugt haben, war jedoch um 1,6 Mio. oder gut 6% niedriger. Die „Freisetzungen" von Arbeitskräften erfolgten vor allem im produzierenden Gewerbe, besonders in der verarbeitenden Industrie. Dort verminderte sich die Beschäftigtenzahl um 1,450 Millionen oder um fast 12%.

Nun ist diese Freisetzungstendenz im sekundären Sektor keine neue Erscheinung. Seit dem Beschäftigungshöhepunkt im Jahre 1965 vermindert sich die Erwerbstätigenzahl im produzierenden Gewerbe.

Allerdings wurde diese Tendenz teilweise kompensiert durch das Wachstum des tertiären Sektors, vor allem des Dienstleistungsgewerbes. Dort wurden zwischen 1965 und 1976 etwa 1,3 Millionen Erwerbstätige zusätzlich beschäftigt. Zwischen 1973 und 1976 wurde die Beschäftigung immerhin noch um 370 000 ausgedehnt, allerdings in abnehmendem Tempo.

Beschäftigung nach Sektoren in 1000

	1950	*1960*	*1965*	*1970*	*1973*	*1975*	*1976*
Sektoren insgesamt	*20 376*	*26 247*	*27 153*	*26 668*	*26 712*	*25 323*	*25 076*
Primärer Sektor[1])	*5 020*	*3 623*	*2 966*	*2 262*	*1 954*	*1 823*	*1 714*
Sekundärer Sektor[2])	*8 689*	*12 518*	*13 218*	*13 024*	*12 830*	*11 615*	*11 379*
Tertiärer Sektor[3])	*6 667*	*10 106*	*10 969*	*11 382*	*11 928*	*11 885*	*11 983*

1) Land- und Forstwirtschaft.
2) Produzierendes Gewerbe.
3) Handel, Verkehr und Dienstleistungen.

Quelle: Statistische Jahrbücher, lfd.; „Wirtschaft und Statistik", 4/1977, S. 249.

Große Bedeutung für die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsgewerbe und damit für die Beschäftigungssituation insgesamt hat der öffentliche Sektor. 1976 waren im öffentlichen Dienst 3,7 Millionen in Vollzeitarbeit beschäftigt. Im unmittelbaren öffentlichen Dienst (d. h. bei den Gebietskörperschaften, bei Bundesbahn und Bundespost) wurden die Beschäftigtenzahlen seit 1965 um 600 000 erweitert.

Hier ist jedoch nach einer beschleunigten Expansion in den Jahren 1970–1972 inzwischen eine „Tendenzwende" eingetreten. 1976 ist es sogar zu einem leichten Rückgang der Beschäftigung gekommen, der sich in Zukunft beschleunigen dürfte.

Während die Freisetzungstendenz im produzierenden Gewerbe sich verschärft, kommt es nun auch im Kernbereich des Dienstleistungsgewerbes, im öffentlichen Dienst, zu Personalverminderungen.

Personal im unmittelbaren öffentlichen Dienst[1])

		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	in 1000	*in 1000*	*in %*
1970	*3 077*	*+ 90*	*+ 3,0*
1971	*3 198*	*+120*	*+ 3,9*
1972	*3 296*	*+ 98*	*+ 3,1*
1973	*3 376*	*+ 80*	*+ 2,4*
1974	*3 421*	*+ 45*	*+ 1,3*
1975	*3 488*[2])	–	–
1976	*3 485*	*– 3*	*– 0,1*

1) Vollbeschäftigte jeweils zum 30. Juni; vor 1974 zum 2. Oktober.
2) Ab 1975 werden die Beschäftigten der kommunalen Zweckverbände mitgerechnet.

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 3/1977, S. 159.

Während das Personal bei den Gebietskörperschaften 1976 noch leicht zunahm, wurde im Bereich der Wirtschaftsunternehmen kräftig abgebaut. Vor allem die Bundesbahn war von diesem Prozeß betroffen. Ein leichter Personalzuwachs war noch im mittelbaren öffentlichen Dienst zu verzeichnen, der allerdings zur Hälfte auf die Bundesanstalt für Arbeit entfällt.

Personal im öffentlichen Dienst nach Bereichen[1])

	Absolut	*Veränder. gegen Vorjahr*	
	in 1000	*in 1000*	*in %*
Gebietskörperschaften	*2 663*	*+ 28*	*+ 1,0*
darunter:			
Bund[2])	*295*	*– 2*	*– 0,7*
Länder	*1 436*	*+ 33*	*+ 2,4*
Gemeinden	*775*	*– 1*	*– 0,1*
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	*133*	*– 3*	*– 2,5*
Bundesbahn	*405*	*– 19*	*– 4,5*
Bundespost	*417*	*– 12*	*– 2,8*
Mittelbarer öffentlicher Dienst[3])	*198*	*+ 1*	*+ 0,3*
Kommunale Zweckverbände	*23*	*+ 1*	*+ 5,7*

1) Vollbeschäftigte am 30. 6. 1976.
2) Ohne Soldaten und Bundesgrenzschutz.
3) Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungen.

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", S. 3/1977, S. 159 ff.

Am personalintensivsten arbeiten also die Länder, was auf die Länderhoheit im Bildungswesen und bei der Polizei zurückzuführen ist. Das sind auch die Bereiche, die noch eine relativ kräftige Personalexpansion aufzuweisen haben. Prozentual war der Zuwachs am stärksten im Bereich „Öffentliche Sicherheit und Ordnung", d. h. bei der Polizei. Das hängt allerdings auch damit zusammen, daß die Münchener Polizei, bisher kommunal, 1976 „verstaatlicht" wurde und so erstmals in der Statistik der Länder auftaucht. Dagegen ist die Entwicklung beim Bundesgrenzschutz nicht erfaßt, der ja ebenfalls als Polizei eingesetzt wird.

Personal von Bund und Ländern in ausgewählten Aufgabenbereichen[1])

	Absolut In 1000	*Veränder. gegen Vorjahr in 1000*	*in %*
Politische Führung und Verwaltung	*280*	*+ 1*	*+ 0,4*
Verteidigung[2])	*176*	*– 2*	*– 1,0*
Öffentliche Sicherheit	*192*	*+ 11*	*+ 5,8*
Rechtsschutz	*117*	*– 1*	*– 0,5*
Schulen	*479*	*+ 21*	*+ 4,6*
Hochschulen	*201*	*+ 4*	*+ 2,0*
Forschung, Kultur	*31*	*– 2*	*– 5,2*
Soziale Dienste[3])	*148*	*– 1*	*– 0,5*
Bund und Länder insgesamt	*1 732*	*+ 31*	*+ 1,8*

1) Vollbeschäftigte zum 30. 6. 1976.
2) Nur Verwaltung, ohne Soldaten und Bundesgrenzschutz.
3) Soziale Sicherung, Gesundheit, Sport, Wohnungswesen und Raumordnung.

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 3/1977, S. 160.

Vor allem die Entwicklung im Bereich der Schulen zeigt, daß die Auswirkungen der im Zuge des Haushaltsstrukturgesetzes besonders restriktiven Ausgabenpolitik am Stichtag statistisch noch nicht voll erfaßt werden konnten. Indiz dafür ist für den Bereich der Gebietskörperschaften der Personalausgabenansatz. Daraus kann geschlossen werden, daß der Personalrückgang im 2. Halbjahr 1976 noch wesentlich deutlicher ausgefallen ist, als die Zahlen zur Jahresmitte anzeigen.

Personalausgaben der Gebietskörperschaften

	Mrd. DM	*Veränderung in % gegen Vorjahr*					
	1974	*1975*	*1976*	*1977*	*1978*	*1979*	*1980*
Finanzplan 1974–78	*105,4*	*+ 11,3*	*+ 9,0*	*+ 8,6*	*+ 8,5*		
Finanzplan 1976–80				*+ 6,4*	*+ 6,8*	*+ 6,6*	*+ 6,6*
Ist-Ergebnis	*107,2*	*+ 8,6*	*+ 5,6*				

Quelle: „DIW-Wochenbericht", 18/1977, S. 151.

Der Zuwachs der Personalausgaben wurde 1976 gegenüber 1975 stark reduziert. Noch kräftiger fällt die Reduktion gegenüber den Ansätzen in der mittelfristigen Finanzplanung aus. Hätten sich die Gebietskörperschaften in ihrer Einstellungspolitik an der Entwicklung in der Vergangenheit orientiert, so wären allein in den beiden letzten Jahren 80 000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen worden („DIW-Wochenbericht", 18/1977).

Das hätte zwar den Haushalt z. B. 1976 mit zusätzlichen Personalausgaben in Höhe von etwa 3,7 Mrd. DM belastet. Andererseits wäre die Bundesanstalt für Arbeit, geht man von den durchschnittlichen „Kosten" eines Arbeitslosen an Unterstützungszahlungen usw. in Höhe von 18 500 DM aus, um Ausgaben in Höhe von fast 1,5 Mrd. DM entlastet worden. Die Haushaltsbelastung wäre wahrscheinlich in der Realität noch niedriger ausgefallen, da die Aufwendungen für Neueingestellte unter dem Durchschnitt der Personalkosten liegen.

Im Endeffekt dürfte die „Sparpolitik" der öffentlichen Haushalte sich als große Verschwendung herausstellen: den vergleichsweise geringen Ersparnissen, die sich aus der Differenz zwischen den Unterstützungszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit und den Personalkosten bei Beschäftigung ableiten, stehen die Verluste gegenüber, die sich aus der Untätigkeit der betroffenen Arbeitslosen ergeben. Die sozialen und psychischen Belastungen der Arbeitslosigkeit können zwar kaum quantitativ erfaßt werden, müßten aber insbesondere von einer Regierung, die unter dem Schlagwort der „Verbesserung der Lebensqualität" angetreten ist, mitberücksichtigt werden.

Neben den direkten Auswirkungen der Beschäftigungspolitik der öffentlichen Hand müssen auch die indirekten Ergebnisse der restriktiven Haushaltspolitik berücksichtigt werden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in einer überschlägigen Rechnung versucht, die Beschäftigungseffekte der öffentlichen Investitionen abzuschätzen. Sie ist dabei von der Frage ausgegangen, wieviele Arbeitsplätze durch einen Ausgabenvollzug entsprechend den Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung zusätzlich geschaffen worden wären. Die Differenz zwischen den Planansätzen und den Ist-Ausgaben im Jahre 1976 beläuft sich auf 9 Mrd. DM allein im investiven Bereich. Unter Berücksichtigung der direkten und indirekten Effekte errechnet das DIW eine Einbuße an Arbeitsplätzen in der Größenordnung von 220 000 („DIW-Wochenbericht", ebd.).

Geht man auch hier von den erwähnten durchschnittlichen „Kosten" eines Arbeitslosen aus, so stehen den zusätzlichen Aufwendungen von 9 Mrd. DM Ersparnisse von etwa 4,1 Mrd. DM gegenüber.

Aus der Modellrechnung des DIW ergibt sich, daß durch einen Haushaltsvollzug entsprechend den ursprünglichen Planansätzen 1976 zwar Mehraufwendungen von netto (d. h. nach Abzug der Aufwendungen für die entsprechende Zahl von Arbeitslosen) 7,1 Mrd. DM angefallen wären, dafür aber 300 000 Beschäftigte zusätzlich über einen Arbeitsplatz verfügen und gesellschaftlich nützliche Arbeiten verrichten würden.

Diese Zahlen können sicherlich nicht den Anspruch auf Unanfechtbarkeit erheben. Sie enthalten eine Reihe von Annahmen, die nicht in jedem Fall realistisch sein dürften. Insbesondere sind die indirekten Beschäftigungseffekte von Investitionsausgaben nur schwer abzuschätzen. Immerhin aber machen solche Modellrechnungen deutlich, daß die vermeintliche „Sparpolitik" der öffentlichen Hand Effekte auslöst, die in Umfang und Wirkungsrichtung den angegebenen Zielen der Wirtschaftspolitik diametral entgegenstehen.

Jörg Goldberg

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

83 **Mayer/Stuby** (Hrsg.) Das lädierte Grundgesetz. 356 S. DM 14,80
86 **Bayertz/Schleifstein** Mythologie der „kritischen Vernunft". 270 S. DM 14,80
89 **Apel** Umfrage UdSSR und Offener Brief an Sacharow. 176 S. DM 9,80
91 **Preiß** Humanisierung der Arbeitswelt. 132 S. DM 12,80
94 **Mannhardt/Schwamborn** Zivildienst Handbuch. 142 S. DM 9,80
95 **Sandkühler** (Hrsg.), Betr.: Althusser. 225 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der Gipfelkonferenz von London (Treffen der Staats- und Regierungschefs) vom 8. Mai 1977

(Wortlaut)

Die Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika verabschiedeten am 8. Mai 1977 in London folgende Erklärung:

In zwei Tagen intensiver Gespräche in Downing Street haben wir Einvernehmen darüber erzielt, wie wir am besten zur Förderung des Wohles unserer eigenen Länder und anderer Länder beitragen können.

Die Weltwirtschaft muß als Ganzes gesehen werden. Dies setzt nicht nur Zusammenarbeit zwischen nationalen Regierungen, sondern auch eine Stärkung der zuständigen internationalen Organisationen voraus. Eindringlich stand uns die enge Verknüpfung aller uns beschäftigenden Probleme sowie unsere wechselseitige Abhängigkeit vor Augen. Wir sind entschlossen, gemeinsam den Aufgaben der Zukunft zu begegnen.

– Unsere vordringlischste Aufgabe besteht darin, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und weiterhin die Inflation zu dämpfen. Inflation verringert die Arbeitslosigkeit nicht. Im Gegenteil, sie ist eine ihrer Hauptursachen. Die Jugendarbeitslosigkeit macht uns besondere Sorge.

Wir kamen überein,

– daß ein Erfahrungs- und Gedankenaustausch über die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Jugendliche stattfinden soll.

– Wir bekräftigen für unsere Regierungen die gesetzten wirtschaftlichen Wachstumsziele bzw. die Stabilisierungspolitik, die insgesamt die Grundlage für ein nachhaltiges nicht-inflationäres Wachstum in unseren Ländern und weltweit sowie für den Abbau der Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte bilden sollen.

– Verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten sind vonnöten. Hierbei muß der internationale Währungsfonds eine wichtige Rolle spielen. Wir haben uns verpflichtet, uns um zusätzliche Mittel für den IWF zu bemühen, und unterstützen die Bindung seiner Darlehensgewährung an die Annahme einer entsprechenden Stabilisierungspolitik.

– Wir werden eine starke politische Führungsrolle übernehmen, um die Möglichkeiten für den Handelsaustausch zur Stärkung des offenen Welthandelssystems auszuweiten, wodurch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir lehnen den Protektionismus ab. Er würde die Arbeitslosigkeit verstärken, die Inflation vermehren und das Wohl unserer Völker mindern. Wir werden der Tokio-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen einen neuen Impuls geben. Unser Ziel ist es, im Jahre 1977 in Schlüsselbereichen konkrete Fortschritte zu erreichen. Auf diesem Gebiet müssen strukturelle Veränderungen in der Weltwirtschaft in Erwägung gezogen werden.

– Wir werden weiterhin Energie einsparen und die Energieerzeugung steigern und diversifizieren, um damit unsere Abhängigkeit vom Erdöl zu vermindern. Wir stimmen in der Notwendigkeit überein, die Kernenergie zu steigern, um zur Deckung des Weltenergiebedarfs beizutragen. Wir verpflichten uns, dies zu tun und gleichzeitig die Risiken der nuklearen Proliferation zu verringern. Wir nehmen eine vordringliche Untersuchung in Angriff, um festzustellen, wie sich dies am besten erreichen läßt.

– Die Weltwirtschaft kann auf dauerhafter und gerechter Grundlage nur wachsen, wenn die Entwicklungsländer an diesem Wachstum beteiligt sind. Wir stimmen darin überein, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um einen erfolgreichen Abschluß der KIWZ zu erreichen, und wir verpflichten uns, einen fortlaufenden konstruktiven Dialog mit Entwicklungsländern zu führen. Es ist unser Ziel, den Zustrom von Hilfe und anderen realen Ressourcen in diese Länder zu verstärken. Wir fordern die Länder des RGW auf, das gleiche zu tun. Wir unterstützen multilaterale Institutionen wie die Weltbank, deren Kapitalbasis hinreichend verbreitert werden sollte, um ihr einen Anstieg des realen Ausleihevolumens zu ermöglichen. Wir unterstreichen die Bedeutung sicherer Privatinvestitionen für die Förderung des weltwirtschaftlichen Fortschritts.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedürfen wir der Unterstützung und Mitwirkung anderer. Wir werden uns um diese Zusammenarbeit in den zuständigen internationalen Institutionen, wie den Vereinten Nationen, der Weltbank, IWF, GATT und OECD, bemühen. Diejenigen von uns, deren Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehören, beabsichtigen, ihre Bemühungen in diesem Rahmen zu unternehmen.

In unseren Gesprächen haben wir in der Substanz Übereinstimmung erzielt. Es ist unsere feste Absicht, diese Übereinstimmung nunmehr in die Tat umzusetzen. Wir werden die Fortschritte überprüfen, die bei allen hier in Downing Street erörterten Maßnahmen erzielt werden, um die Dynamik des konjunkturellen Erholungsprozesses aufrechtzuerhalten.

Die Botschaft der Gipfelkonferenz in Downing Street ist somit eine Botschaft des Vertrauens

– in die unverminderte Kraft unserer Gesellschaften und in die bewährten demokratischen Grundsätze, die sie mit Leben erfüllen,

– daß wir die Maßnahmen ergreifen, die zur Lösung der Probleme und zur Sicherung einer gedeihlicheren Zukunft erforderlich sind.

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 10. und 11. Mai 1977 in London

(Wortlaut)

1. Der Nordatlantikrat tagte am 10. und 11. Mai 1977 in London unter Beteiligung von Staats- und Regierungschefs.

2. Wesentlicher Zweck des Bündnisses ist es, die Unabhängigkeit und Sicherheit seiner Mitglieder zu wahren, sie dadurch in die Lage zu versetzen, die Werte der Demokratie und die Achtung der Menschenrechte und des sozialen Fortschritts zu fördern und die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung zu ermöglichen. Die Bündnispartner sind fest entschlossen, die Wirksamkeit des Bündnisses und die sie einenden Bindungen aufrechtzuerhalten und zu verstärken.

3. Obgleich in den letzten Jahren im Ost-West-Verhältnis Verbesserungen eingetreten sind, bestehen nach wie vor Elemente der Unstabilität und der Ungewißheit. Besonders besorgniserregend ist das ständig anwachsende Offensivpotential der Streitkräfte des Warschauer Pakts. Unter diesen Umständen betonen die Bündnispartner die Notwendigkeit, daß das Bündnis die zur gemeinsamen Verteidigung und zur Abschreckung erforderlichen Streitkräfte auf einem angemessenen Stande hält. Sie sind entschlossen, ihre Anstrengungen zur gegenseitigen Unterstützung und ihre Zusammenarbeit zu stärken.

4. Die Bündnispartner sind entschlossen, in allen Fragen der Rüstungsproduktion eng zusammenzuarbeiten. Sie streben den wirkungsvollsten Einsatz der verfügbaren Mittel und die Aufrechterhaltung und Förderung der starken industriellen und technologischen Kapazität an, die für die Verteidigung des Bündnisses und für die Entwicklung eines ausgewogenen Verhältnisses

zwischen europäischen und nordamerikanischen Mitgliedern der Allianz bei der Beschaffung von Rüstungsgütern wesentlich ist. In den zuständigen Gremien sollte geprüft werden, wie diese Zusammenarbeit vertieft werden kann.

5. Die Staats- und Regierungschefs derjenigen Staaten, die an der integrierten Verteidigungsstruktur des Bündnisses beteiligt sind, beauftragten ihre Verteidigungsminister, ein langfristiges Programm in Angriff zu nehmen und zu entwickeln, das die NATO-Streitkräfte in die Lage versetzt, sich den veränderten Verteidigungsbedürfnissen der achtziger Jahre anzupassen, und zur Gewährleistung einer effektiveren Durchführung die Art und Weise zu überprüfen, wie das Bündnis seine Verteidigungsprogramme verwirklicht.

6. Gleichzeitig bekräftigen die Bündnispartner ihre Überzeugung, daß die Sicherheit in Europa und in der Welt, ohne welche Entspannung keine positiven Wirkungen zeitigen könnte, nicht durch Absichtserklärungen erreicht werden kann, sondern konkrete Bemühungen um eine Senkung des Rüstungsniveaus durch realistische Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaßnahmen erfordert.

Sie werden sich auch weiterhin in einer mit der Sicherheit der Bündnispartner zu vereinbarenden Weise auf dieses Ziel zubewegen. Dabei sind sie sich darüber im klaren, daß Fortschritt auf diesem Gebiet ohne eine konstruktive Haltung der Sowjetunion und osteuropäischer Staaten nicht möglich ist.

7. Die Bündnispartner begrüßen nachdrücklich die Bemühungen der Vereinigten Staaten, mit der Sowjetunion ein die Interessen der Bündnispartner berücksichtigendes Abkommen über die Beschränkung und Reduzierung strategischer Rüstungen auszuhandeln.

8. Hinsichtlich MBFR unterstreichen die beteiligten Bündnispartner die Bedeutung, die sie diesen Verhandlungen beimessen, deren Ziel darin besteht, zu stabileren Beziehungen und zur Stärkung von Frieden und Sicherheit in Europa beizutragen. Sie fordern die Länder des Warschauer Pakts auf, die im Dezember 1975 unterbreiteten zusätzlichen Vorschläge positiv zu beantworten, und sie bekräftigen erneut ihr zentrales Ziel der Herstellung eines ungefähren Gleichstands der Landstreitkräfte in der Form einer übereinstimmenden kollektiven Gesamthöchststärke für den Personalbestand der Landstreitkräfte und der Verminderung der Disparität bei den Kampfpanzern, wodurch eine unverminderte Sicherheit auf einem niedrigeren Streitkräfteniveau gewährleistet werden würde.

9. Die vom Bündnis gewährleistete gemeinsame Sicherheit verstärkt die globale Stabilität und sichert die Stärke und das Selbstvertrauen, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen, in ihren Bemühungen um den Abbau der Spannungen zwischen Ost und West und um eine zunehmende Ausweitung der Bereiche der Zusammenarbeit unbeirrt fortzufahren. In diesem Zusammenhang beauftragten die führenden Staatsmänner des Bündnisses den Ständigen Rat mit einer neuen Studie der langfristigen Tendenzen im Ost-West-Verhältnis und mit einer Beurteilung ihrer Auswirkungen auf das Bündnis. Die Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses wird von dem Ausmaß abhängen, in dem alle Beteiligten sowohl in Europa als auch in anderen Teilen der Welt Mäßigung und Zurückhaltung zeigen. In bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes schlossen sich die übrigen Bündnispartner in vollem Umfang den von den Staats- und Regierungschefs der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung vom 9. Mai 1977 zum Ausdruck gebrachten Auffassungen an und stellten insbesondere fest, daß die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971 für die Vertiefung der Entspannung, die Aufrechterhaltung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in ganz Europa wesentlich sind.

10. Die Bündnispartner unterstreichen die große Bedeutung, die sie der Durchführung aller Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki durch die KSZE-Unterzeichnerstaaten beimessen. Begrenzte Fortschritte auf bestimmten Gebieten sind zu verzeichnen. Die Bündnispartner begrüßen dies, betonen aber auch, daß noch viel zu tun bleibt, wenn die der Schlußakte innewohnenden Möglichkeiten sowohl für die zwischenstaatlichen Beziehungen als auch für Leben der Bewohner aller beteiligten Länder voll zum Tragen gebracht werden sollen. Die bevorstehende Belgrader Konferenz wird eine nützliche Gelegenheit für eine gründliche Prüfung der Durchführung der Schlußakte sowie für einen Meinungsaustausch über Möglichkeiten in der Zukunft bieten. Auf

dieser Konferenz werden die Bündnispartner auf ein konstruktives Ergebnis hinarbeiten, das zu einem besseren Verständnis zwischen den Teilnehmerstaaten führt und für alle ihre Völker von Nutzen ist.

11. Die Bündnispartner anerkennen uneingeschränkt das Streben der Menschen überall auf der Welt nach Menschenrechten und Grundfreiheiten als gerechtfertigt an. Sie sind davon überzeugt, daß die Achtung dieser Rechte und Freiheiten entsprechend den von den Regierungen in der Charta der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Dokumenten, einschließlich der Schlußakte von Helsinki, eingegangenen Verpflichtungen unabdingbar für den Frieden, die Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern ist.

12. Die führenden Staatsmänner des Bündnisses bekräftigen erneut ihre Unterstützung für ein gerechtes internationales System, das den besten Interessen aller Länder – sowohl der entwickelten Staaten als auch der Entwicklungsländer – dient und das den wirtschaftlichen Fortschritt aller fördert. Sie beabsichtigen, ihre Anstrengungen in den entsprechenden Gremien auf die Verwirklichung dieses Ziels zu richten. Sie fordern die Länder des Warschauer Pakts auf, ein gleiches zu tun.

13. In der Erkenntnis der Vitalität und Stärke, die das Bündnis seit vielen Jahren an den Tag legt, bekräftigen die führenden Staatsmänner des Bündnisses erneut ihre Entschlossenheit, ihre enge Kooperation und ihren Zusammenhalt im Rahmen des Nordatlantikpakt-Vertrags aufrechtzuerhalten und zu stärken. Auf dieser festen Grundlage werden sie unablässig an der Aufgabe weiterarbeiten, eine gerechtere und friedlichere Welt zu schaffen.

Dokumente zur innerparteilichen Auseinandersetzung in der SPD um die Teilnahme an den Abrüstungsdemonstrationen am 21. Mai 1977

(Wortlaut)

An den Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Herrn Egon Bahr, Ollenhauerstraße, 5300 Bonn

Den 21. April 1977

Lieber Genosse Bahr!

Für den 21. Mai dieses Jahres hat das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" zu Demonstrationen unter dem Motto „Beendet das Wettrüsten" aufgerufen. Dieser Aufruf wurde bereits von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und von zahlreichen Bürgern unterschiedlicher politischer Zugehörigkeit unterzeichnet – von Liberalen, Christen, Pazifisten, Radikaldemokraten, Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und von Kommunisten.

Vor dem Hintergrund, daß sich an dieser Initiative auch Kommunisten beteiligen, hast Du im Zusammenhang der Auseinandersetzung mit dem Bundesvorstand der Jungsozialisten erklären lassen:

„Der Bundesgeschäftsführer der SPD wird im Laufe des heutigen Tages die Bezirke der Partei unterrichten, daß Ordnungsverfahren nur erforderlich sind, falls sich einzelne Mitglieder der Partei entgegen dem Beschluß an Aktivitäten und Vorhaben des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit beteiligen. Es sollte auf die einzelnen Mitglieder eingewirkt werden, unter

falschen Voraussetzungen gegebene Unterschriften zur Mitarbeit in diesem Komitee zurückzuziehen."

Wir können diese Haltung nicht teilen und möchten darlegen, warum es unserer Ansicht nach Aufgabe und Pflicht eines jeden Sozialdemokraten sein muß, diese Demonstrationen für Frieden und Abrüstung zu unterstützen.

1. Es gehört zu den unumstrittenen Leistungen der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Willy Brandt, die Ostpolitik eingeleitet und die Politik des Kalten Krieges und militanten Antikommunismus durch die Politik der Entspannung ersetzt zu haben. Mit der Politik der Zusammenarbeit und Entspannung wurde eine bedeutende historische Wende eröffnet, die den Übergang zu normalen und gleichberechtigten Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher und gegensätzlicher Gesellschaftsordnungen ermöglichte.

Entspannung – das beinhaltet, die zweifelsohne vorhandenen Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten und politischen Gegensätze nicht mit den Mitteln der Gewalt, nicht mit Drohungen und Krieg zu lösen, sondern mit friedlichen Mitteln und am Verhandlungstisch.

Schon seit August Bebel ist der Kampf für Frieden und Abrüstung eine zentrale Aufgabe der Politik von Sozialdemokraten. Mit der sozialliberalen Koalition konnten die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zum Teil verwirklicht werden. Durch das System der Verträge mit den sozialistischen Staaten ist die Sicherheit in unserem Lande erheblich gewachsen.

Im Zeitalter der Kernwaffen gibt es keine Alternative zur Politik der Entspannung und friedlichen Koexistenz. In der konsequenten Fortführung der Politik der Entspannung sehen wir eine der vordringlichsten Aufgaben von Sozialdemokraten.

2. Zur Konsolidierung und Weiterentwicklung des bisher Erreichten ist es unabdingbar, die militärische Konfrontation abzubauen und die materiellen Voraussetzungen für kriegerische Auseinandersetzungen Schritt für Schritt zu verringern. Die zügellose Fortsetzung des Wettrüstens bedeutet nicht nur keine Weiterentwicklung des bisher Erreichten, sondern dessen Gefährdung.

In der Schlußakte der KSZE heißt es: „Die Teilnehmerstaaten anerkennen ihrer aller Interesse an Bemühungen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung, die darauf gerichtet sind, die politische Entspannung in Europa zu ergänzen und ihre Sicherheit zu stärken."

Es sind die reaktionären, chauvinistischen und antikommunistischen Kräfte, die kein Interesse an der Realisierung dieser Beschlüsse haben, die die angebliche Gefahr aus dem Osten an die Wand malen und eine aggressive Politik der Aufrüstung propagieren. US-Präsident Carter selbst hat darauf hingewiesen, daß die Rüstungsindustrie und der militärisch-industrielle Komplex ein Interesse an der Aufrüstung haben.

Wir sind besorgt, daß die Bundesregierung diesen Kräften nicht entschieden genug begegnet. Die Absicht der Bundesregierung, die Ausgaben für Militär und Rüstung in diesem Jahr wieder um mehrere hundert Millionen DM zu erhöhen, steht in einem klaren Widerspruch zur übernommenen Verpflichtung in der KSZE-Schlußakte. Das Wettrüsten ist ein Erbe des Kalten Krieges, seine Fortsetzung bedeutet, die Politik des Kalten Krieges auf militärischem Gebiet fortzusetzen.

In Übereinstimmung mit Herbert Wehner meinen wir, die Bundesregierung und die Sozialdemokratische Partei müssen sich endlich entschieden und mit konstruktiven Vorschlägen für ein Ende des Wettrüstens einsetzen und bereit sein, auch in der eigenen politischen Praxis zur schrittweisen Abrüstung überzugehen.

3. Die zahlreichen, insbesondere von den sozialistischen Staaten vorgetragenen Vorschläge zu konkreten Abrüstungsschritten beweisen, daß es nicht die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten sind, die ein Interesse an der Fortsetzung des Wettrüstens haben (z. B. Weltabrüstungskonferenz, Internationaler Gewaltverzichtsvertrag, Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen, Verbot chemischer Waffen, Verbot der Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen u. a.).

All diese Vorschläge berücksichtigen das Prinzip der Respektierung der beiderseitigen Sicherheitsinteressen wie des gegenseitigen Vorteils auf der Basis des nicht ernsthaft bestrittenen und zu bestreitenden Kräftegleichgewichts.

Wir verfolgen mit großer Unruhe, daß die Verhandlungen über konkrete Abrüstungsmaßnahmen auf der Wiener Konferenz sehr schleppend vorangehen oder gar ins Stocken geraten sind, weil von westlicher Seite diese Prinzipien in Frage gestellt wurden.

Wir unterstützen die Genossen Brandt, Wehner und Schmidt, die in der vergangenen Zeit sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit verwiesen haben, endlich konkrete Initiativen der Bundesregierung in der Frage der Abrüstung zu entwickeln.

In dem verstärkten Engagement aller verantwortungsbewußten Demokraten sehen wir eine wichtige Möglichkeit, notwendige Initiativen der Bundesregierung zu unterstützen und gegenüber der Propaganda bestimmter Kreise in Fernsehen, Rundfunk und Presse bei der Bevölkerung um Verständnis für diese Politik zu werben.

4. Wenn wir als Sozialdemokraten in diesem Sinne für Entspannung, Abrüstung und Frieden tätig sind, wissen wir uns in Einklang mit den Aussagen zahlreicher unserer Genossen, die in Partei und Regierung an führender Stelle tätig sind, und wir wissen uns vor allem auch in Übereinstimmung mit den Beschlüssen unserer Partei.

So äußerte Helmut Schmidt in Helsinki: „Wir denken, das Ziel muß es sein, die Europäer von Furcht vor einem Krieg zu befreien, die Rüstungslasten zu verringern und dabei ein stabiles Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich mir davon, zumal als Sozialdemokrat, zugleich eine Steigerung unserer sozialen Wohlfahrt und unseres wirtschaftlichen Fortschritts erwarte."

Der Beschluß des Mannheimer Parteitags lautet: „Die Fortsetzung der Entspannungspolitik verlangt wachsendes Vertrauen; dazu gehören in der nächsten Phase auch konkrete Abrüstungsmaßnahmen."

Wir verstehen diesen Beschluß als Auftrag an jedes Mitglied unserer Partei – ungeachtet welcher Funktion –, sich allerorts, innerhalb und außerhalb der Partei, verantwortungsbewußt und glaubhaft für praktische Abrüstungsschritte einzusetzen. Nur ein solches Verhalten stärkt und festigt das Vertrauen unserer Bevölkerung, unserer Nachbarländer und unserer Vertragspartner in die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung.

5. Die großen sozialen Probleme unserer Zeit, vor die sich die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung und die SPD als Partei der Arbeiter und Angestellten gestellt sieht, können ohne Abrüstung nicht gelöst werden. Für die Beseitigung der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Unterentwicklung in der Welt müssen gewaltige finanzielle Mittel aufgebracht werden. Auch uns auf den Nägeln brennende Probleme wie Arbeitslosigkeit, notwendige Zukunftsinvestitionen im Gesundheits- und Bildungswesen, im Wohnungsbau, Ausbau der sozialen Sicherheit, Umweltschutz u. a. m. können ohne diese Mittel nicht gelöst werden.

Die gesellschaftlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen und Monate zeigen, daß sich auch für die BRD die Frage stellt (wie es im Aufruf zu den Demonstrationen „Beendet das Wettrüsten" heißt): „Entweder werden die Rüstungsausgaben eingefroren, oder Inflation und Haushaltskrise verschärfen sich; entweder werden mit eingesparten Rüstungsgeldern neue Arbeitsplätze geschaffen, demokratische Reformen ermöglicht, mehr soziale Sicherheit gewährleistet, der Umweltschutz, das Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen verbessert, oder die dafür benötigten Steuergelder werden für immer mehr Rüstung und neue Waffensysteme vergeudet."

Es ist elementare Aufgabe von Sozialdemokraten, für Abrüstung und für die sozialen Interessen der arbeitenden Menschen in diesem Lande aktiv einzutreten, denn es ist die Lage der Arbeiter, Angestellten, der kleinen Beamten, der Hausfrauen, der Lehrlinge, Schüler, Studenten und der Rentner, die uns am meisten am Herzen liegt.

6. Wir haben erfahren, daß die Politik des Kalten Krieges, des Sozialabbaus und des Abbaus demokratischer Grundrechte nur verschiedene Seiten derselben Medaille sind.

Es sind Strauß, Dregger u. a., die eine Rückkehr zur Politik des Kalten Krieges gegenüber der DDR und den anderen sozialistischen Staaten fordern. Im selben Atemzug diffamieren sie die-

jenigen, die für eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten eintreten, als kommunistisch gesteuert und als „Feinde unserer Verfassung".

Die verstärkte Aufrüstung und ihre Rechtfertigung durch das antikommunistische Klischee der sowjetischen Bedrohung führen zu einem Klima, in dem demokratische Forderungen als „staatsgefährdend" diffamiert und der Abbau demokratischer Rechte aus „Sicherheitsgründen" legitimiert werden. Die Aufrüstung vergrößert die Macht der Rüstungsindustrie und ihrer politischen Repräsentanten, die die Wahrnehmung der demokratischen Rechte durch die Bevölkerung fürchten, weil diese ihren friedensfeindlichen und unsozialen Bestrebungen Grenzen setzen würde.

Berufsverbote, Lauschaktionen, Einschränkungen der Informations- und Meinungsfreiheit u. a. widersprechen den Vereinbarungen von Helsinki. Die Gegner der Entspannungspolitik sind die gleichen, die diesen Abbau demokratischer Grundrechte betreiben.

Abrüstung würde dagegen zur Einschränkung der Macht dieser Kräfte führen und den demokratischen Spielraum der Bevölkerung erweitern, was nur zugunsten der Sozialdemokratie ausschlagen kann.

7. Es ist widersprüchlich, einerseits auf internationaler Ebene mit Kommunisten für Frieden und Abrüstung zusammenzuarbeiten, auf nationaler Ebene aber ein solches Zusammengehen abzulehnen.

Vorschläge und Initiativen sind nicht dadurch schon schlecht, weil sie von Kommunisten vorgebracht oder unterstützt werden; die inhaltliche Auseinandersetzung kann nicht zugunsten eines Abgrenzungswahns unter den Tisch fallen.

Unsere Partei hat die kommunistischen Parteien der sozialistischen Staaten und auch Westeuropas als politischen Faktor erkannt und akzeptiert, nur in bezug auf unser Land lehnt sie diese Zusammenarbeit mit fadenscheinigen Gründen nicht nur ab, sondern beteiligt sich sogar an administrativer Unterdrückung dieser Kräfte und derjenigen, die diese Politik kritisieren.

Niemand von uns bestreitet die Notwendigkeit einer rationalen Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Kommunisten. Hierzu gehört auch die innerhalb und außerhalb der Partei zu führende Diskussion über Aktionseinheits- und Bündnispolitik mit Kommunisten. Eine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten für Frieden und Abrüstung im Rahmen eines Bürgerkomitees muß in jedem Fall – wie beispielsweise auch in den Gewerkschaften – möglich sein.

Gewiß korrespondieren Forderungen dieses Komitees mit Vorstellungen der Politik der UdSSR. Aber sind realistische Abrüstungskonzeptionen denkbar, in denen nicht auch die UdSSR ihre Interessen berücksichtigt weiß? Ebenso gewiß finden die Aktivitäten des Komitees die Unterstützung auch von Kommunisten. Aber sind damit die Zielrichtungen dieser Aktivitäten bereits disqualifiziert?

Und ist dieser Eindruck eines starken Gewichts der DKP-Unterstützung nicht auch Resultat der Tatsache, daß andere politische Kräfte solche Aktivitäten zu wenig unterstützen?

In keinem anderen westeuropäischen Land käme man auf die Idee, die Mitarbeit in einem Komitee dieser Stoßrichtung für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu sozialdemokratischen oder liberalen Organisationen zu erklären.

Die Friedensbewegung stellt eine politisch sehr breit zusammengesetzte Massenbewegung dar, an der heute sich selbst ernst nehmende politische Kräfte nicht mehr vorbeigehen können. Der gegenwärtige rational nicht zu begründende Antikommunismus muß dazu herhalten, angesichts der ökonomischen und politischen Krise von gesellschaftlichen Mißständen hier bei uns abzulenken.

Wir meinen, daß die SPD nicht um das Vertrauen ihrer Mitglieder und Wähler zu fürchten braucht, wenn sie sich dazu durchringt, z. B. in der Frage der Jugendarbeitslosigkeit, in der Frage der Bildungspolitik, der Rentenpolitik, der Sozial- und Gesundheitspolitik, beim Umweltschutz u. a. entschiedener die Interessen der Bevölkerung und die Forderungen der Gewerkschaften gegenüber den Großkonzernen zu vertreten.

8. Wir halten die Beteiligung an den Abrüstungsdemonstrationen vor allem für richtig – weil wir wissen, daß es nicht ausreicht, wenn unsere Regierungsvertreter oder Funktionäre der Partei für Frieden, Entspannung und Abrüstung eintreten, sondern weil jeder, der den Frieden will, aufgerufen ist, selber aktiv dafür einzutreten und dies durch sein Handeln und nicht nur in Worten kundzutun.

Es hat selten einen Krieg gegeben, an dem die betroffene Bevölkerung ein Interesse gehabt hätte, doch dies hat niemals ausgereicht, einen Krieg zu verhindern.

Unsere Partei weiß aus eigenen Erfahrungen, daß es – um gegen den politischen Gegner z. B. die eigenen außenpolitischen Vorstellungen durchsetzen zu können – der Aktivität *aller* an der Ostpolitik Interessierten bedurft hat.

Nur der breiten Unterstützung der Partei durch die Bevölkerung und durch alle demokratischen Kräfte ist es zu verdanken gewesen, daß die CDU/CSU-Opposition mit ihrem damaligen Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt scheiterte.

Gegen die öffentliche Meinung gelingt es heute keinem Politiker mehr, seine politischen Ziele durchzusetzen. Andersherum heißt das, daß die Öffentlichkeit durch Aktionen für Frieden und Abrüstung entscheidend zur Umsetzung einer solchen Politik beitragen kann. Fortschritte in der Entspannungspolitik werden also wesentlich von der Aktivität und dem Dialog in der Öffentlichkeit abhängen.

9. Um den Frieden und den sozialen Fortschritt gewährleisten zu können, ist es notwendig, daß alle demokratischen Kräfte – unabhängig von ihren sonstigen Meinungsverschiedenheiten – zusammenarbeiten. Eine solche kontinuierliche Zusammenarbeit würde die Gefahr eines neuen Weltkriegs bedeutend verringern.

Wie vor dem Ersten Weltkrieg und in den 30er Jahren sind heute Sozialdemokraten vor die Frage gestellt, ob sie eine entschlossene Haltung gegenüber Aufrüstung und Konfrontationspolitik beziehen oder ob sie durch Inkonsequenz und Ängstlichkeit in die Gefahr geraten, von den Gegnern der Entspannung und des Fortschritts für deren Interessen benutzt zu werden.

Die Wahl besteht darin, gemeinsam mit all denjenigen zu arbeiten, die für Zusammenarbeit und Frieden sind, oder sich an den Kräften zu orientieren, die einer Politik der Stärke das Wort reden und am Wettrüsten profitieren.

Als Sozialdemokraten, die die Sorgen und Interessen der großen Mehrheit unserer Bürger im Auge haben, fällt uns die Entscheidung nicht schwer. Und wir halten es für die Aufgabe der gesamten Partei, die Öffentlichkeit dazu aufzurufen, ihren politischen Willen kundzutun und sich an den Demonstrationen „Beendet das Wettrüsten" zu beteiligen.

Wegen der großen politischen Bedeutung der angesprochenen Fragen für unsere Partei werden wir diesen Brief ggf. veröffentlichen.

In Erwartung Deiner Antwort mit sozialistischem Gruß:

Prof. Dr. Gerhard Kade – Dr. Heinz Düx – Prof. Norman Paech – Prof. Dr. Gerhard Stuby – Prof. Dr. Harder – Alexander Schubart, Frankfurt – Horst Knack, ÖTV-Vertrauensmann Marburg – Helmut Fiedler, Rechtsanwalt, Juso-Vorstand Marburg – Ludwig Brundiers, Vorstand der RFFU-Verbandsgruppe WDR – Karl-Heinz Kolb, Falken-Bezirksvorstand Hessen-Süd – Klaus Willkomm, Falken-Bezirksvorstand Hessen-Süd – Lothar Wiehagen, Ortsvereinsvorstand Krefeld-West – Matthias Kohler, Vorstand Juso-AG Mannheim, Juso-Landesausschuß BaWü – Ulrich Hilgendorf, Kreiszentralrat Oldenburg Stadt – Ingrid Krüger, Kreiszentralrat Oldenburg Stadt – Ahlrich van Ohlen, Kreiszentralrat Oldenburg Stadt – Uwe Schmid, Kreiszentralrat Oldenburg Stadt – Bernd Siegel, Kreiszentralrat Oldenburg Stadt – Michael Walter, Kreiszentralrat Oldenburg Stadt – Detlef Bimboes, Juso-Ortsvorstand Reutlingen – Hartmut Dessel, Juso-Ortsvorstand Reutlingen – Richard Reschl, Juso-Ortsvorstand Reutlingen – Thomas Nübling, Juso-Ortsvorstand Reutlingen – Arnold Michalek, Juso-Ortsvorstand Reutlingen – Hans Jörger, Juso-Ortsvorstand Reutlingen – Roland Berger, Juso-Ortsvorstand Reutlingen – Bruno Buchholz, Vorstand SPD-Ortsverein Freudenberg 4, Juso-UB-Ausschuß Siegen Wittgenstein – Ulli Opfermann, Juso-UB-Ausschuß Siegen-Wittgenstein – Rolf Wischnath, stellv. SPD-UB-Ausschuß – Eike Holland, Vorstand Juso-AG

Köln-Sülz – Volker Adam, Juso-UB-Vorstand Köln – Gisela Reddmann, Vorstand Juso-AG Köln-Nippes – Manfred Pelz, Vorstand Juso-AG Köln-Nippes – Jupp Nießen, Vorstand Juso-AG Köln-Nippes – Claudia Wörmann, Vorstand Juso-AG Köln-Nippes – Detlev Nitz, Juso-AG Köln-Süd Neustadt – Renate Schmidt, SPD OV Düsseldorf-Flingern – Matthias Albrecht, Juso-Vorstand Bonn – Rolf Krähmer, Uta Schäfer, Karin Wiesemann, H. Reddmann, Juso-AG Köln-Nippes.

Gez. i. A. Mechtild Jansen, Bundesvorsitzende des SHB.

An Frau Mechtild Jansen, Meckenheimer Allee 152, 5300 Bonn

Den 6. Mai 1977

Liebe Genossen,

Euer Brief vom 21. April 1977 zeigt, daß wir in vielen grundsätzlichen Fragen übereinstimmen, in einigen nicht und deshalb zu unterschiedlichen Konsequenzen kommen. Ich brauche sicher nicht zu betonen, daß wir uns in Übereinstimmung mit den von Euch zitierten Beschlüssen der Partei befinden.

Es kann kein Zweifel sein, daß die Politik unserer Partei die bilateralen leidenschaftlich umkämpften Verträge, die Konferenz von Helsinki erst ermöglichte und die Entspannung in Europa entscheidend gefördert hat.

Es kann kein Zweifel sein, daß erst durch diese Politik unserer Partei jene Konferenz in Wien zusammengetreten ist, durch die zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Europas reale Möglichkeiten zur Reduktion von Truppen in unserem Gebiet der Erde möglich werden können, in dem die größten Zerstörungspotentiale konzentriert sind, die es hier je gegeben hat.

Es kann kein Zweifel sein, daß Sozialdemokraten, wie es Willy Brandt und Herbert Wehner formuliert haben, die Bundesregierung unterstützen werden, die Politik der Entspannung, Abrüstung und Friedenssicherung aktiv fortzusetzen. Wenn es notwendig wäre, würden wir auch drängen.

Es kann kein Zweifel sein, daß und warum unsere innenpolitischen Gegner nicht nur in der Vergangenheit, sondern bis heute die Politik der Entspannung, der Zusammenarbeit und Abrüstung bekämpfen; ich schließe mich auch der Beurteilung an, für die Ihr Präsident Carter zitiert habt. Ich bin für eine Politik, die zur vollständigen Abschaffung der Atomwaffen führt, und halte es für nötig, auch die atomaren Arsenale in die Wiener Gespräche einzubeziehen.

Es kann kein Zweifel sein, daß die Politik des Friedens, der Entspannung und Zusammenarbeit ein Markenzeichen der sozial-liberalen Koalition ist und daß diese Koalition, ohne die es diese Politik im Interesse der Menschen in Europa nicht gegeben hätte, ihren Sinn verlieren würde, wenn sie nicht aktiv und konsequent fortgesetzt wird.

Es kann aber auch kein Zweifel sein, daß diese Politik das Bündnis voraussetzt und zum Thema der Abrüstung erfordert, daß sie gleichmäßig, ohne Nachteile für die eine oder andere Seite, d. h. durch Verhandlungen verfolgt werden kann. Diese Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie unsere Sicherheit nicht gefährdet. Deshalb halte ich es für falsch, Vorschläge der anderen Seite unbesehen unterstützen zu wollen; sie erwartet das auch gar nicht. Abrüstung darf nicht einseitig erfolgen; Truppenreduktion auch nicht, denn das könnte Sicherheit gefährden.

Es kann kaum zweifelhaft sein, daß Abrüstungsmaßnahmen mindestens in späteren Etappen auch eine positive Auswirkung auf die Lösung einiger eigener Probleme, der Arbeitsmarktpolitik und auf eine Erleichterung der Probleme zwischen Nord und Süd haben können, wenn beide Seiten entsprechende Verpflichtungen übernehmen.

Die Frage ist: Kann diese Politik durch Zusammenwirken aller Demokraten in unserem Land gefördert werden? Die Antwort lautet: Ja, wenn unter Demokraten nicht auch jene verstanden werden, die sich demokratischer Mittel bedienen, um die Demokratie zu beseitigen, oder die Freiheiten unseres Staates benutzen, um ein anderes System vorzubereiten.

Es ist ein bekanntes Rezept der Unterwanderung, ein Dutzend allerseits anerkannter Forderungen zu übernehmen und eine oder zwei eigene hinzufügen in der Erwartung, auf diese Weise Einfluß, Mitläufer oder gar Partner zu bekommen. Ein derartiges Verhalten dient nicht der Sache der Abrüstung, sondern benutzt sie zur Erweiterung des eigenen innenpolitischen Einflusses. Und dies ist der Punkt, an dem Sozialdemokraten sich nicht mißbrauchen lassen dürfen. Die SPD darf sich nicht mißbrauchen lassen durch solche, die Abrüstung sagen und Systemveränderung meinen.

Die Beschlüsse der Partei, basierend auf langer geschichtlicher Erfahrung und nicht erst heute gefaßt, wollen die Partei und ihre Mitglieder vor einem solchen Mißbrauch bewahren. Das schulden wir unserer Politik und diesem Staat.

Damit die Politik der Entspannung, Abrüstung und Zusammenarbeit nicht diskreditiert, sondern erfolgreich fortgesetzt und von den Menschen in unserem Land getragen wird, hat die Partei ihre Beschlüsse gefaßt, bei denen sie bleiben wird. Dies bitte ich Euch zu bedenken.

Ich bin gern bereit, mit einigen von Euch über diese wichtigen Themen zu sprechen.

In Verbundenheit: Gez. Egon Bahr, Bundesgeschäftsführer des SPD-Parteivorstands

Meldung der „Westfälischen Rundschau" vom 19./20. Mai 1977: Bahr warnt vor Friedenskomitee-Kundgebung

Bonn. (E. H.) Einer Reihe prominenter Sozialdemokraten droht wegen ihrer Teilnahme an Veranstaltungen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit der Parteiausschluß. SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr empfing gestern abend Vertreter einer Gruppe, die zuvor in einem offenen Brief um eine Unterredung gebeten hatte. Ihr gehören unter anderem die SHB-Vorsitzende Mechtild Jansen, der Darmstädter Professor Gerhard Kade, der Bremer Professor Stuby und der Frankfurter Stadtrat Schubart an.

Vor diesem Zusammentreffen hatte Bahr gegenüber Journalisten keinen Zweifel gelassen, daß einer Beteiligung von Sozialdemokraten an den Kundgebungen dieses Komitees, in dem auch Kommunisten mitarbeiten, der Parteiausschuß folgen „muß". Zu den Sprechern dieser Kundgebungen am 21. Mai in Essen, Frankfurt, München und Bremen gehören auch Frau Uta Ranke-Heinemann und der münstersche Professor Arno Klönne und der Vorsitzende der Journalisten-Union, Eckart Spoo.

Dr. Heinz Düx / Prof. Dr. Gerd Hardach / Mechtild Jansen / Prof. Dr. Gerhard Kade / Prof. Dr. Norman Paech / Alexander Schubart / Prof. Dr. Gerhard Stuby an den Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr

c/o Mechtild Jansen, Meckenheimer Allee 152, 5300 Bonn 1

Den 20. Mai 1977

Lieber Genosse Bahr!

Gestern abend wurde uns die obige Pressemeldung aus der „Westfälischen Rundschau" vom 19./20. 5. zugetragen.

Wir können uns das Zustandekommen einer solchen Meldung nicht erklären, da sie weder den Tatsachen – es hat kein Gespräch zwischen uns stattgefunden – noch den zwischen uns getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich der Suche nach einem gemeinsamen Termin entspricht.

Da wir uns schwer vorstellen können, daß Dein eigenes Diskussionsangebot gar nicht ernst gemeint war, bitten wir Dich sehr dringend, dies doch umgehend zu klären und für entsprechende Richtigstellungen zu sorgen.

Der Verwirrung in der Öffentlichkeit muß sofort begegnet werden.

Mit sozialistischem Gruß: i. A. Mechtild Jansen

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

ARGUMENT-SONDERBÄNDE

AS 18 Gulliver 2
Deutsch-Englische Jahrbücher
Landeskunde als Kulturwissenschaft

Editorial
Bernd-Peter Lange: Tendenzen der „Landeskunde" in Reformmodellen für die Anglistik.

Dieter Kerl und Hedwig Völkerling: Zu Inhalt und Funktion der Landeswissenschaft Großbritanniens/USA bei der Ausbildung und Erziehung sozialistischer Englischlehrer. Ein Diskussionsbeitrag aus der DDR.

Paul Oehlke: Gesellschaftstheorie als Grundlage einer sozialhistorisch orientierten Landeskunde Großbritanniens.

Raymond Williams: The Sociology of Culture.

Stuart Hall: Über die Arbeit des Centre for Contemporary Cultural Studies (Birmingham). Ein Gespräch mit H. Gustav Klaus.

Graham Murdock: Administrative and Critical Research Revisited. The Centre for Mass Communication Research at Leicester, 1966–1976.

Susan Harper und John Oakley: Zum Verhältnis von Literatur und Gesellschaftsgeschichte.

David Craig: Images of Factory Life.

Ulrich Bültemann und Reiner Lehberger: Ansätze zu einer sozialistischen Theaterbewegung in den USA der dreißiger Jahre. Ein Forschungsbericht.

Dieter Herms: Der Kampf der United Farmworkers of America.

Archiv zur demokratischen und Arbeiterbewegung
Priscilla Metscher: The Development of the National Liberation Struggle and the Labour Movement in Ireland. A Survey.

Diskussion
Politisch-kulturelle Periodika der englischen Linken (1945–73).

Konferenzen / Ausstellungen
Zeitschriftenschau
Besprechungen

Einzelpreis 15,50 DM, im Abo 12,– DM; Schüler und Studenten 12,– DM, im Abo 9,– DM

Argument-Verlag · Postfach 21 07 30 · 7500 Karlsruhe 21

Pressemitteilung vom 25. Mai 1977: Gemeinsame Erklärung von Mechtild Jansen, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Gerhard Stuby zum Kommuniqué des Präsidiums der SPD vom 24. Mai 1977

1. Es spricht von großer Unkenntnis, wenn das Präsidium der SPD behauptet, die Forderungen des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" zielten auf die einseitige Abrüstung des Westens.

Im Aufruf zu den Abrüstungsdemonstrationen heißt es u. a.: „Wir appellieren an alle Bürger unseres Landes, sich tatkräftig einzusetzen für die Einstellung des Wettrüstens in Ost und West."

Das Komitee ist stets für die gleichgewichtige Abrüstung in Ost und West unter Berücksichtigung des Prinzips der Respektierung der beiderseitigen Sicherheitsinteressen wie des gegenseitigen Vorteils auf der Basis des nicht ernsthaft bestrittenen Kräftegleichgewichtes eingetreten. Die Forderungen des Komitees standen zudem stets im Gleichklang mit den Beschlüssen der UNO-Vollversammlungen.

Uns drängt sich die Frage auf, ob das Präsidium der SPD sich ausreichend über die Aktivitäten des Komitees informiert hat oder ob das Handeln des Präsidiums nicht bereits von einer gewissen Betriebsblindheit bestimmt ist.

2. Wir wissen uns in unserem Engagement für Frieden und Abrüstung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Partei, und wir wissen uns eingereiht in eine starke internationale Friedensbewegung, an der auch zahlreiche Sozialdemokraten und Sozialisten anderer Länder beteiligt sind.

Wir würden uns wünschen, wenn die Parteiführung ihrerseits entsprechend den Beschlüssen der Partei mit mehr Initiativen zur Bereicherung dieser Friedensbewegung beitragen würde.

Dabei gehen wir davon aus, daß die Abrüstung zu einer Schlüsselfrage bei der Lösung zahlreicher unserer gegenwärtigen sozialen und politischen Probleme geworden ist.

3. Wenn die Parteiführung der SPD auf der linken Hälfte der Partei fortwährend vermeintlich parteischädigendes Verhalten von Genossen angreift (dies sogar unter Rückgriff auf falsche Tatsachen) und nach Schuldigen für den schwindenden Einfluß der SPD sucht, so können wir uns nicht des Eindrucks erwehren, daß von eigenem Versagen und Unfähigkeiten in der Regierungs- und Parteipolitik abgelenkt werden soll.

Wenn einige der engagiertesten Sozialdemokraten aus der Partei ausgeschlossen werden sollten, weil sie sich aktiv an den Demonstrationen für Frieden und Abrüstung beteiligt haben, wird dies national und international Zweifel an der Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit der Entspannungspolitik der SPD aufkommen lassen.

Unserer Meinung nach kann die SPD ihre Krise nur überwinden und das Vertrauen der eigenen Mitglieder und der Öffentlichkeit wiedergewinnen, wenn sie sich stärker auf die Interessen derjenigen besinnt, die sie zu vertreten beansprucht: die arbeitende Bevölkerung und die Jugend.

Das schließt ein, daß die Parteiführung Abstand davon nimmt, engagierte fortschrittliche Sozialdemokraten aus der Partei auszuschließen.

4. Wir fordern alle Sozialdemokraten auf, sich mit uns zu solidarisieren, vom Parteivorstand die Rücknahme der Androhung von PO-Verfahren zu verlangen und vor allem mit Kraft zahlreiche Aktivitäten zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiter, Angestellten, Frauen, Rentner, kleinen Beamten, Lehrlinge, Schüler und Studenten zu entwickeln.

Erklärung der Teilnehmer an den Abrüstungsdemonstrationen in Bremen, Essen, Frankfurt/M. und München vom 23. Mai 1977

(Wortlaut)

Wir sind 68 000 Bürger, Mitglieder aus verschiedenen Parteien und Organisationen, Gewerkschafter, Lehrer, Studenten, Hausfrauen, Arbeiter, Schüler, Angestellte, Journalisten, Pfarrer, Ärzte, Rentner, Künstler, Wissenschaftler, Akademiker, Konservative, Liberale, Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose.

Wir demonstrieren hier am 21. Mai 1977 in Bremen, Essen, Frankfurt und München für politische und militärische Entspannung, für Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Wir demonstrieren für die Beendigung des Wettrüstens.

Wir fordern:

- Keine weitere Erhöhung des Rüstungshaushalts;
- Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte;
- einen konstruktiven Beitrag für die Wiener Abrüstungsverhandlungen und die Rüstungen, entsprechend der UNO-Resolution, zunächst um 10% zu senken.

Hierfür setzen wir uns gemeinsam ein. Meinungsverschiedenheiten, die wir in anderen Bereichen haben, stellen wir zurück hinter die vordringlichen Fragen des Friedens und der Abrüstung.

Wir sind uns einig: eine Alternative zur Friedenspolitik gibt es nicht.

Kein Mensch, keine Organisation, keine Regierung darf heute ernsthaft Krieg wollen, kein Land sich auf Dauer die hemmungslose Fortsetzung des Wettrüstens erlauben.

Deshalb: Schluß mit dem Wettrüsten – mit der Abrüstung beginnen!

Denn: Wettrüsten – das bedeutet Gefahr für die Entspannung, das bedeutet Mißtrauen und Konfrontation, das bedeutet: die sozialen Belastungen der Bevölkerung verschärfen sich.

Betroffen sind alle, aus jeder Bevölkerungsschicht, aus jeder Partei, von jedem Glauben. Nur wenn wir gemeinsam aktiv sind, kann die Entspannungspolitik weiter Erfolg haben. Wir müssen noch mehr öffentliche Meinung schaffen, diskutieren, die Bewegung für Frieden und Abrüstung stärken. Denn das Engagement der Bevölkerung – das ist die Grundlage, auf der die Politiker bauen können und müssen, in Wien bei den Abrüstungsverhandlungen und in Belgrad auf der Nachfolgekonferenz in Helsinki.

Die weltweite Friedensbewegung war es, die die Voraussetzungen für die Entspannungspolitik schuf, und sie wird es sein, die einen entscheidenden Anteil an der Beendigung des Wettrüstens und an der Abrüstung unausweichlich haben wird.

Zehntausende von Menschen aus unserem Lande haben den Aufruf „Beendet das Wettrüsten" unterschrieben. Trotz vielfältiger politischer Ansichten sind wir uns einig, daß wir gemeinsam für eine soziale, gerechte und friedliche Zukunft durch Abrüstung handeln müssen. Wir sind uns einig, daß unsere Bemühungen noch umfassender, noch aktiver fortgesetzt werden, daß noch mehr Menschen den Aufruf unterstützen müssen. Denn unsere Forderungen bleiben gültige Aufgaben. Für sie müssen wir uns auch in Zukunft einsetzen, gemeinsam mit allen, die zu Frieden und Abrüstung beitragen wollen.

Wir rufen die Bürger unseres Landes auf, ihre Unterschrift zu geben und neue Unterschriften zu sammeln.

Im Herbst werden Bundesregierung und Bundestag erneut über die Erhöhung des Rüstungshaushalts beraten. Wir wollen gegen jene, die auf weitere Aufrüstung und Rüstungsgewinne setzen, zur Geltung bringen, was Hunderttausende von Menschen in unserem Land fordern:

Beendet das Wettrüsten in Ost und West! Keine weitere Erhöhung des Rüstungshaushalts!

Erklärung der Brühler Jungsozialisten zur Lage der SPD vom 11. Mai 1977

(Wortlaut)

Worüber wird heute geredet, wenn über die SPD diskutiert wird:

- Bruch von Wahlversprechen: Rentenbetrug;
- Abhöraffären im Fall Traube: Verfassungsbruch;
- Korruptionsaffären, Filzokratie, Rücktritte: die Fälle Osswald, Arndt, Neubauer, Schütz;
- Rechtsabspaltungen und offene Zusammenarbeit mit der Union: „Sozialdemokratische Union", Erler-Gesellschaft, „Bürger"blöcke.

Fazit: SPD-Regierung = Affären, Skandale!

Der Wähler wendet sich ab wegen dieses parteischädigenden Verhaltens.

Aber wovon reden führende Sozialdemokraten?

Von den bösen Jusos! Warum bloß?

Die Jungsozialisten kritisieren die Politik der verantwortlichen Sozialdemokraten, und die Ereignisse geben ihrer Kritik recht!

Was macht die Regierung?

- Milliardengeschenke an Unternehmer (um Arbeitsplätze zu schaffen);
- Steuererhöhungen für den kleinen Mann (der sich nicht wehren kann);
- Sicherung der Freiheitsrechte (durch Abhören);
- Sicherung des Staates (durch Berufsverbote);
- Sicherung des Friedens (durch Aufrüstung);
- Sicherung von Arbeitsplätzen (durch Atomkraftwerke);
- Sicherung von Meinungsfreiheit (durch Demonstrationsverbote u. ä.);
- Sicherung der Umwelt.

Was kommt dabei heraus?

- Eine Million Arbeitslose;
- sinkender Reallohn;
- Duckmäuser, Angst an Schulen, Universitäten und anderen Bereichen;
- Verschleuderung von Milliardenbeträgen für sinnlose Rüstungsprojekte, die durch
- Einschränkungen im Sozialbereich ermöglicht werden;
- Scheindiskussionen mit dem Bürger bei der KKW-Debatte (Kraftwerke werden sowieso gebaut, vielleicht ein paar weniger als geplant);
- Wiedererstarken faschistischen und reaktionären Gedankengutes in der Bundeswehr (Fall Rudel, Generalsaffäre);
- Abwasserschutzgesetz, das der Industrie auch das noch erlaubt, was bisher verboten war.

Wer zahlt für die Regierungsmaßnahmen?

Unsere Wähler, die sozial Benachteiligten!

Im Namen des demokratischen Sozialismus ist dies ein Ergebnis

- Wie es die „Union" nicht besser hätte erzielen können!
- Das uns von einer menschenwürdigen Gesellschaft wegführt!
- Das den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität widerspricht!

Die Darstellung einer alternativen Politik, die sich an den Interessen *unserer* Wähler ausrichtet (z. B. Lohnerhöhung, Arbeitsplatzsicherheit) wird in Öffentlichkeit und Partei unterdrückt.

Konsequenz:

- Die SPD und ihre Mitglieder werden zu einem Verein zur Verteidigung einer verfehlten Regierungspolitik in der Öffentlichkeit;

– die Mitglieder werden entpolitisiert und resignieren;
– die innerparteiliche Demokratie wird zur Farce, die Verwirklichung von Parteitagsbeschlüssen wird nicht einmal versucht;
– der Wähler wird für unmündig erklärt, er soll alle vier Jahre sein Kreuz machen, sich ansonsten aber still verhalten;
– nehmen Bürger ihre Rechte wahr und demonstrieren, so kann es sich nur um Kommunisten handeln, mit denen man nicht zu diskutieren braucht.

Diese gesamtgesellschaftliche Entwicklung ist von der marxistischen Linken in der SPD immer wieder vorausgesagt worden. Jetzt, wo diese Kritik sich als richtig erwiesen hat, wird sie von der rechten Parteiführung administrativ abgewürgt. Eine inhaltliche Auseinandersetzung findet nicht statt, vielmehr wird mit Parteiordnungsverfahren „argumentiert".

Ihr Ziel: die unbequeme marxistische Gesellschaftsanalyse soll mit sozialdemokratischen Positionen unvereinbar werden.

Hinter der Auseinandersetzung um die Person Benneters steht einzig und allein diese inhaltliche Frage!

Unser Standpunkt ist folgender:

Obwohl zu allen Zeiten verschiedene Positionen in der SPD zusammengearbeitet haben, ist die marxistische Gesellschaftsanalyse in der Sozialdemokratie die ursprüngliche gewesen; darauf baut auch das Godesberger Programm auf, das einen Kompromiß der verschiedenen Gruppen in der SPD darstellt.

Wer durch eine einseitige, verfälschende Interpretation des Godesberger Programms versucht, die marxistische Linke aus der SPD herauszudrängen, stellt nicht nur das Godesberger Programm, sondern auch die Einheit der Partei in Frage. Denn eine solche Verengung des Spektrums in der SPD macht für kritische Sozialdemokraten eine „sinnvolle Mitarbeit" in der SPD unmöglich und muß sie zur Gründung einer neuen unabhängigen SPD zwingen.

Wer kann das beabsichtigen?

Die Forderung: „Marxisten raus aus der SPD" wird von den Unions-Parteien gestellt. Hier scheint sich eine große Koalition anzubahnen, die von Rechtssozialdemokraten, die laut Minister Egon Franke „mehr Gemeinsamkeiten mit der Union als mit linken Sozialdemokraten" haben, offenbar angestrebt wird, um den Konsequenzen einer verfehlten Politik zu entgehen.

Daraus ergibt sich: Wehret den Anfängen!

Wir verurteilen die gegen den Genossen Benneter gerichteten Maßnahmen (Ruhen der Mitgliedschaft, Parteiordnungsverfahren) auf das schärfste! Sie setzen die innerparteiliche Demokratie außer Kraft und schränken die Spannweite der SPD ein.

Wir fordern alle Sozialdemokraten auf, sich für den Erhalt von Diskussionsfreiheit und Demokratie in der SPD einzusetzen!

Die Einheit der Partei steht auf dem Spiel!

Neuerscheinung

Walter Böttger: Kultur im alten China

Mit zahlreichen Farbphotos und Zeichnungen.
250 Seiten, Leinen mit farbigem Schutzumschlag, DM 32,–

Pahl-Rugenstein

Gedenken in Dachau

Am 24. 4. fand in der Gedenkstätte Dachau eine Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung des Lagers statt. Es waren Delegationen aus verschiedensten Ländern gekommen. Auch die Bundesrepublik und der Freistaat Bayern sind vom Internationalen Dachaukomitee eingeladen worden. Leider konnte bei der Begrüßung der Gäste weder ein Vertreter der Bundesregierung noch des Freistaates Bayern genannt werden.

Ein Vertreter der Landesregierung erklärte, auf das Fernbleiben angesprochen, im Bayerischen Rundfunk, daß die Einladung zu spät gekommen wäre. Das kann ich einfach nicht glauben. Ich bedaure das Nichterscheinen und die unzulängliche Ausrede sehr und bin nachdenklich geworden.

Maria Bäurle, Karlstraße 120, 8000 München 2

(Leserbrief aus der „Süddeutschen Zeitung" v. 14. 5. 1977)

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 56,–; öS 375,–; hfl 54,–; bfrs 792,–; FF 108,–; £ 13,20; Lit 19 500,–; dkr 127,50; nkr 127,50; skr 92,–; Yen 6600; $ 22,40. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Autoren dieses Heftes

LEITHÄUSER, Dr. Gerhard, Professor für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Unversität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHMITZ, Wolfgang,* geb. 1943, Pressesprecher der Universität Bremen; Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen, besonders über polnische Gegenwartsfragen. *** *HEIMBRECHT, Jörg,* geb. 1945 in Berlin, Diplom-Chemiker, z. Z. Promotion; diverse Arbeiten zum Thema Umweltschutz. *** *KADE, Gerhard,* geb. 1931, Professor für Statistik und Ökonometrie und Direktor des Instituts für Makro- und Strukturplanung an der TH Darmstadt. *** *KRUSEWITZ, Dr. Knut,* geb. 1941 in Hildesheim, Lehrbeauftragter an der TU Berlin, verschiedene Veröffentlichungen zum Problem Umweltschutz. *** *MOLDENHAUER, Bernd,* geb. 1945, Studium der Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaft an der Universität Frankfurt/M., lebt in Bremen; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *STEINHAUS, Dr. Kurt,* geb. 1938 in Stettin, Studium der Politik, Soziologie und Ökonomie, Referent beim Parteivorstand der DKP; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WEISH, Dr. Peter,* geb. 1936 in Wien, Studium der Chemie, Physik und Biologie, seit 1974 am Ludwig-Boltzmann-Institut für Umweltwissenschaften und Naturschutz in Wien, angestellt bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. *** *CHARLIER, Dr. Michael,* geb. 1944 in Limburg, Studium der Geschichte und ostasiatischen Sprachen in Frankfurt/M. und Bochum, als Publizist tätig. *** *BAUDISSIN, Wolf Graf v.,* geb. 1907 in Trier, Generalleutnant a. D., heute Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. *** *POLJANOW, Dr. Nikolai,* geb. 1921, Studium der Philosophie an der Universität Moskau, Vizepräsident des Sowjetischen Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. *** *HERZOG, Hans-Henning,* geb. 1943 in Dresden, Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie an den Universitäten Bochum und Marburg, Promotion, z. Z. an der Universität Bremen tätig. *** *EISBACH, Joachim,* geb. 1950 in Leverkusen, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln. *** *PEUKERT, Detlev,* geb. 1950, Doktorand der Geschichtswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum; Buchveröffentlichungen über Arbeiterwiderstand.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115
5000 Köln 51

KOERTING
CLAUS 0545
80311
RETHELSTR 147
4000 DUESSELDORF 1

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Wolf Graf v. Baudissin
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Fenner Brockway
Zbigniew Brzezinski
Vittorio de Caprariis
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Walter Fabian
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Walter Kreck
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Manfred Lachs
Bernard Lavergne
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Muelman
Daniil Melnikow
Jutta Menschik
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Gustav Obermair
László Márton Pákozdy
Linus Pauling
Helveg Petersen
Wolfgang Pfaffenberger
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Peter Römer
Roman Rudenko
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
May Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
James P. Warburg
Günther Weisenborn
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Erich Wulff
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

LEITHÄUSER, Dr. Gerhard, Professor für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Unversität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHMITZ, Wolfgang,* geb. 1943, Pressesprecher der Universität Bremen; Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen, besonders über polnische Gegenwartsfragen. *** *HEIMBRECHT, Jörg,* geb. 1945 in Berlin, Diplom-Chemiker, z. Z. Promotion; diverse Arbeiten zum Thema Umweltschutz. *** *KADE, Gerhard,* geb. 1931, Professor für Statistik und Ökonometrie und Direktor des Instituts für Makro- und Strukturplanung an der TH Darmstadt. *** *KRUSEWITZ, Dr. Knut,* geb. 1941 in Hildesheim, Lehrbeauftragter an der TU Berlin, verschiedene Veröffentlichungen zum Problem Umweltschutz. *** *MOLDENHAUER, Bernd,* geb. 1945, Studium der Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaft an der Universität Frankfurt/M., lebt in Bremen; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *STEINHAUS, Dr. Kurt,* geb. 1938 in Stettin, Studium der Politik, Soziologie und Ökonomie, Referent beim Parteivorstand der DKP; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WEISH, Dr. Peter,* geb. 1936 in Wien, Studium der Chemie, Physik und Biologie, seit 1974 am Ludwig-Boltzmann-Institut für Umweltwissenschaften und Naturschutz in Wien, angestellt bei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. *** *CHARLIER, Dr. Michael,* geb. 1944 in Limburg, Studium der Geschichte und ostasiatischen Sprachen in Frankfurt/M. und Bochum, als Publizist tätig. *** *BAUDISSIN, Wolf Graf v.,* geb. 1907 in Trier, Generalleutnant a. D., heute Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. *** *POLJANOW, Dr. Nikolai,* geb. 1921, Studium der Philosophie an der Universität Moskau, Vizepräsident des Sowjetischen Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. *** *HERZOG, Hans-Henning,* geb. 1943 in Dresden, Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie an den Universitäten Bochum und Marburg, Promotion, z. Z. an der Universität Bremen tätig. *** *EISBACH, Joachim,* geb. 1950 in Leverkusen, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln. *** *PEUKERT, Detlev,* geb. 1950, Doktorand der Geschichtswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum; Buchveröffentlichungen über Arbeiterwiderstand.